

Anne-Kathrin Meinhardt
Birgit Redlich (Hg.)

Linke Militanz

Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Anne-Kathrin Meinhardt, Birgit Redlich (Hg.)

Linke Militanz

Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis

Anne-Kathrin Meinhardt, Birgit Redlich (Hg.)

Linke Militanz

Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

BUNDESFACHSTELLE LINKE MILITANZ

Das *Graphic Recording* (S. 21 – 34) finden Sie in farbiger Version auch als PDF unter:

<https://wochenschau-verlag.de/linke-militanz>

Bitte wählen Sie dort den Reiter „Downloads“ an.

Das Passwort zum Öffnen des Dokuments lautet: **G5mH8d2**

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2020

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-0923-3 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-0924-0 (PDF)

Inhalt

Vorwort 9

ANNE-KATHRIN MEINHARDT, BIRGIT REDLICH

Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung . . 13

TANJA WEHR

Graphic Recording der Tagung der Bundesfachstelle Linke Militanz . . . 21

Wissenschaftliche Perspektive

WOLFGANG KÜHNEL, HELMUT WILLEMS

Politische Orientierungen und das Verhältnis zu Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen 37

GEREON FLÜMANN

Linke Militanz und politische Bildung 60

LENA LEHMANN, LAURA-ROMINA GOEDE, CARL PHILIPP SCHRÖDER

Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht?
Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen . . . 68

ALBERT SCHERR

Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus?
Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz 78

SASKIA LÜTZINGER

„Ich hab nicht gesagt: *„Ihr seid mir zu radikal, ich höre jetzt auf“*, ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen“
Über die Gemeinsamkeiten unterschiedlich orientierter Extremisten und die Spezifika linksmotivierter Umfeldler 91

UDO BEHRENDEN

Wechselbeziehungen zwischen linkem Protest, Polizei und linker Militanz 102

DAVID MEIERING, NAIKA FOROUTAN

Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention 127

DANIEL GRUNOW

Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz 138

Pädagogische Perspektive**CHRISTIAN-FRIEDRICH LOHE**

„Extrem demokratisch“ – Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung 149

TEAM DER BBS „ANNEDORE“

Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“
Ansatz, Angebot und Einblick in die Praxis 160

GEROLD HILDEBRAND, ANDREA PRAUSE

„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“
Ein Präventionsprojekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen . . . 170

TOM DAVID UHLIG

Kritik ohne Extremismusverdacht
Zur Problematisierung linkspolitischer Irrungen 181

LAURA ADRIAN, DAVID GARBERS, UDO GERIGK

Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz 192

Theaterpädagogische Perspektive

ANNE-KATHRIN MEINHARDT

Politisches Theater im Allgemeinen

Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen
Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik
begeistern kann 205

BIRGIT REDLICH

„Dieses versiffte links-grüne 68er-Deutschland“

Ein Interview mit dem Regisseur Peter Schanz zu seinem Theaterstück
„GÖ 68ff.“ 214

ANNE-KATHRIN MEINHARDT, BIRGIT REDLICH

Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema
mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs
Ein phänomenübergreifender Ansatz 222

Autorinnen und Autoren 233

Vorwort¹

Das Thema „Linke Militanz“ war in Deutschland spätestens mit der Auflösung der Roten Armee Fraktion (RAF) im Jahr 1998 in den Hintergrund gerückt.² Durch den Verlauf des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg hat sich dies zumindest zwischenzeitlich erheblich geändert. In dessen Folge wurde hierzulande plötzlich wieder viel und auch durchaus beunruhigt von linken Gewalttaten, ja linkem Extremismus, gesprochen. Auch mit Blick auf die sich als kämpferisch inszenierende militante Linke geht es nun wieder vermehrt darum, wie sich Radikalisierungsprozesse prophylaktisch verhindern oder – wenn es dafür zu spät sein sollte – nachträglich umkehren lassen. Während für das rechte Spektrum dazu bereits zahlreiche Forschungsergebnisse und pädagogische Angebote vorliegen, steht der linksradikale Bereich diesbezüglich noch ziemlich am Anfang. Eine Verknüpfung von theoretischer Forschung und pädagogischer Praxis ist dort bis heute größtenteils ausgeblieben.

Die Bundesfachstelle Linke Militanz, angesiedelt am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen, wird seit Juli 2017 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert – mit dem Ziel, Erkenntnisse zur Rekrutierung und Zusammensetzung, zu inneren Kommunikationsweisen, Assoziationsprinzipien und Entscheidungsprozessen im Bereich Linker Militanz wissenschaftlich zu gewinnen. In Wechselwirkung mit den Resultaten aus der Grundlagenforschung möchten wir pädagogische Ansätze zur Arbeit an demokratiefeindlichen Aspekten linksradikaler Denk- und Verhaltensweisen entwickeln.³

Im Zuge unserer pädagogischen Arbeit haben wir im September 2018 unter dem Titel „Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Mili-

-
- 1 Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder des LDZ dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.
 - 2 Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die Ermöglichung unserer Arbeit und dieses Sammelbandes.
 - 3 Siehe Selbstbeschreibung der Bundesfachstelle URL: <http://www.linke-militanz.de/ueber-uns/> [eingesehen am 05.09.2019].

tanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis“⁴ eine Tagung veranstaltet. In Vorträgen wurden unterschiedliche – sowohl wissenschaftliche als auch pädagogische – Positionen aufgezeigt, in Diskussionsrunden debattiert und in Workshops dargestellt. Diese Vielfalt an Ansätzen und Strategien soll mithilfe dieses Sammelbandes, der sowohl die schriftlich ausgearbeiteten Vorträge der genannten Tagung als auch ergänzende Beiträge umfasst, abgebildet werden. Dabei soll nicht nur der Status quo der bestehenden Forschungstätigkeiten und praktischen Erfahrungen dargestellt, sondern außerdem über selbigen hinausgegangen werden, indem bisherige Schattenbereiche des Untersuchungsfeldes mit dem Ziel ausgeleuchtet werden, Anregungen für die künftige pädagogische Praxis zu geben.

Nach einer Einleitung in die (pädagogische) Arbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz von Anne-Kathrin Meinhardt und Birgit Redlich werden die Ergebnisse der Tagung in einem *Graphic Recording* von Tanja Wehr visuell zusammengefasst. Anschließend werden die Beiträge des Sammelbandes in einer *wissenschaftlichen*, einer *pädagogischen* und einer *theaterpädagogischen Perspektive* abgebildet.

Zur Bestimmung einer möglichen Zielgruppe von pädagogischen Angeboten stellen Wolfgang Kühnel und Helmut Willems die Ergebnisse ihrer qualitativen Studie zu „linksaffinen Jugendlichen“ vor, für die sie mit 36 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 28 Jahren gesprochen haben. Dass der Diskurs vor einem Begriffs-, Bestimmungs- und Maßnahmenproblem steht und was dies für die pädagogische Arbeit bedeutet, erläutert Gereon Flümman in seinem Beitrag. Mit Jugendlichen der neunten Klasse hat sich das Team des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen – Lena Lehmann, Laura-Romina Goede und Carl Philipp Schröder – in einer quantitativen Mehrebenenbefragung auseinandergesetzt, indem es diese zu ihrer Sichtweise auf die Gesellschaft – u. a. auf Politik – befragt hat. In „Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz“ gibt Albert Scherr einen Einblick in sein Verständnis von politischer Bildungsarbeit im Kontext der radikalen Linken. Saskia Lützing wiederum beschäftigt sich in ihrem Text „Ich hab nicht gesagt: *Ihr seid mir*

4 Insbesondere für die Arbeit des pädagogischen Bereichs gilt es zu betonen, dass es nach genauerer Betrachtung des Forschungsgegenstandes inzwischen unangemessen, ja verfehlt, erscheint, „Prävention“ durchzuführen. Vielmehr arbeiten wir nunmehr pädagogisch ohne den Charakter des Verhinderns – welcher sui generis mit dem Begriff Prävention einhergeht.

zu radikal, ich höre jetzt auf', ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen“ mit den Gemeinsamkeiten unterschiedlich orientierter Extremisten sowie den Spezifika linksmotivierter Umfelder. Mit der Rolle schließlich, welche die Sicherheitsbehörden und Polizeistategien bei der (situativen) Eskalation von Gewalt im Rahmen von beispielsweise Demonstrationen spielten und spielen, befasst sich Udo Behrendes, der die Entwicklung der Polizei in Deutschland im Kontext linker Aktivitäten nachzeichnet. Die beiden darauffolgenden Beiträge markieren bereits deutlich den Übergang von wissenschaftlichen Erkenntnissen in praktische Bildungsarbeit: David Meiering und Naika Foroutan stellen die Ergebnisse ihrer Projektgruppe innerhalb des Projektes „Gesellschaft extrem“ vor, auf deren Grundlage sie in der pädagogischen Arbeit mit verschiedenen Formen des Extremismus für Brückennarrative als phänomenübergreifenden Ansatz plädieren. Daniel Grunow rundet das Kapitel über die *wissenschaftliche Perspektive* mit seiner Einschätzung der bisherigen Präventionslandschaft im Bereich Linke Militanz ab, wie sie sich aus den vom BMFSFJ geförderten Projekten ergibt.

Im Kapitel zur *pädagogischen Perspektive* stellen sich sechs unterschiedliche Träger vor, die im Bereich der Linken Militanz bereits Projekte durchgeführt haben und in ihren Beiträgen von ihren Erfahrungen berichten. Eingestiegen wird mit dem bereits abgeschlossenen Projekt „Extrem demokratisch“ der Europäischen Jugendbildungsstätte in Weimar, das sich sehr differenziert und kritisch mit dem Begriff des Linksextremismus auseinandergesetzt hat; Christian-Friedrich Lohes Beitrag zeigt eindrücklich, welche Auswirkungen das Projekt auch noch auf die heutige Arbeit der Bildungsstätte hat. Die Beratungs- und Bildungsstelle (BBS) „Annedore“ gibt in ihrem Artikel einen Einblick in ihre Workshops und Beratungspraxis für pädagogische Fachkräfte zur Prävention politisch motivierter Militanz. Einen geschichtlichen Ansatz wählt das Projekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Gerold Hildebrand und Andrea Prause erläutern, wie das Projekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“ aufgebaut ist und von Jugendlichen wahrgenommen wird. Dass Antisemitismus eine Thematik ist, die ebenfalls in linken Spektren verbreitet ist und mit der sich Letztere durchaus auseinandersetzen, wird in dem Beitrag von Tom David Uhlig, Mitarbeiter der Anne-Frank-Stiftung in Frankfurt, thematisiert. Das Kieler Projekt „Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz“ arbeitet mit auffälligen und/oder straffällig gewordenen Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen; hierbei kann der Trägerverein auf seine langjährige Erfahrung im Justizkontext zurückgreifen. Die Projektarbeit wird vorgestellt von Laura Adrian, David Garbers und Udo Gerigk.

Ergänzend zur Tagung haben wir mit einem eigenen Schwerpunkt die *theaterpädagogische Perspektive* mit dem Theater als Methode der politischen Bildung in diesen Sammelband aufgenommen. Viele Vorteile der Theaterpädagogik lassen sich u.E. im Bereich *links* sinnvoll nutzen. Daher gibt der Grundlagentext von Anne-Kathrin Meinhardt „Politisches Theater im Allgemeinen“ einen Einblick in diese Methode, beleuchtet Vorteile und skizziert Herausforderungen. Für die Perspektive des Theaters führte zudem Birgit Redlich mit dem Regisseur Peter Schanz zu seinem in Göttingen gespielten Stück „GÖ 68 ff. Ein Heimatabend zum 50. Geburtstag von 1968“ ein Interview, in welchem deutlich wird, wie politisch Theater zu sein vermag. Abschließend und daran anknüpfend präsentieren die Herausgeberinnen dieses Sammelbandes den von der Bundesfachstelle Linke Militanz entwickelten und durchgeführten Workshop „Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs“ für Schüler*innen, welcher zum Thema Protest von den „68ern“ ausgeht und theaterpädagogische Elemente beinhaltet.

Wir hoffen, mit diesem Sammelband dazu beizutragen, die blinden Erkenntnisflecken und Forschungslücken in der pädagogischen Arbeit im Bereich der Linken Militanz etwas zu schließen und sowohl die theoretische Rahmung, die bei politikdidaktischen Ansätzen oft vernachlässigt wird, darzustellen als auch unterschiedliche pädagogische Ansätze aufzuzeigen. Es soll deutlich werden, dass es durchaus eine pädagogische Arbeit in diesem Rahmen braucht – wengleich nicht notwendigerweise eine präventive – und dass es bereits sinnvolle Ansätze gibt. Die unterschiedlichen Beiträge entsprechen keineswegs immer den Ansichten der Herausgeberinnen oder der Kolleg*innen aus der Bundesfachstelle Linke Militanz. Im Einklang mit der Funktion der Bundesfachstelle als eine bundeszentrale Trägerin sehen wir unsere Aufgabe nicht zuletzt in der Mittlerrolle – also darin, ganz unterschiedliche Sichtweisen darzustellen und vermittels der *Nebeneinanderstellung* in einen Austausch *miteinander* zu bringen.

Abschließend möchten wir an dieser Stelle allen Autor*innen, die mit ihren Beiträgen zum Gelingen dieses Sammelbandes beigetragen haben, herzlich danken.

Göttingen, im Herbst 2019

Anne-Kathrin Meinhardt und Birgit Redlich

Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung

Neben Angeboten zur Prävention von Rechtsextremismus und -populismus dürfe, so heißt es seit einigen Jahren wieder vermehrt, die Präventionsarbeit auf der linken Flanke des politischen Spektrums nicht vernachlässigt werden. Ob dies nun zuvörderst den Ausschreitungen während des G20-Gipfels in Hamburg im Jahr 2017 geschuldet ist, soll an dieser Stelle nicht analysiert werden. Jedenfalls werden dergleichen Forderungen von einem Teil der Gesellschaft zunehmend lauter kommuniziert. Es müssten, so wird gefordert, Konzepte entwickelt werden, um die Radikalisierung linker Jugendlicher zu stoppen und ihnen Ausstiegshilfen aus der linken Szene anzubieten. Dafür sei Prävention nötig – von der Primär-, über die Sekundär- bis hin zur Tertiärprävention¹. Doch wie soll diese konkret aussehen? Was gilt es zu „verhindern“? Wie soll das Gewünschte umgesetzt werden? Und wie sollen „diese“ Jugendlichen ausgerechnet mit staatlichen Bildungs-/Präventionsangeboten erreicht werden, wenn sie doch gerade im Staatsapparat ihren weltanschaulichen Gegner sehen, den es zu bekämpfen gilt?

Vor dem Hintergrund der hier lediglich sehr kursorisch skizzierten Herausforderungen soll diese Einleitung den Status quo umreißen, die Position der Bundesfachstelle Linke Militanz² inmitten der Diskussion darstellen und ihren Beitrag innerhalb der Bildungsarbeit verdeutlichen.

-
- 1 In Anlehnung an den Psychiater Gerald Kaplan werden drei Ebenen der Prävention unterschieden: 1. Primäre oder auch universelle Prävention; 2. sekundäre oder auch selektive Prävention; 3. tertiäre oder auch indizierte Prävention.
 - 2 Das Projekt der Bundesfachstelle ist angesiedelt an der Georg-August-Universität Göttingen, am Institut für Demokratieforschung, das sich seit 2010 mit Parteien- und politischer Protestforschung beschäftigt. Das Projekt wird von 2017 bis 2019 aus dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bestehende Angebote

Die politische Bildungsarbeit im Bereich links kann insgesamt als durchaus überschaubar beschrieben werden. Bisher existieren nur wenige Angebote bzw. Projekte, die sich mit linken Thematiken – in welcher Form auch immer – auseinandersetzen. Eine der Gretchenfragen im Themenfeld scheint dabei die Haltung zur Extremismustheorie zu sein. Ist da einerseits die Fraktion jener, die entschieden affirmativ mit dem *Linksextremismus*-Konzept arbeiten, distanzieren sich andere ebenso vehement davon, dabei vielfach den Begriff *Linke Militanz* bevorzugend.

Maximilian Fuhrmann und Martin Hünemann haben 2017 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer Analyse „Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen“ das „Scheitern der Linksextremismus-Prävention in der Praxis“³ beschrieben. Es mangle, so die Autoren, vor allem an sozialwissenschaftlicher Forschung und in der Praxis erprobten Konzepten. Darüber hinaus teilten Fuhrmann und Hünemann die 16 Träger, die sich trotz dieser Schwierigkeiten im Jahr 2010 im Rahmen der Demokratieförderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zusammengefunden hatten, in drei Gruppen ein:

1. Projekte, die sich direkt am sicherheitsbehördlichen bzw. extremismustheoretischen Verständnis von Linksextremismus orientieren und dessen Begrifflichkeiten sowie Definitionen übernehmen;
2. Projekte, die sich dem Linksextremismuskonzept zwar kritisch nähern, aber davon ausgehend versuchen, konkrete Ansatzpunkte zu finden;
3. Projekte mit einer expliziten Distanz zur Kategorie Linksextremismus.

Gruppenübergreifend lasse sich Fuhrmann und Hünemann zufolge feststellen, dass alle drei Bereiche zu wenig evaluiert oder erforscht worden seien, um ihren Erfolg belegen zu können. Generell hätten viele Projekte damit zu kämpfen, dass die Zielgruppe unklar bleibe bzw. im Projektverlauf angepasst werden müsse, da es nicht möglich gewesen sei, linksaffine Jugendliche direkt anzusprechen und für die Mitarbeit in Projekten zu gewinnen. Zum Beispiel sei es in der zweiten Kategorie zu einer Wende innerhalb eines Projektes gekommen, dessen Träger festgestellt habe, dass die Extremismustheorie „ein ungeeignetes Instrument [sei], um antidemokratische, gewaltbereite und *linksextremistische* Strömungen

3 Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin: Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen, Berlin 2017, S. 16 ff.

und Tendenzen einzuordnen“⁴. Infolgedessen habe der Träger seinen Plan aufgegeben, ein Projekt gegen „Links-Extremismus“ zu initiieren, und sich stattdessen auf zivilgesellschaftliche Bildung konzentriert („pro-demokratisch befähigen“ statt „anti-*linksextrem* aufklären“).

Die Dreigliederung von Fuhrmann und Hünemann stellt eine konzeptionelle Einordnung der praktischen Projekte auf der Grundlage ihrer Positionierung zur Extremismustheorie dar. Auch wenn die Projekte nicht nur unterschiedliche Begrifflichkeiten bzw. dahinterstehende Verständnisse verwendeten, sondern auch unterschiedliche Zugänge zu den Zielgruppen suchten und verschiedene Thematiken ansprachen, lassen sich aus dem bisher Gesagten doch einige verallgemeinerbare Anforderungen an Projekte der politischen Bildungsarbeit im Bereich links ableiten: Wichtig sei u. a., das theoretische Verständnis bzw. die wissenschaftliche Herangehensweise zu klären und damit das Ziel der Projekte zu definieren. Fuhrmann und Hünemann positionieren sich sehr kritisch der ersten Kategorie gegenüber, halten aber auch die zweite Kategorie für bedenklich. Dieser Sichtweise schließt sich die Bundesfachstelle Linke Militanz an. Um Missverständnissen entgegenzuwirken, soll an dieser Stelle das theoretische Verständnis von „Linker Militanz“ umrissen werden.

Die Bundesfachstelle Linke Militanz

Wie stellt sich Linke Militanz aus der Perspektive der Demokratieforschung dar und was genau erforscht die Bundesfachstelle? Im Mittelpunkt steht eine fundierte politologische Grundlagenforschung zum Thema Linke Militanz bzw. zu linkem Radikalismus, die wir in erster Linie mit Methoden der (vornehmlich qualitativen) Sozialforschung erarbeiten werden. Grundsätzlich befinden wir uns in einem fortschreitenden Arbeits- und Diskussionsprozess. Essenzieller Bestandteil unserer Arbeit ist, wesentliche Terminologien fortlaufend einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das bedeutet konkret, dass sich die folgenden begrifflichen Positionierungen nicht als starre „Definitionen“ verstehen, sondern als gesammelte, verdichtete und in Arbeitsdiskussionen reflektierte Beobachtungen zu verschiedenen Themengebieten und Einzelphänomenen. Wie bei jeder hauptsächlich qualitativen Forschungsarbeit konkretisieren sich nicht nur die Begrif-

4 Lohe, Christian-Friedrich et al.: Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“, in: Deutsche Jugend: Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 61 (2013), H. 6, S. 265–272, hier S. 268.

fe, sondern auch die Forschungsgegenstände erst im Forschungsprozess und werden daher nicht vorab in ein begriffliches Korsett geschnürt. Alle begrifflichen Setzungen sind Arbeitsinstrumente und können verworfen werden.

Dabei beforschen wir Linksradikalismus und Linke Militanz, deren Definitionen an dieser Stelle verdeutlicht werden sollen:

Linksradikalismus ist die äußerliche Bezugnahme einer politisch aktiven Person oder einer politisch aktiven Gruppe auf das Theorievokabular des klassischen Parteikommunismus und Marxismus-Leninismus, des Anarchismus und Antifaschismus – oft vermengt mit postkolonialistischen, globalisierungskritischen und ökologischen Motiven. Diese Bezugnahme drückt sich in Rhetorik, Semantik, Gestus, Habitus, Symbolen und Ritualen aus.

Linke Militanz ist dementsprechend ein spezifisch linksradikaler Habitus mit dem Ziel kämpferischen (aber nicht zwangsläufig gewalttätigen), tatorientierten Handelns. Sie bezeichnet ein a) kämpferisches (aber nicht unbedingt automatisch gewalttätiges), b) tatbetonendes Auftreten und Handeln mit c) linksradikalen Absichten und Zielen.⁵

Akteur*innen linksradikaler Bündnisse lehnen Gewalt überwiegend ab,⁶ sehen sie doch in der Form des initiativen Angriffs kein legitimes Instrument von Protest und befürworten mehrheitlich Gewalt einzig als *reaktive Gegengewalt* auf polizeiliche Härte und mithin als Widerstand.⁷

Für uns sind folglich drei Kriterien zur Beschreibung Linker Militanz relevant. Linke Militanz wird charakterisiert durch

- 1) das Selbstbekenntnis zu einer kämpferischen Haltung – nicht nur Gewalt-handlung als solche –,
- 2) die Handlungsebene, d.h. die Tat im öffentlichen Raum – nicht das Gedankengebäude –,
- 3) die Einstellung gegen das Unentschlossene.⁸

5 An dieser Stelle bedanken wir uns bei unserem Kollegen Julian Schenke für seine Formulierung.

6 Vgl. Scharf, Philipp: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels, in: Demokratie-Dialog, (2018), H. 2, S. 36–40, hier S. 40 sowie Zajak et al.: Zwischen Reform und Revolution: Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 02. und 8. Juli 2017 in Hamburg, in: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, (2017), H. 4, S. 20–29.

7 Vgl. Zajak, Sabrina et al.: Zwischen Reform und Revolution: Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 02. und 8. Juli 2017 in Hamburg, in: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, H. 4/2017, S. 20–29.

8 Vgl. Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat – Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29–35, hier S. 32.

Dazu gehören unserem Verständnis nach nicht nur formale Organisationsweisen, sondern insbesondere individuelle Handlungen beispielsweise in Form von Lebensweisen sowie ihre Verknüpfung mit der politischen Mehrheitskultur.⁹

Bildungsarbeit im linken Spektrum aus Sicht der Bundesfachstelle

Aus dem eben Genannten zieht die Bundesfachstelle folgenden Ansatz für ihren Bildungsbereich: Linke Militanz wird abseits des Formalen und Normativen betrachtet. Vielmehr geht es ihr um persönliche Vorstellungen, die Bedeutung für die Gesellschaft und das Miteinander innerhalb der Linken Militanz.

Einführend wurde bereits angedeutet, dass Prävention im Bereich links kritisch betrachtet wird. Eine Problemlage der Verwendung des „Präventions“-Begriffes ist die mit ihm einhergehende Intention von defizitären oder von der Norm abfallenden unerwünschten Verhaltensweisen. Nutzt man nun besondere (Präventions-)Angebote, führen diese zu einer Stigmatisierung des hochsensiblen Feldes Linker Militanz. Infolgedessen könnte es zu einem Beziehungsabbruch und einer Kommunikationsverweigerung kommen.

Manche Analysen weisen darauf hin, dass verweigerte politische Kommunikation, Prozesse der Ausgrenzung aus dem öffentlichen Diskurs, Stigmatisierungen und verstärkte staatliche Repressionen genau jene Formen des militanten Protests hervorriefen, die zu verhindern sie beanspruchen.¹⁰ Dadurch wird häufig unbeabsichtigt ein *Circulus vitiosus* ausgelöst, den es zu durchbrechen gilt. Daher kann eine wirksame Prävention nur den offenen Dialog einschließen, *verbietet in dieser Stringenz aber auch weltanschaulich motivierte Sekundär- und Tertiärprävention*.¹¹ Aus diesem Grund kann und möchte die Bundesfachstelle keine Prävention als Bildungsarbeit leisten.

Insbesondere aufgrund der kontroversen Standpunkte und der heterogenen Bewegung der Linken Militanz ist die Bildung einer eigenen, differenzierten Meinung zu diesem Thema nicht leicht und bedarf sowohl einer geeigneten pädagogischen sowie methodischen Unterstützung als auch eines überlegten Vorgehens.

9 Ebd., 33 f.

10 Siehe Scherr, Albert: Jugendarbeit mit Linksradiakalen Jugendlichen?, in: Deutsche Jugend, H. 6/2010, S. 251–255, hier S. 253 f.

11 Albert Scherr plädiert dafür, eine modifizierte Form der umstrittenen akzeptierenden Jugendarbeit als Grundlage dieses Prozesses oder zur Entwicklung eines Konzepts heranzuziehen.

Pädagogische Angebote sollten, in Anlehnung an die Eingruppierung von Fuhrmann und Hünemann, in der zweiten oder dritten Kategorie angesiedelt sein. Dem folgend würden sie dem „Linksextremismuskonzept“ zwar kritisch gegenüberstehen, aber versuchen, konkrete Ansatzpunkte zu finden oder einen distanzierten Bezug zur Kategorie Linksextremismus zu entwickeln, und die Verwendung oder Orientierung am Begriff ablehnen. Auf keinen Fall dürfen jedoch Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt werden. Gegen eine Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus sprechen primär und insbesondere die sozialwissenschaftlich-ideologischen Unterschiede, die phänomenologisch beschreibbar sind. Aus diesem Grund sollen linke (radikale) Ansichten diskutiert und nicht pauschal als demokratieschädlich klassifiziert werden; denn das Recht, in der politischen Diskussion gesellschaftskritische Positionen zu beziehen, ist durch das Grundgesetz ausdrücklich garantiert.

Zu beachten ist, dass Demokratiebildung nie wertfrei erfolgen kann – ist ihr doch immer ein bestimmtes politisches Ziel inhärent. Dieses Ziel mag ein hehres sein, etwa wenn Menschen dazu befähigt werden sollen, eine demokratische Lebensform umzusetzen. Gleichwohl beinhaltet jede Demokratiebildung, dass das bestehende demokratische System – in unserem Fall: Deutschlands – als Ideal propagiert wird. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) formuliert als Ziel für die Schule die „erfolgreiche Teilnahme an einer wohlgeordneten, d.h. demokratisch strukturierten, menschenrechtlich verfassten und nachhaltig handelnden Gesellschaft“, verstanden im Sinne von Partizipation und Meinungspluralismus. Solange dieses Ziel transparent dargestellt und vor allem der erste und zweite Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses berücksichtigt werden – welche die Lehrenden dazu anhalten, den Schüler*innen nicht ihre Meinung aufzuzwingen und die unterrichteten Themen kontrovers zu behandeln –, geht davon keine Indoktrinationsgefahr aus.¹²

Folglich soll statt Prävention politische Bildungsarbeit geleistet werden, die – zwecks notwendiger Distanz – phänomenübergreifend agiert und zur Reflexion ermutigt. Somit werden alle Jugendlichen – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – einbezogen. Möglich ist dies beispielsweise im Raum Schule, wo Jugendliche ungeachtet ihrer politischen oder weltanschaulichen Einstellung gemeinsam beschult werden. Unserer Meinung nach sollten dort Aspekte politischer Phänomene diskutiert, differenziert betrachtet und in ihrer Bedeu-

12 Vgl. Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 173–184, hier S. 179.

tung für die Gesellschaft analysiert werden. So findet politische Bildungsarbeit statt, ohne von vornherein bestimmte politische Bereiche der Lerngruppe zu stigmatisieren.

In bisherigen Projekten im Bereich Linke Militanz hat sich herausgestellt, dass der Zugang zu sogenannten linksaffinen Menschen extrem schwer herzustellen ist.¹³ Auch das Göttinger Institut für Demokratieforschung – inklusive der Bundesfachstelle Linke Militanz – sah sich in der jüngsten Vergangenheit mit Kritik konfrontiert.¹⁴ Ein direkter, unmittelbarer Zugang zur Szene – zumindest zu ihren aktivistischen Kernen – erscheint daher unwahrscheinlich.

Somit erscheint es sinnvoll, stattdessen kompetenzfördernd tätig zu werden und demokratiebildend über den Diskurs zu wirken. Eine daraus resultierende Überlegung besteht darin, in einem ersten Schritt mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, beispielsweise über Dilemmasituationen, in denen legale Kritik an staatlichem Handeln und der Verstoß gegen Gesetze sich gegenüberstehen. Mit Dilemmasituationen meinen wir z. B. den Umgang mit Gewalt: Wo beginnt, wo endet berechnete Gesellschaftskritik, selbst wenn sie radikal formuliert wird? Wo schlägt sie in Demokratiegefährdung um? Ist radikal linke Gesellschaftskritik, dem Rechtsextremismus gleich, eine Gefährdung der Demokratie oder ist sie für die Demokratie eine neue Reflexion des Status quo sowie eine notwendige stützende Bedingung?

Diese Diskussion in einem geschützten, fachlichen Rahmen zu gestalten und pädagogisch aufzuarbeiten, kann Aufgabe der Bundesfachstelle werden. Das bedeutet, einen zunächst offenen Diskurs über Protest mit Jugendlichen zu füh-

-
- 13** Siehe bspw. Leistner, Alexander et al.: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, Berichtszeitraum 01.01.2011 – 31.12.2014, Halle 2014, S. 130, 142, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Gesamtbericht_2011_bis_2014_wiss_Begleitung_IDS.pdf [eingesehen am 21.10.2019]; Möbius, Thomas/Wendland, Anja: Jugendhilfeangebote für links-autonome Jugendzonen? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme in Hamburg, in: unsere jugend, Jg. 64 (2012), S. 133–139, hier S. 136; Glaser, Michaela: ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, René/dies. (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – Befunde zu einem umstrittene Phänomen, Halle 2013, S. 4–21, hier S. 17.
- 14** Der Artikel ‚Linke Gruppen erteilen Demokratieforschern Hausverbot‘ von Markus Scharf im Göttinger Tageblatt vom 25. September 2018 (siehe URL: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Linke-Gruppen-erteilen-Demokratieforschern-Hausverbot> [eingesehen am 16.10.2019]) erläutert exemplarisch die geäußerte Kritik. Vorwiegend geht es bei der Kritik um die staatliche Finanzierung der Forschung zu Linker Militanz sowie dem Vorwurf der „Spitzelei“ innerhalb der Göttinger Szene.

ren und nicht direkt mit normativen Setzungen oder gar einer Übernahme des Extremismus-Konzeptes zu arbeiten, ohne zuvor die kritische Aufnahme in der Fachwelt bedacht zu haben. Gleichzeitig geht es auch keinesfalls darum, Gewalt als legitimes Mittel von Kritik zu etablieren, sondern vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung damit.

Aus diesen Überlegungen resultiert unser Konzept, das wir im Laufe des Jahres 2019 erarbeitet und in einer Pilotphase umgesetzt haben: Workshops mit Schüler*innen des Jahrgangs 11 in Schulen zum phänomenübergreifenden Thema Protest, das ein sehr aktuelles Thema darstellt. Mit einer großen methodischen Varianz, zu der vor allem das szenische Spiel als Mittel der Theaterpädagogik gehört, wurde in neunzig Minuten einführend zu der Thematik gearbeitet. Ausführliches zu dem Workshop kann in dem Beitrag von Meinhardt und Redlich im vorliegenden Sammelband nachgelesen werden.

Kontroverse Punkte aufzumachen und durch Fachwissen zu stützen, ist ein Alleinstellungsmerkmal der Bundesfachstelle, das wir nutzen können, um der Forderung nachzukommen, dass sich gerade die Universität stärker in der Verantwortung sehen sollte, als Akteurin der politischen Bildung aufzutreten, wie dies etwa die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) gefordert hat.¹⁵

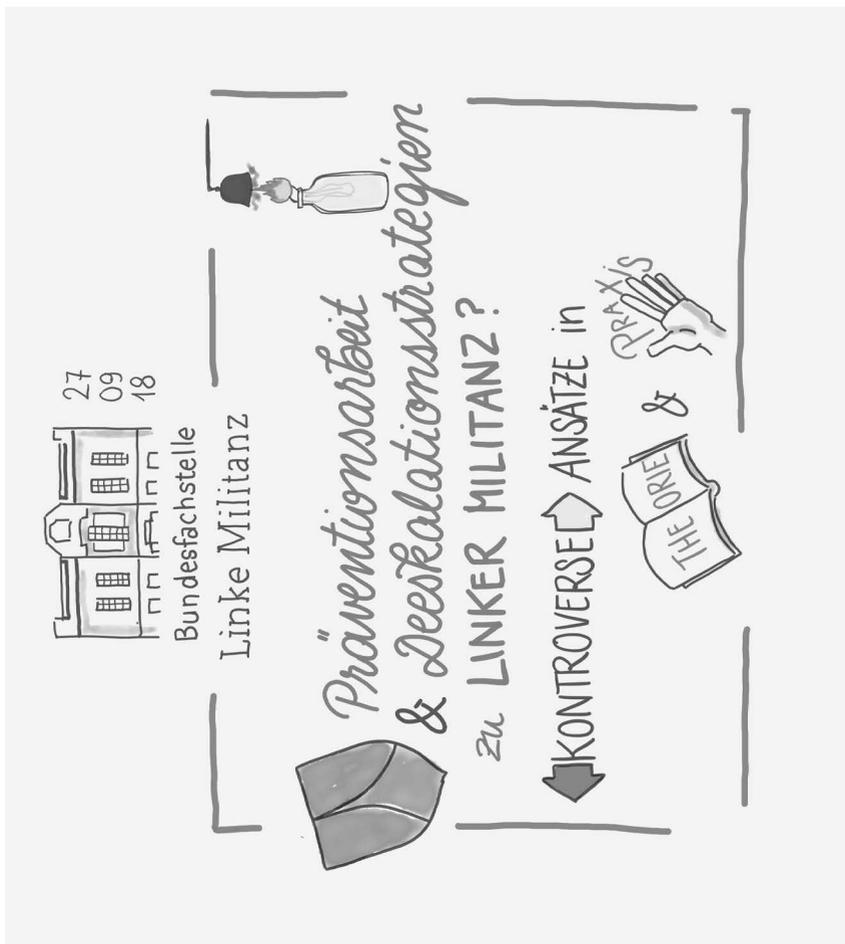
Fazit

Insgesamt ist die Bildungsarbeit im Bereich der Linken Militanz noch wenig ausgebaut und erforscht. Ansätze, die phänomenübergreifend und nicht stigmatisierend sind, sondern eher demokratiefördernd denn „gegen“ etwas arbeiten, scheinen uns den größten Erfolg zu versprechen. Außerdem erachten wir die Bildungsarbeit in diesem Bereich für sinnvoll, da kaum Räume existieren, in denen eine offene und zugleich differenzierte oder angeleitete Diskussion über Phänomene wie Protest, Gewalt oder Formen von Jugendbewegungen möglich ist. Solche Räume zu eröffnen, scheint uns ein sinnvoller Ansatz zu sein – sowohl für Jugendliche in ihrer Selbstfindungsphase als auch für Multiplikator*innen und die interessierte Öffentlichkeit.

15 Siehe Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft: Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zur Politischen Bildung, in: www.dvpw.de, 21.03.2017, URL: https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2017-03-21_Stellungnahme_zur_Politischen_Bildung.pdf [eingesehen am 02.07.2019].

TANJA WEHR

Graphic Recording der Tagung der Bundesfachstelle Linke Militanz¹



- 1 Das *Graphic Recording* (S. 21–34) finden Sie in farbiger Version auch als PDF unter: <https://wochenschau-verlag.de/linke-militanz>
Bitte wählen Sie dort den Reiter „Downloads“ an.
Das Passwort zum Öffnen des Dokuments lautet: G5mH8d2

Grußwort DR. MATHIAS MIEW

LEITER DER BUNDESFACHSTELLE LINKE MILITANZ



Widerstand vorweg!

Sollte nicht RECHTE MILITANZ im Fokus stehen?



emv verbunden

UNI



ANDERE ZU Projekte

VERNEIZUNG

wird groß geschrieben

PROTOTYP



Linke Militanz

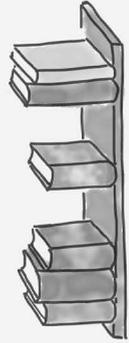


2 Schwerpunkte →

FORSCHUNG



Heute Schwerpunkt



Der Wissensstand zum Thema ist lückenhaft!

27 09 18

Tagung

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

Demokratie **leben!**

Grüßwort DR. MATHIAS MIEB

LEITER DER BUNDESFACHSTELLE

LINKE MILITANZ



27
09
18

Demokratie **lebek!**

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSSTRATEGIEN ZUM LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

Grüßwort

THOMAS HEPNER

LEITER DER REFERATSGRUPPE

„Demokratie & Vielfalt“

Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen & Jugend



Kein Zugang zu LINKER MILITANTER SZENE



WICHTIG



Was versteht der eine, was der andere?

Wie so

Richtige BEGRIFFSWAHL



„Pädagogisches HANDELN“



LAND

STADT

Einwanderung

WICHTIG

Politische & Ideologische GRÜNDLAGEN

verstehen

wenig inhaltliche Stärke - obwohl es Marx + Lenin gibt?

„Demokratie + Vielfalt“ stärken

AKTEURE gesucht & gemischt

27 09 18

Tagung

PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

Demokratie **lebek!**

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

INPUT 1

BEGRIFFS-DEFINITION
DISKUSSION
BESORGE

Mehr oder weniger Präzise
je unpräziser desto

OFFENER FÜR
MISS-VERSTÄNDNISSE

HISTORISCHER
BLICK
Macht Sinn?
DIE FOLGEN
Begründbare
Gewalttät

PROF. DR. ALBERT SCHERR
post. hochschulische Fröbburg
Zwischen legitimer Gesellschaftskritik und Extremismus-
stigmatisierung. IWS
Müssen pädagogische Konzepte
beachten?

Problemdefinition
nicht eindeutig



Basisidee: Militanz → Körperlich
→ TATBETRIEB
Gegenfrage
GREENPEACE = militärisch?

Engagierter
GEWALTFREIER
PROTEST
durchaus positiv
z.B. AKU

PRÄVENTION
muss mehr gefördert
werden

Gewaltlegitimation
ist DAS
entscheidende
KRITERIUM

Max Weber
Tipp
Wissenschaftstheorie
Politik & Wissenschaft

27
09
18

Demokratie
leben!

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

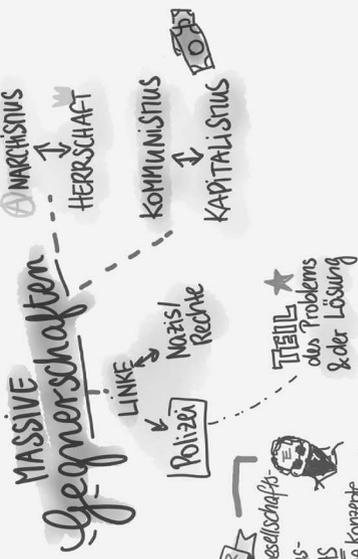
INPUT 1



EXTREMISMUS-FORSCHUNG Meinung

FORUM & INHALT
Ziv. Ungehorsam
→ Präsenz
→ Identifizierung
INHALT → Identifizierung?

PROF. DR. ALBERT SCHERR
soz. hochschule Freiburg
Zwischen legitimer gesellschaftskritik und Extremismusstigmatisierung. Was müssen pädagogische Konzepte beachten?



gegen RADIKALEN EXTREMISMUS

Für Demokratie

POLITISCHE Bildung

ENORM WICHTIG

Verständnis Links Rechts

Zulässiges Spektrum politischer Meinungsäußerung?

FRÜHES Verstehen + Akzeptanz

Wannmännchens-Konstruktion

♂

VIEL RADIKALITÄT in Jung-Männner-Szene

Identifizierungsgewalt

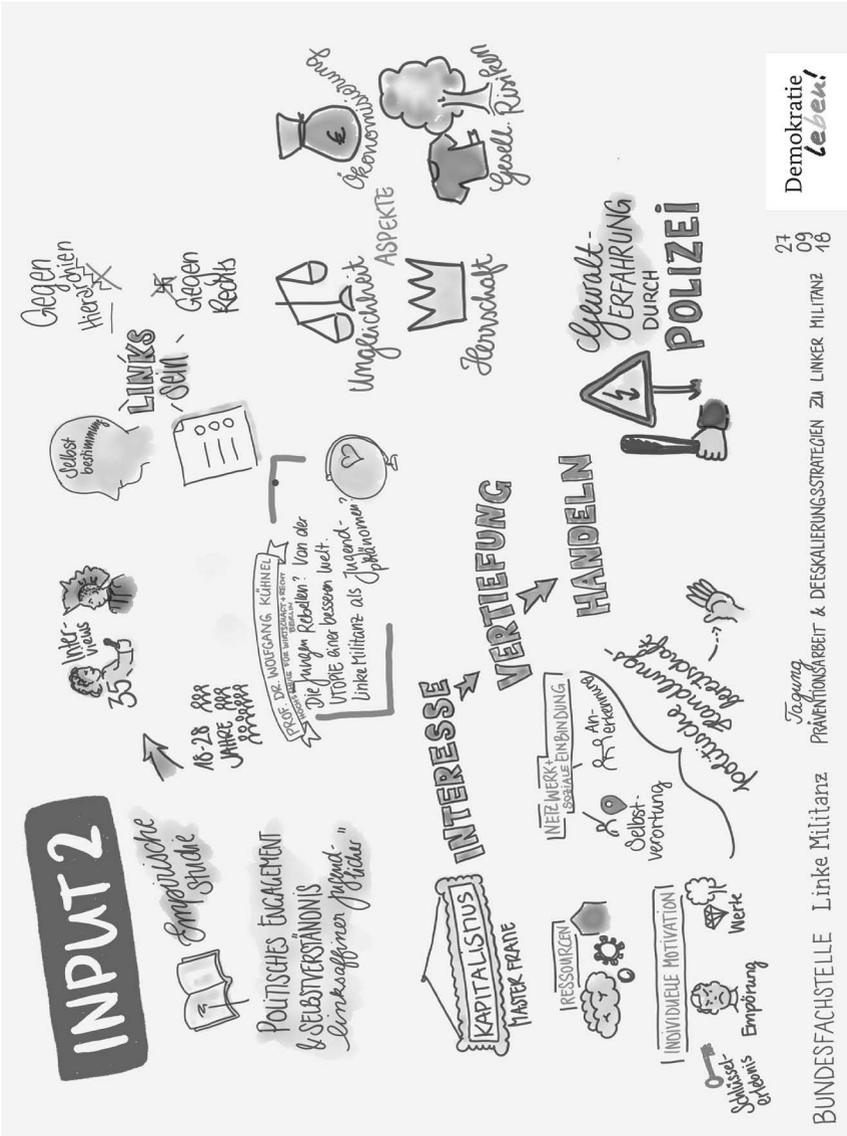
AI als Mann durch Gewalt

27 09 18

Demokratie **leben!**

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz



27
09
18

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

INPUT 3

90er Jahre
RECHTS ↔ LINKS
CASIO

seit 2000er Militanztourismus?

ALLES
DANACH
"nur" Wiederholung

80er Jahre
Hochphase
linker Militanz



vs.

Schwab-Karneval



FOLGE

'Vermummungs-
VERBOT?'

LUDO BEHRENDEN &
LEITENDER POLIZEIDIREKTOR A.D. KÖLN
Politische Strategien im
Umgang mit linker Militanz-
zwischen Eskalation
& Deeskalation

LEHRGESCHICHTE
IN DIE
Ausbildung
integrieren
was haben wir aus
der Vergangenheit
gelernt?

Dialog
ist
das WICHTIGSTE

FOKUS AN
DE-
ESKALATIONS
METHODEN
, die
sich bewährt
haben?

Gründung
EINES VEREINS
"zum Streiten"

27
09
18

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

Demokratie
Leben!

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

Kunst · Kultur · Kreativität · Medien

Projekte



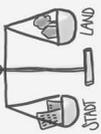
z.B. HUMAN RIGHTS HALL WITH RIGHTS DEMOKRATIE BAHNHOF

888 ZIELGRUPPEN
↓
JUGENDLICHE
↓
Kontaktfarm
↓
MULTIPLIKATOREN

frontaldiskurs

sekundäre Prävention

Gleichgewicht

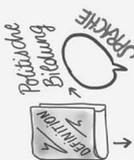


NEUER WEG

WORKSHOP 1

Mit politischen & kulturellen Bildungsmethoden Zugänge öffnen - HERAUSFORDERUNGEN, CHANCEN & ERFAHRUNGEN AUS DER PROJEKTARBEIT MIT LINKSAFINEN JUGENDLICHEN

⇐ KONFRONTATION ⇨
suchen & nicht machen



Kulturelle Jugendbildung HERAUSFORDERUNG



Alle an Bord Themen von den Jugendlichen



THEMEN NEHMEN! UTRAS



27 09 18

Demokratie leben!

Tagung

PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

VIEL Positives Feedback Partizipation

★ Basis
★ DDR
★ Anifa
★ No Capitalism

13 Tage

13 Tage

Coole Medien für umgehende Wirkung

Schulen

LANGFRISTIGKEIT
VERTRAUEN
VERHINDERT RADIKALITÄT

AAI → ZIELGRUPPEN
Diskurs
Forderungen

KONFRONTATION
BEFÄHIGEN
REFLEXION

WKS (Hilfsmittel) / **WKS** (Gegenmittel)

MODELL PROZENT

WORKSHOP 2

Linke Militanz im Geschichte und Gegenwart. AUFKLÄRUNG, PRÄVENTION

KOMPETENZSTÄRKUNG JUGENDLICHER FÜR DEMOKRATIE & MENSCHENRECHTE

ohne Zwingung? ← möglich

LINKS → KOMPLEX
← **EXTREMISMUS**

BEZUG: Antifa, Antik, Antik, Antik

keine Chance in Schule
Langzeitpädagogischen Nachfolge

PÄDAGOGIK ? Irrgläubige
erwacht

Dialog mit anderen Meinungen
FEIND-BILD
FEIND-BILD

Prävention ≠ Politische Bildung

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

27
09
18

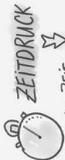
Demokratie **lebek!**

Annedore-Projekt

↳ 3 000 Multiplikatoren

HILFE Selbsthilfe

Höherer Bedarf durch
Personen mit
Vorfälle



ZEITDRUCK
KEINE ZEIT
FÜR PRÄVENTION
& INTERVENTION

ÜBERFÜHRUNG



FRUSTATION

WORKSHOP 3



Radikalisierungsprävention:
PHÄNOMENÜBERLEBENDE WORKSHOPS + MIT MULTIPLIKATOR*INNEN
BERATUNGEN

Identitäts
SUCHE



WICHTIGE SCHLAGWORTS
Radikalisierung
Extremismus
Demokratie

BEISPIEL



Samanter-Kiez
Gentrifizierung

+ UNGERECHTIGKEITS
STÖRUNG



WICHTIGE
Bildungspolitische
UNTERSTÜTZUNG

LEHRER*INNEN
SOZIAL-
ARBEITER*
INNEN

RADIKALISIERUNG

Phänomenüber-
greifender Prozess
LINKS, RECHTS,
RELIGIÖS



27
09
18

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

Demokratie
Leben!

PODIUMSDISKUSSION

KONTROVERSE ZUM SCHLUSS

PROF. DR. Albert Scherr

DR. Andrea Prasse

Mine Rosbach
ARBEIT & LEBEN
Training

Immer Generationen
Moderation



LINKS EXTREMISMUS
→ PÄDAGOGIK



RECHTS-EXTREMISMUS
Politische Prägnanz
VERORTUNG
Programme gegen Extremismus sind nicht immer wirksam

FRÜHER ANFANGEN
Lehrerbildung
Transparenz
Technik

AUSSERSCHULISCHE PROJEKTE
SCHWISCHE - L
PRÄVENTIONS-ARBEIT
dynamisch innovative Vermittler:innen

Qualität
Sicherheit
Quantität

BUNDESFACHSTELLE Linke Militanz

Tagung
PRÄVENTIONSARBEIT & DEESKALIERUNGSTRATEGIEN ZU LINKER MILITANZ

Die Linke
GEHEN
2017
POLITISCHE ABSICHT
ALLE STEREO-TYPE
NUR ZEITWEISES KEIN ERPERZEN NISSEN

Best Practice

Transfer
Rechts
LINKS-EXTREMISMUS

Strukturen => VERGLEICH
Methoden => BAK

Demokratie
Leben!

27
09
18

Wissenschaftliche Perspektive

WOLFGANG KÜHNEL, HELMUT WILLEMS

Politische Orientierungen und das Verhältnis zu Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen

Weshalb engagieren sich junge Menschen in politischen Gruppen und sozialen Bewegungen? Welche gesellschaftlichen und politischen Ziele verfolgen sie? Wie legitimieren sie Gewalt und welche Erfahrungen machen sie mit ihr?

Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik wird in den öffentlichen Debatten häufig als Bedeutungsverlust des Interesses an Politik dargestellt. Die Ergebnisse der 17. „Shell Jugendstudie“ zeigen nach einem Rückgang des politischen Interesses von 1984 bis 2002 für den Zeitraum von 2002 bis 2015 wieder eine leichte Zunahme.¹ Junge Menschen tendieren dabei insbesondere zu bewegungsförmigen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den politischen Orientierungen, Gewalterfahrungen und Gewaltlegitimationen linksaffiner Jugendlicher. Sie stellen eine Gruppe politischer Aktivistinnen dar, die nicht nur durch eine spezifische Ideologie sowie ein alternatives Werte- und Normensystem gekennzeichnet ist, sondern darüber hinaus ein besonderes Maß an Engagement ausbildet, wie es nur bei wenigen anderen politisch aktiven Gruppen von Jugendlichen zu finden ist. Die Ergebnisse stammen aus einem Forschungsprojekt, das zum Thema „Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen“² durchgeführt wurde. Die Erhebung erfolgte mittels problemzentrierter Interviews. Mit einem aus Fragen

-
- 1 Vgl. Schneekloth, Ulrich: Jugend und Politik. Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit, in: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt/M. 2015, S. 153–200, hier S. 161.
 - 2 Das Projekt wurde im Rahmen des Programms „Demokratie und Vielfalt“ im Zeitraum von 2013 bis 2015 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Vgl. dazu Hillebrand, Katrin et al.: Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher, Wiesbaden 2015; Kühnel, Wolfgang et al.: Gesellschaftskritische Orientierungen Jugendlicher in linksaffinen Protestbewegungen, in:

und Erzählanreizen bestehenden Leitfaden wurden theoretisch relevante Themenbereiche angesprochen. Dieses Vorgehen erlaubt eine Einbeziehung theoretischer Kriterien bei gleichzeitiger Offenheit für die Relevanzstrukturen der Befragten.³ Dem Untersuchungsdesign entsprechend haben wir uns für ein Sampling entschieden, mit dem die Jugendlichen nach folgenden Kriterien ausgewählt wurden:

- Alter: 15 bis 28 Jahre,
- Gruppen- bzw. Szenezugehörigkeit: organisiert in einer linksaffinen Bewegung oder Gruppe und aktiv engagiert sowie
- politische Selbstverortung im linken Spektrum.

Insgesamt wurden 36 Interviews in ost- und westdeutschen Groß- und Mittelstädten durchgeführt. Um interessierte Jugendliche zu gewinnen, wurden per E-Mail oder Telefon Kontakte zu lokalen und überregionalen Bewegungsorganisationen sowie zu einschlägigen Szenetreffs, Buchläden, Cafés und auf Demonstrationen hergestellt. Das Sample setzt sich aus zwölf weiblichen und 24 männlichen Jugendlichen zusammen. Sechs Jugendliche sind zwanzig Jahre und jünger; 21 Interviewpartnerinnen und Interviewpartner sind im Alter von 21 und 25 Jahren; neun sind älter als 25 Jahre. Bis auf drei Jugendliche verfügen alle über das Abitur, der größte Teil von ihnen (29) studiert. Ähnliche Befunde werden aus der Protest- und Bewegungsforschung berichtet, wonach Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und in Vereinen oder Bewegungen aktiv sind, über einen überdurchschnittlichen Bildungsgrad verfügen.⁴

Links-sein als politische Orientierung

Dem Projekt zugrunde gelegt ist der Begriff der Linksaffinität.⁵ Er soll dazu dienen, die teilweise aufgrund ihrer mangelnden Differenziertheit hoch umstritte-

Lüdtke, Jens/Wiezorek, Christine (Hg.): Jugendpolitiken. Wie geht die Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend um? Weinheim/Basel 2016, S. 230–249.

- 3 Vgl. Mayring, Peter: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim 2002; Witzel, Andreas: Das problemzentrierte Interview, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research, Jg. 1 (2000), H. 1, Art. 22, URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> [eingesehen am 12.05.2019].
- 4 Vgl. Haunss, Sebastian et al.: #NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes, Ipb working papers, Berlin 2017, S. 9.
- 5 Vgl. Matuschek, Ingo et al.: Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden 2011.

nen und oftmals inadäquaten Zuweisungen von „links“ und „rechts“ zu modifizieren. Gleichwohl handelt es sich bei dem Begriff „Linksaffinität“ nicht um ein trennscharfes Analysekriterium, das eine klare Kategorisierung politischer Orientierungen erlauben würde. Wir gehen davon aus, dass es keine kohärente „linke Identität“ gibt. Stattdessen bilden vielfältige politische Einstellungen, Deutungsmuster und Praxen nebeneinander einen Bereich, der sich mit „Links-sein“ beschreiben lässt. Matuschek et al.⁶ machen in ihrer Studie einen gemeinsamen Kern aus, den linksaffine Gruppen und Bewegungen teilen. Maßgeblich ist dabei die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen in einer emanzipatorisch-herrschaftskritischen bzw. humanistischen Absicht. Die Gesellschaft wird unter Bezugnahme auf linke Deutungsmuster und Gesellschaftsbilder – wie etwa soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit oder Solidarität – als eine zu verändernde thematisiert. Der kleinste gemeinsame Nenner besteht in einer in unterschiedlicher Klarheit formulierten Wahrnehmung von Defiziten der politischen und ökonomischen Verhältnisse sowie der bestehenden Gesellschaftsordnung.⁷ Man kann demnach von einem Kontinuum der politischen Einstellungen mit graduellen Abstufungen ausgehen.

Für die vorliegende Studie haben wir uns dafür entschieden, die Selbsteinschätzung der Befragten zum zentralen Kriterium der Linksaffinität zu machen. Um angemessene inhaltliche Beschränkungen oder Unklarheiten in Bezug auf den Begriff „Linksaffinität“ zu vermeiden, wurde keine begriffliche Eingrenzung vorgegeben. Zunächst wurden weder die Begriffe „links“ noch „linksaffin“ eingeführt. Während des Interviews wurde allerdings explizit danach gefragt, welche Bedeutung „Links-sein“ für die Interviewten habe.

Geht es dabei um die eigene Verortung im politischen Raum, so scheinen Parteien für die Jugendlichen weniger stark eine relevante Bezugsgröße zu sein. Stattdessen werden die Bezüge einer linken Orientierung durch Begriffe wie Gleichheit, Mitbestimmung, Solidarität, persönliche Freiheit oder Toleranz bestimmt, aber auch Einstellungen zu politischen Ideologien wie Anarchismus, Kommunismus oder Sozialismus sowie konkrete Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der damit verbundenen Gesellschaftskritik geäußert. Als ganz zentraler Begriff erweist sich in fast allen Aussagen das Thema Gerechtigkeit. In den meisten Fällen ist damit die Vorstellung von einer sozialen Gerechtigkeit verbunden, die in direktem Zusammenhang mit Verteilungsideologien gesehen und mit einer Kapitalismuskritik verknüpft wird. Die gesell-

6 Vgl. ebd., S. 11 f.

7 Vgl. ebd., S. 12.

schaftlichen Rahmenbedingungen, die etwa durch die bestehende marktwirtschaftliche Ordnung, aber auch durch eine verfehlte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik geprägt seien, werden als ungerecht wahrgenommen. Kern des eigenen „Links-seins“ ist dabei der Anspruch an eine mögliche Verbesserung der Situation, die Vorstellung, dass die Rahmenbedingungen veränderbar seien und dass es möglich sein könne, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Gerechtigkeit wird als weit gefasster Begriff oftmals mit einem „guten Leben“ für alle Menschen assoziiert. Als Merkmale dieser Lebensvorstellung werden in erster Linie Chancengleichheit, die Auflösung von Hierarchien, Nachhaltigkeit und Freiheit im Sinne von freier Entfaltung und Freiheit der Wahl individueller Lebensmodelle genannt. „Links-sein“ verbindet die Jugendlichen nicht nur mit einer kritischen Grundhaltung gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen; sie beziehen diese Orientierung auch auf ihre eigene Lebensführung. Dabei geht es um eine Haltung der Selbstreflexivität, aber auch um das Bestreben, gesellschaftliche Missstände durch eigenes Handeln zu verändern.

Für viele dient die eigene Positionierung im linken Spektrum aber auch als schlichte Abgrenzung gegen „rechts“. Damit ist nicht allein die Abgrenzung auf einer Links-rechts-Achse gemeint; vielmehr wird hier das Konzept der „linken Identität“ mit den beschriebenen Werten und Gesellschaftsvorstellungen dem Konzept einer „rechten Weltanschauung“ entgegengestellt.

Zentrale Elemente linker Gesellschaftskritik

Im Folgenden geht es darum, zentrale Dimensionen dieser Kritik herauszuarbeiten und dadurch das Gesellschaftsverständnis der befragten Jugendlichen zu veranschaulichen. Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung lässt sich nach Ansicht der Jugendlichen u. a. durch folgende Probleme charakterisieren: Ungleichheit, Diskriminierung, Entsolidarisierung, Ökonomisierung und Herrschaft.

a. Ungleichheit und Ausgrenzung

Kritik an Ungleichheit und die Forderung nach Gleichberechtigung gehören zu den zentralen Dimensionen linker politischer Orientierungen. Bezugspunkte dieser Kritik sind u. a. soziale Klassen, Geschlechter und ethnische Gruppen. Matuschek et al. bezeichnen Ungleichheit als einen „zentrale[n] Bezugspunkt bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme“⁸ für die befragten linksaffinen Personen. Auch die in unserer Untersuchung interviewten Jugendlichen se-

8 Ebd., S. 202.

hen Ungleichheit und Ausgrenzung bestimmter Personengruppen als ein primäres Problem, das zum einen die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten der betroffenen Menschen verletzt, zum anderen aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Ganzes bedroht.

Im Hinblick auf das Verständnis von sozialer Ungleichheit verweisen die Jugendlichen auf die „Schere zwischen Arm und Reich“ (I-1)⁹ und kritisieren die massive Ungleichverteilung von Ressourcen in der Gesellschaft. Als ungerecht und illegitim empfinden sie, dass „Menschen am Rande des Existenzminimums leben und andere Menschen unglaublich reich sind“ (I-24). Ihrer Ansicht nach liegen die Ursachen sozialer Ungleichheit in der Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems begründet. Sie seien somit in erster Linie struktureller Natur und nicht durch individuelles Verschulden zustande gekommen.

Besonders kritisch beurteilen die Befragten den Trend hin zu einer Verschärfung sozialer Unterschiede in der Gesellschaft. Dabei beziehen sie sich auf den sozialstaatlichen Umbau in Deutschland (vor allem die Agenda 2010 und Hartz IV). Der Abbau sozialer Sicherungen führe dazu, dass Menschen „durch das soziale Netz fallen“ (I-31) und „an den sozialen Rand geschoben“ würden (I-26). Dies geschehe ohne objektiv vorhandene Notwendigkeit, da die Gesellschaft über ausreichend Ressourcen verfüge, um allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen: „Wenn alle zusammenarbeiten, kann es allen besser gehen. Aber es wird nicht gemacht, weil es bloß wenige besser haben wollen“ (I-26).

Soziale Ungleichheit wird jedoch von den Jugendlichen nicht nur materiell verstanden, auch heben sie die ungleichen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht hervor. In diesem Zusammenhang sprechen die Jugendlichen mangelnde Chancengleichheit und Bildungsungerechtigkeit an. Sie sehen diese Probleme jedoch vor allem in der ökonomischen Ungleichheit begründet und weisen darauf hin, dass ökonomisch schwächere Bevölkerungsschichten (z.B. Arbeitslose oder Flüchtlinge) gesellschaftlich ausgegrenzt würden. Da sie weniger Möglichkeiten hätten, sich für ihre Interessen einzusetzen, und auch keine Lobby besäßen, würden sie von der Politik nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund erachten linksaffine Jugendlichen es als notwendig, sich stellvertretend für diese Gruppen einzusetzen, während sie im Allgemeinen das Repräsentationsprinzip eher ablehnen und eine „Politik der ersten Person“ bevorzugen.

9 Die mit „I-n“ bezeichneten Aussagen sind den Interviews entnommen.

b. Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Gegnerschaft gegen alle Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist für viele der interviewten Jugendlichen ein grundlegendes Element ihrer politischen Orientierung. Steht für einige der Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in besonderem Maße im Zentrum ihres Engagements, beziehen sich andere darüber hinaus auf Antisemitismus, Islamophobie, Sexismus, Homophobie und die Diskriminierung von Arbeitslosen. Das verbindende Element dieser verschiedenen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung sehen sie in einer Ideologie der Ungleichheit, die Menschen aufgrund äußerer Merkmale oder der Art, wie sie ihr Leben gestalten, die Gleichwertigkeit abspricht und sie in ihren Menschenrechten beschneidet. Diese Einstellung ist darüber hinaus eine zentrale Dimension für die Abgrenzung gegenüber rechten politischen Orientierungen: „Für mich ist links nicht rechts, und sehr in klarer Abgrenzung, [die] Gegnerschaft zu allen menschenverachtenden Ideologien, Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten“ (I-24). Demgegenüber wünschen sich die Jugendlichen eine Gesellschaft, die alle Menschen integriert, in der „Menschen zusammenleben, ohne eben rassistisch, sexistisch, antisemitisch et cetera pp. zu sein“ (I-27), und in der es „keine Unterschiede zwischen diesen Menschen geben sollte“ (I-12). Aus diesem Verständnis heraus ist das Engagement gegen Rechtsradikalismus für viele der Befragten eine Selbstverständlichkeit.

Die Jugendlichen betonen jedoch auch, dass die Diskriminierung von Menschengruppen nicht nur als ein Problem extremer politischer Randgruppen zu betrachten sei; vielmehr sei „die Mitte der Gesellschaft [...] ja meistens genauso nationalistisch, rassistisch, homophob, sexistisch so und das ist dann – ähm ja, das finde ich halt ziemlich bedenklich“ (I-27). Auch in diesem Bereich nehmen die Jugendlichen eine negative Entwicklung wahr. So konstatieren viele eine Verschärfung fremdenfeindlicher und nationalistischer Tendenzen angesichts ökonomischer Krisen und zunehmender sozialer Ungleichheit. Dies machen sie am Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und an der Wahrnehmung gestiegener Ressentiments in der Gesellschaft fest.

Stärker als die häufig eher abstrakt bleibende Kritik an sozialer Ungleichheit ist das Thema Rassismus; aber auch andere Formen der Ausgrenzung sind für die Jugendlichen ein im Alltag konkret erfahrbares Phänomen, das sie emotional stark betroffen macht. Die besondere Relevanz des Engagements gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begründen sie auch damit, dass im schlimmsten Fall die Unversehrtheit und sogar das Leben der betroffenen Menschen bedroht seien.

Neben Antirassismus wird von vielen Jugendlichen auch die Ablehnung von Sexismus als wichtiger Aspekt der politischen Orientierung hervorgehoben. Die Jugendlichen beschäftigen sich mit dem Machtgefälle zwischen Männern und Frauen, mit Gleichstellungsfragen ebenso wie mit sexueller Belästigung und der Kritik an gesellschaftlich propagierten Schönheitsidealen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter sehen einige Interviewpartnerinnen als ein Thema an, das für sie im Alltag konkrete Bedeutung besitze: „[das] geht mich auch persönlich an so, noch mehr als vielleicht andere Themen“ (I-22). Im Bereich der Politik erachten sie Frauen nach wie vor als marginalisiert und benachteiligt. Auch innerhalb der linken Szene sehen sie sich – trotz einer erhöhten Sensibilität für das Thema – sexistischem Verhalten ausgesetzt.

c. Entsolidarisierung und Ökonomisierung

Linksaffine politische Orientierungen zeichnen sich durch eine Orientierung am „Leitbild einer solidarischen und gemeinwohlorientierten Gesellschaft“¹⁰ aus. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung wird jedoch ein entgegengesetzter Trend hin zu einer Ökonomisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft festgestellt. Die Ursachen für die Zunahme von Egoismus werden in der überhandnehmenden Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesehen, dessen Ausrichtung auf ökonomischen Mehrwert und stetiges Wachstum sich auf andere Lebensbereiche ausdehne.

Auch ein Großteil der in dieser Untersuchung befragten Jugendlichen kritisieren, die Gesellschaft werde zunehmend und in fast allen Lebensbereichen nach ökonomischen Prinzipien organisiert. Menschliche Bedürfnisse würden dadurch hinter den ökonomischen Nutzen zurückgedrängt. Konkret beklagen sie den steigenden Leistungsdruck in der Gesellschaft und die Bewertung von Menschen nach ökonomischen Gesichtspunkten, Egoismus und Konkurrenz in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie die übertriebene Fokussierung auf Lohnarbeit als zentralen Lebensinhalt. Demgegenüber fordern die Jugendlichen eine Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse und zwischenmenschliche Beziehungen höher eingeschätzt würden als ökonomische Werte.

Wie in den Interviews deutlich wurde, erkennen die Jugendlichen nicht nur einen wachsenden Leistungsdruck auf das Individuum, sondern auch eine Zunahme von Egoismus und eigennützigem Verhalten. Sie betonen vor allem die psychischen und zwischenmenschlichen Auswirkungen dieser Entwicklungen, weisen jedoch auch darauf hin, dass der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft

¹⁰ Matuschek et al., 2011, S. 172.

insgesamt bedroht sei. Die Jugendlichen fordern daher zum einen mehr Solidarität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und zum anderen einen mitmenschlichen, respektvollen Umgang im zwischenmenschlichen Bereich.

Neben der Leistungsorientierung wird auch die als übertrieben wahrgenommene Fokussierung auf Arbeit im gesellschaftlichen Diskurs kritisch gesehen:

„Also auch dieser Arbeitswahn, dass wir unbedingt Arbeitsplätze brauchen, obwohl wir – [...] obwohl das Ziel eigentlich sein sollte, da alles effektiv und effizienter geworden ist, [dass] wir uns mehr frei nehmen sollten. Das haben viele auch irgendwie verinnerlicht und denken: Ja, das Leben, das besteht nur aus Arbeit und das Ziel ist irgendwie Profite zu machen, sich irgendwie reich zu arbeiten“ (I-9).

Wie dieses Zitat verdeutlicht, sind die Jugendlichen der Ansicht, dass Arbeit nicht den zentralen Stellenwert im Leben einnehmen sollte. Sie befürchten, dass vielen Menschen durch die Ausrichtung ihres Lebens auf Lohnarbeit kaum Zeit und Ressourcen zur Verfügung stünden, um sich kritisch mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen – denn „wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, in einem Job, der ihm keinen Spaß macht, der hat auch keinen Bock, sich abends irgendwie noch dahin zu setzen und eine Wochen- oder Tageszeitung zu lesen“ (I-5). Viele fordern explizit eine Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, andere sprechen sich für das bedingungslose Grundeinkommen aus. Außerdem sollten Menschen, die nicht arbeiten (wollen), nicht diskriminiert werden.

Auch eine Veränderung des Bewusstseins der Menschen halten die Jugendlichen für notwendig. Sie wünschen sich ein Umdenken – weg von Gewinnorientierung und Wachstumsstreben. Statt Karriere und Konsum sollten zwischenmenschliche Beziehungen und ein solidarischer Umgang im Vordergrund stehen. Ein Interviewpartner beschreibt dies folgendermaßen: „[...] mein Leben besteht halt doch nicht nur aus Arbeit und Essen, Gesellschaft, das kann auch erfüllend sein, dass man mal ins Altenheim geht oder sich irgendwie um andere Menschen kümmert“ (I-15). Damit sich dieser Bewusstseinswandel einstellen könne, müsse „Solidarität [...] wieder erlebbar werden“ (ebd.); die Menschen müssten ein Zusammenleben lernen, bei dem „sie als Gemeinschaft funktionieren (.), ohne sich als Individuum aufzugeben“ (I-11), und ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass „man (.) zusammen weiter kommt, als man sich das alleine jemals ausdenken könnte“ (ebd.).

d. Herrschaft und Fremdbestimmung

Eine weitere Kritikdimension, die sich bei einem Großteil der Interviews identifizieren lässt, bezieht sich auf die Dimension Herrschaft versus Selbstbestimmung. Während einige Jugendliche sich dabei vor allem auf Mitbestimmungsdefizite in einzelnen Bereichen beziehen, bildet die Auseinandersetzung mit Herrschafts- und Machtstrukturen für manche der Befragten das grundlegende Element ihrer Gesellschaftskritik. Für sie führe Herrschaft als ein zentrales Merkmal unserer Gesellschaft zu Unfreiheit und Gewalt und bilde die Grundlage von Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung. Viele sehen Herrschaft nicht durch konkrete Personen verkörpert, sondern verstehen sie als komplexes System, in welchem alle Menschen sowohl als Unterdrückte als auch als Unterdrücker auftreten. Betont wird damit auch die eigene Verstrickung in Herrschaftsstrukturen. Notwendig sei, diese Herrschaftsstrukturen aufzudecken und sichtbar zu machen.

Die aktuelle Gesellschaft sei nach Ansicht der Jugendlichen durch Unfreiheit gekennzeichnet und beruhe auf permanenter Gewalt, die sich in gesellschaftlichen Zwängen äußere. Der repressive Charakter, den die Jugendlichen der Gesellschaft zuweisen, gründe – ihrer Ansicht nach – vor allem auf der hierarchischen Organisation aller Lebensbereiche. Diese verhindere, dass die Menschen im Alltag, z.B. im Betrieb, selbstbestimmte Entscheidungen treffen könnten, und schränke sie dadurch in ihren Lebensmöglichkeiten ein. Diese Einschränkungen äußerten sich sowohl in Vorschriften und Gesetzen als auch in ungeschriebenen Verhaltensnormen oder in konkretem Zwang. Eine zentrale Rolle spielt dabei für einige Jugendliche der Staat, der ihnen bei politischen Aktionen, aber auch im Alltag als einschränkende Ordnungsmacht gegenübertritt, dessen Regeln sie jedoch nicht nachvollziehen können.

Die Gesellschaftsstrukturen werden dabei von den Jugendlichen als einzwängend empfunden. Sie haben das Gefühl, dass ihnen nicht ermöglicht werde, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu realisieren. Die hierarchische Struktur der Gesellschaft führe nach Ansicht der Jugendlichen dazu, dass die Gesellschaft „von oben herab diktiert“ (I-9) werde, anstatt von unten nach oben bestimmt zu werden. Entscheidungen würden von einer kleinen politischen und ökonomischen Elite getroffen, wohingegen die Menschen im Alltag kaum Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen hätten, die sie und ihre Lebensumstände konkret betreffen.

Das Gegenteil von Herrschaft ist für die Jugendlichen Selbstbestimmung bzw. Emanzipation im Sinne der Überwindung von Herrschaftsverhältnissen. In Anlehnung an anarchistische Ideen fordern sie eine herrschaftsfreie Gesellschaft

ohne Hierarchien, in der Entscheidungen über Aushandlungsprozesse getroffen würden, an denen alle Betroffenen gleichermaßen beteiligt wären: „eine Gesellschaft [...], in der sich jeder, so wie er, sie, es ist, sich frei entfalten kann, unter der einzigen Einschränkung, dass niemand die Freiheit eines anderen einschränkt“ (I-30). Voraussetzung dafür sei, Autoritäten und ihre Legitimität grundsätzlich infrage zu stellen und Hierarchien jeglicher Art in kleinen Schritten abzubauen, so z. B. auch Wissens- und Kommunikationshierarchien.

Um eine selbstbestimmtere Lebensweise zu erreichen, wird vor allem an die Eigenverantwortung der Bürger appelliert. Diese sollten Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, nicht anderen überlassen, sondern stattdessen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und sich für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzen. Hieran wird die enge Verbindung deutlich, die im alternativ-linken Milieu zwischen Privatleben und gesellschaftlicher Entwicklung gesehen wird.¹¹ Die Jugendlichen möchten zum einen selbstbestimmter leben und zum anderen eine gesamtgesellschaftliche Alternative verwirklicht sehen. Hierzu reicht es ihrer Ansicht nach nicht aus, Forderungen an Politiker zu stellen oder sich über konventionelle Wege zu beteiligen; vielmehr müsse die geforderte Selbstorganisation im eigenen Leben umgesetzt werden. Selbstorganisation ist für die Jugendlichen das zentrale Prinzip für die Überwindung von Herrschaft. Ziel ist dabei nicht eine Gesellschaft ohne Regeln, in der alle Menschen sich so verhalten, wie sie möchten; vielmehr betonen die Jugendlichen die Bedeutsamkeit gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und „freiwilliger Vereinbarungen“ (I-9) als gesellschaftliche Steuerungsmechanismen. Diese böten allen die Möglichkeit, eine bewusste Entscheidung zu treffen, wie das gemeinsame Leben gestaltet werden soll. Selbstbestimmung als Gegenstück von Herrschaft wird von ihnen also nicht nur als individuelle Selbstentfaltung, sondern als ein gesamtgesellschaftliches Prinzip gesehen.

Zentral ist hier überdies der Aspekt der bewussten und aktiven Entscheidung über Lebensweisen. Die Jugendlichen üben damit auch Kritik an der von der Politik oft ins Feld geführten Alternativlosigkeit. Diese lassen sie nicht gelten, sondern weisen darauf hin, dass genügend Handlungsspielräume zu Verfügung ständen. Die Organisation des Zusammenlebens dürfe nicht ökonomischen Prozessen überlassen werden (I-17).

Als Freiräume bezeichnen die Jugendlichen z. B. alternative Wohnprojekte, selbstorganisierte kulturelle Zentren, aber auch das soziale Miteinander in der

¹¹ Vgl. Faltin, Inge: Norm, Milieu, politische Kultur. Normative Vernetzungen in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik, Wiesbaden 1990, S. 144.

Gruppe. Diese sehen sie als Versuch, bereits in der Gegenwart „herrschaftsfreie Räume“ zu schaffen und die Prinzipien von Selbstorganisation, Basisdemokratie und lokaler Organisation umzusetzen.

e. Protest und Gewalt

Protestakteure können sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Definition und Legitimität von Gewalt haben. Während manche sie grundsätzlich ablehnen, kann sie von anderen als strategischer Einsatz und von wieder anderen als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen angesehen werden.¹² Politisch motivierte Gewalt als das Spektrum kollektiver Aktionen, das große physische Kraft einschließt und einem Gegner Schaden zufügt, um politische Ziele zu erzwingen,¹³ bezieht eine große Bandbreite von Handlungen ein, die zum einen nach Sachbeschädigung und Gewalt gegen Personen unterteilt und zum anderen nach ihrem Intensitätsgrad geordnet werden können. Die Politikwissenschaftlerin Donna della Porta weist jedoch darauf hin, dass nahezu bei jedem Protest physische Kraft bzw. Zwang zum Einsatz kommt und eine gewisse Schädigung des Gegners intendiert ist. So wird beispielsweise durch einen Streik dem Unternehmer ein wirtschaftlicher Schaden zugefügt, um die Interessen der Arbeiter durchzusetzen, ohne dass es dabei notwendigerweise zu Gewalt kommt.¹⁴ Dies macht deutlich, dass die Gewaltbezeichnung des Handelns stark von subjektiven Einschätzungen abhängt.

Gleichwohl tritt gewaltförmiges Handeln im Rahmen von Protesten eher selten auf. In den meisten Fällen ist Gewalt dabei nicht Folge intentionalen Handelns, sondern erscheint als „Ergebnis eines faktischen interaktiven Geschehens“¹⁵. Dennoch kann Gewalt von Protestakteuren auch strategisch eingesetzt werden. Dabei entwickelt sich das Eskalationsinteresse bei Protestakteuren meist erst im Verlauf der Auseinandersetzung und ist u. a. von den vorhandenen Ressourcen abhängig. Haben Protestgruppen nicht die Möglichkeit, ihr Anliegen

12 Vgl. Rucht, Dieter: Gewalt und neue soziale Bewegungen, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 461–478, hier S. 462.

13 Vgl. Della Porta, Donatella: Gewalt und die neue Linke, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 479–500, hier S. 479.

14 Vgl. ebd.

15 Kreissl, Reinhard/Sack, Fritz: Framing. Die kognitiv-soziale Dimension von sozialem Protest, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 11 (1998), H. 4, S. 41–54, hier S. 47 f.

über institutionalisierte Partizipationsformen einzubringen, oder fehlen ihnen hierzu die strukturellen oder finanziellen Möglichkeiten, sind sie auf das Erlangen von Aufmerksamkeit durch spektakuläre Ereignisse angewiesen.¹⁶ Neben dem instrumentellen Einsatz kann Gewalt in einigen Fällen auch der Selbsterfahrung, der Austestung eigener Grenzen oder der Befriedigung von Abenteuerlust dienen.¹⁷ So ist z.B. beim 1. Mai in Berlin bei der Mehrzahl der Tatverdächtigen kein politischer Hintergrund erkennbar.¹⁸ Auch die Ergebnisse einschlägiger Jugendstudien weisen darauf hin, dass politisch motivierte Gewalt nur einen sehr kleinen Teil der Jugendgewalt ausmacht.¹⁹

Ob Konflikte in einer Gesellschaft gewaltförmig ausgetragen werden, hängt in hohem Maße von der bestehenden Konfliktkultur sowie dem vorherrschenden Umgang mit Protesten ab. Zu den gewalthemmenden Faktoren zählen zum einen liberale politische Kulturen, die reformfähig sind und sich nicht gegen Kritik abschotten, sowie zum anderen eine liberale Gesetzgebung, die Minderheiten schützt und bei der strafrechtlichen Beurteilung auch die Handlungsgründe und nicht nur die Handlungsfolgen berücksichtigt. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das flexible und deeskalierende Verhalten der Polizei, die in Einzelfällen leichte Gesetzesverstöße toleriert, um eine Eskalation zu vermeiden.²⁰

Das Verhältnis zu Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Frage nach Gewalterfahrungen und -legitimationen von linksaffinen Jugendlichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Antwortverhalten der Jugendlichen durch soziale Erwünschtheit beeinflusst wird – denn Einstellungen gegenüber Gewalt unterliegen immer auch einer gesellschaftlichen Tabuisierung. So können die Interviewten den Eindruck haben, dass in der Interviewsituation Gewalthandeln einer moralischen Bewertung unterzogen wird, weshalb sie eventuell eine Schilderung von Gewalt-

16 Vgl. Willems, Helmut: Jugendprotest, die Eskalation und die Rolle des Staates, in: Heitmeyer, Wilhelm et al. (Hg.): Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim/München 1992, S. 219–231, hier S. 222 f.

17 Vgl. Eckert, Roland: Die Dynamik der Radikalisierung. Über Konfliktregulierung, Demokratie und Logik der Gewalt, Weinheim 2012, S. 104.

18 Vgl. Hoffmann-Holland, Klaus: Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin. Triangulierte kriminologische Studie. Freie Universität Berlin, Berlin 2010.

19 Vgl. Schneekloth: Jugend und Politik, S. 162 f.

20 Vgl. Rucht, Dieter: Gewalt und neue soziale Bewegungen, Wiesbaden 2002, S. 471 f.

situationen und -strategien vermeiden. Denkbar ist auch, dass die Jugendlichen bei einer allzu offenen Äußerung von Gewalt eine mögliche Entdeckung durch Strafverfolgungsbehörden befürchten.

Eine andere Perspektive auf das Problem der sozialen Erwünschtheit in den Einstellungen gegenüber Gewalt eröffnet sich, wenn man die individuellen Aussagen als Statement der Gruppe oder der linken Szene nimmt. Dabei ist vorstellbar, dass die eigene Gruppe oder andere Aktivisten als Adressaten für eine geäußerte Meinung über Gewalt betrachtet werden. Hier kann die soziale Erwünschtheit durchaus eine Befürwortung von Gewalt bedingen, sofern dies innerhalb der in der jeweiligen sozialen Umgebung geführten Militanzdebatte als probates Mittel zur Erreichung politischer Ziele verstanden wird – selbst wenn sich der Gesprächspartner persönlich stärker von Gewalt distanziert. Deshalb ist wichtig, die Äußerungen der Befragten nicht ohne kritische Distanz zu betrachten und einer intersubjektiven Validierung zu unterziehen. Aber auch dadurch lässt sich soziale Erwünschtheit im Antwortverhalten nur bedingt kontrollieren. Wie sich die Jugendlichen zum Thema Gewalt positionieren, wurde daher in den Interviews nicht unmittelbar erfragt. Vielmehr wurde der Einstellungsbereich zu Gewalt erst dann angesprochen, wenn die Interviewten selbst das Thema aufgegriffen haben oder sich Anknüpfungspunkte boten, um detaillierter auf die Thematik einzugehen.

Die Auswertung der Interviews zeigt, dass die befragten Jugendlichen deutliche Differenzierungen des Gewaltbegriffs vornehmen. In den meisten Fällen werden als zentrale Kategorien „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“ unterschieden. Wie differenziert Gewalt gegen Sachen und Personen bewertet wird, verdeutlicht beispielhaft die folgende Aussage:

„Aber ich glaube auch, es ist ein Trugschluss, Sachschaden immer in eine Kategorie mit Menschen-verprügeln zu stecken. Und auch Gewalt als Thema immer gleichzusetzen mit Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen. Ich glaube, wenn – [...] Gruppen wirklich Menschen explizit angreifen, finde ich auch krass. Aber ich meine, die ganze Autoanzünden-Debatte ist in Berlin auch ziemlich groß. Ich glaube, man darf sich nicht über beide genau gleichwertig aufregen. Es gibt bestimmte moralische Gründe, Gewalt gegen Menschen abzulehnen. Und Gewalt gegen Sachen ist eben schon mal eine andere Sache“ (I-19).

Aus Sicht des Befragten wird den beiden Formen der Gewalt eine unterschiedliche Qualität zugesprochen. Wenn der Einsatz von „Gewalt gegen Sachen“ in

bestimmten Situationen als legitim erachtet wird, so wird Gewalt in den Dienst eines strategischen Ziels gestellt. Beim Anzünden von Autos oder Müllcontainern ist die Intention, die Polizei vom Eingreifen abzulenken. Mit Blockaden sollen Rechtsextreme von öffentlichen Aktionen abgehalten werden. Die mitunter allzu deutliche Trennung zwischen „Gewalt gegen Personen“ und „Gewalt gegen Sachen“ impliziert offenbar auch Übergänge und Überschneidungen.

„Gewalt gegen Personen“ aus subjektiv empfundener Notwehr

„Gewalt gegen Personen“ findet bei den Befragten ganz überwiegend keine Akzeptanz. Diese Überzeugung wird allerdings für bestimmte Handlungssituationen eingeschränkt. Dabei handelt es sich um Aktionen, die als Notwehrmaßnahmen gegen Rechtsextreme, Polizisten oder Mitglieder anderer linker Gruppierungen verstanden werden, wie folgende Interviewpassage exemplarisch verdeutlicht:

„Ob das legitim ist, weiß ich nicht, aber gegen Polizei finde ich – meistens ist es Notwehr für mich. Also, aber ich bin jetzt nicht einer, der – also ich finde das nicht gut, wenn irgendwo ein Polizeiwagen angezündet wird oder so. Aber wenn ich geschlagen werde, dann versuche ich, mich auch zu wehren. Und da ist mir eigentlich auch egal, ob es ein Polizist oder ein Nazi ist“ (I-13).

Bis auf einzelne Ausnahmen ist der größte Teil der Interviewpartnerinnen und -partner der Auffassung, dass Gewalt zur Selbstverteidigung eingesetzt werden dürfe oder dann angebracht sei, wenn es das Leben anderer zu schützen gelte. Die Notwehrsituation als solche wird dabei teilweise sehr individuell ausgelegt und orientiert sich nicht unbedingt am entsprechenden Straftatbestand (§ 32 StGB). Vielmehr zeigt sich die Einschätzung dessen, was als Gewalt bzw. als Gegengewalt in Form von Notwehr verstanden wird, als subjektive Wahrnehmung innerhalb einer bestimmten Situation. Dieses Argumentationsmuster bietet den Befragten eine subjektive Begründung, in der sie sich selbst oder andere (Gruppenmitglieder) als Opfer und nicht als Täter wahrnehmen können. Diese weite Auslegung des Notwehrbegriffs und die damit verbundene Legitimation von Gewalt dienen unter Umständen der Rechtfertigung des eigenen Gewalthandelns. Allerdings wird die Problematik von Gewalt in Notwehrsituationen in vielen Fällen als hypothetisches Gedankenspiel aufgeworfen und bleibt eher abstrakt. Einige der Befragten berichten in diesem Zusammenhang aber auch von konkreten Erfahrungen, bei denen sie sich offenbar veranlasst sahen, Gewalt als

Mittel der Selbstverteidigung einzusetzen: „Aber erst letztes Jahr sind halt sechs Nazis bei einem Freund von mir auf eine Party eingefallen, durch die verschlossene Tür, und haben dann die Wohnung aufgemischt“ (I-23). Menschen, die den Einsatz von „Gewalt gegen Personen“ hingegen kategorisch ablehnen, halten sich ihren Aussagen nach bewusst von Situationen fern, in denen mit gewaltsamen Zusammenstößen zu rechnen sei.

Instrumenteller Einsatz von „Gewalt gegen Sachen“

„Gewalt gegen Sachen“ wird von einigen der Befragten befürwortet, sofern Gewaltaktionen im Rahmen eines politisch motivierten Kontextes stehen und darüber hinaus einen Nutzen versprechen. So beschreibt ein Interviewpartner, dass es durchaus strategisch sinnvoll sein könne, auf einer Demonstration Einsatzfahrzeuge der Polizei ohne Besatzung anzuzünden, da ein Großteil der eingesetzten Beamten sich dann um die brennenden Autos kümmern müsse, anstatt an anderer Stelle Demonstranten „zusammenschlagen“ (I-15). In einem solchen Verständnis wird Gewalt als instrumentelle Gewalt verstanden, um bestimmte Aktionen der Gegenseite zu verhindern oder ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Die Auffassung, Gewalt unter strategischen und taktischen Gesichtspunkten zu betrachten, wird explizit von einem Interviewpartner zum Ausdruck gebracht:

„Ein ganz großer Streitpunkt ist die Gewaltfrage. Also die, ob Gewalt ein legitimes Mittel darstellen kann. Und zwar eben nicht nur Selbstverteidigung, sondern auch der Angriff gerade, also gerade was Sachbeschädigung angeht, was Gewalt gegen Gegenstände angeht und was durchaus nicht nur ein Akt der Zerstörung sein kann, sondern was a) ein Akt des Widerstandes sein kann und b) auch teilweise einfach taktisch sein kann“ (I-15).

Teilweise werden gewaltsame Aktionen in Form von Sachbeschädigungen auch dann als legitim erachtet, wenn damit eine politische Botschaft in der Öffentlichkeit vermittelt wird, etwa in Form des Widerstands oder als inhaltliches Statement.

Wahrgenommene strukturelle Gewalt als Legitimation von Gegengewalt

Ein weiteres Muster in den Aussagen der Interviewten orientiert sich an der Beschreibung struktureller Gewalt – ein Konzept, das auf Johan Galtung²¹ zurückgeht. Galtungs Gewaltverständnis steht im Zusammenhang mit seinem wissenschaftlichen und politischen Engagement für die Friedensbewegung in den 1960er Jahren und hat in besonderem Maße „linke Protestbewegungen mit ihrem relativ starken theoretischen Selbstvergewisserungsbedarf“²² beeinflusst. Galtung nimmt eine folgenreiche Erweiterung des Gewaltbegriffs vor: Gewalt müsse nicht an einen identifizierbaren Täter gebunden sein; gleichwohl beschreibt Galtung einen „Dauerzustand von Gewalt“²³, der durch Armut, Unterdrückung und Entfremdung „auf irgendeine Weise in die soziale Struktur eingebaut sein“²⁴ müsse. In solcher Weise verstanden, ist der Gewaltbegriff für alles zuständig, was „einem Menschen Schaden zufügt“²⁵. Er wird zu einer „catch-all“-Kategorie“²⁶, die in den strategischen Sprachgebrauch sozialer Bewegungen eingegangen ist.

Von den Befragten wird strukturelle Gewalt vor allem dem Staat und seinen Institutionen zugeschrieben. Sie verstehen darunter Diskriminierung, strukturelle Ungleichbehandlung oder die Beschränkung von Bürgerfreiheiten durch staatliche Institutionen. Für die interviewten Jugendlichen wird die Wertigkeit von struktureller Gewalt durch den Staat, durch Banken oder andere Akteure zur Ausübung konkreter Gewalthandlungen in Beziehung gesetzt und als übermächtig beschrieben. Strukturelle Gewalt wird damit anderen Gewaltformen gegenübergestellt und dient der Legitimation gewaltsamer Aktionen, insbesondere der Rechtfertigung von „Gewalt gegen Sachen“. Die Ambivalenz, die sich aus dieser Haltung heraus gegenüber bestimmten Formen der Gewaltausübung entwickelt, zeigt sich exemplarisch in den Aussagen eines Gesprächspartners:

-
- 21 Vgl. Galtung, Johan: Der besondere Beitrag der Friedensforschung zum Studium der Gewalt: Typologien, in: Röttgers, Kurt/Saner, Hans (Hg.): Gewalt. Grundlagenprobleme in der Diskussion der Gewaltphänomene, Basel/Stuttgart 1978, S. 9–32.
 - 22 Neidhardt, Friedhelm: Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmungen des Begriffs, in: Krey, Volker/Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Was ist Gewalt? Auseinandersetzungen mit einem Begriff, Wiesbaden 1986, S. 109–147, hier S. 129.
 - 23 Galtung, 1978, S. 14.
 - 24 Ebd.
 - 25 Ebd., S. 20.
 - 26 Waschkuhn, Arno: Aggression und Gewalt im Licht der Friedens- und Konfliktforschung, in: Schöpf, Alfred (Hg.): Aggression und Gewalt. Anthropologisch-sozialwissenschaftliche Beiträge, Würzburg 1985, S. 273–289, hier S. 286.

„Wir finden halt, dass die Gewaltdebatte oder die Militanzdebatte, die gerade oder speziell in den Medien und Politik geführt wird, relativ heuchlerisch ist, da wir eben in einer ziemlich gewalttätigen Gesellschaft leben, die sich meistens zwar eher als strukturelle Gewalt darstellt, aber wir zum Beispiel nicht verstehen, warum jetzt eine eingeworfene Scheibe beim Arbeitsamt viel moralisch verwerflicher sein soll als jahrelanges Verarschen, Hinhalten und Erniedrigen von jemandem auf dem Arbeitsamt. Und finden halt, dass Protest sich in, gerade also jetzt in Deutschland gesehen, oftmals nur in einem gewissen Rahmen sich bewegen darf, aber dieser Rahmen halt relativ wirkungslos ist, und dass man im Einzelfall eben auch durch solche Aktionen Protest besser vermitteln kann. Aber sagen wir mal, so militante Formen, also das ist für uns halt ein Mittel, aber nicht das Mittel“ (I-30).

In einigen Fällen wird strukturelle Gewalt in Zusammenhang mit unzureichendem Einfluss im Rahmen der bestehenden politischen Partizipationsmöglichkeiten gebracht. In dieser Argumentation zeigen sich enge Verbindungen zur Kritik am bestehenden Politikbetrieb von Parteien, Demokratie und den staatlichen Institutionen. Wenn der gesellschaftliche Rahmen, in dem sich Protest bewegen darf, als wirkungslos empfunden wird, dann entwickeln einige Interviewte eine Zustimmung zur Ausübung von Gewalt. Letztere wird in einigen Fällen als einzig wirkungsvolles Mittel zur Erregung von Aufmerksamkeit und damit letztlich zur Durchsetzung bestimmter Interessen verstanden. In dieser Perspektive wird Gewalt als äußerste Form der politischen Beteiligung und als besonders radikale Form der Kommunikation mit verschiedenen Akteuren des politischen Systems verstanden, wie die folgenden Aussagen verdeutlichen:

„Weil es auf dem parlamentarischen Weg so einfach nicht funktioniert. Und direkte Aktionen, die versuchen erst gar nicht diesen Weg zu gehen, und die möchten das Problem direkt möglichst angehen. Ich würde jetzt sagen, ich distanzier mich jetzt nicht davon, also in der Situation kann ich das auch gut finden“ (I-9).

„Gewalt gegen Personen und Gegenstände auf keinen Fall. Aber Gewalt im Sinne (von) ‚ich setze eine Person unter Druck, weil ich sein Büro blockiere‘, ja. Weil das ist, wenn überhaupt keine Kommunikation fließt, das einzige Mittel, um überhaupt wieder Kommunikation herzustellen. Also auch öffentlichen Verkehr von mir aus blockieren, keine Frage. Weil, wenn es nicht weh tut, dann regt sich auch keiner“ (I-14).

In Anbetracht der beklagten Kommunikationslosigkeit scheint Gewalt den „Vorteil einer hohen und voraussehbaren Erfolgssicherheit“²⁷ zu bieten. Ihr Einsatz ist „sicherer, unbedingter und allgemeiner als andere Zwangsmittel [...] und [...] sie [ist] ein im Ernstfall allen anderen überlegenes soziales Kontrollwerkzeug und politisches Machtinstrument“²⁸. Fraglich ist allerdings, ob durch Gewalt die politische Partizipation der Protestgruppen mit ihren verschiedenen Akteuren und Institutionen eröffnet oder ermöglicht werden kann. Denn es ist nicht vorhersehbar, welche Dynamik das Zusammenspiel von Protestgruppen mit Polizei, Publikum und medialer Öffentlichkeit annimmt, wie sich Eskalationen entwickeln, welche Form sie annehmen und wie sie befriedet werden können.

Legitimation von Blockaden als Akt des zivilen Ungehorsams

Aus der Wahrnehmung heraus, keinerlei alternative Einflussmöglichkeiten auf den politischen Prozess zu haben, bilden sich Legitimationsmuster, die auch im Kontext von Zwangshandlungen angesiedelt sind und von den befragten Jugendlichen als ziviler Ungehorsam verstanden werden. Auch wenn ziviler Ungehorsam in den meisten Fällen als gewaltfreie Form des Protests angesehen wird, so bleibt die Verwendung des Begriffs doch ambivalent. So wird einerseits durchgängig der Bezug zu möglichen Zwangshandlungen hergestellt; andererseits wird aber auch ganz bewusst auf die Abgrenzung von Gewalthandlungen gesetzt:

„Blockade ist schlicht und ergreifend ziviler Ungehorsam. Das ist ein verfassungsmäßiges Recht. Dass man einfach sagt: So ‚ich bin hier und ich bin dagegen‘. Das beste Beispiel für zivilen Ungehorsam ist immer noch dieses eine schöne Foto vom Tian’anmen-Platz, (dem) Platz des himmlischen Friedens, wo ein Mann mit Einkaufstüten vor einem Panzer steht, und schlicht und ergreifend nicht weitergeht. Das ist ziviler Ungehorsam. Gewaltlos – gewaltlos demonstrieren, sich gewaltlos hinstellen und sagen: ‚Wir wollen das nicht!‘ Ja“ (I-12).

Die Frage der Gewaltfreiheit zählt zu den besonders umstrittenen Aspekten des zivilen Ungehorsams. Ob Sachbeschädigung bereits als Gewalt gewertet oder

27 Luhmann, Niklas: Rechtssoziologie, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 262.

28 Neidhardt, 1986, S. 134.

nur personenbezogene Gewalt als solche betrachtet werden sollte, bildet bloß einen Aspekt dieser Kontroverse. Außerdem wird immer wieder diskutiert, ob – und wenn ja – unter welchen Bedingungen zwischen physischer und psychischer Gewalt zu unterscheiden bzw. in welchen Fällen der Straftatbestand der Nötigung erfüllt sei. Ebenso wie der Gewaltbegriff ist auch der Begriff des zivilen Ungehorsams umstritten: Während er für die einen Nötigung beschreibt, bildet er für die anderen eine Art Bürgerpflicht.²⁹ Diejenige Begründung für zivilen Ungehorsam, die sich häufig in den Aussagen der Befragten wiederfindet, stimmt mit der Auffassung von Zinn weitgehend überein, der darunter „die überlegte und gezielte Übertretung von Gesetzen um dringender gesellschaftlicher Ziele Willen“³⁰ versteht. Als positive Beispiele dienen für die Jugendlichen in diesem Zusammenhang Sitzblockaden, die etwa einen Castortransport oder eine Demonstration von Rechtsextremen verhindern.

Billigung und Delegation von Gewalthandlungen

Ein weiteres Muster findet sich bei einigen der Befragten, die Gewalt nicht klar ablehnen, sie billigen, wenn sie der Ansicht sind, dass Gewalt von anderen begangen wird. Unter Umständen lässt sich sogar von einer Delegation von Gewalthandlungen an Akteure sprechen, von denen angenommen wird, dass sie gewaltsame Aktionen befürworten oder begangen haben. Das Gewalthandeln anderer wird demnach nicht eindeutig verurteilt, wenn nicht sogar unterstützt, obgleich eine persönliche Distanzierung von Gewalt erfolgt:

„Also ich finde für mich persönlich, ich finde, es gibt nochmal einen Unterschied zwischen: ‚Ich möchte Situationen nicht erleben, weil ich mir das nicht zumute‘“ (I-18).

„Ich würde inzwischen auch so weit gehen, zu sagen, dass ich Angriffe –, dass ich mich vielleicht nicht unbedingt daran beteiligt würde, aber dass ich (das) nicht mehr so krass verurteile wie früher noch“ (I-15).

Für die Befragten erfüllen diese Aussagen womöglich die Funktion einer symbolischen Positionierung bzw. Solidarisierung im Rahmen der Militanzdebatte der linken Szene. Auch dann, wenn die Jugendlichen sich nicht selbst an gewalt-

29 Pabst, Andrea: Ziviler Ungehorsam. Annäherung an einen umkämpften Begriff, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62 (2012), H. 25, S. 23–29, hier S. 23.

30 Zinn, Howard: Disobedience and Democracy, New York 1968, S. 119.

samen Aktionen beteiligen wollen – sei es aus Angst vor den Konsequenzen, sei es aus moralischen Gründen –, signalisieren sie mit ihren Erklärungen, dass sie Verständnis für diejenigen aufbringen könnten, die eher zu Gewalt bereit seien und auf diese Weise versuchten, auf ihre politischen Ziele aufmerksam zu machen oder sich gegen staatliche Repression aufzulehnen.

Kosten-Nutzen-Kalkulation des Gewalteinsatzes

Die Ablehnung von Gewalt beruht bei einigen der Jugendlichen auf der Überzeugung von Gewaltfreiheit. Ein Teil von ihnen macht die eigene Positionierung zu gewaltsamen Vorgehensweisen offenbar von der Effektivität eines solchen Handelns abhängig. In verschiedenen Aussagen weisen die Interviewten darauf hin, dass sie Gewalt ablehnen, da sie diese nicht als wirkungsvolles Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen und zur Erreichung ihrer Ziele verstehen. Sie befürchten sogar, dass sich die Ausübung von Gewalt als kontraproduktiv erweisen könnte, wenn dadurch das Bild linker Aktivisten in der Öffentlichkeit nachhaltig beschädigt würde. Außerdem sind sie der Meinung, dass der von ihnen angestrebte Bewusstseinswandel in der Gesellschaft durch Gewaltaktionen kaum zu erreichen sei. Einer der Interviewpartner, der selbst bereits Erfahrungen mit Sachbeschädigungen bei politischen Aktionen gemacht habe, drückt seine Sorge vor den Konsequenzen eines solchen Vorgehens folgendermaßen aus:

„Davor war auch schon einiges an Schaufensterscheiben eingeschmissen worden, wo ich mir denke: ‚Das bringt es nicht.‘ Und nicht nur, dass es nichts bringt, sondern das entfremdet ja eigentlich auch eher andere Menschen, die man irgendwie erreichen möchte. Noch davon, wenn man irgendwie Scheiben von der Tankstelle einschmeißt, wo die Leute dann irgendwie wirklich ihr Bild haben: ‚Das sind Chaoten‘“ (I-2).

Ein anderer Befragter schließt Gewalt als Handlungsoption aus ähnlichen Gründen aus. Dabei steht für ihn in erster Linie die gesellschaftliche Wirkung im Vordergrund:

„Mit Gewalt versammelt man hier Leute nicht hinter sich. Und deswegen ist es (nicht nur) irgendwie wirkungslos, sondern es ist dann eher so, dass man sagt: ‚Ah, ja. Das sind wieder diese Linken, die dann Steine werfen‘, und was weiß ich was. Dann schießt man sich ins eigene Bein. Weil natürlich die

breite Masse, die nicht den Ideen jetzt so anhängt, dann auch noch sagt: ‚Das sind eher unsere Feinde‘ und ‚Das sind jetzt nicht Leute, die was verändern wollen in eine positive Richtung‘. Deswegen ist das für mich keine Option“ (I-8).

Am Beispiel der G20-Proteste lässt sich recht gut nachvollziehen, welche

„Fehlkalkulationen [...] sich z. B. recht häufig aus den unsicheren Effekten verstärkter Drohung und forcierten Angriffs [ergeben]. In diesem Zusammenhang stehen auch die staatlichen Instanzen vor Imponderabilien, die sich aus der paradoxen Wirkung der Verfolgung ergeben: Verfolgung verursacht nämlich gleichzeitig Angst (und Resignation) sowie Empörung (und weitere Mobilisierung), kann also sowohl abschrecken als auch aufputschen [...]. Doch ist es möglich, dass sich die Protestbewegung auf einer bestimmten Eskalationsstufe spaltet und zersplittert. Steigt unter dem wachsenden Druck der Verfolgung die Gefährdung der Mitglieder der Bewegung, dann bröckeln die Ränder ab, die Mitläufer steigen aus, und auch die Engagierten mag Fanatismus von einem Punkt an so teuer erscheinen, dass sie die Front verlassen. Auch ein solcher Erosionsprozess ereignet sich allerdings nicht automatisch. Er ist umso wahrscheinlicher, je differenzierter die Verfolgung eingreift und Anlässe zu reaktiver Solidarisierung meidet, den Gegner also diversifiziert.“³¹

Ein differenzierter und kommunikativer Ansatz³² und dabei eine nach Möglichkeit von Dritten vermittelte Interaktion zwischen Protestgruppen und Polizei könnten einen deeskalierenden Verlauf von Protesten begünstigen.

Zusammenfassung

Bei den Befragten handelt es sich um eine Auswahl besonders interessierter und aktiver Jugendlicher, die meist schon längere Zeit in Gruppen und sozialen Bewegungen Erfahrungen mit der Mobilisierung für politische Themen und Ziele

31 Neidhardt, Friedhelm: Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe, in: Alemann, Heine v./Thurn, Hans Peter (Hg.): Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Festschrift für René König zum 75. Geburtstag, Opladen, S. 243–257, hier S. 246.

32 Vgl. dazu den Beitrag von Udo Behrendes in diesem Band.

machen konnten. Die Jugendlichen sind offenbar im Besonderen von den sozialen, ökonomischen und ökologischen Veränderungen betroffen und „spüren den Druck, ihre Lebensplanung an hohen Qualifikations- und Leistungsanforderungen auszurichten“³³. Insofern wird man sie aus gutem Grund auch als „politische Seismografen“³⁴ bezeichnen können, die nachhaltig und engagiert auf die drängenden politischen Probleme reagieren.

In der vorliegenden Studie steht das wirtschaftliche, politische und soziale System, das immer mehr Bereiche der Profitlogik unterwirft, im Zentrum der Gesellschaftskritik der Jugendlichen. Die Problemsicht erstreckt sich auf vier Dimensionen: Erstens nehmen die Jugendlichen eine zunehmende soziale Ungleichheit und damit im Zusammenhang stehende ungleiche Chancen der sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe wahr; um dies zu ändern, setzen sie auf politischen Protest. Das vorhandene System der politischen Repräsentation durch Wahlen und Parlament scheint ihnen kaum geeignet zu sein, ihre Bedürfnisse und Interessen durchzusetzen. Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit verbinden sie mit der Forderung, gegen jegliche Form der Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung und für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten. Zweitens stellen die Jugendlichen einen Zusammenhang zwischen Ökonomisierung und Entsolidarisierung her. Sie beklagen den Leistungsdruck, die Bewertung des Menschen sowie der sozialen Beziehungen nach ökonomischen Kriterien und fordern entschieden Solidarität und Mitmenschlichkeit ein. Drittens sehen die Jugendlichen ein Hindernis für eine selbstbestimmte und emanzipatorische Lebensweise in der hierarchischen und meritokratischen Struktur der Gesellschaft – maßgebliche Entscheidungen würden von ökonomischen und politischen Eliten getroffen; Menschen, die von den Entscheidungen betroffen seien, hätten kaum Einflussmöglichkeiten. Die Vorstellung eines selbstbestimmten und selbstorganisierten Lebens verbinden die Jugendlichen mit Projekten und Institutionen, die gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, Steuerungsmechanismen und individuelle Entscheidungen zulassen.

Die meisten Interviewten lehnen Gewalt weitgehend ab, halten aber unter bestimmten Bedingungen deren Anwendung – wenn sie sich denn gegen Sachen richtet – für gerechtfertigt. Die Bedingungen eines eingeschränkten Gewalteinsetzes werden begründet mit Situationen von Notwehr und Selbstverteidigung oder für jene Fälle geltend gemacht, wenn Gewalt für den Schutz Dritter erforder-

33 Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim/Basel 2013, S. 217.

34 Ebd., S. 218.

derlich zu sein scheint. Bemerkenswert ist, dass ein Teil der Befragten, der selbst die Ausübung von Gewalt klar ablehnt, grundsätzlich eine positive Einstellung gegenüber Gewalt in bestimmten Situationen äußert, wenn diese von anderen ausgeübt wird. Die Verantwortung für gewaltförmiges Handeln wird somit an „andere“ bzw. die Gruppe delegiert. Eine kleinere Gruppe befürwortet vorbehaltlos Gewalt gegen Sachen; dies geschieht entweder aus strategischen Erwägungen oder aufgrund der Wahrnehmung nicht vorhandener Handlungsoptionen im Hinblick auf politische Entscheidungsprozesse.

Prägende Erfahrungen werden bei Konfrontationen mit der Polizei gemacht. Dabei zeigt sich, dass die subjektive Verarbeitung entsprechender Konflikterlebnisse den Verlauf des politischen Engagements entscheidend beeinflussen kann. In einigen Fällen kommt es durchaus zu Radikalisierungsprozessen. Diese verlaufen jedoch keinesfalls linear, sondern stellen vielschichtige, ambivalente Entwicklungen dar, die beispielsweise durch die Wahrnehmung ungerechter Behandlung, Erfahrungen mit Übergriffen seitens der Polizei oder die Äußerung von Empörung, die allesamt zu einer verstärkten Mobilisierung führen, beeinflusst werden können.

Linke Militanz und politische Bildung¹

Wenn sich die politische Bildung mit problematischen Ausprägungen auf der eher linken Seite des politischen Spektrums auseinandersetzen will, steht sie vor einem Begriffs-, einem Bestimmungs- und einem Maßnahmenproblem. Die Reflexion politischer Gewalt könnte ein Ausweg sein.

Ausgangslage

Politische Bildung tut sich stets ein bisschen schwer damit, *gegen* irgendetwas eingesetzt zu werden. Sei es *gegen* mangelnde demokratische Teilhabe, *gegen* fehlendes Geschichtswissen, *gegen* zu geringe Kenntnisse des politischen Systems und seiner Vorzüge, *gegen* Rechtsextremismus oder *gegen* religiös begründeten Extremismus. Vielmehr verstehen sich die Praktikerinnen und Praktiker der politischen Bildung als positiv ausgerichtet und möchten *für* bestimmte Ziele arbeiten: also *für* Teilhabe, *für* historische Kenntnisse und vor allem *für* Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform. Insbesondere die Ausrichtung auf die Stärkung von Demokratie dürfte allen Personen am Herzen liegen, die politische Bildung ernsthaft betreiben. Politische Bildung, die sich nicht an den vielgestaltigen und offenen Geländern dessen entlang hangelt, was man Demokratie nennen kann, verfehlt ihr Ziel. Angesichts mannigfaltiger demokratiefeindlicher Phänomene kann es gleichwohl notwendig werden, dass trotz einer positiven Grundhaltung, *für* etwas zu arbeiten, auch klar sein muss, *wogegen* man sich engagieren sollte.

Die hier behandelte Forderung an die politische Bildung, *gegen* Linke Militanz zu arbeiten, reiht sich zunächst ein in den in der Branche (zu Recht) unbeliebten „Dagegen-muss-man-etwas-tun“-Appell – und ist doch besonders um-

1 Für die kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich meinem Kollegen Martin Langebach.

stritten. Insbesondere vor den folgenden drei Problemen, die eng miteinander verwoben sind, steht die politische Bildung im Themenfeld Linke Militanz: einem Begriffsproblem, einem Bestimmungsproblem und einem Maßnahmenproblem.

Das Begriffsproblem

Der Begriff der *Linken Militanz* wurde Anfang der 2010er Jahre durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) geprägt und aufgrund seines speziellen Fokus als Alternative zum bis dahin auch im Rahmen von Präventionsprogrammen genutzten Begriff *Linksextremismus* vorgeschlagen.² Der Streit um den Begriff des (Links-)Extremismus, der bei der Debatte um den Begriff „Linke Militanz“ daher immer mitgedacht werden muss, ist ebenso alt wie zäh und unversöhnlich.³ Dabei entstammt der Begriff „Extremismus“ gar nicht den wissenschaftlichen Diskursen um politische Bildung, sondern ist ein im Kern politikwissenschaftliches Konzept zur Erfassung unterschiedlicher Ideologien, Einstellungen und Verhaltensweisen, die mit den grundlegenden Prinzipien der Demokratie unvereinbar sind. Der Begriff „Linksextremismus“ ist aus politikwissenschaftlicher Sicht dann

„eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen“⁴.

-
- 2 Vgl. Schultens, René/Glaser, Michaela (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle 2013.
 - 3 Für jüngere Beispiele der Kritik am Begriff vgl. Fuhrmann, Maximilian: Antixtremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019; Riedl, Jonathan/Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16–22; für eine Kritik der Kritik vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die blinden Flecken in der Kritik an der Extremismustheorie. Eine Antwort auf Jonathan Riedl und Matthias Micus, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 24–28.
 - 4 Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2015, S. 23.

Nur beim Zusammenspiel dieser beiden Kriterien (Streben nach Gleichheit *und* Ablehnung demokratischer Verfassungsstaat) kann von Linksextremismus gesprochen werden, worunter – wie es bei einem wissenschaftlichen Sammelbegriff nun mal so ist – sehr unterschiedliche Phänomene zusammengefasst werden, die sich jedoch bestimmte Merkmale teilen. Nun sind Politikwissenschaft und politische Bildung zu Recht keine strikt voneinander getrennten Sphären. Aber ebenso wie die Sicherheitsbehörden sich weitgehend dafür entschieden haben, den Begriff des Linksextremismus zu adaptieren, steht es Akteuren der politischen Bildung frei, dies nicht zu tun, sofern bestimmte Gründe dagegensprechen. Wenn der Begriff „Linksextremismus“ bei Akteuren der Prävention und bei möglichen Zielgruppen auf Widerstand stößt, muss er ja nicht benutzt werden. Bricht man die Dinge auf konkrete, präventionswürdige Phänomene herunter, rückt ein Konsens möglicherweise näher. Der Begriff der Linken Militanz kann – wie im Folgenden weiter ausgeführt wird – als sinnvoller Versuch gesehen werden, das tatsächlich aus der Perspektive politischer Bildung präventionswürdige Feld genauer zu beschreiben, als dies der Begriff „Linksextremismus“ zu leisten vermag. Womit das nächste Problem auftritt:

Das Bestimmungsproblem

Wogegen soll im Themenfeld Linke Militanz überhaupt mit Maßnahmen der politischen Bildung Prävention betrieben werden? Welches Problem halten wir für „therapiebedürftig“? Orientierte sich die politische Bildung vornehmlich am ersten Wort des Begriffs („Linke“), so kämen linke Ideologien als verhinderungswürdiges Phänomen infrage. Da demokratische linke Politikentwürfe wie die Sozialdemokratie oder demokratischer Sozialismus offensichtlich als Präventionsobjekte ausscheiden, blieben eindeutig antidemokratische – vulgo: extremistische – linke Ideologien übrig. Hier drängen sich orthodox-kommunistische Varianten auf. Doch welche Verbreitung haben diese überhaupt? Steht das Problem der Verbreitung orthodox-kommunistischer Einstellungen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zum Aufwand möglicher Präventionsanstrengungen? Da uns die Einstellungsforschung hierzu wenig mitzuteilen hat,⁵ lässt sich für

5 Einer der wenigen Versuche, ein linksextremistisches Einstellungspotenzial zu messen, stammt von Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – Für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – Eine empirische Studie, Frankfurt/M. 2015. Die Studie liefert jedoch aus verschiedenen Gründen keine belastbaren Ergebnisse; vgl. Flümann, Gereon: Jeder Sechste ein Linksextremist auf der Einstellungsebene?

eine solche Abwägung nur auf die Wahlergebnisse entsprechender Parteien zurückgreifen. Angesichts der Bundestagswahl 2017, bei der die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 0,1 Prozent der Zweitstimmen ergattern konnte und sowohl die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) als auch die trotzkistische Sozialistische Gleichheitspartei (SGP) mit wenigen Tausend Stimmen jenseits der Abbildbarkeit bei 0,0 Prozent landeten, überwiegen die Zweifel an der Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen gegen orthodox-kommunistische Ideologien. Zu ebenfalls infrage kommenden anarchistischen Ideologien ist die Empirie noch dünner, sodass auch diese wohl vernachlässigt werden können.

So tendiert das präventionswürdige Feld eher in Richtung des zweiten Begriffsteils: Militanz. Diese hat sich in den vergangenen Jahren im Zuge der Proteste zu verschiedenen, symbolisch aufgeladenen Anlässen immer wieder manifestiert: vom G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 über die Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M. 2015 bis zum vorläufigen Höhepunkt beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 und gewalttätigen Aktionen rund um die Demonstrationen gegen die Rodung des Hambacher Forsts im rheinischen Braunkohlrevier. Hinzu kommen Dauerkonflikte um besetzte Häuser und autonome Zentren, die insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Polizei oder durch Gewalt gegen Sachwerte in einer gewissen Regelmäßigkeit eine militante Zuspitzung erfahren, die aus einer diffus als links zu beschreibenden Intention resultiert. In einem weitgehend demokratisch verfassten politischen System kann Gewalt keine Option darstellen, um politische Ziele durchzusetzen oder geltend zu machen. Der Ansatz, politische Gewalt durch politische Bildung – im Rahmen ihrer Möglichkeiten! – einzudämmen, könnte daher auf eine gewisse Akzeptanz stoßen.

Ganz weglassen kann die politische Bildung bei der Bestimmung des Präventionsobjekts Linke Militanz eine inhaltliche Positionierung jedoch auch nicht. Bei der Betrachtung linker politischer Gewalt drängen sich bestimmte Themenfelder auf, die bei den oben genannten Eskalationen eine gewisse mobilisierende Rolle spiel(t)en: die Ablehnung bestimmter Ausprägungen des kapitalistisch verfassten Wirtschaftssystems, Klima- und Umweltschutz, Einsatz gegen Rassismus, Protest gegen steigende Wohnkosten oder das Anprangern von Fehlverhalten von Polizistinnen und Polizisten. Dass diese Anliegen nicht per se illegitim sind, versteht sich von selbst. Ganz im Gegenteil gibt es auf jedem die-

Auseinandersetzung mit der neuen Studie zum Linksextremismus in Deutschland, in: Journal für politische Bildung, Jg. 5 (2015), H. 4, S. 79–85.

ser Mobilisierungsfelder demokratische Auslegungen, die den ebenso existenten undemokratischen Auslegungen entgegenstehen. Die Mobilisierungsthemen adressieren zudem offensichtliche Defizite der Demokratie. Diese Defizite anzuerkennen und sie anzusprechen, kann zur Verbesserung der Demokratie beitragen – unabhängig davon, wie relevant sie im Einzelfall sein mögen.

Problematisch wird es, grob unterteilt, lediglich in zwei Fällen: Wenn erstens politische Aktivität auf diesen Themenfeldern mit einer Ablehnung demokratischer Grundwerte wie Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit oder dadurch begrenzte Mehrheitsentscheidungen einhergeht; oder wenn zweitens politische Aktivität auf diesen Themenfeldern mit Gewalt oder Befürwortung von Gewalt einhergeht. Der erste Fall ist demokratietheoretisch nicht wünschenswert, aufgrund der quantitativen Bedeutung jedoch wahrscheinlich zu vernachlässigen. Beim zweiten Fall befinden wir uns mitten im Phänomenbereich Linke Militanz, dem die politische Bildung etwas entgegensetzen kann (und sollte). Im Gegensatz zum Begriff des Linksextremismus beschreibt „Linke Militanz“ ausschließlich ein eher jugendkulturelles, bewegungsförmiges Phänomen mit explizitem Gewaltbezug und lässt parteipolitische Phänomene außen vor. Dies schärft den Fokus für die politisch-bildnerische Auseinandersetzung. Die Frage, was konkret zu tun ist, stellt die politische Bildung vor das dritte hier zu behandelnde Problem:

Das Maßnahmenproblem

Bei Maßnahmen gegen das oben umrissene Phänomen Linke Militanz steht die politische Bildung vor dem Problem, dass sie nicht wie auf anderen Präventionsfeldern – wie z.B. dem Rechtsextremismus – auf einer breiten Basis von bislang erfolgten und evaluierten Programmen aufbauen kann. Die bisherigen Anstrengungen im erweiterten Bereich Linker Militanz sind dürftig und beschränken sich auf wenige Akteure. Wie bei jedem Format politischer Bildung ist auch bei Linker Militanz essenziell, mögliche Ziele und Zielgruppen genau zu beschreiben und entsprechend zu differenzieren. Ist das Ziel, mit einer breiten Zielgruppe die Demokratie anhand fundamental antidemokratischer Politikentwürfe zu reflektieren, so sind Seminare über unterschiedliche Formen des politischen Extremismus eine mögliche Form der Prävention. Auch eine klassische, breit angelegte Demokratiebildung – bei der Demokratie erfahrbar gemacht wird, die Prozesse und Notwendigkeiten demokratischer Verfahren durchdringt und vertiefte Kenntnisse über die Demokratie als Herrschaftsform vermittelt werden – kann präventiv wirken. Ob sich damit jedoch tatsächlich anfällige Zielgruppen oder

Personen erreichen lassen, die bereits eine gewisse Offenheit gegenüber linken militanten Ausdrucksformen mitbringen, ist fraglich. Auch historisch-politische Bildung zur DDR ist im Rahmen schulischer und außerschulischer politischer Bildung unerlässlich. Die Effekte zur Prävention Linker Militanz dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Wie viele z.B. im Rahmen von Gipfelprotesten links-militant agierende Personen berufen sich auf ein affirmatives Verhältnis zum real existierenden Sozialismus à la DDR? Die Zahl dürfte sich in engen Grenzen halten.

Erfolgversprechender wirkt ein Ansatz, der sich auf das Feld der Gewalt in politischen Kontexten konzentriert. Wie dieses Thema adressiert wird, hängt – wie immer – unmittelbar von den Zielgruppen und der Rahmung der jeweiligen Maßnahme ab: Findet die Aktion im schulischen oder außerschulischen Rahmen statt? Handelt es sich um eine Einzelmaßnahme oder ist sie auf Dauer angelegt? Richtet sie sich an Erwachsene oder an Jugendliche? Werden bestimmte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus spezifischen Berufsgruppen (z.B. aus Schule, Jugendarbeit, Medien, Polizei) oder diversere Zielgruppen angesprochen? Welches Bildungsniveau hat die Zielgruppe? Denkbar sind beispielsweise auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnittene Formate, in denen grundsätzlich die Legitimität von Gewaltanwendung diskutiert wird. Wer sollte wann und warum Gewalt ausüben dürfen? Wie wird staatliche Gewalt in der Demokratie legitimiert und eingegrenzt? Wann dürfen Bürgerinnen und Bürger Gewalt einsetzen? Wann nicht? Und warum nicht? Das staatliche Gewaltmonopol könnte ebenso im Mittelpunkt von Formaten stehen wie das Protestinstrument des zivilen Ungehorsams mit all den damit einhergehenden Folgen. Die Wirkungsannahme solcher Maßnahmen wäre, dass diejenigen, die sich im Rahmen von politischer Bildung mit dem Phänomen politischer Gewalt und ihren Folgen intensiv auseinandergesetzt haben, mit geringerer Wahrscheinlichkeit selbst militant-gewalttätige politische Ausdrucksformen anwenden.

Gleichwohl sollte Akteurinnen und Akteuren politischer Bildung klar sein, dass Linke Militanz zwar durchaus geplant und zielgerichtet eingesetzt wird, dies aber häufig nicht der Fall ist: Gewalttätige Handlungen, beispielsweise im Rahmen von Demonstrationen, entstehen oft aus einer situativen Eskalation heraus, ohne dass der Gewalteininsatz zuvor geplant oder auch nur als Option gesehen worden wäre.⁶ Ohne fehlgeleitete einseitige Schuldzuweisungen für Eskalationsprozesse vorzunehmen, muss politische Bildung zur Prävention Linker

6 Vgl. z.B. die Beiträge in Ullrich, Peter (Hg.): Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017, Berlin/Hamburg 2018.

Militanz auch die Polizei als Zielgruppe ins Blickfeld nehmen. Jenseits von ein-satzstrategischer Lehre sollten eine intensivere Auseinandersetzung mit Mobilisierungsthemen von Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Wahrnehmungen der Polizei durch die Demonstrierenden im Rahmen des Protestgeschehens in höherem Maße Einzug in die polizeiliche Aus- und Fortbildung halten. Anzunehmen ist, dass ein solches Wissen eine deeskalierende Wirkung aufseiten der Polizei haben kann. Die Profession der politischen Bildung sollte hier keine Scheu zeigen, sich der Polizei als erfahrene Partnerin anzubieten.⁷

Wichtig ist bei allen Formaten, dass vermieden wird, die Subjekte politischer Bildung innerhalb der Bildungsmaßnahme als „Gefährderinnen und Gefährder“ zu markieren, denen durch die Maßnahme ihre Neigung zu Gewalt ausgetrieben werden soll. Das würde den Ansatz verkennen. Erstens würden diejenigen, die sich derart markiert fühlten, das Ganze sehr schnell durchschauen; zweitens kommt den allermeisten möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern solcher Maßnahmen politischer Bildung wahrscheinlich ohnehin nicht in den Sinn, z.B. im Rahmen einer Demonstration, Gewalt anzuwenden. Vielmehr sollte die Thematisierung von Gewalt ganz grundsätzlich der Reflexion von Demokratie als (möglichst) gewaltfreier Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform dienen. Eine derartige Reflexion von Demokratie ist ein klassisches Instrument politischer Bildung und stärkt das Subjekt politischer Bildung in seiner politischen Mündigkeit. Erst in zweiter Linie wäre dann die oben genannte Wirkungsannahme hinsichtlich Linker Militanz relevant.

Fazit

Der hier behandelte Ansatz der politischen Bildung über die Thematisierung von Gewalt und Gewaltverhältnissen bleibt ein möglicher Zugang unter vielen und soll andere Ansätze nicht entwerten. Angesichts der genannten Probleme scheint er jedoch besonders vielversprechend. Letztlich ist das Feld der Linken Militanz aus der Perspektive politischer Bildung derart unbeackert, dass es ein Experimentierfeld bleibt. Dies sollte die politische Bildung jedoch nicht abschrecken.

7 Dass sowohl ein Bedarf besteht als auch Chancen für die politische Bildung zu sehen sind, zeigt das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“ der Bundeszentrale für politische Bildung, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und der Deutschen Hochschule der Polizei; vgl. Frevel, Bernhard: Politische Bildung und Polizei. Ein Werkstattbericht zum gleichnamigen Forschungs- und Entwicklungsprojekt, in: ders./Schmidt, Peter (Hg.): Empirische Polizeiforschung XXII. Demokratie und Menschenrechte, Frankfurt/M. 2019, S. 12–27.

Vielmehr sollte sie es als Chance sehen und die Möglichkeit des Scheiterns bewusst in Kauf nehmen. Denn selbst fehlgeschlagene Ansätze helfen dabei, zukünftige Maßnahmen zu verbessern. Auch wenn die politische Bildung als Profession lieber *für* bestimmte Ziele eintritt: *Gegen* Linke Militanz kann sie guten Gewissens arbeiten, da der Einsatz letztlich *für* Demokratie und die damit verbundene, möglichst gewaltlose Konfliktbearbeitung erfolgt.

LENA LEHMANN, LAURA-ROMINA GOEDE,
CARL PHILIPP SCHRÖDER

Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht?

Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen

Der Beitrag greift auf die Daten aus der Befragung „Jugendliche Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (JuPe)“ zurück und befasst sich mit ausgewählten Einflussfaktoren für extremistische Einstellungen bei Jugendlichen. Dabei zeigt sich, dass Gewaltaffinität ebenso wie politische Deprivationserfahrungen und der angestrebte Schulabschluss für die drei Extremismusformen eine Rolle spielen.

Einleitung

Die Demonstrationen um den „Hambi“, die Ausschreitungen im Kontext des G20-Gipfels in Hamburg oder auch die Proteste bzgl. des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M. sind Ereignisse, die das Thema Linksextremismus stärker in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt haben. Dabei schwingt auch immer die Frage mit, ob Linksextremismus eine unterschätzte Gefahr sei. Die Forschungstradition in Deutschland zeigt, dass hierzulande Rechtsextremismus eine viel stärkere Aufmerksamkeit erfahren hat.¹ Dies bedingt sich u. a. auch aus der deutschen Historie; ebenso spiegelt sich dies in der Forschung zu Hassgewalt wider – auch diese bezieht sich vorwiegend auf Konzeptionen zu Rechtsextremismus unter dem Fokus auf die nationalsozialistische Ideologie der Ungleichwertigkeit. Aktuell genießt daneben in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit das Phänomen Islamismus starke Aufmerksamkeit.

1 Hier ließe sich provokant hinterfragen, ob dies gleichzeitig ein Indiz der Gefährlichkeit widerspiegelt: je höher die Aufmerksamkeit, umso höher die Gefahr?

Bei der Auseinandersetzung mit den Extremismusspektren schwingt u. a. die Frage mit, inwiefern diese (z. B. links, rechts und islamistisch) vergleichbar bzw. durch dieselben Faktoren bedingt seien.² Vor allem in der Praxis wird u. a. am Beispiel von Aussteiger*innenprogrammen deutlich, dass hier markante Unterschiede bestehen. Während im Bereich von Islamismus und Rechtsextremismus potenzielle Aussteiger*innen Repressionen ihrer bisherigen Gruppierung fürchten müssen, können sich bisherige Aktivist*innen im Bereich links sanktionsfrei zurückziehen.³ In der linken Szene werden diese Aussteiger*innen nicht mit Bedrohungen konfrontiert und müssen nicht mit Widerständen jeglicher Art aus der Szene rechnen. So bedarf es hier vermutlich keiner klassischen Aussteiger*innenprogramme.⁴ Dies ist – neben der Diskussion⁵ um den Begriff – ein Hinweis darauf, dass in dem Themenfeld Linksextremismus und dem damit implizierten Konzept von Sicherheitsbehörden ein differenziertes Analyseschema angelegt und dementsprechend auch die Vorgehensweise im Bereich Prävention angepasst werden muss.⁶

Von Forschung und Praxis wird die pädagogische Arbeit im Themenfeld Linksextremismus bisher vernachlässigt. Ebenfalls sind empirische quantitative Untersuchungen zu diesem Spektrum Mangelware bzw. bestehende Messinstrumente werden kritisiert.⁷ Um das Phänomenfeld speziell auch in Bezug auf

-
- 2 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung. Besonderheiten, Entwicklung, Prognose und Ursache, in: Altenhof, Ralf et al. (Hg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung, Berlin 2017, S. 45–73.
 - 3 Dies bedeutet aber nicht unmittelbar, dass bei dem/der Aussteiger*in die Ideologie nicht länger Gültigkeit besäße.
 - 4 Diese Aussteiger*innenprogramme werden dennoch angeboten. Im Rahmen jenes zum Linksextremismus des Bundesamts für Verfassungsschutz wurde seit 2012 kein Ausstieg aktiv begleitet; vgl. Drucksache 19/1948: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Christian Wirth, Sebastian Münzenmeier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/1611 –, in: www.dip21.bundestag.de, 30.04.2018, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/019/1901948.pdf> [eingesehen am 30.04.2019].
 - 5 Vgl. hierzu auch Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016.
 - 6 Vgl. hierzu Lehmann, Lena/Jukschat, Nadine: „Linksextremismus“ ein problematisches Konzept für die Präventionsarbeit. Perspektiven verschiedener Praxis-Akteure, SIAK Journal, H. 4/2019.
 - 7 Vgl. hierzu die Ausführungen von Pfahl-Traughber, Armin: „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“. Expertise im Auftrag des DJI, Halle (Saale) 2010, URL: <https://www.>

Jugendliche näher beleuchten zu können, bedarf es entsprechender Erhebungen in jugendtypischer Sprache. So wurden im Rahmen verschiedener Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN) ebenfalls Instrumente zur Messung von Extremismus herangezogen.⁸

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“⁹ wurde durch das KFN u. a. auch eine Schüler*innenbefragung durchgeführt. Bei der Jugendstudie „Jugendliche Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (JuPe)“ handelt es sich um eine quantitative Mehrthemenbefragung von Schüler*innen der neunten Klasse an verschiedenen Orten in Deutschland. Ziel der Studie ist es, herauszufinden, was Jugendliche in der heutigen – digitalen – Zeit bewegt. Es geht darum, ihre Sichtweisen auf die Gesellschaft einzufangen sowie ihre Erfahrungen, Sorgen und Stimmungen abzubilden. Ganz besonders im Fokus stehen dabei Fragen zu Politik, Religion und Gemeinschaft sowie mögliche Gründe für eine Hinwendung zu politisch-weltanschaulichen oder religiös-extremen Positionen. Mithilfe dieser Studie lassen sich sowohl risikobehaftete als auch protektive Faktoren identifizieren. Gleichzeitig können aber auch mögliche Unterschiede zwischen den relevanten Bedingungsfaktoren von Extremismen (rechts, links und islamistisch) bestimmt werden. Diese sind notwendig, um je nach Extremismusspektrum Präventionsangebote zu ermitteln und zu entwickeln.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit Ergebnissen der Operationalisierung A (klassische Messung) aus der „JuPe“-Befragung und zeigt die Vulnerabilitäts- sowie Protektivfaktoren mit dem Schwerpunkt auf Zufriedenheit, Zukunftssicht, Politik und Gewaltaffinität.¹⁰ Dabei werden die drei Extremismus-

dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_15373_Expertise_Lex_Pfahl-Traugher_05-2011.pdf [eingesehen am 22.05.2019].

- 8 Siehe Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian: Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin, Hannover 2011; Baier, Dirk/Rabold, Susan: Kinder- und Jugenddelinquenz im Bundesland Saarland, Hannover 2012; Bergmann, MarieChristine et al.: Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015, Hannover 2017; dies.: Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017, Hannover 2019.
- 9 Ziel des Forschungsverbundprojekts „RadigZ“ ist es, Risiken für Radikalisierungsprozesse sowie Schutzfaktoren zu ermitteln, um basierend auf diesen Erkenntnissen neue Präventionsansätze und Handlungsempfehlungen für Praxis und Politik zu erarbeiten, die sich auf Radikalisierungsprozesse beziehen und Gefährdungspotenziale des Internets als zentrales Verbreitungsmedium extremistischer Ideologien berücksichtigen.
- 10 Darüber hinaus wurde im Laufe des Forschungsprojektes eine neue Definition von Extremismus nach Beelmann implementiert und die klassischen Messinstrumente anhand

spektren gegenübergestellt, um zu prüfen, ob hinsichtlich der Einflussfaktoren markante Unterschiede festzustellen sind, d.h., inwiefern die Extremismen durch differierende Einflüsse bedingt werden. Im Folgenden wird lediglich ein Ausschnitt der bisherigen Analysen aufgezeigt,¹¹ wobei bereits deutlich wird, dass das Phänomen Linksextremismus sich von den anderen beiden Spektren hinsichtlich der ausgewählten Faktoren in einigen Punkten unterscheidet.

Stichprobe und Messinstrumente

Stichprobe

Die Erhebung fand im Zeitraum von Januar bis Dezember 2018 in elf Bundesländern¹² statt. Bei ihr handelte es sich um eine anonymisierte Online-Befragung, die ca. zwei Schulstunden beanspruchte und von geschulten Testleiter*innen begleitet wurde. Als Befragungsorte wurden vornehmlich Orte ausgewählt, die in Polizei-, Verfassungsschutz- und Medienberichten Erwähnung gefunden hatten und in denen sich folglich eine erhöhte Prävalenz extremistischer Einstellungen vermuten ließ. Dabei wurden Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus berücksichtigt. Zugleich wurden Klein- und Großstädte hinzugezogen.¹³ Die Auswahl wurde vorgenommen, um eine Varianz in den Daten zu erzeugen, die ausreicht, um statistische Schlüsse auf Vulnerabilitätsfaktoren zu ziehen. An der Befragung nahmen 6.863 Schüler*innen der neunten Jahrgangsstufe teil (ausgenommen waren Förderschulen und berufsbildende Schulen).¹⁴ Insgesamt haben sich 432 Klassen an der Studie beteiligt, aus denen 65 Prozent der Schüler*innen teilnahmen. Die „JuPe“-Stichprobe besteht zu 52,6 Prozent aus Schülerinnen und zu 47,4 Prozent aus Schülern. Das Alter der Befragten lag

dieser Definition überprüft. Für einen vertieften Einblick in Diskussion und Messung insbesondere auch zum linken Extremismus siehe Forschungsbericht KFN: Goede, Laura-Romina et al.: Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“, Hannover 2019, URL: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_151.pdf [eingesehen am 17.09.2019].

11 Für einen vertieften Einblick vgl. ebd.

12 In den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Saarland und Sachsen wurden keine Genehmigungen durch die Landesschulbehörden erteilt. Schleswig-Holstein wurde aufgrund einer weiteren Befragung des KFN zum Thema Rechtsextremismus nicht berücksichtigt.

13 Dabei können auch Schüler*innen befragt worden sein, die im ländlichen Raum wohnen und in einer Stadt zur Schule gehen.

14 Der bereinigte Datensatz umfasste 6.715 Schüler*innen.

im Durchschnitt bei 14,7 Jahren. Von den befragten Schüler*innen streben 7,2 Prozent einen Hauptschulabschluss, 22,4 Prozent einen Realschulabschluss und 70,3 Prozent das Abitur an.¹⁵

Messinstrumente

Wie bereits beleuchtet, sind valide Instrumente zur Messung von Radikalisierung und Extremismus eine Voraussetzung qualitativ hochwertiger Forschungsprojekte. In der „JuPe“-Befragung wurden zwei Formen von Operationalisierungen (A und B) durchgeführt. Dies begründet sich aus der vielfachen Kritik an den klassischen Messinstrumenten, insbesondere beim linken Extremismus. Im Folgenden wird ein Ausschnitt der Operationalisierung A dargestellt. Dabei wurde das Instrument zur Messung von linksextremen Einstellungen in sechs inhaltliche Dimensionen unterteilt: Anti-Faschismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Repression, Anti-Militarismus, Kommunismus/Abschaffung des Staates und Gewaltbefürwortung.¹⁶ Rechtsextremismus wurde mit folgenden Dimensionen abgefragt: Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewaltbefürwortung.¹⁷ Religiöse Ideologie, Befürwortung des sogenannten Islamischen Staates und Terrorismus, Vorurteile gegenüber dem Westen und Akzeptanz ideologisch motivierter Gruppengewalt wurden schließlich als Dimensionen zur Messung des islamistischen Extremismus herangezogen.¹⁸

Wie schon aufgeworfen, nimmt der Linksextremismus eine besondere Rolle u. a. hinsichtlich der Begriffsbestimmungen zum Phänomen,¹⁹ zur Konzeptualisierung und zur bisherigen Forschungstradition ein. In der Erhebung wurden u. a. folgende Konstrukte abgefragt:

- *Zukunftssicht*: Abgefragt wurde, ob die Schüler*innen ihre eigene wie auch die Zukunft unserer Gesellschaft düster oder zuversichtlich sehen. Sie konn-

15 Hierbei muss der angestrebte Abschluss nicht dem späteren Endresultat des erzielten Abschlusses entsprechen.

16 Gewaltbefürwortung bezieht sich auf die Zielerreichung im jeweiligen Phänomenbereich. Für einen vertieften Einblick vgl. den Forschungsbericht KFN: Goede et al., 2019.

17 Für einen vertieften Einblick vgl. ebd.

18 Für einen vertieften Einblick vgl. ebd.

19 Hier besteht eine Abhängigkeit hinsichtlich des Wandels von gesellschaftlichen und staatlichen Interessen; vgl. Ziercke, Jörg: Lagebild extremistischer Kriminalität in Deutschland, in: Egg, Rudolf (Hg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006, S. 61–106.

ten die beiden Fragen mithilfe einer fünfstufigen Skala von düster bis zuversichtlich bewerten.

- *Politische Deprivation*: Die politische Deprivation wurde anhand dreier Aussagen abgefragt (Beispielaussage: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“). Auch diese konnten fünfstufig von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ bewertet werden.
- *Interesse an Politik*: Anhand der Frage „Wie stark interessiert du dich für Politik?“ sollten die Schüler*innen ihr allgemeines Interesse an Politik bewerten. Dafür stand ihnen eine fünfstufige Skala von „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ zur Verfügung.
- *Zufriedenheit*: Die Befragten sollten ihre Zufriedenheit mit bestimmten Bereichen ihres Lebens angeben, z. B. mit dem eigenen Leben insgesamt, ihren Freundschaften oder ihrer Beziehung zu den Eltern. Diese konnten sie fünfstufig von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“ bewerten.
- *Gewaltaffinität*: Die Gewaltaffinität wurde anhand von vier Aussagen gemessen (Beispielaussage: „Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben“) und konnte in Form einer fünfstufigen Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ bewertet werden.

Ergebnisse

Der folgenden Tabelle 1 sind mögliche Einflussfaktoren für extremistische Einstellungen bei klassischer Operationalisierung²⁰ zu entnehmen. Gezeigt wird hier lediglich ein Ausschnitt der zu analysierenden Themen, die Hinweise auf Einflussfaktoren liefern. So handelt es sich dabei um Zusammenhänge zwischen möglichen Einflussfaktoren und extremistischen Einstellungen. Bei der abhängigen Variable wird eine intervallskalierte Gesamteinstellungsskala verwendet. Dabei werden zwei Modelle präsentiert:

- Modell 1 beinhaltet soziodemografische Merkmale (Geschlecht, Bildung, Bezug von Transferleistungen) sowie das Zusammenleben mit den leiblichen Eltern.
- Modell 2 beinhaltet die bereits in Modell 1 benannten soziodemografischen Variablen, zu denen noch weitere relevante Einflussfaktoren hinzugefügt werden.

²⁰ Im Forschungsbericht des KFN wird dies als Operationalisierung A bezeichnet: Goede et al., 2019.

Abgebildet werden standardisierte Koeffizienten, die von -1 bis 1 reichen. Dabei gilt: je größer der Koeffizient, desto stärker der Zusammenhang. Das Vorzeichen gibt die Richtung des Zusammenhangs an.

Hinsichtlich des Modells 1 rücken zwei Merkmale in den Vordergrund. Dabei handelt es sich zum einen um die Schulbildung mit der Referenz Abitur. Hier kann festgestellt werden, dass bei allen drei Extremismen ein geringerer angestrebter Schulabschluss erhöhte extremistische Einstellungen fördert. Werden weitere Variablen des Modells 2 hinzugefügt, schwächt sich der Bildungseffekt allerdings ab. Zum anderen weist der Wohnort einen Effekt auf; bei der Betrachtung des Rechtsextremismus zeigt sich: Je kleiner der Wohnort, desto zustimmender wurde sich dem Spektrum gegenüber geäußert. Bei Linksextremismus und Islamismus verhält sich dies entgegengesetzt; d.h., in der Stadt sind mehr extremistische Einstellungen zu erwarten. Dennoch muss beachtet werden, dass die Koeffizienten sehr gering ausfallen.

Bei der Variable „Geschlecht“ lässt sich erkennen, dass männliche Befragte bei Rechtsextremismus und Linksextremismus häufiger zugestimmt haben. Dies gilt aber nicht für den Bereich Islamismus. Sowohl der Bezug von Transferleistungen als auch das Zusammenleben mit der Kernfamilie weist zunächst jeweils einen geringen Einfluss auf die drei Spektren auf. Unter Hinzuziehung der Variablen aus Modell 2 zeigt sich bei beiden Faktoren (Bezug von Transferleistungen, Zusammenleben mit der Kernfamilie) nur noch bei Islamismus ein signifikanter Einfluss.

Modell 2 lassen sich weitere Zusammenhänge entnehmen. Hier liegt der Fokus zunächst auf der Zukunftssicht auf die Gesellschaft. Es zeigt sich, dass sowohl Links- als auch Rechtsextreme die Zukunft der Gesellschaft eher düster einschätzen, während Islamist*innen die Zukunft der Gesellschaft eher zuversichtlich sehen. Ein erhöhtes Interesse an Politik geht eher mit linksextremen Einstellungen einher. Bei rechtsextrem und islamistisch eingestellten Jugendlichen ist kein signifikanter Effekt festzustellen.

Die politische Deprivation betreffend lassen sich für alle drei Formen des Extremismus schwache, positive Zusammenhänge erkennen. Das bedeutet, dass Jugendliche, die sich politisch depriviert fühlen, erhöhte extremistische Einstellungen aufweisen. Bei der Betrachtung der gesamten Modelle²¹ weist die Gewaltaffinität den stärksten Einfluss auf die verschiedenen Extremismusformen auf. Dabei zeigt sich der stärkste Einfluss auf rechtsextreme, gefolgt von linksextremen und islamistischen Einstellungen.

21 Die Modelle weisen eine hohe Signifikanz auf.

Tabelle 1: Mögliche Einflussfaktoren für extremistische Einstellungen (OLS-Regression, standardisierte Koeffizienten)

	Rechtsextremismus		Linksextremismus		Islamistischer Extremismus	
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
Geschlecht						
Männlich	Referenz		Referenz		Referenz	
Weiblich	-.10 ***	-.01 (ns)	-.08 ***	-.01 (ns)	.01 (ns)	.06 *** ²²
Voraussichtlicher Schulabschluss						
Abitur	Referenz		Referenz		Referenz	
Realschulabschluss	.20 ***	.11 ***	.11 ***	.04**	.17 ***	.13 ***
Hauptschulabschluss	.18 ***	.12 ***	.09 ***	.05 ***	.18 ***	.14 ***
Staatliche Transferleistung						
Kein Bezug	Referenz		Referenz		Referenz	
Bezug	.04 **	.01 (ns)	.04 **	.01 (ns)	.12 ***	.11 ***
Zusammenleben mit beiden Elternteilen						
Kein Zusammenleben	Referenz		Referenz		Referenz	
Zusammenleben	-.03 *	-.02 (ns)	-.01 (ns)	.01 (ns)	.08 ***	.08 ***
Wohnort						
Großstadt	Referenz		Referenz		Referenz	
Rand	.00 (ns)	.01 (ns)	-.03 (ns)	-.02 (ns)	-.08 ***	-.07 ***
Mittel	.05 ***	.06 ***	-.03 (ns)	-.02 (ns)	-.06 ***	-.05 **
Dorf	.10 ***	.10 ***	-.05 **	-.05 **	-.09 ***	-.09 ***
Zufriedenheit mit eigenem Leben		.01 (ns)		-.06 **		.00 (ns)
Zufriedenheit mit Elternbeziehung		.01 (ns)		.02 (ns)		.05 ***
Zufriedenheit mit Freundschaften		-.03 *		-.01 (ns)		-.04 **
Zukunftssicht des eigenen Lebens		.02 (ns)		.00 (ns)		-.02 (ns)
Zukunftssicht der Gesellschaft		-.03 *		-.08 ***		.05 ***
Interesse an Politik		-.02 (ns)		.06 ***		.00 (ns)
Politische Deprivation		.21 ***		.19 ***		.10 ***
Gewaltaffinität		.39 ***		.29 ***		.22 ***
Korr. R ²	0.094	0.307	0.030	0.176	0.084	0.148
N	5302	5302	4946	4946	5335	5335

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

- 22 Hierbei könnte es sich um einen Suppressionseffekt handeln, der entstanden ist, nachdem die Variable „Gewaltaffinität“ hinzugefügt worden ist. Die Varianz des Geschlechts wird durch „Gewaltaffinität“ abgeschöpft. Die Restvarianz „weiblich“ erklärt nun islamistische Einstellungen.

Zusammenfassung

Die hier präsentierten Ergebnisse stellen lediglich einen Ausschnitt einer klassischen Operationalisierung dar, zeigen aber bereits interessante Ansatzpunkte, die für die Präventionslandschaft von Bedeutung sein können und dort auch Berücksichtigung finden sollten. Die Analyse ergab, dass Jugendliche, die gewaltaffin eingestellt sind, eher zu extremistischen Einstellungen neigen – dies zeigte sich fast unabhängig vom jeweiligen extremistischen Spektrum. Daran wird deutlich, dass Präventionsansätze insbesondere bei gewaltaffinen Jugendlichen benötigt werden, noch bevor diese radikale oder extremistische Einstellungen aufweisen. Grundsätzlich muss bedacht werden, dass die Erhebung nicht repräsentativ ist und insofern Rückschlüsse auf alle Jugendlichen Deutschlands unzulässig wären. Zudem weisen die oben aufgezeigten Ergebnisse lediglich sehr schwache Zusammenhänge auf, die entsprechend sensibel zu interpretieren sind. Dennoch zeigen die Analysen, dass Annahmen gängiger Theoriemodelle²³ und der dazugehörigen Literatur zum Thema Radikalisierung bzgl. möglicher Einflussfaktoren, z.B. Gewaltaffinität, bestätigt werden.

Insbesondere mit Blick auf Jugendliche sind diese Erkenntnisse von großer Bedeutung: In ihrer Altersspanne sind sie noch in Institutionen wie z.B. der Schule eingebunden und lassen sich entsprechend durch protektive Faktoren unterstützen und fördern. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass zwischen den Extremismen Unterschiede hinsichtlich vulnerabler und protektiver Faktoren bestehen. Es zeigt sich, dass einige Einflussfaktoren wie Gewaltaffinität, der angestrebte Schulabschluss oder politische Deprivation ähnliche Effekte auf die drei Extremismusformen haben. Die übrigen Faktoren sind jedoch sowohl in Bezug auf die Richtung als auch auf die Stärke der Effekte unterschiedlich und können daher nicht als generelle Einflussfaktoren auf extremistische Einstellungen bei Jugendlichen verallgemeinert werden.

Aufgrund des Dissenses über die Konzeptualisierung von Extremismus, insbesondere von Linksextremismus, und der klassischen Messinstrumente sollte über eine theoretisch fundierte Neukonzipierung sowohl dieser als auch der Messung von Extremismus nachgedacht werden.²⁴ Dies erscheint auch hinsicht-

23 Vgl. hierzu Sageman, Marc: *Understanding Terror Networks*, Philadelphia 2004; Wiktorowicz, Quintan: *Radical Islam rising: Muslim extremism in the West*, Lanham et al. 2005; Moghaddam, Fathali M.: *The staircase to terrorism: a psychological exploration*, in: *The American psychologist*, Jg. 60 (2005), H. 2, S. 161 – 169; Silber, Mitchell D./Bhatt, Arvin: *Radicalization in the West. The homegrown threat*, New York 2007.

24 Vgl. van Hüllen, Rudolf: *Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremis-*

lich von Präventionsarbeit notwendig, da wissenschaftliche Begleitungen im Bereich der Präventionsarbeit zu Linksextremismus auf bestimmte Problematiken hinweisen, die u. a. in der Problematik der Begrifflichkeit des Linksextremismus zu finden sind.²⁵

mus – Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 489–504., hier S. 490.

- 25 Vgl. Dreier, Lena/Erhard, Franz/Leistner, Alexander: „Linksextremismus“ zwischen Aklamation, Transkription und Dekonstruktion. Eine Typologie der pädagogischen Problemaneignung, in: Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle. Soziale Probleme, Jg. 26 (2015), H. 1, S. 67–89.

Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus?

Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz

Im vorliegenden Beitrag wird diskutiert, ob das Konzept „linke Militanz“ als bessere Alternative zum umstrittenen Begriff des Linksextremismus gelten kann. Auf dieser Grundlage wird für eine Demokratie- und Menschenrechtsbildung plädiert, welche die Berechtigung kapitalismuskritischer Perspektiven anerkennt.

1. Vorbemerkungen¹

Die Thematik Linksextremismus und linke Militanz provoziert sowohl sachliche als auch polemisch und emotional aufgeladene Kontroversen. Hintergrund dessen ist *erstens* die Beobachtung, dass Extremismustheorien absichtsvoll und unbestreitbar eine normative Grenzziehung zwischen Positionen vornehmen, die als legitime politische Überzeugungen gelten, und solchen, die als problematische Gefährdung der Ordnung einer demokratisch verfassten Gesellschaft gelten. Folglich bewegen sich wissenschaftliche Diskurse hier nicht auf einem neutralen Terrain wertfreier Erkenntnisgewinnung, sondern müssen berücksichtigen, dass wissenschaftliche Analysen immer auch politisch verwendet werden können, um Eingrenzungen des Spektrums zulässiger politischer Positionen zu legitimieren. Dies betrifft nicht nur Beobachtungen durch den Verfassungsschutz und damit einhergehende Benennungen in Verfassungsschutzberichten, sondern zunehmend auch Konzepte einer präventiven, also auf die Vorbeugung unerwünschter Zustände ausgerichteten, politischen Bildung.² Diese Problematik verbindet sich *zweitens* mit dem Verdacht, dass im politischen Diskurs und sei-

-
- 1 Die ursprüngliche Fassung dieses Textes wurde für diese Veröffentlichung erheblich gekürzt; die Langfassung kann beim Verfasser angefordert werden.
 - 2 Vgl. Schultens, René/Glaser, Michaela: ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle 2013.

tens der Sicherheitsbehörden nicht nur historisch, sondern auch noch gegenwärtig die Tendenz besteht, den Spielraum einer legitimen linken Gesellschaftskritik in unzulässiger Weise eingrenzen zu wollen. Um die Aufladungen der einschlägigen Kontroversen zu verstehen, ist *drittens* zu berücksichtigen, dass in jeweilige Unterscheidungen von mehr oder weniger problematischen oder unproblematischen politischen Positionen zweifellos auch politische Einschätzungen, Werturteile und Präferenzen der jeweiligen Diskursteilnehmer eingehen, die auch von eigenen biografischen Erfahrungen beeinflusst sind. *Viertens* wird eine sachliche Debatte durch solche Varianten der Extremismustheorie erschwert, die – ausgehend von der Annahme einer unproblematischen Mitte des politischen Spektrums – Links- und Rechtsextremismus als quasi spiegelbildliche und gleichermaßen problematische Ausprägungen von Extremismus betrachten. Denn damit werden problematische Tendenzen in der politischen Mitte der Gesellschaft ebenso negiert wie substantielle Unterschiede der Motive und Zielsetzungen linker und rechter Kritik, worauf im Weiteren noch einzugehen sein wird.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders schwer, eine sachliche Debatte über die Begründbarkeit und Legitimität wissenschaftlicher Forschung über Linksextremismus und/oder linke Militanz zu führen. Deshalb sind an dieser Stelle zunächst noch zwei kurze wissenschaftstheoretische Vorbemerkungen erforderlich. *Erstens*: Empirische wissenschaftliche Forschung ist definitionsabhängig, d.h., sie findet ihre Untersuchungsgegenstände nicht als schlicht gegebene Beobachtungsobjekte vor, sondern beruht auf Gegenstandsbestimmungen, die begründungsbedürftig sind. Diesbezüglich gilt, dass Definitionen nicht wahrheitsfähig, also nicht einfach richtig oder falsch sind, vielmehr sind sie danach zu beurteilen, ob sie mehr oder weniger gut begründet, mehr oder weniger präzise und damit mehr oder weniger geeignet sind, einen Gegenstandsbereich begründet einzugrenzen. Folglich kann wissenschaftlich nicht sinnvoll über die Berechtigung einer Forschung über Linksextremismus und/oder linke Militanz diskutiert werden, ohne sich mit jeweiligen Definitionen und ihren Begründungen genau auseinanderzusetzen. Debatten, die sich auf eine solche Begriffsklärung nicht einlassen wollen, sondern die Perspektiven des Verfassungsschutzes umstandslos mit wissenschaftlichen Konzepten gleichsetzen, unterlaufen daher wissenschaftliche Standards.

Zweitens: Um Diskurse darüber, was in der Forschung sinnvoll als Linksextremismus oder linke Militanz bezeichnet werden kann, führen zu können, ist m.E. das Weber'sche Prinzip der Werturteilsfreiheit hilfreich. Mit diesem Prinzip wird nun nicht für eine gänzlich wertfreie und in diesem Sinne objektive Wissenschaft plädiert, wie gelegentlich in Unkenntnis der Weber'schen Theorie

unterstellt wird; ebenso wenig wird bestritten, dass Werte, also außerwissenschaftliche Präferenzen, in die Forschung eingehen – so etwa bei der Entwicklung forschungsleitender Interessen. Behauptet wird jedoch, dass Werte und Wertpräferenzen nicht selbst wissenschaftlich begründbar sind. Gefordert wird deshalb, bei der Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse klar zwischen wissenschaftlich begründeten Tatsachenfeststellungen und ihrer politischen sowie normativen Bewertung zu unterscheiden. Dies verbindet bereits Max Weber mit der deutlichen Forderung, unterschiedliche erkenntnisleitende Positionen als legitim anzuerkennen. Und er formuliert in diesem Zusammenhang:

„Was schließlich am allerentschiedensten bekämpft werden muß, ist die nicht seltene Vorstellung: der Weg zur wissenschaftlichen ‚Objektivität‘ werde durch ein Abwägen der verschiedenen Wertungen gegeneinander und durch einen ‚staatsmännischen‘ Kompromiss zwischen ihnen betreten. Die ‚mittlere Linie‘ ist (...) mit den Mitteln empirischer Disziplinen genau ebenso wenig wissenschaftlich beweisbar, wie die ‚extremsten‘ Wertungen.“³

Im vorliegenden Zusammenhang folgt daraus zum einen, dass politische Werturteile, die in Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz eingehen, zu explizieren sind, um eine rationale Diskussion zu ermöglichen und diese nicht durch unausgesprochene implizite Wertungen – sowie durch wechselseitige Unterstellungen bezüglich der unausgesprochenen normativen Hintergrundüberzeugungen jeweiliger Kontrahenten – zu erschweren oder zu verhindern. Zum anderen ist festzustellen, dass die Vorstellung, in der politischen Mitte angesiedelte Positionen seien wissenschaftlich gültiger und objektiver als Spielarten einer radikalen Kritik, nicht mit Berufung auf Webers Wissenschaftslehre begründet werden kann.

2. Linksextremismus und linke Militanz als problematische Problembeschreibungen

Jede Form der Prävention hat zur Voraussetzung, dass etwas existiert, das möglichst frühzeitig zu verhindern ist. Im Fall von Krankheits- oder Kriminalitätsprä-

3 Weber, Max: Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, 1914, URL: <http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Schriften+zur+Wissenschaftslehre/Der+Sinn+der+%C2%BBWertfreiheit%C2%AB+der+soziologischen+und+%C3%B6konomischen+Wissenschaften> [eingesehen am 10.06.2019].

vention kann diese Zielsetzung als unproblematisch gelten. Anders verhält es sich hingegen im Bereich des Politischen. Denn Präventionskonzepte beziehen sich hier auf politische Überzeugungen und Praktiken, deren Entstehung, Verfestigung oder Ausbreitung verhindert werden soll – und damit wirken sie auf eine Einschränkung des Möglichkeitsraums politisch zulässiger Denk- und Sprechweisen sowie Handlungsformen hin. Politische Präventionskonzepte stehen also zum liberalen Grundprinzip der Meinungs- und Gewissensfreiheit in einem Spannungsverhältnis. Deshalb ist in einer liberalen Demokratie eine auf politische Prävention ausgerichtete Forschung in hohem Maße begründungsbedürftig.

Für eine den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit reklamierende Forschung muss diesbezüglich das Prinzip der Werturteilsfreiheit gelten. D.h.: eine aus den eigenen Überzeugungen resultierende politische Gegnerschaft ist eine vor- und außerwissenschaftliche Setzung – ein Werturteil, das auch als solches auszuweisen ist. Betrachtet man die Traditionen der Extremismusforschung vor diesem Hintergrund, dann lässt sich feststellen, dass dort – nicht nur, aber auch – einflussreiche Positionen zu finden sind, die von einer politischen und normativen Präferenz für die politische Mitte ausgehen und diese Präferenz als wissenschaftlich begründbar behaupten, statt sie offen als eine genuin politische Prämisse zu deklarieren.⁴

Dies ist wiederkehrend begründet kritisiert worden.⁵ Dabei handelt es sich m.E. jedoch um eine ohne größere Schwierigkeiten korrigierbare Problematik: Es genügt, die vorwissenschaftlichen politischen Voraussetzungen des Extremismuskonzepts als solche auszuweisen. Betrachtet man eine solche Extremismusforschung dann als Forschung auf der Grundlage einer politischen, also außerwissenschaftlichen, Setzung, einer politischen Präferenz für die Mitte, dann kann es m.E. zweifellos als legitim gelten, über Extremismus zu forschen, wenn dies als eine wertgeleitete Forschung ausgewiesen wird, deren politische Prämissen man mit Gründen teilen oder aber als eine wenig plausible Voreingenommenheit ablehnen kann.⁶

4 Vgl. dazu zuletzt Jesse, Eckhard: Grundlagen, in: ders./Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 23–58.

5 Vgl. etwa Forum für kritische Rechtsextremismusforschung: Ordnung, Macht, Extremismus, Wiesbaden 2011; Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013; Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Bonn 2005, S. 13 ff.

6 Zudem ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass man sich mit diesen Prämissen eine durchaus fragwürdige Parallelisierung unterschiedlicher Formen dessen einhandelt, was als Extremismus gefasst werde. Dieser Einwand ist m.E. als Generaleinwand gegen Extremismusforschung nicht überzeugend; er wäre wissenschaftlich lediglich als Auffor-

2.1 Was meint Linksextremismus?

Dies gilt in ähnlicher Weise für eine solche Extremismusforschung, deren erklärte Grundlage im Unterschied dazu *keine* Präferenz für die politische Mitte ist. Bei Armin Pfahl-Traughber⁷ wird diese Position präzise wie folgt gefasst:

„Ausgangspunkt ist ein expliziter normativer Bezug auf Abwahlmöglichkeit und Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, Säkularität und Volkssouveränität als Kernprinzipien konstitutioneller Demokratien.“

Vor diesem Hintergrund wird dann festgestellt:

„Extremismus ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive [...] eine Sammelbezeichnung für Auffassungen und Handlungen, welche die genannten konstitutiven Merkmale einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft nicht teilen. Es geht beim Extremismus weder einerseits um eine Abweichung von einer ‚Mitte‘ oder Apologie des Staates, noch andererseits um die Diffamierung von radikaler Kritik oder die Diskreditierung von Protestbewegungen (sofern die Grundlagen geteilt werden).“

Auch diesbezüglich kann es Gründe geben, sich kritisch mit den genuin politischen Prämissen des Extremismusbegriffs auseinanderzusetzen – so etwa im Sinne der Frage, ob hier eine angemessene und hinreichende Bestimmung der Prinzipien konstitutioneller Demokratie vorgenommen wird. Dem Kernargument – dass es möglich und zulässig sein sollte, eine normative politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zu betreiben, die mit einer Unterscheidung von politischen Positionen arbeitet, welche sich im Hinblick auf die Zustimmung

derung zu begreifen, den Extremismusbegriff anhand von Unterscheidungskriterien unterschiedlicher Extremismen zu präzisieren. Dies fordert auch Pfahl-Traughber: „Die Extremismustheorie macht lediglich deutlich, dass die gemeinten politischen Akteure sich mit ihrem Denken und Handeln im Spannungsverhältnis zu den Prinzipien einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft befinden. [...] Gerade die vergleichende Betrachtung von Links- und Rechtsextremismus macht erst die Unterschiede deutlich.“ Pfahl-Traughber, Armin: Die blinden Flecken in der Kritik der Extremismustheorie, in: Demokratie Dialog, H. 2 (2018a), S. 24–28, hier S. 25.

7 Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus – Analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Thesen zur Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen am 28. September 2018 in Düsseldorf, 2018b, S. 1 (unveröffentlichtes Manuskript).

oder Ablehnung von demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien unterscheiden – kann m.E. jedoch nicht sinnvoll widersprochen werden. Strittig kann nur sein, welche Prinzipien als unverzichtbare Grundprinzipien der konstitutionellen Demokratie gelten sollen. Dies ist als Grundlage der Forschung über Rechtsextremismus konsensual, und eine Ablehnung einer solchermaßen begründeten Extremismusforschung würde dementsprechend auch im Fall des Rechtsextremismus zu einer Infragestellung ihrer Berechtigung führen.

Die spezifischen Merkmale dessen, was (im Unterschied zu anderen Extremismen) als Linksextremismus betrachtet wird, sind mit der Unterscheidung von Akzeptanz versus Ablehnung der Kernprinzipien konstitutioneller Demokratie jedoch ersichtlich noch nicht hinreichend geklärt. Diesbezüglich schlägt Pfahl-Traughber⁸ vor, damit ein Spektrum von Positionen zu bezeichnen, das „für die Ablehnung der Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft im Namen einer eingeforderten sozialen Gleichheit steht (welche für sich nicht extremistisch ist)“. Ersichtlich ist dies eine wenig präzise Bestimmung, die eine allgemein gefasste Kennzeichnung linker Positionen als Präferenz für soziale Gleichheit mit den allgemeinen Merkmalen des Extremismus verbindet. An anderer Stelle wird dies wie folgt konkretisiert:

„Kapitalismuskritik wird nicht per se als linksextremistisch interpretiert; denn sofern die erwähnten Grundprinzipien moderner Demokratie und offener Gesellschaft geteilt werden, muss selbst die Forderung nach einer Überwindung dieser Wirtschaftsordnung nicht als extremistisch eingeschätzt werden. Anders verhält es sich, wenn die gemeinten politischen Akteure die Forderung nach einer sozialistischen Diktatur vortragen oder Gewalttaten unterschiedlicher Intensitätsgrade begehen.“⁹

Damit wird eine folgenreiche Einschränkung vorgenommen: Als linksextremistisch im genuin politischen Sinn müssten erstens dann nur noch Positionen gelten, die eine Diktatur fordern; das zweite Kriterium „Begehen von Gewalttaten“ ist ersichtlich auf einer anderen Ebene, nämlich der Ebene von Handlungsformen, angesiedelt. In der Konsequenz dieser Definition wäre deshalb von zwei deutlich zu unterscheidenden Formen von Linksextremismen auszugehen. Denn zwischen der Akzeptanz von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen und Forderungen nach einer sozialistischen Diktatur besteht kein zwingender Zusammenhang.

8 Ebd.

9 Pfahl-Traughber, 2018a, S. 25.

Konkret formuliert: Anzunehmen, dass diejenigen, die im Kontext linker politischer Proteste Gewalt ausüben oder als legitim betrachten, dies ausschließlich aufgrund genuin politischer Motive sowie im Interesse der Herbeiführung einer Diktatur tun, ist nicht plausibel. Von linksextremistischer Gewalt – im Unterschied zu genereller Gewaltkriminalität – wäre deshalb nur dann zu reden, wenn ausgeübte Gewalt mit genuin politischen Begründungen und Rechtfertigungen einherginge. Ein antidemokratischer Linksextremismus wäre deshalb von einem solchen Linksradikalismus zu unterscheiden, der zwar Demokratie und Menschenrechte prinzipiell befürwortet, aber bestimmte Formen strafrechtlich relevanter physischer Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen legitimiert.

Für einen eine Diktatur befürwortenden Linksextremismus kann nicht bezweifelt werden, dass dieser in Deutschland zwar historisch bedeutsam war; gegenwärtig aber handelt es sich hierbei um ein höchst marginales Phänomen mit bloß geringer gesellschaftlicher Bedeutung und wissenschaftlicher Relevanz. Nun ist es zweifellos zulässig, wissenschaftlich über marginale Phänomene zu forschen; von einer solchen Forschung und ihrer Förderung durch Ministerien und andere Geldgeber wäre aber zu erwarten, dass Einschätzungen zur gesellschaftlichen Bedeutung des Phänomens transparent kommuniziert werden.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung und wissenschaftlichen Relevanz stellt sich in zugespitzter Weise auch in Bezug auf eine Definition von Linksextremismus, wie sie prominent in einem aktuellen Handbuch der Extremismusforschung zu finden ist:

„Wie alle Extremismen konstruieren linksextremistische Ideologien ein klares Feindbild. Der für ein freiheitliches Gemeinwesen entscheidende Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur spielt keine Rolle. Mit dem Rechtsextremismus verbindet Linksextremismus Antiparlamentarismus, Antipluralismus, somit ein identitäres Demokratieverständnis und die Negierung individueller Freiheit. Beide Extremismen reklamieren für sich einen Wahrheitsanspruch. Sie glauben, einen einheitlichen Gesellschaftswillen erkannt zu haben und wollen diesen notfalls mit diktatorischen Mitteln gegen sogenannte ‚Abweichler‘, ‚Klassenfeinde‘ oder – im Falle des Nationalsozialismus – ‚Volksschädlinge‘ durchsetzen.“¹⁰

10 Lang, Jürgen P.: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 339–388.

Linksextrem wären demnach allein solche politischen Strömungen, für die der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur keine Rolle spielt und welche die individuelle Freiheit negieren. Meine Einschätzung ist, dass solche Strömungen in Deutschland gegenwärtig sehr randständig und weitgehend irrelevant sind. Wer darüber forschen mag, mag dies gleichwohl tun.

2.2 Linke Militanz als bessere Alternative?

Als Alternative zum Extremismusbegriff wird inzwischen das Konzept der linken Militanz angeboten. Dies stellt erklärtermaßen eine Reaktion auf die Kritik am Extremismusbegriff dar, welche die Berechtigung dieser Kritik anerkennt und von der Absicht geleitet ist, eine Forschungspraxis zu ermöglichen, welche die mit der Extremismusforschung verbundenen Mängel Staatsnähe, theoretische Unterkomplexität und empirische Unangemessenheit vermeiden kann.¹¹ Darüber hinaus wird beansprucht, mit dem Konzept der linken Militanz besser als die bisherige Extremismusforschung in der Lage zu sein, Veränderungen im Forschungsfeld zu berücksichtigen.¹²

Diese Zielsetzung führt jedoch zu einer Forschungskonzeption, die im Hinblick auf die oben skizzierte Problematik politischer Präventionskonzepte sogar noch kritischer zu beurteilen ist als die Linksextremismusdefinitionen der Extremismusforschung. Denn das Konzept „linke Militanz“ weitet den Forschungsgegenstand – und damit den Phänomenbereich, der für Prävention relevant sein soll – erheblich aus. Weder die Befürwortung einer Diktatur noch die Beteiligung an Gewalt werden hier als eingrenzende Kriterien gefasst. Als Grundcharakteristikum einer problematischen Militanz, die Prävention und Deeskalation herausfordert, gilt vielmehr eine „kämpferische“ und „tatbetonte Strategie“ mit „radikalen“ Absichten und Zielen:

„Für uns steht daher erstens nicht die Gewalttat, sondern das Selbstbekenntnis zu einer kämpferischen Haltung im Vordergrund. Militanz ist zweitens verknüpft mit Politikansätzen, welche die Handlungsebene betonen, die Tat, deren Ort die Straße ist, der öffentliche Raum, nicht das Gedankengebäude von in der Studierstube am Schreibtisch erdachten Theorien. Und Militanz richtet sich drittens gegen alles Halbherzige, gegen das Sowohl-als-auch.“

11 Siehe Riedl, Jonathan/Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffs). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie Dialog, H. 1 (2017), S. 16–22, hier S. 16.

12 Siehe ebd., S. 17.

Militanz ist radikal, fundamentalistisch, sie zielt auf das Grundsätzliche, auf Reinheit, Geschlossenheit, zugleich auf Abgrenzung. Wir bestimmen daher Militanz als eine a) kämpferische (aber nicht unbedingt automatisch gewalttätige), b) tatbetonende politische Strategie mit c) radikalen Absichten und Zielen.“¹³

Diese Bestimmung des Forschungsgegenstandes eröffnet ein breites Forschungsfeld, für das durchaus unklar ist, warum damit problematische und deshalb Prävention legitimierende Politikansätze bezeichnet sein sollen. Denn weder eine kämpferische Haltung noch aktionsorientierte Politikansätze und auch nicht radikale Denkweisen und Ziele stehen per se im Widerspruch zur durch das Grundgesetz festgelegten Verfassung.

Empirisch argumentiert: Nimmt man diese Definition beim Wort, dann wären zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie Amnesty International oder Greenpeace als militant, zumindest als kämpferisch und aktionsorientiert, zu charakterisieren – auch wenn ihre Qualifizierung als problematische Militanz nicht den Intentionen der Autoren entsprechen mag. Weiter lässt sich feststellen: Es war auch ein militanter linker Aktionismus, der in Deutschland zur Weiterentwicklung des Demonstrationsrechts geführt hat. Auch die heute selbstverständliche Verankerung von Demokratie und Partizipation in Schulen ist nachweislich Folge einer linken Kritik autoritärer Strukturen. Ohne militante Proteste gegen die Atomindustrie wäre es nicht zum Atomausstieg gekommen usw. Militanz – verstanden als zwar gewaltfreies, aber kämpferisches Engagement in sozialen Konflikten – ist also keineswegs generell problematisch und abzulehnen und hat sich auch als ein Lebenselixier der Demokratie erwiesen.¹⁴

Meines Erachtens kann es deshalb kein legitimes Ziel öffentlicher finanzierter Forschung sein, zur Prävention kämpferischer und aktionsbetonter Formen zivilgesellschaftlichen Protestes beizutragen, sofern diese sich nicht gegen die Kernprinzipien der konstitutionellen Demokratie richten, also nicht extremistisch im Sinne der Definition von Pfahl-Traughber sind. Ob das Konzept der linken Militanz dazu geeignet ist, den Gegenstandsbereich einer auf Prävention

13 Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie Dialog, H. 2/2018, S. 29–35, hier S. 32.

14 Darüber, welche Formen eines zwar gewaltfreien, aber durchaus militanten Engagements berechtigt sind, kann man – etwa im Hinblick auf Formen des zivilen Ungehorsams – zweifellos begründet streiten, ohne den Raum legitimer Auseinandersetzungen zu verlassen.

ausgerichteten Forschung hinreichend einzugrenzen, hängt deshalb entscheidend davon ab, ob sich das Definitionselement „radikal“ dazu eignet, legitime von illegitimen Formen des Protestes zu unterscheiden. Eine überzeugende Definition von Radikalität, die diesem Anspruch genügt, liegt bislang jedoch nicht vor. Somit ist das Konzept „linke Militanz“ noch an entscheidender Stelle unklar und in einer fragwürdigen Weise interpretationsoffen.¹⁵ Zumindest beim aktuellen Stand der Ausarbeitung eignet sich das Konzept „linke Militanz“ folglich nicht dazu, eine hinreichend präzise Bestimmung eines Phänomens vorzunehmen, das Prävention erfordert. In seinen bislang publizierten Fassungen tendiert es vielmehr zu einer nicht überzeugend begründeten Ausweitung des als problematisch geltenden Spektrums politischer Haltungen.

3. Welche Positionen im Spektrum linker Politik sind problematisch, was hat das mit Kapitalismuskritik zu tun und was folgt daraus für die politische Bildung?

In Übereinstimmung mit Pfahl-Traughber¹⁶ wird hier für die weitere Argumentation davon ausgegangen, dass eine radikale Gesellschafts- und Kapitalismuskritik nicht als ein legitimer Gegenstand von Präventionsprogrammen betrachtet werden kann, sofern sie sich nicht gegen Demokratie richtet sowie die Menschenrechte als normative Prinzipien akzeptiert. Betrachtet man vor diesem Hintergrund das Spektrum der politischen Linken und empirische Studien, die sich mit solchen Strömungen in diesem Spektrum befassen, die sich selbst der radikalen Linken zurechnen,¹⁷ dann lässt sich feststellen, dass linke Gesellschaftskritik – jenseits der empirisch seltenen Ausprägungen von Stalinismus und Maoismus – keineswegs mit einer prinzipiellen Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten einhergeht, was sie fundamental vom Rechtsextremismus unterscheidet. Plausibler im Sinne einer verallgemeinerbaren Charakterisierung ist vielmehr der folgende Befund aus einer Studie über dort als „linksaffin“ bezeichnete Jugendliche:

15 Eine diesbezügliche E-Mail-Kommunikation zwischen dem Verfasser und dem Leiter der Forschungsstelle hat nicht zu einer tragfähigen Klärung geführt, sondern m.E. eher die fortbestehenden Unklarheiten des Konzepts dokumentiert.

16 Pfahl-Traughber, 2018a, S. 24–28 und 2018b.

17 Vgl. etwa Farin, Klaus: Die Autonomen, Berlin 2015; Kühnel, Wolfgang et al.: Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher, Wiesbaden 2015; Schultens/Glaser, 2013; Schuhmacher, Nils: „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der autonomen Antifa, Düsseldorf 2014.

„Die Aussagen zum Verhältnis der Befragten zu Parteien, Demokratie und Staat lassen [...] deutlich werden, dass eine grundsätzlich hohe Unterstützung für die demokratische Idee als grundlegendes politisches Ordnungsprinzip besteht. Eine starke Unzufriedenheit wird jedoch in den Bewertungen des tatsächlichen Handelns und der Strukturen der politischen Institutionen, von Parteien und Justiz deutlich.“¹⁸

Dem entspricht, dass eine Kritik an der realen Verfasstheit von Demokratie im Interesse einer Weiterentwicklung demokratischer Mitwirkungsrechte ein genuiner Bestandteil der Tradition linker Kritik ist. Ähnliches lässt sich in Bezug auf die Menschenrechte feststellen: Diese werden im linken politischen Spektrum überwiegend als normative Grundlage der Kritik beansprucht, also gerade nicht abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund können zwei Problematiken bestimmt werden, die eine Herausforderung sowohl für die Forschung als auch für die politische Bildung darstellen: *Erstens* Formen einer Kapitalismuskritik, die mit einem unzureichenden Verständnis der gesellschaftlichen Bedeutung von Demokratie sowie von Recht und Rechtsstaatlichkeit einhergehen; *zweitens* damit ggf. (!) einhergehende politische Feindbilder, die als Begründung oder Rechtfertigung von Gewalt gegen Polizist/innen und Rechtsextreme wirksam werden können. Diesbezüglich ist es m. E. zentral, konsequent zwischen Formen einer Gesellschafts- und Kapitalismuskritik zu unterscheiden, die sich im legitimen Spektrum politischer Meinungsäußerungen bewegen, und Praktiken, die nicht mehr als legitime Mittel politischer Konfliktaustragung gelten können. Diesbezüglich darf auch nicht ignoriert werden, dass Gewaltaktionen gegen die Polizei und gegen Rechtsextreme auch in der linken Szene wiederkehrend kontrovers diskutiert sowie von erheblichen Teilen dezidiert abgelehnt werden.

Insofern weisen bestimmte Ausprägungen linker Gesellschafts- und Kapitalismuskritik auf einen Bedarf an politischer Bildung hin. Dies gilt insbesondere für einen trivialisierten Neomarxismus, der zwar durchaus diskussionswürdige Einsichten enthält, aber die Reichweite der sozialstaatlichen Einschränkungen des Kapitalismus unterschätzt, über kein angemessenes Verständnis der Differenz von Politik und Ökonomie verfügt und die Errungenschaften einer konstitutionellen Verankerung sowohl von Grundrechten als auch von Rechtsstaatlichkeit unterschätzt. Die Herausforderung für die politische Bildung besteht diesbezüglich darin, zwar die Berechtigung von Gesellschafts- und Kapi-

18 Kühnel et al., 2015, S. 196.

talismuskritik anzuerkennen, aber zu einer differenzierteren Gesellschaftsanalyse zu befähigen.

Dazu ist eine generelle Stärkung der politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und in der außerschulischen Bildung erforderlich. Denn ein halbwegs substanzielles Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten kann bislang nicht als selbstverständliches Ergebnis der schulischen Allgemeinbildung vorausgesetzt werden. Auch eine informierte Kenntnis der Ideologien und Realitäten der unterschiedlichen Spielarten des autoritären Staatssozialismus ist gewöhnlich nicht gegeben. Dies hat zur Folge, dass eine trivialisierte Kapitalismuskritik sich als Deutungsangebot für eigene Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen anbieten und mit naiven Illusionen darüber verbinden kann, was von einer nicht mehr kapitalistischen Gesellschaft zu erwarten wäre.

In diesem Zusammenhang ist über eine Entwicklung von Konzepten der politischen Bildung nachzudenken, die sich gezielt an Jugendliche und junge Erwachsene richten, die sich als links und gesellschaftskritisch verstehen. Solche Konzepte sind m. E. jedoch von vornherein aussichtslos, wenn sie als Extremismusprävention oder Prävention gegen linke Militanz deklariert werden. Sie sind nur dann aussichtsreich, wenn sie in überzeugender Weise an das Interesse anknüpfen, die unbestreitbaren und gravierenden Probleme der Gegenwartsgesellschaft zu verstehen und sich dagegen wirksam zu engagieren. Insofern müsste es um eine demokratische und menschenrechtliche Fundierung und Qualifizierung linker Gesellschaftskritik, also um eine politische Bildung mit und für linksradikale Jugendliche und Erwachsene, gehen – also nicht um Formen einer solchen Prävention, die jede radikale Kritik unter den Verdacht stellt, Anbahnung von Demokratieablehnung und/oder Gewaltkriminalität zu sein.

Die in Teilen der linken Szene beobachtbare Akzeptanz von Gewalt gegen Polizist/innen und Rechtsextreme weist auf eine damit ggf. verknüpfte, aber durchaus eigenständige und anders gelagerte Problematik hin. Eine Verbindung ergibt sich dann, wenn aus einer trivialisierten Kapitalismuskritik nicht nur politische Gegnerschaften folgen, die zu einer Konfliktaustragung mit demokratisch akzeptablen Mitteln führen, sondern wenn diese mit Feindbildern einhergehen, die gewaltlegitimierend sind. Dieser Übergang von einer politischen Gegnerschaft im Rahmen wechselseitig akzeptierter Formen der Konfliktaustragung zu Feindseligkeit kann aber nicht als unmittelbarer und logisch zwingender Effekt politischer Überzeugungen gelten. Diesbezüglich sind vielmehr zumindest drei Aspekte zu berücksichtigen:

- *Erstens* die eng mit männlicher Identitätssuche verbundene Faszination durch Konfrontationen, damit verbundener Aktion sowie gegebenenfalls einer eigenständigen maskulinen Gewaltfaszination. Wissenschaftlich verweist dies auf die Notwendigkeit einer Männlichkeitsforschung, die zur Erklärung der Attraktivität konfrontativer und gewaltaffiner Männlichkeitskonzepte beiträgt, pädagogisch auf Erfordernisse einer geschlechtsdifferenzierten Bildungs- und Sozialarbeit mit männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
- *Zweitens* sind situative Eskalationsdynamiken – insbesondere bei Demonstrationen, aber auch in Konflikten mit linken Jugendszenen – zu berücksichtigen. Der Beitrag der politischen Bildung zur Vermeidung solcher Eskalationsdynamiken müsste darin bestehen, den wechselseitigen Abbau von Feindbildern zu befördern. Erforderlich dafür wären etwa Formate, in denen sich junge Aktivist/innen aus der linken Szene und Polizist/innen auf Dialoge auf Augenhöhe einlassen. Zwar scheint unwahrscheinlich zu sein, dass dazu Bereitschaften erzeugt werden können. Das aber heißt nicht, dass darauf ausgerichtete Bemühungen von vornherein aussichtslos sind.
- *Drittens* resultieren die Solidarisierungserwartungen, die im linken Spektrum eine eindeutige Distanzierung von und Kritik an Gewalt sowie diese legitimierenden Feindbildern erschweren, auch aus der Wahrnehmung, von staatlichen Institutionen in undifferenzierter Weise als Gegner der demokratischen Ordnung wahrgenommen zu werden. Demgegenüber wird eingefordert, dass die „demokratische Linke [...] sich um ihrer politischen Glaubwürdigkeit willen auch bei Gemeinsamkeiten in der Kritik einer Kooperation mit der extremistischen Linken, nicht nur, aber auch aufgrund der Gewaltorientierung verweigern“¹⁹ sollte. Im Sinne dieser Forderung wäre von Seiten staatlicher Institutionen eine politische Kommunikation wünschenswert, die sich dezidiert und glaubwürdig von einer pauschalen Problematisierung linker Gesellschaftskritik distanziert.

Für die politische Bildung und die Forschungsförderung – aber auch generell für die politische Kommunikation – resultiert aus diesen Überlegungen die Aufforderung, auf allen Ebenen ihrer Praxis und in der öffentlichen Kommunikation mit transparenten Kriterien und in deutlich wahrnehmbarer Weise kenntlich zu machen, warum und wie zwischen legitimen Formen linker Gesellschaftskritik einerseits, inakzeptablen Feindbildern und Formen des politischen Handelns andererseits unterschieden wird.

19 Pfahl-Traughber, 2018b, S. 2.

SASKIA LÜTZINGER

„Ich hab nicht gesagt: *Ihr seid mir zu radikal, ich höre jetzt auf*‘, ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen“

Über die Gemeinsamkeiten unterschiedlich orientierter Extremisten und die Spezifika linksmotivierter Umfeldler¹

Der Beitrag fasst die Ergebnisse der Studie „Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP)“ zusammen, die von 2003–2010 vom Bundeskriminalamt in Kooperation mit dem Rhein-Ruhr-Institut der Universität Bochum durchgeführt wurde und sich mit den Entwicklungsverläufen unterschiedlich orientierter Terroristen bzw. Extremisten beschäftigt. Besonderes Augenmerk wird auf die Spezifika linksmotivierter Umfeldler gelegt und die Ergebnisse mit Blick auf deren Bedeutung für die Prävention reflektiert.

Einleitung

Im Nachgang der in den 1980er Jahren veröffentlichten Analysen zum Terrorismus,² die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem RAF-Terrorismus befassten, beschäftigte sich die Studie „Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP)“³ erstmals wieder empirisch mit den Entwicklungsverläufen von Personen, die dem linksextremen Spektrum zuzuordnen sind. Die zwischen

-
- 1 Dieser Beitrag spiegelt die Betrachtungen und Einschätzungen der Autorin wider, die nicht notwendigerweise denen des Bundeskriminalamts entsprechen.
 - 2 Hierbei handelt es sich um ein groß angelegtes Forschungsprojekt zum RAF-Terrorismus, das Ende der 1970er Jahre im Auftrag vom Bundesministerium des Innern durchgeführt wurde. Im Hauptfokus des Projekts standen Ideologie und Strategien, Lebensverläufe von RAF-Mitgliedern, Gruppenprozesse, Aspekte von Gewalt bzw. deren Legitimation sowie Wechselwirkungen zwischen Protest und staatlichen Reaktionen. Die Ergebnisse wurden zwischen 1981 und 1984 im Rahmen von vier Bänden veröffentlicht.
 - 3 Veröffentlicht als Lützing, Saskia: Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010.

2003 und 2010 von der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des Bundeskriminalamts in Kooperation mit dem Rhein-Ruhr-Institut für Politikberatung und Sozialforschung (RISP) der Universität Bochum durchgeführte Studie bildete den Auftakt einer phänomenübergreifend ausgerichteten Untersuchungsreihe zu Entwicklungsprozessen und Präventionsmaßnahmen im Kontext politisch bzw. religiös begründeten Extremismus, die bis heute an der FTE weiterverfolgt wird.⁴

Ausgangspunkt dieser qualitativen Studie war das Erstarren des internationalen Terrorismus im Zusammenhang mit den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahr 2001. Das Forschungsinteresse galt daher vor allem der Frage, ob es sich beim religiös begründeten Terrorismus („Islamismus“) um ein gänzlich neues Phänomen handelte oder dieser im Kern sogar Gemeinsamkeiten mit anderen Formen eines vornehmlich „politischen Extremismus“ aufweist. Auf Basis eines vergleichenden Ansatzes wurden hierfür die biografischen Verläufe von Terroristen und Extremisten aus links-, rechts- sowie islamistisch orientierten Umfeldern erhoben. Der Schwerpunkt lag hierbei auf deren subjektiven Deutungsschemata – es ging also darum, die erhobenen Radikalisierungsverläufe aus Sicht der Betroffenen heraus zu rekonstruieren und schließlich einander gegenüberzustellen.

Insgesamt konnten vierzig narrativ-biografische Interviews⁵ mit männlichen Personen aus extremistischen bzw. extremismunahen Umfeldern geführt werden. Bei den Interviewpartnern handelte es sich entweder um Personen, die der Polizei als politisch motivierter Straftäter⁶ bzw. Straftäter einer verbotenen militanten Organisation bekannt waren, oder um solche, die sich in extremistischen Umfeldern bewegten, jedoch noch nicht straffällig in Erscheinung getre-

4 An das EbiP-Projekt schloss sich eine mehrmodulare Untersuchungsreihe zu Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifenden Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG-Projekt) an. Hierbei wurde u. a. die Präventionslandschaft 2014/15 erhoben und eine ExpertInnenbefragung mit PraktikerInnen aus der Extremismusprävention durchgeführt. Eine Wiederholungserhebung der Präventionslandschaft (2018) wurde jüngst abgeschlossen.

5 Vgl. Schütze, Fritz: Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen. Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr. 1, Bielefeld 1977.

6 Zum Zeitpunkt der Untersuchung wurden Islamisten, die heutzutage als religiös motivierte Straftäter geführt würden, entsprechend dem polizeilichen Definitionssystem noch unter dem personengebundenen Hinweis politisch motivierter Ausländerkriminalität erfasst.

ten waren.⁷ Die Auswertung des Interviewmaterials erfolgte auf Basis der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring,⁸ wobei das Entwicklungsaufgabenkonzept von Havighurst⁹ sowie das Konzept „kritischer Lebensereignisse“ nach Filipp¹⁰ als theoretischer Rahmen dienten. Im Fokus der Interviewanalyse standen die Strategien, auf die zur Bewältigung gängiger Entwicklungsaufgaben bzw. kritischer Lebensereignisse zurückgegriffen wurde, sowie die Funktionen von extremistischer Szene und Ideologie im biografischen Verlauf. Es ging also weniger darum, allein delinquente Karrieren nachzuzeichnen, als darum, gezielt zu schauen, wie deviantes bzw. delinquentes Verhalten (etwa: Denkmuster, Verhaltensweisen) und persönliche Lebensgeschichte miteinander im Wechselspiel stehen.

Eine vom Studiendesign her ursprünglich vorgesehene Gleichverteilung der Interviewpartner unterschiedlicher Orientierung ließ sich in der Praxis nicht realisieren, da Mitglieder aus islamistischen und linksorientierten Umfeldern erwartungsgemäß nur sehr schwer für die Teilnahme an einer von sicherheitsbehördlicher Seite initiierten Studie zu gewinnen waren.¹¹ Als Auswertungsgrundlage für die EbiP-Studie dienten schließlich 39 Interviews: 24 mit Personen aus rechtsmotivierten, sechs aus islamistischen und neun aus linksmotivierten Umfeldern. Ein im Rahmen der damaligen Untersuchung ausgeschlossener Fall wird aufgrund des sich hieraus ergebenden Mehrwerts im Folgenden mit aufgegriffen.¹²

Der folgende Beitrag fasst zunächst die zentralen Ergebnisse der EbiP-Studie zusammen, bevor er die Besonderheiten linksorientierter Umfeldler hervor-

7 Zur Bedeutung von *Radical Communities* im Rahmen der Terrorismusforschung vgl. Waldmann, Peter: *Terrorismus. Provokation der Macht*, Hamburg 2005, S. 140 f.

8 Vgl. Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim 2015.

9 Vgl. Havighurst, Robert J.: *Developmental tasks and education*, New York 1982.

10 Vgl. Filipp, Sigrun-Heide/Aymanns, Peter: *Kritische Lebensereignisse und Lebenskrisen. Vom Umgang mit den Schattenseiten des Lebens*, Stuttgart 2018; Filipp, Sigrun-Heide: *Kritische Lebensereignisse*, München 1990.

11 Vgl. Schweer, Thomas: *Spurensuche – Lebensläufe von Mitgliedern extremistischer Milieus. Feldforschung im Rahmen der Studie „Extremismus in biographischer Perspektive“ (EbiP)*, in: Bundeskriminalamt (Hg.): *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*, Köln 2010, S. 93–104.

12 Es handelt sich um das Interview mit einem Anfang der 1990er Jahre Geborenen, der sich aufgrund seines Alters sowie der damit einhergehenden gravierenden Unterschiede in der (politischen) Sozialisation nicht für eine vergleichende Betrachtung mit den übrigen Studienteilnehmern eignete.

hebt und – unter Berücksichtigung der aus den Folgeuntersuchungen hervorgegangenen Erkenntnisse – einen Ausblick auf die gegenwärtigen Herausforderungen in der Linksextremismusprävention gibt.

Radikalisierung als Bewältigungsstrategie – das extremistische Umfeld als Stütze in allen Lebenslagen

Als zentrales Ergebnis der Studie kann festgehalten werden, dass – unabhängig davon, in welches ideologische Umfeld sich die Befragten schließlich sozialisiert hatten – die zugrundeliegenden psychosozialen Dynamiken im Kern die gleichen waren und sich kaum von denen anderer Delinquenten unterschieden. So zeichneten sich die Befragungsteilnehmer beispielsweise durch brüchige Bildungskarrieren, familiäre Problemlagen oder delinquentes Verhalten aus. Delikte aus Bereichen der Allgemeinkriminalität waren bei den meisten Befragten bereits vor dem Einstieg in die jeweilige Szene erkennbar.

Den Ausgangspunkt für die Identifikation mit bzw. den Einstieg in eine extremistische Szene stellten prekäre familiäre Verhältnisse und damit einhergehende soziale Notlagen dar, die einen Zustand der Orientierungslosigkeit hervorriefen und enorme Anpassungsleistungen erforderten. Charakteristisch für diese in der Adoleszenz auftretenden Situationen war, dass die Befragungsteilnehmer in Situationen, in denen es wichtig gewesen wäre, auf die Eltern oder andere erwachsene Bezugspersonen zurückgreifen zu können, größtenteils auf sich alleine gestellt waren. In den vorliegenden Fällen handelte es sich jedoch nicht zwingend um klassische Situationen von Vernachlässigung. Zum Teil waren Eltern im Bemühen darum, kritische Lebensereignisse im Sinne der Familie zu lösen, schlicht dermaßen beansprucht, dass sie für die Belange der Jugendlichen temporär nicht zur Verfügung standen bzw. für diese nicht erreichbar waren. Ein großer Teil der Befragten war im Familienkontext zudem mit einer Vielzahl dysfunktionaler Bewältigungsstrategien konfrontiert. Hierzu gehörten neben dem Konsum von Alkohol oder Drogen auch häusliche Gewalt, mangelhafte Kommunikation („Probleme totschweigen“) sowie der Rückzug einzelner Familienmitglieder. Nicht selten ließen sich auch Konstellationen finden, in denen zwar alle noch „unter einem Dach lebten“, aber jedes Familienmitglied komplett auf sich alleine gestellt war. Eine Bewältigung auftretender Problemlagen war unter den vorherrschenden Bedingungen oftmals kaum möglich.

In Anbetracht dieser Ausgangssituationen ist es wenig verwunderlich, dass alternative soziale Umfelder, die – wie für extremistische Ideologien üblich – klar definierte Einstellungsmuster, Verhaltensweisen und Identitätskonzepte vermit-

teln, auf die Befragten eine besondere Anziehungskraft ausübten. In der Regel waren aber nicht die Einstellungsmuster ausschlaggebend für den Wunsch der eigenen Zugehörigkeit; vielmehr waren dies äußere Identitätsmerkmale der Szeneangehörigen, wie etwa deren Kleidungsstil oder Habitus, mit denen die Befragten positiv besetzte Eigenschaften wie „Männlichkeit“ oder „Macht“ assoziierten und die schließlich ganz im Sinne *Symbolischer Selbstergänzung*¹³ als Kompensation für subjektiv erlebte Defizite fungierten. Darüber hinaus erfolgte die Entscheidung für eine bestimmte Szenegruppierung auch auf Basis der dortigen Akzeptanz persönlicher Eigenschaften (etwa: Risikofreudigkeit, Erlebnisorientierung) und Verhaltensweisen (etwa: Gewalttoleranz, Alkohol- oder Drogenkonsum).

Entgegen der landläufigen Meinung, dass junge Menschen von extremistischen Gruppierungen „umgedreht und vereinnahmt“ würden, berichtete die Mehrzahl der Befragten – ganz im Sinne einer Offenheit für und aktiven Suche nach sozialen Umfeldern – von einer selbst forcierten Annäherung an und Sozialisation in die jeweilige Gruppe. Diese aktive Suche zeigt noch einmal die enorme Bedeutung von Orientierungsmodellen im sozialen Nahraum sowie in jüngerer Zeit auch im Kontext von Internet und *Social Media*.

Wenngleich Politik bzw. Ideologie dementsprechend zumeist wenig ausschlaggebend für den Einstieg in die jeweilige Szene bzw. Clique war, verfestigten sich doch entsprechende szenetypische Einstellungen und Denkmuster im weiteren Zugehörigkeitsverlauf. Auch fungierte die Gruppe sukzessive nicht nur als personelles, sondern überdies als ideologisches Stützsystem. In diesem Zusammenhang wurde auch deutlich, dass das neue gruppenassoziierte Identitätskonzept (Soziale Identität) nach und nach alle anderen Lebensbereiche überlagerte und zunehmend handlungsleitend wurde: Die persönliche Identität mit all ihren Problemlagen, etwa schulisch oder familiär, tritt dabei zunehmend in den Hintergrund; es geht nicht mehr darum, persönliche Probleme zu lösen, sondern gruppenassoziierte Angelegenheiten treten in den Vordergrund (etwa: sich um eine Mitfahrgelegenheit zu einer Demo zu kümmern, szeneeinterne Streitigkeiten oder Schwierigkeiten mit der Polizei).¹⁴

13 Gollwitzer, Peter M./Wicklund, Robert A.: The Pursuit of Self-Defining Goals, in: Kuhl, Julius/Beckmann, Jürgen (Hg.): Action control. From Cognition to Behaviour, Heidelberg 1985, S. 61–85, hier S. 62f.

14 Zur Bedeutung von *Identity Fusion* im Rahmen von Radikalisierungsprozessen vgl. auch das Loyalitätsmodell der Radikalisierung nach Walther, Eva/Isemann, Simon D.: The Loyalty Theory of Radicalization. An interdisciplinary and integrative perspective on a contemporary issue (im Erscheinen).

Erwartungsgemäß vollzog sich die Entwicklung vom Szeneeinstieg bis hin zum gewaltbereiten Extremisten in einem fließenden Prozess. Der Übergang von Extremismus zu Terrorismus hingegen geschah überraschenderweise ungeplant. Ein im Rahmen der Eigendynamik der delinquenten Karriere unvorhersehbares Ereignis war hierbei initial – beispielsweise die Auflösung der RAF oder die Erlangung von Sprengstoff im Rahmen eines gemeinsamen Ausflugs in ehemalige Kriegsgebiete.

Zum Ausstieg aus der Szene kam es in der Regel aus zwei Gründen: etwa, wenn die vertretene Ideologie plötzlich in sich unlogisch erschien (z.B. weil es plötzlich möglich war, die Anschläge politischer Gegner zu rechtfertigen) oder wenn es zu persönlichen Enttäuschungen durch Gruppen-/Szenemitglieder kam. Als Hürde beim Ausstieg oder der Distanzierung von der Szene kann die Tatsache gesehen werden, dass das politisch bzw. religiös motivierte Umfeld oft das einzige noch zur Verfügung stehende soziale Umfeld für die Befragungsteilnehmer darstellte und dieses im Laufe der Zeit meist auch als materielles Stützsystem (Erwerbstätigkeit, Wohngelegenheit) fungierte.

Besonderheiten linksorientierter Umfeldler¹⁵

Betrachten wir unsere Ergebnisse im Hinblick auf linksorientierte Umfeldler, so wird deutlich, dass diese einige Besonderheiten aufweisen: Zum einen führen die kaum überschaubare thematische Vielfalt sowie die organisatorische Zergliederung der Szene zu einer ausgeprägten Heterogenität der Szeneangehörigen; zum anderen weisen linksmotivierte Umfeldler ein in besonderem Maße offenes Konzept sozialer Mitgliedschaft auf. Interessierte können leicht ein- und aussteigen oder sich innerhalb der Szene neu verorten. Im Gegensatz zu rechtsextremen oder islamistischen Umfeldlern genügt es in linken Umfeldern oftmals, einfach wegzubleiben – denn sozialer Druck auf Ausstiegswillige ist dort eher unüblich.

Aus präventiver Sicht bringen die weitgehend selbstständigen Ausstiegsprozesse der Szeneangehörigen die Herausforderung mit sich, Jugendliche und junge Erwachsene darin zu bestärken, sich in Eigenregie für die Distanzierung zu

15 Die im Folgenden getroffenen Aussagen beziehen sich auf elf Interviews, was den explorativen Charakter sowie den nicht grundsätzlich generalisierbaren Aussagegehalt der Studie verdeutlicht. Weiterhin gilt zu berücksichtigen, dass es sich bei den Befragungsteilnehmern ausschließlich um männliche Personen handelte, was von besonderer Bedeutung mit Blick auf linksmotivierte Umfeldler ist, in denen der Anteil weiblicher Personen im Gegensatz zu rechtsextremistischen oder islamistischen Umfeldlern vergleichsweise hoch ist.

entscheiden und dies in einem nächsten Schritt auch zu realisieren. Konkret muss also gelingen, junge Menschen – ganz im Sinne des *Empowerment*-Gedankens – zu befähigen, linksmilitante bzw. -extremistische Denkmuster oder Verhaltensweisen selbstkritisch erkennen und bewerten zu können. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei auch dem Thema Gewaltprävention sowie ganz generell der Aufklärung und Sensibilisierung zu linksmilitanten oder -extremistischen Umfeldern zu. Denn sowohl Gewaltakzeptanz/-handeln als auch militante Einstellungsmuster stellen wichtige Weichenfunktionen mit Blick auf die Sozialisation in extremistische Umfeldler dar („Türöffnerfunktion“).

Dabei profitieren präventive Maßnahmen von der vergleichsweise großen Offenheit der Szene, da hierdurch alternative Umfeldler bzw. Angebote (im Sinne funktionaler Äquivalente) deutlich leichter eine präventive Wirkung entfalten können, als dies der Fall wäre, würden Ausstiege gezielt und mit Nachdruck verhindert. Die häufig attestierte Gesellschaftsfähigkeit¹⁶ linker Themen und Positionen sowie die sich daraus ergebenden unscharfen Ränder der Szene stellen im Hinblick auf die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie bei der Ansprache verschiedener Zielgruppen jedoch besondere Herausforderungen dar.

Sowohl im Rahmen der EbiP-Studie als auch in den Folgeprojekten wurde deutlich, dass pädagogisches Fachpersonal oft nicht ausreichend geschult ist, um Radikalisierungsprozesse zu erkennen und adäquat auf sie zu reagieren. Viel zu schnell würden altersphasentypische Konflikte gar nicht erst mit dem Betroffenen thematisiert, sondern direkt Hilfe bei Beratungsstellen oder Sicherheitsbehörden gesucht.¹⁷ Ursache hierfür ist die in der Alltagspraxis oft nur schwer mögliche Grenzziehung zwischen adoleszenztypischem ideologischen Experimentieren und tatsächlich drohender Radikalisierung. Eine enge und nachhaltige Begleitung altersphasentypischer Konflikte erscheint jedoch besonders wichtig, um nicht Gefahr zu laufen, Konflikte zwischen Gleichaltrigen durch Zuschreibungsprozesse von außen zu politisieren und damit Wege in extremistische Umfeldler zu öffnen.¹⁸

16 Vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Gefahr von links?, in: www.politische-bildung-brandenburg.de, August 2016, URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/gedahren-von-links> [eingesehen am 27.06.2019].

17 Vgl. Lützing, Saskia/Gruber, Florian: Extremismusprävention in Deutschland. Herausforderungen und Optimierungspotential, Wiesbaden 2017, S. 23.

18 Zum *Labeling-Approach* vgl. etwa Sack, Fritz: Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: Klinke, Daniela/Legnaro, Aldo (Hg.): Kriminologische Grundlagentexte, Wiesbaden 2016, S. 107–123, hier S. 107f.

Dies zeigte sich beispielsweise im Fall eines zum Zeitpunkt des Interviews adoleszenten Befragungsteilnehmers, der sich der Punk-Szene zugehörig fühlte und bereits wegen klassischer jugenddelinquenter Delikte (Diebstahl, Sachbeschädigung) zu Sozialstunden verurteilt worden war. Ausgehend von der medialen Debatte um die sogenannten Mohammed-Karikaturen, die 2006 von der dänischen Zeitung *Jyllands Posten* veröffentlicht worden waren, habe er sich inspiriert gefühlt, selbst eine derartige Zeichnung anzufertigen und anonym am Schwarzen Brett der Schule zu befestigen. Sein Ziel sei gewesen, muslimische Mitschüler zu verärgern, die ihn in der Vergangenheit „angepöbelt“ hätten. Außerdem sei er auf der Suche nach Anerkennung gewesen. Eine Lösung auf Individualebene hätte darin bestehen können, über die Konfrontation der Konfliktparteien, die gegenseitige Herstellung von Empathie und die Förderung demokratischer Werte gruppenbezogenen menschenfeindlichen Einstellungen vorzubeugen. Da der Befragte jedoch nie als Urheber seiner Zeichnung ausfindig gemacht werden konnte, entwickelte sich eine emotional höchst aufgeladene Situation an der Schule, die der damals etwa 15-Jährige unbegleitet und mit zunehmender Angst vor den Folgen erlebte. Auch im weiteren Verlauf experimentierte der Jugendliche immer wieder mit emotional aufgeladenen politischen Symbolen – beispielsweise, als er ein an seiner Schule zirkulierendes Handyvideo eines unbeliebten Fachlehrers mit einer Hitler-Rede unterlegte und auf YouTube stellte – „*ich [...] dachte mir, da kann man was Lustiges draus machen*“. Auch in diesem Fall wurde auf den eigentlichen Konflikt, nämlich den zwischen Lehrkraft und Schülerschaft, nicht reagiert, sondern es kam lediglich zu einer einwöchigen Suspension des Befragten mit dem Ergebnis, „*dass ich einen total miesen Ruf hatte*“. Letztlich kam es dann zum Schulwechsel. Auch andere Studienteilnehmer schildern anschaulich, wie das Experimentieren mit politisch aufgeladenen Symbolen Zuschreibungsprozesse nach sich zog, die schließlich zu Engagements in verschiedenen linksorientierten Gruppen führten.

Für den Einstieg in die linke Szene spielte in erster Linie das durch die jeweilige Gruppe vermittelte Lebensgefühl eine ausschlaggebende Rolle (etwa als Krawallmacher, Demogänger). Wenngleich aufgrund der geringen Fallanzahl nur mit Vorsicht zu genießen, deuten die Ergebnisse des EbiP-Projekts darauf hin, dass ideologischen Deutungsmustern im Rahmen linksorientierter Umfelder eine größere Bedeutung zukommt als bei den rechts- oder islamistisch orientierten, wo stärker auf personenbezogene Aspekte und Problemlagen abgehoben wird. Ferner ist interessant, dass häufig Elternteile oder Geschwister das Interesse für linksaffine/-militante Einstellungen weckten. Wir haben es hier also nicht mehr, wie beispielsweise noch bei den RAF-Protagonisten der ersten Ge-

neration, mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen zu tun, welche die eigene Elterngeneration mit einem politischen Gegenentwurf konfrontieren,¹⁹ sondern mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die sich im Familienkontext an vorhandenen linksaffinen Modellen und Einstellungen orientieren. Dies gilt es bei der Arbeit mit linksaffinen bzw. -militanten Jugendlichen zu berücksichtigen. Ähnliche Prozesse fanden sich auch bei den rechtsorientierten Befragungsteilnehmern, wurden von diesen jedoch nicht als bewusst eingesetzte Strategien (etwa zur gezielten Herstellung von Nähe zu einem Elternteil) beschrieben.

Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang die soziale Not, in der sich die Befragungsteilnehmer obendrein befanden, wird deutlich, dass es sich hierbei um einen besonderen Risikofaktor im Zusammenhang mit Einstiegsprozessen handelt, wenn zugleich politisch assoziiertes, experimentelles Verhalten sowie Gewalttoleranz oder die Befürwortung militanter Strukturen vorhanden sind. Wie hierauf zu reagieren ist bzw. welche funktionalen Äquivalente geschaffen werden müssen, um eine bestmöglich präventive Wirkung zu entfalten, kann jedoch nur am konkreten Einzelfall entschieden werden.

Linksextremismusprävention heute – Überblick und Ausblick

Werfen wir einen Blick auf die Präventionslandschaft zum Linksextremismus, so wird schnell deutlich, dass sich das Angebot zwischen 2015 und 2018 zwar mehr als vervierfacht hat (111 gegenüber vormals 25 Projekten); allerdings machen die Projekte der Linksextremismusprävention mit einem Anteil von lediglich sieben Prozent im Gesamtkontext präventiver Maßnahmen nach wie vor einen überaus geringen Anteil aus.²⁰ Ein Blick auf die Daten politisch motivierter Kriminalität in Deutschland zeigt hingegen, dass insbesondere im Rahmen der politisch motivierten Gewaltkriminalität linksmotivierte Straftaten in den vergangenen zehn Jahren die anderen Bereiche stets überragten.²¹ Auch Ausschreitungen wie

19 Vgl. Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Einleitung, Hamburg 2006, S. 45.

20 Die Angaben entspringen der Wiederholungserhebung zur Angebotslandschaft Extremismusprävention (2018), die unter dem Projekttitel „Extremismuspräventionsatlas“ (EPA) an der FTE durchgeführt und kürzlich abgeschlossen wurde.

21 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesweite Fallzahlen, in: www.bmi.bund.de, 14.05.2019, URL: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf> [eingesehen am 25.06.2019]; eine Ausnahme bildet das Jahr 2016, in dem links- und rechtsmotivierte Gewaltkriminalität prozentual nahezu gleichverteilt waren.

anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (2015), des G20-Gipfels in Hamburg (2017) oder ganz allgemein Konfrontationen mit dem politischen Gegner bzw. der Polizei verdeutlichen, welches gewaltsame Potenzial sich mitunter in der linken Szene entladen kann.²²

Des Weiteren zeigt sich, dass die Themen „Linke Militanz“ und „Linksextrémismus“ in den vergangenen Jahren zwar zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt sind, das linksaffine Personenpotenzial mit dem derzeit vorhandenen Präventionsangebot jedoch kaum erreicht wird.²³ Modellprojekte, wie etwa Frontaldiskurs,²⁴ die direkt mit linksaffinen Jugendlichen arbeiten, stellen nach wie vor die Ausnahme dar. Beim überwiegenden Anteil der Maßnahmen handelt es sich um Printmedien bzw. Fachvorträge für MultiplikatorInnen, die in erster Linie aufklären und sensibilisieren sollen. In aller Regel mangelt es jedoch an der Vermittlung konkreter Handlungshilfen.

Genau an solchen aufbereiteten Handlungshilfen besteht laut einer von der FTE im Jahr 2016 durchgeführten ExpertInnenbefragung jedoch Bedarf: Insbesondere Lehrkräfte tendieren mangels geeigneter Unterstützungsangebote oft viel zu schnell dazu, eine gezielte Auseinandersetzung mit SchülerInnen zu meiden und/oder sich direkt an Sicherheitsbehörden zu wenden und somit zur Förderung von *Labeling*-Prozessen beizutragen.²⁵ Deutlich wurde überdies, dass es

-
- 22 Vgl. Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE): Politisch motivierter Konfrontationsgewalt. Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsorientierten Akteuren in den Jahren 2011–2012/Auszüge aus dem Abschlussbericht, Wiesbaden 2016; Institut für Protest – und Bewegungsforschung/Zentrum Technik und Gesellschaft und Hamburger Institut für Sozialforschung: Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Protest in Hamburg 2017, in: www.g20.protestinstitut.eu, 2018, URL: https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Eskalation_Hamburg2017.pdf [eingesehen am 29.06.2019].
- 23 Vgl. Lützinger, Saskia/Gruber, Florian/Hedayat, Ali: Extremismuspräventionslandschaft – eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählter Präventionsstrategien aus dem europäischen Ausland, in: Bundeskriminalamt (Hg.): Handbuch Extremismusprävention – Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Wiesbaden 2019 (im Erscheinen).
- 24 Ziel dieses Projekts, das vom Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wird, ist es, über künstlerische und kulturelle Wege Zugang zu den Lebenswelten linksaffiner Jugendlichen zu gewinnen und hierüber alternative Handlungs- und Protestformen zu vermitteln; vgl. minor-ProjektKontor für Bildung und Forschung: FrontalDiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Abschlussbericht 2017, in: www.minor-kontor.de, o.D., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2017.pdf [eingesehen am 27.06.2019].
- 25 Vgl. Lützinger/Gruber, 2017, S. 14.

zum Teil auch Erwachsenen schwerfiel, linksmilitante oder extremistische Tendenzen zu erkennen.²⁶ Angebote der Prävention sollten sich dementsprechend nicht ausschließlich an junge Menschen richten, sondern sich auch am Bedarf der Fachkräfte im Jugend-, Sozial- und Bildungsbereich orientieren.

Allgemeiner Konsens ist, dass politische Bildung so früh wie möglich beginnen sollte, um die bestmögliche Wirkung zu entfalten. Bildungseinrichtungen erscheinen hierfür grundsätzlich als geeigneter Ort, da sich dort (nahezu) alle Jugendlichen bzw. Heranwachsenden erreichen lassen. In der Alltagspraxis ermangelt es den Schulen jedoch häufig an sozialpädagogischem Personal und obendrein erschwert die Verdichtung von Lehrplänen den Lehrkräften die Wahrnehmung erzieherischer Aufgaben.²⁷ Zusätzlich problematisch erscheint, dass sich Prävention häufig mit der Herausforderung konfrontiert sieht, dass pädagogische Institutionen oftmals kein Erfordernis zur Implementierung linkspräventiver Maßnahmen sehen. Neben Aufklärung und Sensibilisierung bedarf es daher auch Strategien, um die Akzeptanz entsprechender Angebote zu erhöhen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die zunehmende Beschäftigung mit der Thematik „Linke Militanz“ bzw. „Linksextremismus“ als positiv zu bewerten ist. Allerdings ermangelt es diesem Themenfeld noch an Modellprojekten und praxistauglichen Handlungshilfen. Daher kommt den wenigen vorhandenen Initiativen eine wichtige Vorreiterfunktion zu. Auch mit Blick auf die Forschung ist positiv hervorzuheben, dass die Themen „Linksextremismus“ und „Linke Militanz“ wieder verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken,²⁸ nach wie vor gilt die Forschungslage jedoch als defizitär.²⁹ Weitere Erkenntnisse könnten Studien zutage fördern, die sich gezielt mit der Bedeutung linksmilitanter Einstellungsmuster für Einstiegsprozesse sowie ganz allgemein mit Prozessen der Distanzierung von der Szene beschäftigen.

26 Siehe ebd., S. 21.

27 Vgl. hierzu auch ebd., S. 13 f. u. S. 23 f.

28 Beispielsweise im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“ oder des Forschungsprojekts „Mapping #NoG20“, das am Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) durchgeführt wird.

29 Vgl. auch Deutscher Präventionstag: „Dresdner Erklärung“ des 23. Deutschen Präventionstages, in: www.praeventionstag.de, Juni 2018, URL: <http://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2685&datei=Dresdner-Erklaerung-2685.pdf> [eingesehen am 25.06.2019].

Wechselbeziehungen zwischen linkem Protest, Polizei und linker Militanz

Die Polizei wird bei Demonstrationen zur häufig unausweichlichen, zuweilen auch gesuchten Konfliktpartnerin gewaltaffiner „linker“ Gruppierungen. Welche Erkenntnisse und Erfahrungen gibt es zu den Eskalations- und Deeskalationsbedingungen solcher Konstellationen und wie können sie, aus polizeilicher Perspektive, für den Umgang mit dieser ständig wiederkehrenden Ausgangslage nutzbar gemacht werden?

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die Wechselbeziehungen zwischen linkem Protest,¹ dem darauf bezogenen Handeln der Polizei und der dabei punktuell immer wieder auftauchenden linken Militanz² zu beobachten. Manche Konfliktsituationen scheinen sich seit Jahrzehnten nahezu rituell bzw. reflexartig zu wiederholen. Erfahrungen zu teilweise lang zurückliegenden Schlüsselereignissen beeinflussen auch heute noch Einstellungen und Haltungen der unterschiedlichen Akteure. Der (kurze) Blick in die bundesdeutsche Protestgeschichte ermöglicht darüber hinaus, die heutigen Konflikte hinsichtlich Art und Ausmaß besser einzuordnen. Letztlich finden sich in der Vergangenheit zahlreiche Beispiele für eskalierende und deeskalierende Verläufe linker Protestveranstaltungen, die auch für aktuelle Problemlagen nutzbar gemacht werden können.

Dieser Beitrag beleuchtet daher zunächst schlaglichtartig wesentliche Ereignisse und Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, um dann auf der Basis dieser Erkenntnisse Orientierungspunkte für eine polizeiliche Deeskalationsstrategie zu skizzieren.

-
- 1 Als „links“ wird in diesem Beitrag eine politische Ausrichtung bzw. Selbstbeschreibung verstanden, die sich insbesondere an Werten der sozialen Gleichberechtigung und der internationalen Solidarität orientiert.
 - 2 Als „Militanz“ wird in diesem Beitrag eine physische Gewaltbereitschaft gegenüber Meinungsgegnern, Protestadressaten und staatlichen Organen verstanden.

Der Umgang mit „linkem“ Protest in der „Restaurationsphase“³ der Polizei (1949 bis Mitte der 1960er Jahre)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ließen die Besatzungsmächte zunächst kaum politische Versammlungen zu. Polizeiliche Ausbilder und Einsatzleiter knüpften nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland an ihre Einsatzerfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik an. Hunderte Polizisten hatten bei den damals mit äußerster Militanz geführten „Straßenkämpfen“ gegen rechte und linke Gruppierungen ihr Leben verloren.⁴

„Akute Massen“ nahm man in den Anfangsjahren der Bundesrepublik nach wie vor generell als potenziell gefährlich und (staats-)feindlich wahr. In Übereinstimmung mit der damaligen Mehrheitsmeinung in Politik und Gesellschaft befürchtete man während der Hochphase des Kalten Krieges kommunistisch gesteuerte Unruhen.⁵ Demonstrationen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) wurden flächendeckend verboten.⁶ Bei Verstößen gegen Versammlungsverbote schritt die Polizei, im Auftrag der damaligen Regierungsparteien in Bund und Ländern, rigoros ein.

In Essen setzte die Polizei am 11. Mai 1952 im Zuge der Auflösung einer verbotenen FDJ-Demonstration (bei der laut Angaben der Polizei Steine gegen die Beamten geworfen worden waren) sogar Schusswaffen ein, tötete einen Demonstranten und verletzte zwei weitere schwer.⁷

Auch Anfang der 1960er Jahre setzte die Polizei beim Umgang mit politischem Protest zunächst weiter auf „intensive Überwachung“ und „entschlossene Härte“.⁸ Der restriktive Umgang mit den (unpolitischen) „Schwabinger Krawal-

3 Vgl. dazu generell Werkentin, Falco: Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt/M. 1984.

4 Vgl. dazu generell Leßmann-Faust, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Frankfurt 2012.

5 Vgl. Weinhauer, Klaus: Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003, S. 173.

6 Vgl. Kutscha, Martin: Der Kampf um ein Bürgerrecht. Demonstrationsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart, in: Kutscha, Martin (Hg.): Demonstrationsfreiheit. Kampf um ein Bürgerrecht, Köln 1986, S. 13–70, hier S. 18 f.

7 Siehe Kenkmann, Alfons: Philipp Müller. Vom Friedensdemonstranten West zum Widerstandshelden Ost, in: Geschichte im Westen (GiW), Jg. 33 (2018), S. 91–115.

8 Weinhauer, Klaus: Staatsgewalt, Massen, Männlichkeit: Polizeieinsätze gegen Jugend- und Studentenproteste in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, in: Lüdtke, Alf/Reinke, Herbert/Sturm, Michael (Hg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2011, S. 301–323, hier S. 304.

len“⁹ im Sommer 1962 leitete dann aber sukzessive eine Flexibilisierung der bis dahin sehr starren polizeilichen Einsatzformen ein. Als erste bundesdeutsche Polizeibehörde stellte die Münchener Polizei einen Psychologen ein, der u. a. für präventive, auf Kommunikation angelegte Konzepte an Brennpunkten des jeweiligen Protestgeschehens plädierte. Die dialogorientierte „Münchner Linie“¹⁰ kann als erste Deeskalationsstrategie der deutschen Polizei beim Umgang mit Gruppenkonflikten im öffentlichen Raum angesehen werden. Kritische Polizeiforscher konstatierten den Modellcharakter dieser Strategie als „innoviertes System von Strukturen, Verfahren und Ideologien institutionalisierter Prävention“¹¹.

Die „1968er Jahre“: „Studentenbewegung“ und Amnestiegesetz

Die facettenreichen Aktionsformen¹² der „Studentenbewegung“ stellten ab Mitte der 1960er Jahre die Polizei bundesweit vor neue Phänomene und Herausforderungen. Im Einklang mit der herrschenden Meinung in der Rechtsprechung¹³ subsumierte die Polizei damals Aktionen des „zivilen Ungehorsams“¹⁴ überwiegend pauschal unter den Gewaltbegriff des strafrechtlichen Nötigungstatbestands und sah sie damit als „unfriedlich“ im Sinne der Gewährleistungsschranken der in Art. 8 Abs. 1 Grundgesetz (GG) konstituierten Versammlungsfreiheit an. Die Folge war ein häufig undifferenziertes polizeiliches Vorgehen gegen Sitzblockaden und ähnliche Aktionen unter Einsatz von Gummiknüppeln, Wasserwerfern und Pferden.¹⁵

-
- 9 Vgl. dazu insgesamt Fürmetz, Gerhard (Hg.): „Schwabinger Krawalle“. Protest, Polizei und Öffentlichkeit zu Beginn der 60er Jahre, Essen 2006.
 - 10 Vgl. Schreiber, Manfred: Die „Schwabinger Krawalle“, in: Die Polizei, Jg. 56 (1965), H. 2, S. 33–37, hier S. 37.
 - 11 Goerschel, Albrecht/Schmidbauer, Gertraud: Polizeipsychologie als Instrument der Modernisierung polizeilichen Handelns, in: Feest, Johannes/Lautmann, Rüdiger (Hg.): Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsberichte, Opladen 1971, S. 164–176, hier S. 168.
 - 12 Vgl. Thomas, Richard: Polizei und Demonstrationen, in: Die polizeiliche Lage (Beilage zur Zeitschrift *Die Polizei*), H. 60 (1969), S. 97–103, hier S. 101 f.
 - 13 Lange Zeit richtungsweisend war das „Laeppe-Urteil“ des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1969 (BGHSt 23, S. 46 ff.).
 - 14 Zur Diskussion des Begriffs und zu den davon abzuleitenden (rechtlichen) Konsequenzen vgl. den Sammelband von Glotz, Peter (Hg.): Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt/M. 1983.
 - 15 Vgl. Hannover, Heinrich: Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht, in: Kritische Justiz, Jg. 1 (1968), S. 51.

Der Staatsbesuch des „Schahs von Persien“ und die Eskalation am 2. Juni 1967 mit den tödlichen Schüssen eines Polizisten auf den Demonstranten Benno Ohnesorg in Westberlin wurden zu Schlüsselereignissen für die Ausweitung linken Protests im Allgemeinen und für das Verhältnis linker Demonstranten und der Polizei im Besonderen. Einerseits erhielt die Studentenbewegung durch den Eklat enormen Zuwachs, andererseits gerieten die Ereignisse zum Ausgangspunkt einer zunehmenden Radikalisierung und erhöhten Gewaltbereitschaft innerhalb der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO).¹⁶ Letztlich wurde der Symboltag auch zum Label für die linksterroristische Vereinigung „Bewegung 2. Juni“.

Knapp ein Jahr später wurde am Gründonnerstag des Jahres 1968 Rudi Dutschke, Sprecher des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), von einem dem rechtsradikalen Milieu nahestehenden Mann in Westberlin auf offener Straße durch drei Schüsse lebensgefährlich verletzt. Die Proteste anlässlich des Mordanschlages griffen in den nächsten Tagen von Westberlin auf das gesamte Bundesgebiet über. In 26 Städten ereigneten sich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei. Im Rahmen der Tumulte kamen in München ein Pressefotograf und ein Student durch Wurfgeschosse ums Leben.¹⁷ Bis heute stellen die „Osterunruhen“ des Jahres 1968 die bundesweit größte konzertierte linke Protestkampagne mit militanten Verläufen dar.

Wenige Wochen nach den „Osterunruhen“ erwartete man anlässlich des „Sternmarsches auf Bonn“ neue gewalttätige Auseinandersetzungen. Mehrere zehntausend Menschen kamen am 11. Mai 1968 aus allen Teilen der Bundesrepublik in die damalige Bundeshauptstadt, um gegen die unmittelbar bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze zu demonstrieren. Der polizeiliche Einsatzleiter entwarf, trotz des aufgeheizten innenpolitischen Klimas und gegen den Rat anderer polizeilicher Führungskräfte, ein Deeskalationskonzept, dessen Grundstruktur bereits den Vorgaben des späteren Brokdorf-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem Jahr 1985 entsprach. Er lud die Veranstalter der geplanten Demonstration zu Kooperationsgesprächen ein, vermittelte ihnen die Bereitstellung der im Eigentum der Bonner Universität stehenden Hofgartenwiese als größte innenstädtische Freifläche für die Abschluss-

16 Vgl. Stallmann, Martin: Krise und Protest. Signaturen eines westdeutschen Jahres, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 67 (2017), H. 5–7, S. 9–14, hier S. 14.

17 Vgl. Überblick bei Kraushaar, Wolfgang: Die 68er-Bewegung. International, Bd. 3, Stuttgart 2018, S. 143–163.

kundgebung und stimmte sich mit ihnen über die weiteren Rahmenbedingungen ab. Am Veranstaltungstag trat die Polizei überwiegend als Verkehrspolizei (mit weißen Mützen statt Helmen) auf und verzichtete auf die sichtbare Präsenz der rund 4.000 bereitstehenden Einsatzkräfte im unmittelbaren räumlichen Umfeld der Demonstration. Den ankommenden Teilnehmern wurden Handzettel mit einem Willkommensgruß überreicht. Darüber hinaus hatte sich die Polizei auch an die Bonner Bevölkerung gewandt und für einen toleranten Umgang mit der Großdemonstration geworben. Die Gesamtveranstaltung verlief dann weitestgehend störungsfrei.¹⁸

Die Aufmerksamkeit für den friedlichen Verlauf des „Sternmarsches auf Bonn“ wurde jedoch bereits ein halbes Jahr später von der „Schlacht am Tegeler Weg“¹⁹ in Westberlin überlagert, bei der die Polizei erstmals in massiver Form unmittelbar mit offensichtlich zuvor gezielt geplanten Gewalttätigkeiten aus einer Demonstration heraus konfrontiert wurde. Denn bei einem „Teach-in“ in der Freien Universität hatte man sich auf Militanz eingeschworen: In einem Lehrfilm war u. a. gezeigt worden, wie man am besten einen Polizei-Tschako²⁰ abreißt.²¹

Die an die Demonstration anschließende Diskussion über die „Gewaltfrage“ entwickelte sich zu einem Spaltungselement der Studentenbewegung.²² Während im SDS einige Sprecher den aktiven Gewaltgebrauch und den „Sieg“ im „Straßenkampf“ feierten (rund 120 verletzten Polizeibeamten standen zwanzig verletzte Studenten gegenüber) und politisch zu legitimieren versuchten, kritisierte der Sozialdemokratische Studentenbund (SHB) die Verselbstständigung der Militanz.²³

Der Umgang mit Demonstrationen wurde Ende der 1960er Jahre zum meistdiskutierten Thema in polizeilichen Fortbildungsseminaren und Fachzeitschriften. Hamburgs Innensenator Heinz Ruhnau postulierte das „Prinzip der flexiblen Reaktion“, wonach es manchmal besser sei, kleine Störungen hinzuneh-

18 Vgl. Hunold, Tonis: *Polizei in der Reform*, Düsseldorf/Wien 1968, S. 187–193.

19 Vgl. Stricker, Michael: *Die Schlacht am Tegeler Weg*, Dokumentation des Polizeieinsatzes anlässlich einer Demonstration zu dem Ehrengerichtsverfahren gegen den Rechtsanwalt Horst Mahler vor dem Landgericht Berlin am 4. November 1968, Frankfurt 2012.

20 Damalige lederne Kopfbedeckung für Polizeibeamte im Einsatz.

21 Vgl. Hartung, Klaus: *Der Tag, an dem die Bewegung siegte*, in: *Tagesspiegel*, 04.11.2008.

22 Vgl. Frei, Norbert: 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, 2. Aufl., München 2008, S. 149 f.

23 Vgl. Lindner, Werner: *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*, Opladen 1996, S. 223 f.

men, um dadurch größere zu vermeiden. Jede unnütze Frontenbildung zwischen Polizei und Demonstranten müsse vermieden werden. Dies bedeute eine weitgehende Zurückhaltung und das Prinzip, die Polizei möglichst wenig sichtbar in Erscheinung treten zu lassen.²⁴

Darüber hinaus wurde auch die seit den Zeiten der Weimarer Republik nicht mehr hinterfragte Einschätzung von Menschenmengen als gewaltbereite, „akute Massen“ sukzessive modifiziert. Nach dem überkommenen Bild zeichneten sich aggressive Menschenmassen durch eine Art Kollektividentität aus, die von „Rädelsführern“ beliebig lenk- und formbar sei. Bei Isolierung dieser Rädelsführer würde sich die dann willen- und führerlose Menschenansammlung der geballt auftretenden Staatsmacht unterwerfen.

Rolf Umbach, der erste Polizeipsychologe der Münchener Polizei, stellte in seinen Veröffentlichungen Mitte der 1960er Jahre dieses Bild der homogenen Masse infrage und skizzierte die Drei-Kreise-These, der zufolge Aggressionen aus einer Menschenmenge in aller Regel von einer Minderheit herrührten und die Menschenmenge darüber hinaus zumeist aus einer größeren Gruppe von potenziellen Sympathisanten und einer noch größeren Gruppe von Neugierigen bestehe.²⁵ Eine entsprechend differenzierte Sicht auf die Heterogenität von Demonstrantengruppen setzte sich allmählich auch bundesweit durch – wobei die weitere Entwicklung in der polizeilichen Praxis aber keineswegs einheitlich verlief.

Die entscheidende und nachhaltige Zäsur im polizeilichen Rollen- sowie Aufgabenverständnis entstand Ende der 1960er Jahre jedoch nicht durch polizeiinterne Reflexionsprozesse, sondern infolge einer Grundgesetzänderung. Ausgerechnet die damals politisch hoch umstrittenen Notstandsgesetze bereiteten den Weg für tiefgreifende Reformen der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Mit dem Ende Mai 1968 in das GG eingefügten Art. 87a Abs. 4 erhielt die Bundeswehr eine subsidiäre Zuständigkeit in Krisensituationen des „Inneren Notstands“ (Art. 91 Abs. 2 GG) zur „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“. Darüber hinaus durfte nun auch der Bundesgrenzschutz bei entsprechenden Lagen eingesetzt werden. Mit dieser Verfassungsänderung konnten die Länderpolizeien daher ihre Fokussierung auf Bürgerkriegs-

24 Vgl. Ruhnau, Heinz: Zum Einsatzverhalten bei politischen Demonstrationen, in: Die polizeiliche Lage (Beilage zur Zeitschrift *Die Polizei*), 1969, S. 89–90, hier S. 89.

25 Vgl. Umbach, Rolf: Das Bild von der akuten Masse, in: *Die Polizei*, Jg. 56 (1965), H. 4, S. 110–112, hier S. 111.

szenarien aufgeben, ihre militärischen Waffen abschaffen und ihre Ausbildungsziele verstärkt auf die Alltagsarbeit der Polizei lenken.

Das sogenannte Demonstrationsstrafrecht wurde 1970 mit dem dritten Strafrechtsreformgesetz²⁶ entkriminalisiert. Im Zuge dieser Reform entfielen zahlreiche Anlässe für Konfrontationen zwischen Demonstranten und der dem Legalitätsprinzip (vgl. § 163 Strafprozessordnung (StPO)) verpflichteten Polizei. Durch das parallel verabschiedete Straffreiheitsgesetz²⁷ wurden Verurteilte wegen Demonstrationsdelikten aus den Jahren 1965–69 unter Straffreiheit gestellt, soweit sie eine Freiheitsstrafe unter neun Monaten erhalten hatten; rund 6.000 Personen profitierten von dieser Amnestie.²⁸

Die 1970er Jahre: Terrorismus und Großdemonstrationen

Die Strafrechtsreform von 1970 unterstützte und beschleunigte das Umdenken beim *Protest Policing*.²⁹ Ausbildungs- und Strukturreformen sowie der beginnende Dialog mit der Sozialwissenschaft bewirkten die Tendenz zur größeren gesellschaftlichen Öffnung der Polizei. Dieser Prozess wurde jedoch durch den Anfang der 1970er Jahre aufkommenden Linksterrorismus zum Teil wieder zurückgeworfen.³⁰

Ulrike Meinhof hatte als Mitbegründerin der linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) Einstellung und Haltung zur Polizei auf den Punkt gebracht:

„wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden [...] und [...] natürlich kann geschossen werden.“³¹

26 Vgl. BGBl. I 1970, S. 505 ff.

27 Vgl. ebd., S. 509 ff.

28 Vgl. Busch, Heiner: Per Gesetz gegen ein Grundrecht. Eine kurze Geschichte des Demonstrationsrechts, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP, H. 2/2002, S. 12–17, hier S. 14f.

29 Der Begriff wird seit Längerem insbesondere in den Sozialwissenschaften für den polizeilichen Umgang mit Protesten verwendet; vgl. etwa Winter, Martin: Protest Policing und das Problem der Gewalt, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 4 (1998), S. 68–81.

30 Für einen generellen Überblick vgl. Behrendes, Udo: Wesentliche Entwicklungsschritte der Länderpolizeien der Bundesrepublik Deutschland, in: Polizei & Wissenschaft, Jg. 3 (2013), S. 5–17.

31 Zitiert nach o. V.: „Natürlich kann geschossen werden“, in: Der Spiegel, 15.06.1970.

Das Bild eines omnipräsent gewordenen Terrorismus³² färbte auch auf das generelle Klima der Polizei-Bürger-Interaktionen ab – ob in Alltagssituationen oder bei Demonstrationseinsätzen.³³ In der Polizei entstand ein distanzierter und misstrauischer Habitus insbesondere gegenüber Menschen aus dem linken Studentenmilieu, die man überwiegend als polizeikritisch und -feindlich wahrnahm. Verortet man das Berufsbild der Polizei an der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen staatlichem Gewaltmonopol und gesellschaftlichen Pluralismus,³⁴ so hat sich die Polizei im Zuge des Linksterrorismus der 1970er Jahren wieder stärker in Richtung Staatspolizei (zurück-)entwickelt.³⁵

Bei Protesten gegen den Bau von Kernkraftwerken sowie entsprechenden Wiederaufbereitungsanlagen und Lagerstätten³⁶ wurden die ländlichen bzw. kleinstädtischen Gebiete von Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Gorleben zu Synonymen für zum Teil wiederkehrende Großdemonstrationen, bei denen es auch häufig zu linker Militanz kam, z.B. anlässlich von Gelände- und Betriebsbesetzungen.³⁷ Manche dieser Auseinandersetzungen gingen als „Schlachten“ in das Gedächtnis beider Seiten ein.³⁸

Die Polizei war bei diesen Großdemonstrationen häufig mit der Problematik konfrontiert, dass gewalttätige (Klein-)Gruppen bei ihren Aktionen das „Schutzschild der friedlichen Menge“³⁹ geschickt für sich auszunutzen verstan-

-
- 32 Vgl. Busch, Heiner et al.: Die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York 1985, S. 229 ff.
- 33 Vgl. Winter, Martin: Polizeiphilosophie und Protest policing in der Bundesrepublik Deutschland – von 1960 bis zur staatlichen Einheit 1990, in: Lange, Hans-Jürgen (Hg.): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland, Opladen 2000, S. 203 – 220, hier S. 213.
- 34 Vgl. Beese, Dieter: Polizeiarbeit heute. Berufsethische Notizen, Bochum 1997, S. 63.
- 35 Vgl. auch Dams, Carsten: Die Polizei in Deutschland 1945–1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 58 (2008), H. 48, S. 9–14, hier S. 13.
- 36 Vgl. den chronologischen Kurzüberblick über das entsprechende Protestgeschehen von 1975 bis 1999 bei Beinbauer, Markus: Der Protest gegen die Atomenergie. Eckdaten zur Historie einer quicklebendigen sozialen Bewegung, in: Oelschläger, Thomas/Enning, Kerstin/Drücke, Bernd (Hg.): Ahaus. Das Buch zum Castor, Langenau 1999, S. 83–87.
- 37 Vgl. Busch et al., 1985, S. 328–342.
- 38 Vgl. exemplarisch Holecek, Rüdiger: Die „Schlacht um Grohnde“ hatte viele Verlierer, in: Deutsche Polizei, Jg. 66 (2017), H. 9, S. 4–11; dazu auch Stricker, Michael: Grohnde. Dokumentation der Polizeieinsätze anlässlich der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde am 19.03.1977 und der Räumung des besetzten Kühlturmgeländes am 23.08.1977, Frankfurt 2014.
- 39 Vgl. Stümper, Alfred et al.: Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt aus der Sicht der Polizeipraxis. Gutachten der Unterkommission V, in: Schwind, Dieter et al. (Hg.): Ursach-

den. Ihre Zielrichtung bestand oft darin, dass sich zunächst Unbeteiligte durch einen als undifferenziert oder unverhältnismäßig wahrgenommenen Polizeieinsatz mit ihnen solidarisierten und die Auseinandersetzungen anschließend eskalierten.⁴⁰ Agierten etwa Steinwerfer aus den hinteren Reihen einer Demonstration und versuchten Polizisten dann, sich einen Weg durch die friedliche Menge zu bahnen, um der Straftäter habhaft zu werden, kam es nicht selten zu Auseinandersetzungen mit zunächst friedlichen oder „indifferenten“ Demonstranten, denen häufig der Anlass für die polizeiliche Aktion gar nicht bekannt war und die dann das polizeiliche Vorgehen, auch mangels konstruktiver Kommunikation, als gegen sich gerichtet empfanden. Bis heute stellen solche Konstellationen besondere Herausforderungen für die Polizei dar.

Die 1980er Jahre: Zunahme der Militanz, Entscheidungen des BVerfG und sozialwissenschaftliche Studien

Sowohl im Rahmen des „Häuserkampfes“ als auch bei anderen Protestformen wurde die Polizei seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend mit geplanter und gezielter Gewalt politisch linksorientierter „Autonomer“ konfrontiert,⁴¹ die bei manchen Demonstrationen mit gleichartiger dunkler Kleidung, zum Teil mit Sturmhauben ver mummt und mit Schutzhelmen ausgerüstet waren.⁴²

Auch wenn man keinesfalls ein Pauschalurteil über die Militanz aller autonomen Gruppen fällen darf, so hat doch bis heute für viele von ihnen die generelle Gewaltbereitschaft eine identitätsstiftende Funktion. Man sieht sich mit Gleichgesinnten pauschal zur „Gegengewalt“ gegen das „System“ und seine „strukturelle Gewalt“ legitimiert. Insoweit stellen Polizisten für solche Gruppen

chen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. 2, Erstgutachten der Unterkommissionen, Berlin 1990, S. 652–653.

40 Vgl. Otto, Harro/Krey, Volker/Kühl, Kristian: Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt aus der Sicht der Strafrechtswissenschaft. Gutachten der Unterkommission VII, in: Schwind, Dieter et al. (Hg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. 2, Erstgutachten der Unterkommissionen, Berlin 1990, S. 903–904.

41 Zum Begriff und zur Selbstbezeichnung „Autonome“ vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 48 (1998), H. 9–10, S. 36–46.

42 Vgl. Ritter, Markus: Geschlossene Einheiten der deutschen Polizei im Spiegel der Geschichte (Teil 4: 1968–1990), in: Polizei-heute, H. 3/2010, S. 102–108, hier S. 105

oft bereits unabhängig von konkreten Konfliktsituationen ein Feindbild⁴³ dar, da sie das Gewaltmonopol des Staates repräsentieren, dessen Existenz man als „Herrschaftsinstrument“ und „Repressionsapparat“ generell ablehnt und bekämpft.⁴⁴ Dennoch müssen sich auch solche Gruppierungen für konkrete Gewalthandlungen im Rahmen von Demonstrationen grundsätzlich innerhalb ihrer eigenen Szene und auch gegenüber den jeweiligen Aktionsbündnissen⁴⁵ mit anderen Protestgruppen erklären bzw. rechtfertigen. Oft geschieht dies dann jeweils durch die Behauptung, von der Polizei angegriffen oder zumindest provoziert worden zu sein. So wird etwa das polizeiliche Einschreiten gegen die (bloße) Vermummung von gewaltaffinen Gruppierungen als (gewünschter) „Angriff“ in einer (noch) friedlichen Phase angesehen und dann als Legitimation für die eigene „Verteidigung“ genutzt.⁴⁶ Hier kann der Polizei gelingen, eine Eskalation im Einzelfall zu vermeiden, indem man die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass Provokationen oder Angriffe selbst aus der Perspektive autonomer Gruppen nicht begründbar sind.

Generell gilt, dass die vom Schwarzen Block habituell zur Schau gestellte Militanz in der konkreten Situation nicht immer mit einer unausweichlichen Gewaltanwendung einhergehen muss.⁴⁷ Auf der Grundlage der überwiegenden Meinung in Rechtsprechung und Fachliteratur⁴⁸ gibt es insoweit für die Polizei durchaus Möglichkeiten, im Sinne der eigentlichen Zielrichtung der Vorschrift, nämlich Gewalttätigkeiten zu vermeiden, flexibel mit dem gesetzlichen Instrumentarium umzugehen.⁴⁹ Dem Gesetzgeber ging es bei dem Vermummungsverbot ja nicht darum, eine Kleiderordnung für Versammlungen vorzuschreiben, sondern um eine bessere Handhabe gegen Militante, die sich im Zuge strafba-

43 Vgl. Thieme, Tom: „Wir wollen keine Bullenschweine.“ Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 69 (2019), H. 21–23, S. 43–48.

44 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, *Verfassungsschutzbericht 2018*, S. 126 ff.

45 Vgl. dazu Schirmer, André: *Militante Autonome. Zu Selbstverständnis und Organisationsformen linksextremer Tätergemeinschaften*, in: *Kriminalistik*, Jg. 54 (2001), H. 6, S. 408–412, hier S. 410 f.

46 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018, S. 124.

47 Schuhmacher, Nils: „Küsst die Faschisten“. *Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 67 (2017), H. 42–43, S. 35–41, hier S. 40.

48 Vgl. Überblick bei Güven, Baba Nurettin: *Zur Reichweite des Vermummungsverbots*, in: *NStZ*, Jg. 42 (2012), H. 8, S. 425–429.

49 Ausführlicher vgl. dazu Behrendes, Udo: *Demonstrationen und Polizei – Bausteine einer Vertrauenskultur*, in: *Vorgänge*, Jg. 213 (2016), H. 1, S. 61–76, hier S. 62 f.

rer Aktionen vor der Identifizierung durch die Polizei schützen wollen. Die Versammlungs(freiheits)gesetze der Bundesländer Schleswig-Holstein⁵⁰ und Niedersachsen tragen diesem Gedanken im Übrigen Rechnung, indem dort das Vermummungsverbot erst bei einer konkretisierenden polizeilichen Weisung, entsprechende Utensilien abzulegen, wirksam wird⁵¹ – um zu vermeiden, dass die zur Gewaltreduzierung aufgestellte Vorschrift ihrerseits zur „Gewaltfalle“ für die Polizei wird.

In seiner bis heute richtungsweisenden Entscheidung⁵² urteilt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem „Brokdorf-Beschluss“ 1985 u.a. die Pflichten von Veranstaltern und der Polizei – namentlich bei Großdemonstrationen mit heterogenen Veranstalter- und Teilnehmerkreisen. An die Adresse der Polizei erging das *Differenzierungsgebot* im Hinblick auf das Einschreiten gegen gewaltbereite Teilgruppen innerhalb einer überwiegend friedlichen Demonstration. Darüber hinaus empfahl das BVerfG, dass „sich die Staatsmacht – gegebenenfalls unter Bildung polizeifreier Räume – besonnen zurückhält und übermäßige Reaktionen vermeidet“. Generell stellte das Gericht die „Forderung an die staatlichen Behörden, nach dem Vorbild friedlich verlaufener Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben“⁵³. Das BVerfG plädierte dafür,

„daß insbesondere eine rechtzeitige Kontaktaufnahme erfolgt, bei der beide Seiten sich kennenlernen, Informationen austauschen und möglicherweise zu einer vertrauensvollen Kooperation finden, welche die Bewältigung auch unvorhergesehener Konfliktsituationen erleichtert“⁵⁴.

In den „vertrauensbildenden Maßnahmen“ zwischen Versammlungsbehörde, Polizei und Veranstalterebene sah es den entscheidenden Schlüssel für eine friedliche Protestkultur (*Kooperationsprinzip*).

50 Vgl. ausführlich Brenneisen, Hartmut/Martins, Michael: Neue Perspektive: Die Regelungen des VersFG SH zum Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot, in: Die Polizei, Jg. 107 (2016), H. 9, S. 258–263.

51 Vgl. den Überblick bei Brenneisen, Hartmut: Zwischenbilanz: Das Versammlungsrecht im Lichte der Föderalismusreform, in: Die Polizei, Jg. 108 (2017), H. 8, S. 221–227, hier S. 227.

52 Vgl. BVerfGE 69, 315.

53 Ebd., 84.

54 Ebd., 83.

Die verbindliche Umsetzung dieser Vorgaben des BVerfG in das polizeiliche Vorschriftenwesen ist jedoch bis heute, mehr als dreißig Jahre nach dieser Entscheidung, nach wie vor bloß rudimentär erfolgt. So klingt die allgemein gehaltene Formulierung in der bundesweit gültigen Polizeidienstvorschrift 100 (PDV 100) über „Führung und Einsatz der Polizei“ eher distanziert: „Die Polizei ist gehalten, versammlungsfreundlich zu verfahren.“⁵⁵

Eine ähnliche richtungsweisende Funktion für den polizeilichen Umgang mit dem Demonstrationsgeschehen wie der Brokdorf-Beschluss hatte auch das „Mutlangen-Urteil“⁵⁶ des BVerfG, das sich mit der (verfassungs-)rechtlichen Einordnung von Protestformen des „zivilen Ungehorsams“ beschäftigte. Im inhaltlichen Kern ging es bei der Entscheidung um die Frage, ob eine Sitzdemonstration als Gewalt im Sinne des Straftatbestandes der Nötigung (§ 240 StGB) einzustufen und damit gleichzeitig als unfriedliche Demonstrationsform im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 GG anzusehen war – mit der Konsequenz, dass diese klassische Form des zivilen Ungehorsams dann außerhalb der verfassungsrechtlichen Gewährleistungsschranken der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit anzusiedeln wäre. Dazu stellte das Gericht fest, dass rein passive Sitzdemonstrationen nicht als unfriedlich im Sinne des Artikels 8 Abs. 2 GG anzusehen seien, da nur aggressive *Gewalttätigkeiten* gegen Personen und Sachen dieses Kriterium erfüllten. Damit war zunächst klargestellt, dass die Polizei nicht mehr automatisch gegen derartige Aktionen vorgehen muss, sondern nach der jeweils konkreten Situation abzuwägen hat, wie intensiv sich eine Sitzdemonstration auf die Bewegungsfreiheit der von ihr Betroffenen auswirkt.

Je nach Fallgestaltung können versammlungsrechtlich als „friedlich“ zu bewertende Sitzdemonstrationen dennoch den strafrechtlichen Nötigungstatbestand erfüllen. Bis heute ist diese komplizierte Rechtsmaterie im Zuge weiterer Entscheidungen des BVerfG und des BGH (Bundesgerichtshof) nicht eindeutig geklärt worden.⁵⁷ Insoweit bestehen in einer konkreten Situation vor Ort nach wie vor große Unsicherheiten sowohl für diejenigen, die an dieser Protestform teilnehmen, als auch für die Polizei, die den jeweiligen Sachverhalt einerseits unter versammlungsrechtlichen und andererseits unter strafrechtlichen Aspekten beurteilen muss.

55 Vgl. Nr. 4.4.3.1 der PDV 100, Stand: 2018.

56 Vgl. BVerfGE 73, 206.

57 Vgl. zur komplexen Rechtsmaterie der Blockadeproblematik: Kniesel, Michael: Versammlungsgesetze, in: Dietel, Alfred et al.: Versammlungsgesetze, 17. Aufl., Köln 2016, S. 281–286.

Der 1. Mai 1987⁵⁸ in Westberlin war der Auftakt für die seitdem stets an diesem Feiertag bzw. in der davor liegenden „Walpurgisnacht“ nahezu rituell anmutenden gewalttätigen Auseinandersetzungen⁵⁹ zwischen gewaltorientierten „linken“ Demonstrantengruppen („Revolutionärer 1. Mai“), aber auch unpolitischen Gewalttätern und der Polizei.

Neben Links-Autonomem waren an den Gewalttätigkeiten am 1. Mai 1987 auch Gruppen mit türkischem Migrationshintergrund und eher unpolitische, „erlebnisorientierte“ Jugendliche beteiligt – letztlich war keiner der insgesamt 47 Festgenommenen der autonomen Szene zuzurechnen.⁶⁰ Die Polizei kennt somit spätestens seit diesem Ereignis das Phänomen, dass sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gruppen zu *Riots* entwickeln können, bei denen sich aus der Situation heraus auch unpolitische Einzelpersonen und Gruppierungen an Gewalttätigkeiten und Plünderungen beteiligen.

In den nächsten Jahren spielten sich jeweils zum 1. Mai auch ohne erneuten konkreten politischen Anlass regelmäßig ähnliche Szenarien ab wie im Jahr 1987. Für einige Gruppierungen stellten die rauschhaften Gewalterfahrungen als solche offensichtlich die alleinige Motivation zur Teilnahme an den wiederkehrenden Exzessen dar.⁶¹ So ergab auch eine (nicht-repräsentative) Untersuchung im Jahr 2009, dass die große Mehrheit der festgenommenen Randalierer aus einer „erlebnisorientierten Motivation“ heraus gehandelt habe, so z.B. aus Zerstörungswut.⁶² Insoweit erscheint die sozialwissenschaftliche Deutung der ritualisierten Abläufe als „Gewaltkarneval“⁶³ stimmig.

Im Laufe der Jahre entwickelte die Berliner Polizei unterschiedliche Einsatzstrategien zum Umgang mit den wiederkehrenden Abläufen. Inzwischen setzt man zumeist auf eine Deeskalationsstrategie, u.a. mit sogenannten „Anti-Konflikt-Teams“ in alltäglicher Uniform.⁶⁴ In den letzten Jahren ging das Aus-

58 Ausführlich zu den Abläufen der Ereignisse vgl. Stricker, Michael: Der 1. Mai 1987 – Demaskierung eines Mythos, Frankfurt 2016.

59 Vgl. Pape, Christian/Grutzpalk, Jonas: Die 1. Mai-Krawalle in Berlin-Kreuzberg. Efferveszenz im Gewaltkarneval?, in: Polizei & Wissenschaft, Jg. 13 (2012), H. 1, S. 42–51.

60 Ebd., S. 43.

61 Vgl. auch Kühl, Stefan: Gewaltmassen. Zum Zusammenhang von Gruppen, Menschenmassen und Gewalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 64 (2017), H. 4, S. 22–26, hier S. 25.

62 Vgl. Pape/Grutzpalk, 2012, S. 46.

63 Ebd., S. 42–51.

64 Siehe ebd., S. 46.

maß der gewaltsamen Aktionen in der Gesamtbetrachtung zurück, wenngleich es im Jahr 2009 noch einmal zu größeren Ausschreitungen kam.⁶⁵

Am 2. November 1987 kam es zur bislang folgenschwersten Gewalttat gegen die Polizei, die im Rahmen einer linken Protestveranstaltung begangen wurde. In den Abendstunden erinnerten Demonstranten mit einem Fackelzug an den sechsten Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes, das seinerzeit von Gegnern der Startbahn West auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens errichtet worden war. Da sich nach polizeilichen Feststellungen ca. 150 bis 200 Teilnehmer verummumt hatten und ca. zwanzig von ihnen Molotowcocktails mitführten, erging eine versammlungsrechtliche Auflösungsverfügung. Als die anschließenden Räumungsmaßnahmen begannen, wurden Brandflaschen und Leuchtkugeln gegen die Polizei geworfen und brennende Barrikaden errichtet. Die Polizei setzte ihrerseits Wasserwerfer und Reizgas gegen die Randalierer ein. Ein fest in der links-autonomen Szene verankerter Mann gab in der Hochphase der Auseinandersetzungen aus größerer Distanz mehrere Schüsse auf die eingesetzten Polizisten ab, wodurch zwei Beamte tödlich, zwei weitere schwer verletzt wurden.⁶⁶

Ende der 1980er Jahre wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts des Deutschen Jugendinstituts⁶⁷ sowie im Rahmen der Erörterungen der (Anti-)Gewaltkommission der Bundesregierung⁶⁸ die Selbst- und Fremdbilder von Demonstranten und Polizisten, die wechselseitigen Attribuierungsprozesse, Handlungsmuster und Eskalationsbedingungen untersucht. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind auch heute noch relevant, zumal es anschließend keine weitergehenden, ähnlich breit angelegten Studien mehr gegeben hat und einzelne aktuelle Forschungsergebnisse die damaligen Befunde grundsätzlich bestätigen.⁶⁹

65 Vgl. Lapper, Lars: Der „Schwarze Block“ als militante Protestform, in: Deutsche Polizei, Jg. 67 (2018), H. 2, S. 4–11, hier S. 7.

66 Vgl. Kastl, Gerhard: Mord an der Startbahn, in: Bereitschaftspolizei-heute, Jg. 15 (1987), H. 12, S. 5–10.

67 Siehe Willems, Helmut et al.: Demonstranten und Polizisten – Motive, Erfahrungen und Eskalationsbedingungen, München 1988.

68 Siehe Schwind, Dieter et al.: Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland, Endgutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), in: Schwind, Dieter et al. (Hg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. 1, Berlin 1990, S. 52–61.

69 Vgl. etwa aus jüngerer Zeit Hillebrand, Katrin et al.: Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher, Wiesbaden 2015.

Die sozialwissenschaftlichen Befunde wurden innerhalb der Polizei jedoch nur verhalten rezipiert. Rüdiger Bredthauer, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Hamburg, konstatierte im Jahr 1996:

„Für einen sozialwissenschaftlichen Berater ist es immer wieder ebenso erstaunlich wie frustrierend, wenn grundlegende Forschungsergebnisse der Sozialwissenschaften, die wegen ihrer polizeipraktischen Relevanz seit Jahren polizeibekannt sein sollten, mit großer Selbstverständlichkeit eklatant missachtet werden.“⁷⁰

Leider würde der entsprechende Befund auch im Jahr 2019 in vielen Polizeibehörden kaum anders ausfallen.⁷¹

Die 1990er Jahre: Zunahme von „Rechts-links-Demos“

Bundesweit hat kaum jemals eine Demonstration aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Spektrum stattgefunden, ohne dass parallel Gegendemonstrationen veranstaltet wurden – mal als Großdemonstrationen mit einem sehr breiten Teilnehmerkreis (von bürgerlichen bis linksextremistischen Gruppen), mal mit verschiedenen Einzeldemonstrationen unterschiedlicher Veranstalterkreise.⁷²

Sowohl die Ausgangs- als auch die Gegendemonstration steht zunächst gleichermaßen unter dem Schutz des Artikels 8 GG. Im Rahmen „praktischer Konkordanz“⁷³ hat die Versammlungsbehörde bzw. die Polizei grundsätzlich dafür zu sorgen, dass beide Veranstaltungen ungestört nebeneinander stattfinden können – genau dies ist aber häufig nicht das Ziel von Teilgruppen der Gegen-

70 Bredthauer, Rüdiger: Chaos-Tage. Möglichkeiten, Probleme und Perspektiven praktischer polizeilicher Deeskalation, in: Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, H. 4/1996, S. 41–88, hier S. 57.

71 Vgl. Kueß, Norbert: Die Friedens- und Konfliktforschung als Grundlage einer bürgerorientierten und friedensstiftenden Handlungskompetenz der Polizei, in: Frevel, Bernhard/Groß, Hermann (Hg.), Empirische Polizeiforschung XXII: Demokratie und Menschenrechte – Herausforderungen für die polizeiliche Bildungsarbeit, Frankfurt/M. 2019, S. 28–58, hier S. 28 f.

72 Insoweit trifft die im Polizeijargon übliche Bezeichnung „Rechts-links-Demonstrationen“ nicht den Kern solcher Konstellationen, da die Bündnisse gegen rechtsgerichtete Veranstaltungen zumeist äußerst heterogen sind.

73 Vgl. dazu Kniesel, Michael: Versammlungsgesetze, in: Dietel, Alfred et al.: Versammlungsgesetze, 17. Aufl., Köln 2016, S. 300.

demonstranten. Manche lokalen Aktionsbündnisse machen schon durch ihre Namensgebung (z.B.: „Köln stellt sich quer“) deutlich, dass nicht die kommunikative Auseinandersetzung, sondern die Verhinderung rechter Aufmärsche angestrebt wird.

Das BVerfG hat bereits Anfang der 1990er Jahre zu dieser Konfliktsituation Stellung genommen und verdeutlicht, dass der Grundrechtsschutz von Gegendemonstranten ende, wenn deren Ziel die Verhinderung der Ausgangsdemonstration sei.⁷⁴ Die Polizei hat daher in solchen Situationen den gesetzlichen Auftrag, illegale Aktionen von Meinungsgegnern zu unterbinden und entsprechende Straftaten zu verfolgen (Legalitätsprinzip nach § 163 StPO). Durch diese rechtlich gebotene Aufgabenwahrnehmung lässt sich die Polizei dann leicht als willfährige Unterstützerin der jeweiligen rechtsgerichteten Demonstration diffamieren („Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“⁷⁵). Für linke, gewaltaffine Gruppierungen stellen diese Konstellationen einen willkommenen Anlass dar, den seit den 1968er Jahren konstruierten Nexus „Polizei = Faschismus“⁷⁶ zu kultivieren: andere Gegendemonstranten zur aktiven Unterstützung von Blockadeaktionen zu motivieren, sich ihrer Solidarität gegen die polizeilichen Maßnahmen zu versichern und damit letztlich Nachwuchs für ihre Gruppierungen zu rekrutieren.⁷⁷

Seit den 2000er Jahren: Internationaler „Militanz-Tourismus“

Anlässlich des G8-Gipfels im Juni 2007 fand die Hauptkundgebung der Proteste mit rund 50.000 Teilnehmern in Rostock statt. Auf der Grundlage konstruktiver Kooperationsgespräche mit der Veranstalterebene setzte die Polizeiführung auf ein Deeskalationskonzept und hielt die sichtbare polizeiliche Präsenz an dem Demonstrationszug bewusst zurück. Nach einem zunächst störungsfreien Verlauf der Veranstaltung verübten einzelne links-autonome Gruppen u. a. Sachbeschädigungen an einer Bankfiliale und griffen dann äußerst gewalttätig zwei einzeln abgestellte Polizeifahrzeuge mitsamt deren Insassen an. Infolge dieser zunächst noch punktuellen Gewalttätigkeiten und der polizeilichen Reaktionen

⁷⁴ Siehe Beschluss vom 11.06.1991 – 1 BvR 772/90, vgl. NJW 1991, S. 2694f.

⁷⁵ Dieser Sprechchor wird seit Jahrzehnten immer wieder skandiert, wenn z.B. die Polizei Blockaden rechtsgerichteter Demonstrationen auflöst.

⁷⁶ Thieme, Tom: „Wir wollen keine Bullenschweine.“ Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 69 (2019), H. 21–23, S. 45.

⁷⁷ Vgl. auch Hillebrand, Katrin et al.: Politisches Engagement und Selbstverständnis links-affiner Jugendlicher, Wiesbaden 2015, S. 194 u. S. 204f.

darauf eskalierte anschließend das Gesamtgeschehen. Rund 2.000 Autonome beteiligten sich an den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.⁷⁸

Bei der Aufarbeitung der Geschehnisse wurde deutlich, dass der Beginn der Gewalttätigkeiten in erster Linie auf „autonome Gruppierungen“ zurückzuführen war, die aus dem Ausland angereist waren und sich offensichtlich nicht dem auf Friedlichkeit ausgelegten Grundkonsens der Veranstaltung verpflichtet gefühlt hatten.

Die Finanzmetropole Frankfurt/M. wurde zum deutschen Symbolort der neuen *Occupy*-Bewegung. Nach ebenfalls konfrontativen Verläufen bei ähnlichen Anlässen in den Vorjahren kam es bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 zu massiver Gewalt. An diesem Aktionstag nahmen zahlreiche links-autonome Gruppierungen aus dem In- und Ausland teil. Während die angemeldeten Protestkundgebungen mit bis zu 20.000 Teilnehmern weitgehend friedlich verliefen, hatten zuvor mehrere militante Großgruppen in den frühen Morgenstunden in der Frankfurter Innenstadt randaliert. Von diesen offensichtlich gezielt geplanten *Out of Control*-Aktionen, die örtlich und zeitlich abgesetzt von den eigentlichen Protestveranstaltungen abliefen, wurde die Polizei überrascht und konnte daher über längere Zeit nicht angemessen reagieren.⁷⁹

Der G20-Gipfel am 7./8. Juli 2017 in Hamburg führte mit rund 31.000 Beamten zum bis dahin personalstärksten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Neben der Gewährleistung der Sicherheit der Gipfelteilnehmer und der Veranstaltungsabläufe musste die Polizei mit rund 150 angemeldeten Protestveranstaltungen umgehen.

Am Vortag der Gipfelveranstaltungen (6. Juli 2017) stoppte die Polizei eine angemeldete Großdemonstration („Welcome to Hell“) mit rund 12.000 Teilnehmern, weil im vorderen Bereich mehrere hundert Personen nicht bereit waren, ihre Vermummung abzulegen. Als die Polizei versuchte, gezielt gegen diese Gruppierungen vorzugehen, kam es zu massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen.

78 Als Überblick vgl. Ritter, Markus: Geschlossene Einheiten der deutschen Polizei im Spiegel der Geschichte (Teil 4: 1968–1990), in: *Polizei-heute*, H. 3/2010, S. 142–143.

79 Vgl. Lapper, Lars: Der „Schwarze Block“ als militante Protestform, in: *Deutsche Polizei*, H. 2/2018, S. 4–11, hier S. 9. Die Polizei kennt das Phänomen der *Out of Control*-Taktik bereits seit dem „Sturm auf das Bonner Rathaus“ im Jahr 1973; vgl. Bothien, Horst-Pierre: *Auf zur Demo! Straßenprotest in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn 1949–1999*, Essen 2009, S. 71–75.

Am Morgen des nächsten Tages verübte, zeitlich und örtlich abgesetzt von den geplanten Demonstrationen und den Örtlichkeiten des G20-Gipfels, eine Gruppierung von ca. 200 verummten Gewalttätern massive Sachbeschädigungen, schlug Fensterscheiben ein und setzte Pkw in Brand. Die Hamburger Polizei wurde, wie schon zwei Jahre zuvor die Polizei in Frankfurt/M., von diesen *Out of Control*-Aktionen überrascht.

Am Abend kam es im Schanzenviertel zu Barrikadenbau, massiven Sachbeschädigungen und brutalen Angriffen auf Polizeibeamte. In der Folge beteiligten sich auch Personen, die nicht an Protestaktionen gegen den G20-Gipfel teilgenommen hatten, an den Ausschreitungen, insbesondere auch an der Plünderung eines Lebensmittelgeschäfts. Der Polizei gelang es an einzelnen Örtlichkeiten über mehrere Stunden nicht, die Riots zu beenden und die Tatverdächtigen festzunehmen. Gegen Gewalttäter, die von Hausdächern aus die Polizei mit Wurfmaterial attackierten, setzte ein Spezialeinsatzkommando (SEK) Gummigeschosse ein und öffnete die Türen des Hauses mit Sprengmitteln, um zu den Tatverdächtigen vorzudringen.

Nach Bewertung der Hamburger Polizei waren die treibenden Kräfte bei den verschiedenen Ausschreitungen im Kontext der Gipfel-Proteste vor allem aus dem Ausland angereiste Gewalttäter.⁸⁰

Orientierungspunkte einer polizeilichen Deeskalationsstrategie

Die siebzigjährige Protestgeschichte⁸¹ der Bundesrepublik zeigt, dass sich linke Militanz gegen den Adressaten des Protests (z.B. Betreiber eines Kernkraftwerkes), gegen den politischen Meinungsgegner (z.B. bei Aufmärschen rechtsgerichteter Gruppierungen) oder unmittelbar gegen die Polizei (als Symbol des „Herrschaftssystems“ und „Repressionsapparats“) entfalten und im Zuge von Gewalteskalationen letztlich in Riots mit großflächigem Vandalismus und Plünderungen münden kann. Abgesehen von geplanten, klandestinen Aktionen im Rahmen der *Out of Control*-Taktik entwickeln sich gewalttätige Verläufe meist im Rahmen eines heterogenen Protestgeschehens in Interaktion mit der Polizei. Entscheidenden Einfluss auf das Ob und Wie einer (geplanten) Gewaltaus-

⁸⁰ Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 21/14350 vom 20.09.18, S. 14.

⁸¹ Als komprimierten Gesamtüberblick zu den wesentlichen Themen, Akteuren und Entwicklungen vgl. Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

übung haben die Haltung der Veranstaltungsleitung, die Haltung der nicht-militanten Teilnehmer sowie das Auftreten und Verhalten der Polizei, das im Rahmen dieses Beitrages vorrangig in den Blick genommen wird.

Für die Polizei stellen nach wie vor die Vorgaben des BVerfG in seinem Brokdorf-Beschluss (Kooperationsprinzip und Differenzierungsgebot) die wesentlichen Orientierungslinien für eine Deeskalationsstrategie dar; zumal die verfassungsrechtlichen Vorgaben auch durch die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften untermauert worden sind.

Erfolgskritischer Faktor für eine Deeskalationsstrategie der Polizei ist die Intensität der Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zur Veranstalterebene. Gelingt es, eine Vertrauenspartnerschaft zu etablieren, sinkt das Risiko militanter Aktionen. In der Praxis werden Kooperationsgespräche vonseiten der Versammlungsbehörde bzw. der Polizei aber leider nicht selten im Stil einer verwaltungsrechtlichen Anhörung geführt.⁸² Als „vertrauensbildende Maßnahme“ im Sinne der Vorgaben des BVerfG kann Kommunikation aber nur gelingen und im positiven Falle in zielgerichtete Kooperation münden, wenn der Dialog zwischen Veranstalterebene und Polizeiführung „auf Augenhöhe“ erfolgt und mit dem Ziel einer von beiden Seiten getragenen Vereinbarung geführt wird. Dabei muss alles unterhalb der Gewaltschwelle grundsätzlich verhandelbar sein.⁸³ Je attraktiver die ausgehandelten Rahmenbedingungen für eine Demonstration sind, umso größer ist die Chance auf ein konfliktarmes Gesamtklima.

Die Formulierung des schleswig-holsteinischen Versammlungsgesetzes⁸⁴: „Aufgabe der zuständigen Behörde ist es, die Durchführung einer nach Maßgabe dieses Gesetzes zulässigen Versammlung zu unterstützen“⁸⁵, bringt daher treffend auf den Punkt, dass Versammlungsbehörde und Polizei sich zunächst ge-

82 Vgl. auch Stolle, Peer: Die Versprechungen der Versammlungsfreiheit und ihre tatsächlichen Grenzen. Ein Erfahrungsüberblick aus der anwaltlichen Praxis, in: Vorgänge, Jg. 213 (2016), H. 1, S. 37–43, hier S. 38 f.

83 Vgl. Kueß, Norbert: Prinzipien und Hintergründe bürgerlicher Protestformen – Herausforderungen für die Ethik polizeilichen Handelns, in: Die Polizei, Jg. 105 (2013), H. 5, S. 254–261, hier S. 260 f.

84 Im Zuge der sogenannten Föderalismusreform können die Bundesländer seit 2006 eigene Versammlungsgesetze beschließen. In denjenigen Bundesländern, die von dieser Gesetzgebungskompetenz (noch) keinen Gebrauch gemacht haben, gilt das Bundesversammlungsgesetz fort.

85 Vgl. Enders et al.: Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes, München 2011, S. 19 ff, Herv. d. Verf.

genüber den Veranstaltern in der Rolle des Dienstleisters sehen müssen, der die Grundrechtsausübung ermöglicht.

Kooperationsgespräche in der Vorbereitungsphase einer Demonstration müssen insbesondere zum Ziel haben, zwischen Veranstalterebene und polizeilicher Einsatzleitung stabile Kommunikationsstrukturen während der laufenden Veranstaltung zu etablieren, um bei einer situativen Eskalation möglichst schnell und möglichst abgestimmt deeskalierend einschreiten zu können.⁸⁶ Viele Konfliktsituationen bei Demonstrationen entstehen durch wechselseitige Fehlinterpretationen und Gerüchtebildungen. Eine stabile Kommunikationsbeziehung kann solche Eskalationsursachen minimieren.

Die angestrebte Vertrauenspartnerschaft wird aber auch bei ernsthaftem Bemühen von Versammlungsbehörde und Polizei nicht immer zu erreichen sein. Zuweilen entspricht es nicht dem Selbstverständnis bestimmter Veranstalter, mit Vertretern des Staates in einen vertrauensvollen Dialog über die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen der ja häufig mittelbar oder unmittelbar gegen den Staat gerichteten Demonstration zu treten. Sie sehen sich darüber hinaus in der Binnenstruktur häufig dem Misstrauen solcher Teilnehmergruppen ausgesetzt, welche die Kommunikation und erst recht eine Kooperation mit der Polizei bereits aus grundsätzlichen bzw. politisch-ideologischen Gründen ablehnen. In solchen Fällen kann ein zielführender Dialog aber eventuell mithilfe externer Vermittler in Gang gesetzt werden.

Bei wechselseitig guten Erfahrungen kann sich gerade zwischen Veranstaltern, die häufiger Protestkundgebungen organisieren, und den zuständigen Behördenvertretern sukzessive eine generelle Vertrauenskultur entwickeln.⁸⁷ Natürlich kann aber auch der umgekehrte Effekt eintreten: Durch wiederkehrend schlechte Erfahrungen miteinander kann ein Klima des wechselseitigen Misstrauens entstehen. Auch in diesen Fällen hilft möglicherweise ein zunächst informeller Dialog, eventuell moderiert durch Vermittler, um zurückliegende Erfahrungen aufzuarbeiten und einen Neuanfang für tragfähige Kooperationsbeziehungen zu sondieren.⁸⁸

86 Vgl. Kiesel, Michael: Versammlungsgesetze, in: Dietel, Alfred et al.: Versammlungsgesetze, 17. Aufl., Köln 2016, S. 589 f.

87 Vgl. dazu ausführlicher Behrendes, Udo: Demonstrationen und Polizei – Bausteine einer Vertrauenskultur, in: Vorgänge, Jg. 213 (2016), H. 1, S. 61 – 76.

88 Vgl. in diesem Themenzusammenhang auch die Vorschläge im Abschlussbericht des Sonderausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zu den Vorkommnissen beim G20-Gipfel im Juli 2017: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 21/14350 vom 20.09.18, S. 17.

Das BVerfG hat in seinem Brokdorf-Beschluss der Versammlungsbehörde und der Polizei noch einmal deutlich gemacht, heterogen zusammengesetzte Demonstrationen auch entsprechend differenziert zu behandeln. Dies ist aber aus polizeilicher Sicht nicht nur als verfassungsrechtliche Vorgabe zu beachten, sondern auch als wesentliche Erkenntnis aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien zu gewinnen, die klar darauf hinweisen, dass undifferenziertes polizeiliches Vorgehen häufig zu Solidarisierungseffekten und damit Eskalationen führen kann. Letztlich sollte die Polizei aber auch im wohlverstandenen Sinne von Eigensicherung immer darum bemüht sein, durch das eigene Auftreten und Verhalten keine Aggressionsanreize zu setzen.

Natürlich weiß auch die Polizei aufgrund vielfältiger Einsatzerfahrungen, dass innerhalb einer „problematischen“ Demonstration meist lediglich eine Teilgruppe für Gewalttätigkeiten in Betracht kommt. Dennoch fokussiert man sich sowohl bei der Einsatzvorbereitung als auch bei der Umsetzung vor Ort häufig auf diese „Problemgruppen“ und stimmt sowohl das gesamte versammlungsrechtliche Instrumentarium als auch das einsatztaktische Auftreten und Verhalten darauf ab. Damit erweckt man dann (zumeist ungewollt) auch bei friedlich gesonnenen Teilnehmern oft den Eindruck, dass man sie ebenfalls für potenziell gefährlich hält oder sie als „Steigbügelhalter“ für gewalttätige Gruppen ansieht. Innerhalb linker Protestbewegungen finden jedoch, gerade auch in jüngerer Zeit, intensive Gewaltdebatten statt, bei denen sich zahlreiche Verantwortliche den Solidarisierungsaufforderungen militanter Gruppen klar verweigern.⁸⁹

Es liegt auf der Hand: Je größer eine Demonstration und damit die Veranstalterkreise angelegt sind, umso heterogener sind die Teilnehmergruppen. Daher muss für die Polizei immer das Ziel sein, die friedlich gesonnenen Teilnehmer zu stärken und bei Konflikten mit „Problemgruppen“ auch auf ihre internen Einfluss- und Vermittlungstätigkeiten zu setzen. Grundsätzlich sollten polizeiliche Interventionen erst erfolgen (aber auch dann möglichst in Abstimmung mit der Veranstaltungsleitung oder zumindest deren Unterrichtung), wenn diese internen Deeskalationsprozesse erfolglos verlaufen.

Polizisten neigen bei Demonstrationseinsätzen (wie auch in anderen Lagen) dazu, grundsätzlich in Worst-Case-Szenarien zu denken und zu planen.⁹⁰ Gerade für die Angehörigen der bei diesen Anlässen vorrangig eingesetzten Bereit-

⁸⁹ Vgl. Thieme, Tom: „Wir wollen keine Bullenschweine.“ Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 69 (2019), H. 21–23, S. 46.

⁹⁰ Vgl. Winter, Martin: *Protest Policing und das Problem der Gewalt*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, H. 4/1998, S. 68–81, hier S. 72.

schaftspolizei-Einheiten genießt zudem das Kriterium der „Eigensicherung“ höchste Priorität.

Darüber hinaus gibt es in der Polizei auch nach wie vor einen Hang zur Stereotypenbildung. Man nimmt einzelne Gruppierungen häufig als *die* „Linken“ und *die* „Autonomen“ wahr und schreibt ihnen damit relativ pauschal bestimmte Verhaltensweisen zu. Dieses „Labeln“ führt dazu, dass man sich dann auch eher selbst „standardisiert“ verhält, nämlich im gesamten Auftreten habituell Stärke demonstriert.⁹¹

Es ist Aufgabe der Polizeiführung, entsprechenden Stereotypenbildungen und Perspektivverengungen entgegenzutreten. Wann immer es möglich ist, sollten bereits im Vorfeld einer konkreten Demonstration unmittelbare persönliche Kontakte zwischen Vertretern der Demonstranten und den für den polizeilichen Einsatz vorgesehenen Beamten hergestellt werden.

Das BVerfG sieht es als Aufgabe sowohl des Veranstalters und Leiters einer Demonstration als auch der Polizei an, unfriedliche Teilnehmergruppen innerhalb einer überwiegend friedlichen Demonstration zu isolieren, damit im Ergebnis die Ausübung der Versammlungsfreiheit der friedlichen Teilnehmer auch weiterhin möglich ist.

Diese verfassungsgerichtliche Vorgabe lässt sich jedoch nur in den seltensten Fällen, weder für die Veranstaltungsleitung noch für die Polizei, in einer konkreten Situation vor Ort ohne Probleme umsetzen.

Die Zielrichtung, unfriedliche Aktionen gewaltaffiner Teilgruppen zu verhindern, kann jedoch nicht nur durch deren Isolierung, sondern auch durch deren zielgerichtete Integration und Verpflichtung auf einen friedlichen Aktionskonsens erreicht werden.⁹² Ob es schließlich zu tragfähigen Deeskalationsabsprachen kommt, hängt immer entscheidend von der konkreten Ausgangssituation und den individuell verantwortlichen Personen und ihrer jeweiligen Dialogkompetenz sowie Reputation auf Veranstalterseite und aufseiten der Versammlungsbehörde bzw. Polizei ab.⁹³

91 Vgl. Willems, Helmut et al.: Demonstranten und Polizisten – Motive, Erfahrungen und Eskalationsbedingungen, München 1988, S. 160.

92 Vgl. ein Praxisbeispiel hinsichtlich der Integration autonomer Gruppen bei Behrendes, Udo: Demonstrationen und Polizei – Bausteine einer Vertrauenskultur, in: Vorgänge, Jg. 213 (2016), H. 1, S. 61–76, hier S. 69 f.

93 Vgl. auch Hunold, Daniela et al.: Policing der NoG20-Proteste in Hamburg im Juli 2017. Ergebnisse einer strukturierten Demonstrationsbeobachtung, in: Kriminologisches Journal, H. 1/2018, S. 34–47, hier S. 42.

Das Differenzierungsgebot gilt als Grundsatz aber nicht nur für den Umgang mit unfriedlichen und friedlichen Teilnehmern. Zwischen den Polen „friedlich“ und „unfriedlich“ gibt es natürlich auch sehr viele „indifferente“ Teilnehmer, die sich situativ entweder mit der einen oder der anderen Seite solidarisieren können. Aber auch hinsichtlich Gruppierungen, die insgesamt als gewaltaffin gelten, muss erneut differenziert werden: Zwar gibt es einzelne Teilnehmer und Kleingruppen, die ausschließlich für den „Thrill“ oder „Kick“ des Gewalterlebnisses an einem Demonstrationsgeschehen teilnehmen und für die Gewaltausübung vorrangiger Selbstzweck ist.⁹⁴ Andere Akteure lehnen Gewalt in Form initiativer Angriffe zwar ab, sehen sie aber in reaktiver Form, als Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen, als legitim an.⁹⁵

Für die meisten gewaltaffinen Teilnehmer wird es daher immer auf die unmittelbare Interaktionssituation ankommen, ob überhaupt und wenn ja, wie intensiv Gewalt tatsächlich ausgeübt wird.⁹⁶

Ziel eines polizeilichen Deeskalationskonzepts muss daher in diesem Zusammenhang immer sein, nicht durch eigene Anteile an Aufschaukelungsprozessen zu Solidarisierungen und Verschmelzungen unterschiedlich gewaltaffiner Gruppierungen beizutragen. Die Polizei muss dabei insbesondere versuchen, den bereits beschriebenen „Gewaltfällen“ auszuweichen.

Schlussbetrachtung

Die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit Mitte der 1960er Jahre sukzessive von einer obrigkeitsstaatlich geprägten und Protest unterdrückenden zu einer bürgerrechtlich orientierten staatlichen Institution entwickelt. Sie hat sich in der Gesamtbetrachtung im Umgang mit den vielfältigen Protestformen während der letzten Jahrzehnte nachhaltig professionalisiert und geht auch mit provokanten und aggressiven Aktionsformen meist besonnen und um Verhältnismäßigkeit bemüht um.

Die polizeilichen Erfahrungen, die sozialwissenschaftlichen Befunde und die Rechtsentwicklung aus der Zeitspanne 1960–90 liefern nach wie vor we-

⁹⁴ Vgl. auch Frommel, Monika: Gewalt als attraktive Lebensform, in: Vorgänge, Jg. 219 (2017), H. 3, S. 91–102, hier S. 92.

⁹⁵ Vgl. Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29–35, hier S. 32.

⁹⁶ Vgl. Knöbl, Wolfgang: Gewalt erklären?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 67 (2017), H. 4, S. 4–8, hier S. 6.

sentliche Grundlagen auch für den Umgang mit den aktuellen Erscheinungsformen linken Protests und seiner Facette linke Militanz. Während dieser Zeit hat die Polizei sämtliche Aspekte der Interaktion mit linker Protestkultur kennengelernt und außerdem Gelegenheit gehabt, positive sowie negative Fallbeispiele auszuwerten. Umso bedauerlicher ist es, wenn nach spektakulären Einsatzverläufen (in jüngerer Zeit etwa nach den Gewalttätigkeiten bei einigen demonstrativen Aktionen beim G20-Gipfel im Juli 2017) häufig von „neuen Phänomenen“ gesprochen wird und daher dann auch „neue Konsequenzen“ gefordert werden. Viel sinnvoller als aktionistische Gesetzesverschärfungen und Aufrüstungsdebatten ist es, bei aktuellen Problemlagen die Parallelen zu zurückliegenden Ereignissen zu erkennen, die entsprechenden Erfahrungen zu nutzen und sie auf die aktuelle Situation zu übertragen bzw. weiterzuentwickeln. Eine vom Arbeitskreis II (AK II) der Innenministerkonferenz eingesetzte länderübergreifende Arbeitsgruppe⁹⁷ hatte bereits vor mehr als dreißig Jahren eine systematische, nach wissenschaftlichen Methoden durchgeführte bundesweite Sammlung und Analyse der Einsatzerfahrungen angemahnt und die Etablierung von Expertengremien zur Beratung der Verantwortlichen bei der konkreten Einsatzplanung angeregt.⁹⁸ Dieser bislang nicht umgesetzte Vorschlag ist heute so sachgerecht und aktuell wie damals.

Die polizeifachliche, aber auch die gesellschaftspolitische Debatte sollten darüber hinaus unaufgeregt erfolgen. Nach den aufwühlenden Geschehnissen im Sommer 2017 beim Hamburger G20-Gipfel hat es bis Mitte des Jahres 2019 kein vergleichbares Szenario in Deutschland mehr gegeben. Im Gegenteil zeigten insbesondere die Abläufe bei der Weltklimakonferenz (COP 23) im November 2017 in Bonn, dass trotz der thematischen Parallelen keine Präcedenzwirkung der gewalttätigen Aktionen beim G20-Gipfel eingetreten ist. Die mit 22.000 Teilnehmern aus 196 Staaten größte internationale Konferenz, die es jemals in Deutschland gegeben hat, verlief bei 61 begleitenden Demonstrationen weitestgehend störungsfrei.

Auch die in den Berichten des Bundesamts für Verfassungsschutz veröffentlichten Zahlen geben keinerlei Anlass zu hektischen Aktivitäten: Nachdem im Jahr 2016 ein Rückgang „linksextremistisch motivierter Straftaten“ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen gewesen war, kam es aufgrund der Vielzahl von Gewaltdelikten beim Hamburger G20-Gipfel 2017 zunächst zu einem Anstieg der

97 Vgl. AK II – Sitzung vom 24.07.1986 – AZ: II 011.60 vom 04.08.1986 (unveröffentlichte Kopie dienstlicher Unterlagen).

98 Vgl. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Motivation“, S. 9f. (unveröffentlicht).

Gesamtzahlen. Im Jahr 2018 gingen diese Delikte dann wieder um rund 28 Prozent zurück, die Gewaltdelikte sanken sogar um rund 39 Prozent.⁹⁹

Diesen positiven Trend sollte man daher durch Dialogformate auf allen Ebenen nutzen, um wechselseitige Fremd- und Feindbilder abzubauen und die friedliche Protestkultur in Deutschland weiter zu stärken.

⁹⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018, S. 32.

DAVID MEIERING, NAIKA FOROUTAN

Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention

Innere Einheit und äußere Allianzen – phänomenübergreifende, identitätsstiftende Erzählungen, die wir Brückennarrative nennen – sind ein wichtiger Motor von Radikalisierung. Ein Beispiel ist der Antisemitismus, der sich nicht nur in rechten oder dschihadistischen Gruppen findet, sondern auch in linken Vereinigungen wie dem „Jugendwiderstand“.

Ein irritierender Fall: linker Antisemitismus

Demonstration zum 1. Mai 2018 in Berlin-Kreuzberg: Eine Gruppe breitschultriger junger Männer stürmt den feministischen Block und entreißt den Teilnehmer*innen ein Plakat mit der Aufschrift „Den antisemitischen Konsens brechen! Jugend gegen Antisemitismus und Rassismus!“¹ Die Gruppe ist bekannt: Sie beansprucht ganze Viertel – vor allem Berlin-Neukölln – für sich, leugnet das Existenzrecht Israels, attackiert Kritiker*innen – ob links oder rechts – und jüdische Bürger*innen. Unverhohlen drohen ihre Mitglieder: „9 mm für Zionisten“² – der Berliner Verfassungsschutz stuft sie als gewaltbereit und antisemitisch ein. Auf dem anti-israelischen al-Quds-Tag, zu dem das iranische Regime jährlich zur „Eroberung Jerusalems“ aufruft,³ skandieren sie Seite an Seite mit arabischstämmigen Teilnehmer*innen und – vereinzelt – völkischen Nationalist*innen

-
- 1 Friedrich, Maja/Werkener, Jan: Maos Schläger aus Berlin-Neukölln, in: www.tagesspiegel.de, 10.12.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/gewalttaetige-politsekje-jugendwiderstand-maos-schlaeger-aus-berlin-neukoelln/23729980.html> [eingesehen am 28.08.2019].
 - 2 Götzke, Manfred: Gruppierung „Jugendwiderstand“ verübt Angriffe in Berlin-Neukölln, in: www.deutschlandfunk.de, 07.03.2019, URL: https://www.deutschlandfunk.de/antisemitische-maoisten-gruppierung-jugendwiderstand.1769.de.html?dram:article_id=442986 [eingesehen am 28.08.2019].
 - 3 Schindler, Frederik: Protest gegen Israelfeinde, in: www.taz.de, 02.06.2019, URL: <https://taz.de/Al-Quds-Tag-in-Berlin/15599721/> [eingesehen am 28.08.2019].

wie Uwe Meenen (NPD) antisemitische Verschwörungsmymen wie „Kinder-mörder Israel“.⁴ Anders als man auf den ersten Blick vermuten würde, handelt es sich allerdings nicht um eine völkisch-nationalistische Gruppe, sondern um eine maoistisch-leninistische. Der sogenannte Jugendwiderstand Berlin⁵ ist links *und* antisemitisch zugleich – und dadurch von den Sicherheitsbehörden nur schwer einzuordnen. June Tomiak, Grünen-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, räumt ein, „[...] dass der Jugendwiderstand lange nicht auf dem Plan war, weil sie so atypisch sind, weil sie alle pumpen gehen und sich tatsächlich eher wie Nazi-Kameradschaften aufführen [...]“.⁶ Tatsächlich ist der Jugendwiderstand Berlin vom Extremismus-Paradigma, das sicherheitspolitische Akteure und die Verfassungsschutz- sowie Kriminalämter teilen, nur schwer zu fassen.

Analytische Schwächen des Extremismus-Paradigmas

Das Extremismus-Paradigma erschwert das Verständnis dieses Phänomens, weil es von den konkreten Inhalten der als extremistisch markierten Phänomene abstrahiert, die Gemeinsamkeiten betont und den demokratischen Verfassungsstaat sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung als normative Prämissen setzt, von denen aus die extremistischen Ränder definiert werden. „Extremismus“ schwimmt so zu ein- und demselben Phänomen, das an seinen Enden unterschiedliche Ausprägungen hat (so das Hufeisen-Theorem):⁷ Wo „Rechtsextremismus“ sich durch eine Ideologie der Ungleichheit auszeichne, definiere sich „Linksextremismus“ durch eine Ideologie der Gleichheit, die Individualität vollkommen abschaffe und sich damit gegen die freiheitliche und demokratische Grundordnung des Verfassungsstaates richte.⁸

Dieser Ansatz ist in Teilen der Sozialwissenschaft stark kritisiert worden: Aufgrund der tendenziellen Abstraktion von Inhalten und Zielen werde eine befriedigende Analyse der Entstehung von politischer Gewalt verhindert.⁹ Des-

4 Ebd.

5 Der Jugendwiderstand hat sich Anfang Juni 2019 für aufgelöst erklärt.

6 Götzke 2019.

7 Vgl. z.B. Oppenhäuser, Holger: Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Konzepts, Wiesbaden 2011, S. 35–58.

8 Siehe Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – Für die Revolution!: Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt/M. 2015.

9 Vgl. z.B. Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin: Äquidistanz. Der Kampf gegen links

halb auch ließen sich bislang kaum Direktiven für pädagogische Interventionen ableiten. Außerdem habe die Gleichsetzung von „Rechtsextremismus“ mit linker Gewalt (beispielsweise durch die „Extremismus-Klausel“)¹⁰ dazu geführt, dass der maßgeblich durch linke Initiativen geführte Kampf gegen „Rechtsextremismus“ in den neuen Bundesländern erschwert worden sei.¹¹

Daher hat sich in Abgrenzung zur Extremismustheorie ein zweiter Strang gebildet, der nicht das Handeln gegen den demokratischen Verfassungsstaat, sondern ideologische Spezifika in den Vordergrund rückt. Hier können auch „unpolitische“ Motive in die Analyse aufgenommen werden wie z.B. jugendliches Provokationsbedürfnis, allgemeine Delinquenz/Gewaltorientierung, Suche nach Zugehörigkeit oder durch ethnische Zuschreibungen geprägte, jugendliche Territorialkonflikte. Dies ist besonders für die Präventionsarbeit wichtig.¹² Vereinzelt dringt diese Perspektive auch zu den Sicherheitsbehörden vor. So kommt eine Studie des Bundeskriminalamtes (BKA) über phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewalt zu dem Ergebnis:

„Versucht man Zielgruppen zu spezifizieren und konkrete Probleme zu identifizieren, zerfallen sie in Einzelphänomene wie Antisemitismus oder aktionsorientierte Gewalt, die kaum noch unter dem Begriff ‚Linksextremismus‘ als wissenschaftliche Kategorie für einen konsistenten Ursachen- und Phänomenkomplex zusammengefasst werden können.“¹³

Das BKA zitiert eine Studie des Deutschen Jugendinstituts: „Dort, wo die Problemkategorie ‚Linksextremismus‘ übernommen wird, bleibt das Phänomen ab-

im Kontext des Extremismusmodells, in: Schmincke, Imke/Siri, Jasmin (Hg.): NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld 2013, S. 91–106.

- 10 Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken. Leitlinie zum Programmbereich „Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken“, in: www.web.archive.org, 2011, URL: <https://web.archive.org/web/20110725113033/http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/fileadmin/Content/Downloads/PDF/101026foerderleitlinienberatungsnetzwerke.pdf> [eingesehen am 28.08.2019].
- 11 Siehe Teune, Simon: Warum wir nicht vom „Extremismus“ reden sollten, www.blog.prif.org, 30.04.2018, URL: <https://blog.prif.org/2018/04/30/warum-wir-nicht-vom-extremismus-reden-sollten/> [eingesehen am 28.08.2019].
- 12 Siehe Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU): Rechtsextremismus, Bd. 2, Prävention und politische Bildung, Wien 2014.
- 13 Bundeskriminalamt (BKA): Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG). Modul 2 – Literaturanalyse, Wiesbaden 2015, S. 9.

strakt und die Zielgruppe ‚unspezifisch‘ und erschwert damit eine zielgerichtete Prävention“¹⁴.

Während die Studie des BKA die Rolle von Narrativen und Ideologie unterschätzt, gibt es eine Vielzahl eher inhaltszentrierter Ansätze wie z.B. die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹⁵ oder das Konzept von Ideologien der Ungleichwertigkeit¹⁶ bzw. Ungleichheit.¹⁷ Auch in unserem Projekt „Gesellschaft extrem“ haben wir einen Ansatz beschrieben, der auf den normativ-demokratiethoretischen Extremismus-Begriff gänzlich verzichtet und stattdessen von Narrativen und den sie tragenden Akteur*innen ausgeht.¹⁸ Statt in einem abstrakten Begriff von Extremismus zu verschwinden, können diejenigen narrativen Bündel konkret angegeben werden, in denen sich Menschen- und Demokratiefeindlichkeit äußern.

Im Fall des Jugendwiderstands Berlin lautet das zu untersuchende Phänomen daher: anti-imperialistischer Antisemitismus und Widerstandsdenken. Diese zwei Narrative vermengen sich in diesem Beispiel und bilden den ideologischen Nährboden für aggressives Gewaltpotenzial: Der Antisemitismus präpariert die Opfer, indem er sie herabsetzt; die Widerstandsszenarien erzeugen einen dringenden Handlungsdruck und liefern die Legitimationsquelle für gewalttätiges Handeln, das als Notwehr dargestellt wird.¹⁹ Ungleichwertigkeitsideologie, Herabsetzung und Handlungsdruck verstärken sich gegenseitig zu einem Radikalisierungstrigger. Doch kommen diese Narrative nicht nur in Gruppen vor, die sich als links verstehen, sondern phänomenübergreifend – also auch in rechten und islamistischen Gruppierungen. Dadurch ergeben sich vollkom-

14 Deutsches Jugendinstitut e.V.: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“. Berichtszeitraum 01.01.2013 – 31.12.2013, Halle/Saale 2013, zitiert nach BKA 2015, S. 9.

15 Siehe Zick, Andreas et al.: Gespaltene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.

16 Siehe Bozay, Kemal/Borstel, Dierk: Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2017.

17 Siehe Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU): Rechtsextremismus, Bd. 1, Entwicklungen und Analysen, Wien 2014.

18 Meiering, David et al.: Brückennarrative – verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, PRIF 7/201, www.hsfk.de, 2018, URL: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSEK/hsfk_publicationen/prif0718.pdf [eingesehen am 28.08.2019].

19 Siehe Meiering, David/Foroutan, Naika: Widerstand! Ein Brückennarrativ zur Legitimierung von Ungleichwertigkeitsideologien in der Radikalisierung von Gruppen, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hg.): Handbuch – Was tun gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Einwanderungsgesellschaft?!, Wiesbaden 2019 (im Erscheinen).

men neue Handlungsperspektiven für die Präventionsarbeit. Diese Narrative, so unser Standpunkt, gehören in den Fokus der Präventionsarbeit.²⁰ Präventionsprogramme, die sich getrennt mit Bereichen wie „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“ oder Islamismus befassen, könnten umgestellt werden auf die Arbeit mit solchen „Brückennarrativen“. So kann das Phänomen konkret beschrieben, die Allianzbildung zwischen gemeinhin als „linksextremistisch“ und „rechtsextremistisch“ bezeichneten Gruppen analysiert und Präventionsvorschläge erarbeitet werden. Bevor wir konkreter auf die Implikationen eingehen, stellen wir kurz das Konzept der Brückennarrative vor.

Brückennarrative – identitätsstiftende Erzählstrukturen

Das Konzept der Brückennarrative bildet eine Synthese aus dem inhaltszentrierten Strang der Radikalisierungsforschung und dem formalen-soziologischen Strang, der an prozesshaften Interaktionsmechanismen orientiert ist.²¹ Eine ausführliche Beschreibung des Forschungsstandes und der Entwicklung der verschiedenen Strömungen haben wir an anderer Stelle im Rahmen des Projekts „Gesellschaft Extrem“ des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) unternommen.²²

Narrative, so lässt sich unser Ansatz grob zusammenfassen, wirken über ihre Inhalte auch formell auf Gruppenbildungsprozesse, da sie Wahrnehmungsmuster von Gruppenmitgliedern organisieren und Handlungsoptionen strukturieren. So sprechen Malthaner und Waldmann von *kognitiver Radikalisierung*, also der allmählichen Konvergenz von Wahrnehmungen, Einstellungen und Werten unter Gruppenmitgliedern.²³ Durch solche Selbstbestätigungsprozesse scheidet moderate Mitglieder nach und nach aus, sodass sich eine Kerngruppe

20 Siehe Meiering et al., 2018; Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika: Radikalisierung von Gruppen: Brückennarrative als verbindende Erzählstrukturen, in: Daase, Christopher et al. (Hg.): Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York 2019, S. 91–130.

21 Zu Letzterem vgl. Della Porta, Donatella: Clandestine political violence, Cambridge 2013; Malthaner, Stefan et al.: A contentious politics approach to the explanation of radicalization, in: Bosi, Lorenzo et al. (Hg.): Dynamics of political violence. A process-oriented perspective on radicalization and the escalation of political conflict, Farnham 2014, S. 1–23.

22 Siehe Meiering et al., 2018; Meiering et al., 2019.

23 Siehe Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter: The Radical Milieu: Conceptualizing the Supportive Social Environment of Terrorist Groups, in: Studies in Conflict & Terrorism, Jg. 37 (2014), H. 12, S. 979–998.

herausbildet, die irgendwann Gewalt als Mittel akzeptiert – ein Vorgang, den Della Porta als *ideologische Einkapselung*²⁴ bezeichnet. Neben diesen persönlichen und teilweise affektiven Verbindungen *innerhalb* von Gruppen können auch Auseinandersetzungen mit dem *Außerhalb* der Gruppe den Gebrauch politischer Gewalt ermöglichen oder motivieren. Dazu gehören Ko-Radikalisierungsmechanismen wie *subjektive Unrechtserfahrungen* oder *Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht*. Die Wirksamkeit solcher Unrechtserfahrungen oder auch Bedrohungsgefühle hängt davon ab, wie identifikatorische Prozesse der Zuschreibung gelenkt und gerahmt werden.²⁵ Hier spielen Narrative eine bislang unterschätzte Rolle. Mithilfe beispielsweise des Widerstands-Narratives werden Bedrohungswahrnehmungen auf eine bestimmte Ingroup bezogen: im Falle der identitären Rechten auf eine imaginierte Volksgemeinschaft, im Falle der Islamist*innen auf das *al-walā' wa-l-barā'*-Prinzip (Loyalität und Lossagung) oder im Falle linker Bewegungen auf „die Vielen hier unten“ im Gegensatz zu „den Wenigen da oben“ („We are the 99%“, „Occupy Wallstreet“-Bewegung).

Dabei können verschiedene Gruppen durch ihre jeweiligen Selbstbeschreibungen und Feindbilder in eine *reaktive Ko-Radikalisierungsspirale*²⁶ geraten: So führte bei der Gewalteskalation im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg 2017 die Erwartung der Polizei, die Gegenproteste würden vor allem gewalttätig ablaufen, zu einer Strategie, die kaum deeskalierende Elemente wie beispielsweise Kommunikation mit den Organisator*innen enthielt, sondern vor allem auf „Hamburger Härte“ setzte. Dies wiederum verfestigte aufseiten der Demonstrierenden den Eindruck, durch die Polizei am Protest gehindert zu werden, da sie die Maßnahmen als undifferenziert und hart erlebten.²⁷ Gewalttätiges Handeln wurde schließlich auf beiden Seiten als legitim angesehen. Bei einer Befragung auf der Großdemonstration am 8. Juli 2017 hielten 56 Prozent der Befrag-

24 Vgl. Della Porta, 2013, S. 146–152.

25 Siehe Obaidi, Milan et al.: Living under threat: Mutual threat perception drives anti-muslim and anti-western hostility in the age of terrorism, in: *European Journal of Social Psychology*, Jg. 48 (2018), H. 5, S. 567–584; Lindekilde, Lasse: Discourse and Frame Analysis, in: Della Porta, Donatella (Hg.): *Methodological Practices in Social Movement Research*, Oxford 2014, S. 195–227.

26 Dieser Begriff wurde geprägt von Pratt, Douglas: Islamophobia as reactive co-radicalization, in: *Islam and Christian-Muslim Relations*, Jg. 26 (2015), H. 2, S. 205–218, um den Teufelskreis zu beschreiben, der sich ergibt aus Islamophobie, dem daraus entstehenden Generalverdacht gegenüber Muslim*innen und deren dadurch erlebten Diskriminierungserfahrungen, welche die Narrative islamistischer Rekrutierung plausibel machen.

27 Siehe Malthaner, Stefan/Teune, Simon/Ullrich, Peter: *Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017*, Berlin/Hamburg 2018, S. 2 f.

ten Widerstand gegen Polizeigewalt für legitim.²⁸ Die jeweiligen Feindbilder sind dabei bereits vor der gesondert zu behandelnden Konfrontationsgewalt und Eskalationsdynamik während der Ereignisse selbst zu trennen. Denn bereits vor dem Aufeinandertreffen hatten sich die Feindbilder verdichtet: Die „Hamburger Härte“ stand dem Aufruf „Welcome to Hell“ vonseiten der Demonstrierenden unversöhnlich gegenüber, der „Repression“ seitens der Staatsgewalt sollten Bilder des Widerstands entgegengesetzt werden.²⁹ Derlei Dynamiken müssten in der Präventionsarbeit, vor allem aber auch in der Strategie der Sicherheitsbehörden und Einsatzkräfte, berücksichtigt werden.

Framing-Prozesse spielen also eine wichtige Rolle für die Lenkung subjektiver Unrechtserfahrungen, die Schärfung von Zugehörigkeitsgefühlen und Feindbildern sowie die diskursive Formung externer politischer Ereignisse. Diese Prozessformen sind oft narrativ strukturiert. Wir wollen den Begriff der „Brückennarrative“ vorschlagen, mit dem wir identitätsstiftende Erzählstrukturen bezeichnen, die über die einzelne Gruppe hinaus wirken.³⁰ Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist der Umstand, dass es ideologische Diskurselemente (Ideologeme) oder Narrative gibt, die von verschiedenen Gruppen geteilt werden. Diese Narrative sind zwar in den jeweiligen radikalisierten Bereichen unterschiedlich zugeschnitten, gehören aber zu einem ähnlichen Set narrativer Bündel und erfüllen ähnliche Funktionen. So ist, wie bereits dargestellt, die Vorstellung, sich in einem legitimen Widerstand zu befinden, eine Erzählung, die sich sowohl im radikalisierten Islamismus, in den Erzählungen der neuen Rechten als auch in der Selbstinszenierung linker Militanz finden lässt. Solche Erzählungen strukturieren Wahrnehmungsmuster, Zugehörigkeitsattributionen und Handlungsoptionen und wirken dadurch als Transmissionsriemen für Radikalisierungsprozesse. Zugleich gibt es immer wieder Fälle ideologischer Konversionen, also Radikalisierungsverläufe, in denen zwischen verschiedenen Gruppen

28 Vgl. ebd., S. 44.

29 So die Gruppe „Block G20 – Colour the red zone“; vgl. ebd., S. 47. Malthaner unterscheidet ebenfalls zwischen situativen Eskalationsdynamiken und im engeren Sinne rational-strategischem Handeln durch militante Gruppen, „die gewaltsame Ausschreitungen zum Zweck der Machtdemonstration oder als Form radikalen Protests gezielt herbeiführen wollen“; Malthaner, Stefan: Riot im Schanzenviertel, in: *Mittelweg* 36, Jg. 28 (2019), H. 1–2, S. 151–176, hier S. 176. Vgl. auch Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): *Verfassungsschutzbericht 2018*, Berlin 2019, S. 107.

30 Fielitz, Maik et al.: *Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung*, Jena/London/Berlin 2018, bezeichnen geteilte Narrative als Türöffner-Themen.

und Zugehörigkeiten gewechselt wird. Dies ist bekannt für ehemals linke Aktivist:innen wie Jürgen Elsässer, jetziger Chefredakteur des AfD-nahen Mediums *Compact*, den ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler oder den ehemals linksradikalen und nun neonazistischen Rapper MaKss Damage. Es gibt aber auch Wechsel vom völkischen ins dschihadistische Lager, wie zuletzt der Fall von Sascha L. gezeigt hat.³¹ Seltener indes ist der Übergang aus der radikalen Linken in den islamistischen Bereich – auch wenn es Einzelfälle gibt wie Bernd Falk, ehemals Mitglied der linken Antiimperialistischen Zellen, der zum Islam konvertierte und sich inzwischen zu einem Multiplikator islamistischer Ideologie entwickelt hat.³²

Erscheinen solche Einzelfälle auf den ersten Blick zufällig und absurd, lassen sie dennoch die Frage aufkommen, ob ideologische Verbindungen zwischen ihnen bestehen. Wo auf solche Fälle hingewiesen wird, wird vor allem die ideologische Beliebigkeit in Radikalisierungsprozessen betont – umgekehrt aber müsste das radikalisierende Potenzial bestimmter Diskurse und Narrative untersucht werden. Das bedeutet nicht, dass es sich um Ausprägungen ein und desselben Phänomens (etwa eine Art allgemeinen „Extremismus“) handelt oder dass diese Phänomene gleichzusetzen seien. Die Narrative werden im jeweiligen Bereich selektiv herangezogen, jeweils spezifisch codiert und angeeignet – grundsätzlich gibt es aber Bündel von Narrativen, die eine Art gemeinsamen Erzähl- und Legitimierungs-Pool bilden.

In Bezug auf den strategischen und partiellen Zusammenschluss rechter und linker Strömungen und deren inhaltliche Überschneidungen wird im erweiterten Sinne von *Querfront* gesprochen. Darunter sind lagerübergreifende Allianzen mit anti-emanzipatorischen Schnittmengen wie Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit oder Antifeminismus zu verstehen.³³ Oft werden damit allerdings intentionale, strategische Allianzen bezeichnet. Mit dem Begriff der Brückennarrative betonen wir, dass die ideologischen Verbindungen nicht bewusst gezogen werden müssen. Auch ohne, dass die verschiede-

31 Siehe Stukenberg, Timo: Wenn aus Nazis Islamisten werden, in: www.deutschlandfunk.de, 15.12.2017, URL: www.deutschlandfunk.de/radikalisierung-in-deutschland-wenn-aus-nazis-islamisten.724.de.html?dram:article_id=406185 [eingesehen am 28.08.2019].

32 So unterstützt er etwa inhaftierte Salafist*innen wie Sven Lau; vgl. Hein, Matthias von/Felden, Esther: Wie ein ehemaliger Linksterrorist Salafisten im Knast betreut, in: www.dw.com, 25.10.2018, URL: www.dw.com/de/wie-ein-ehemaliger-linksterrorist-salafisten-im-knast-betreut/a-45813212 [eingesehen am 28.08.2019].

33 Vgl. Culina, Kevin/Fedders, Jonas: Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der *Querfront*-Zeitschrift *Compact*, Münster 2016.

nen Gruppen Kontakte zueinander haben (einige haben sie aber), ist Antisemitismus ein gemeinsamer Nenner von Teilen der Linken, völkischen Nationalist*innen und dschihadistischen Islamist*innen.³⁴ Auch in der Mitte der Gesellschaft ist Antisemitismus nach wie vor verbreitet. So verzeichnet die aktuelle „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung einen leichten Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus auf ca. ein Viertel der Befragten.³⁵ Die Autor*innen der Studie kommen außerdem zu dem Schluss:

„Während klassischer Antisemitismus in der Mitte und insbesondere rechts davon – gemessen an der politischen Selbstverortung – höher ausgeprägt ist als im linken Spektrum, ist der israelbezogene Antisemitismus bei jenen, die sich selbst politisch ‚ganz links‘ verorten fast ebenso hoch wie bei jenen, die sich ‚rechts‘ positionieren.“³⁶

Sina Arnold hat beispielsweise die Verbreitung von Antisemitismus unter linken Gruppen,³⁷ etwa im Rahmen der Occupy-Proteste³⁸ oder der „Boycott, Divestment and Sanctions“-Kampagne (BDS)³⁹ untersucht. Zu den Elementen linken Denkens, die besonders anschlussfähig für Antisemitismus sind, gehören personalisierte Kapitalismuskritik („Die Rothschilds, Rockefellers oder die amerikanische Ostküste“) und der Anti-Imperialismus, der Israel als imperialistischen Staat darstellt, der zusammen mit den USA die arabische Bevölkerung im Nahen Osten kolonisiere.⁴⁰

34 Vgl. Meiering, David: Antisemitismus als gemeinsamer Nenner, in: www.mediendienst-integration.de, 18.10.2018, URL: <https://mediendienst-integration.de/artikel/antisemitismus-als-gemeinsamer-nenner.html> [eingesehen am 28.08.2019].

35 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019, S. 82.

36 Ebd., S. 108 f.

37 Siehe Arnold, Sina: *Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11*, Hamburg 2016.

38 Siehe Arnold, Sina: *From Occupation to Occupy – Antisemitism and the Contemporary US Left*, in: Rosenfeld, Alvin H. (Hg.): *Deciphering the New Antisemitism*, Bloomington 2015.

39 Arnold, Sina: *A Collision of Frames: The BDS Movement and Its Opponents in the United States*, in: Feldman, David (Hg.): *Boycotts – Past and Present. From the American Revolution to the Campaign to Boycott Israel*, Cham 2019, S. 219–241.

40 Siehe Arnold, Sina: *Antisemitismus von Links*, in: www.anders-denken.info, 2018, URL: <https://www.anders-denken.info/informieren/antisemitismus-von-links> [eingesehen am 28.08.2019]; vgl. Arnold, Sina/König, Jana: „One Million Antisemites“? Attitudes towards

Implikationen für die Präventionsarbeit

Für die Präventionsarbeit bedeutet unser Ansatz ein Umdenken. Gesonderte Programme gegen spezifische Formen von „Linksextremismus“ bzw. „linke Militanz“, „Rechtsextremismus“ oder Islamismus könnten abgelöst werden von thematisch ausgerichteten Projekten, die Brückennarrative wie Antisemitismus, Widerstandsdenken, Antifeminismus oder auch Verschwörungsdenken in den Vordergrund stellen. Die Aufklärung über diese menschen- und demokratiefeindlichen Narrative schlägt gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: Sie kontextualisiert Inhalte, mit denen viele Jugendliche täglich in sozialen Medien, aber auch in subkulturellen Milieus konfrontiert sind, und kann somit auch in die soziale „Mitte“ der Gesellschaft hineinwirken. Außerdem ist es möglich, viele Angebote, die bis vor Kurzem noch unter dem Label der Präventionsarbeit liefen, wieder in die politische Bildungsarbeit zurückzuholen, die breiter wirkt und die typischen negativen Nebenwirkungen der Adressierung bestimmter als gefährdet geltender Gruppen vermeidet. So laufen etwa Präventionsangebote, die sich ausschließlich an muslimische Jugendliche richten, Gefahr, Stigmatisierungs- und Diskriminierungsgefühle hervorzurufen. Breitere Angebote, die an Brückennarrativen orientiert sind, wirken dagegen genereller und phänomenübergreifend sowohl auf Jugendliche als auch auf Erwachsene. Wird ein Schwerpunkt zu Antisemitismus in der Schule behandelt, kann man sowohl linken wie rechten wie islamistisch motivierten Antisemitismus thematisieren, ohne bestimmte Individuen beispielsweise in einer Schulklasse zu markieren.

Kontrovers diskutiert wird in der Forschung hingegen die Frage, ob es ausreiche, *gegen* derlei Brückennarrative zu arbeiten, oder ob die politische Bildungsarbeit nicht wirksamer sein könnte, wenn sie *für* emanzipativ-demokratische Narrative einträte. Es gibt erste Hinweise darauf, dass ein reines Dagegen in der politischen Aufklärungsarbeit nicht ausreicht, um fehlerhafte Annahmen dauerhaft zu entkräften.⁴¹ So werden Online-Videos, die *gegen* Radikalisierung argumentieren, negativer bewertet als Videos, die *für* demokratische Werte wer-

Jews, the Holocaust and Israel – an Anthropological Study of Refugees in Germany, in: Antisemitism Studies, Jg. 3 (2019), H. 1, S. 4–44, die Antisemitismus unter Geflüchteten in Deutschland untersuchen, wobei sie besonders die Verbindung von rassistischen Diskriminierungserfahrungen mit anti-jüdischen Einstellungen diskutieren.

41 Siehe Can, Man-pui Sally et al.: Debunking: A Meta-Analysis of the Psychological Efficacy of Messages Countering Misinformation, in: Psychological Science, Jg. 28 (2017), H. 11, S. 1531–1546.

ben.⁴² *Counternarratives* alleine scheinen nicht auszureichen für eine nachhaltige Deradikalisierung.⁴³ Dennoch sind Erzählungen ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Radikalisierungsprävention. So arbeitet etwa die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ explizit *für* die Stärkung freiheitlich-demokratischer Grundwerte und Normen. Frischlich nennt diese Erzählungen, die den Gegensatz von *Wir-gegen-die* zu überwinden versuchen, *alternative Erzählungen*.⁴⁴ Erfolgreiche Radikalisierungsprävention sollte sicher beides miteinander verbinden: die Aufklärung über menschen- und demokratiefeindliche Brückennarrative und ihre radikalisierende Wirkung sowie alternative Narrative, die Jugendliche für pluralistische Werte gewinnen können. Dazu muss Präventionsarbeit in die Regelstrukturen eingehen. Erkenntnisse der sektoral geförderten Programme wie „Demokratie Leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend müssen in die Arbeit institutioneller Träger*innen der Zivilgesellschaft einfließen. Das zuletzt vorgeschlagene Gesetz zur breiten politischen Bildungsarbeit und Demokratieförderung könnte dazu einen Ansatzpunkt bieten.⁴⁵

42 Siehe Frischlich, Lena et al.: The Power of a Good Story: Narrative Persuasion in Extremist Propaganda and Videos against Violent Extremism, in: *International Journal of Conflict and Violence*, Jg. 12 (2018), S. 1–16.

43 Siehe Frischlich, Lena: Extremistische Propaganda und die Diskussion um „Gegenerzählungen“, in: www.bpb.de, 16.07.2019, URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/293970/extremistische-propaganda-und-die-diskussion-um-generzaehlungen> [eingesehen am 28.08.2019].

44 Vgl. ebd.

45 Siehe Bader, Naomi: Hangeln von einer Befristung zur nächsten, in: www.zeit.de, 06.11.2018, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/demokratie-foerderung-gesetz-franziska-giffey-bildungsprojekt-chemnitz> [eingesehen am 28.08.2019].

Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz

In diesem Artikel wird die Förderung von Modellprojekten zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz durch Bundesprogramme seit 2010 dargestellt. Damit verbunden sind Einblicke in die Projektlandschaft und deren größte Herausforderungen sowie der Wandel der verwendeten Begrifflichkeiten und die an die Bundesprogramme herangetragene Kritik.

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird seit Beginn der 2000er Jahre auf Bundesebene vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Erklärte Ziele sind dabei die Strukturförderung, die Unterstützung lokaler Netzwerke, aber auch die Erprobung von Modellprojekten. 2010 wurde als Ergänzung zum Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ das fünf Jahre laufende Bundesprogramm „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN (IDS)“¹ initiiert. Zusätzlich zur Bearbeitung von Rechtsextremismus und damit einhergehenden Phänomenen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ wurden innerhalb der IDS erstmalig die Themenbereiche islamistischer Extremismus und Linksextremismus in den Fokus gerückt.

In diesen bis dahin wenig bearbeiteten Themenfeldern sollte die pädagogische Praxis gestärkt werden, um präventiv mit gefährdeten sowie bereits Radikalisierungstendenzen zeigenden Jugendlichen zu arbeiten. Ebenso war es das Ziel, universalpräventive Ansätze zu erproben,² zusätzliche Angebote für „sozialisati-

1 Informationen und Abschlussberichte (auch der wissenschaftlichen Begleitung) finden sich gesammelt unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/weitere-programme-und-initiativen/abgeschlossene-programme-und-initiativen.html> [eingesehen am 04.08.2019].

2 Zur Einordnung der Präventionsstufen vgl. Johansson, Susanne: Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in den Feldern der Pädagogik, der Beratung und Ver-

onsrelevante Akteure“ und Multiplikator*innen zu fördern und durch begleitende Förderung von Forschungsprojekten wissenschaftliche Grundlagen zu schaffen.³ Von den insgesamt vierzig geförderten Modellprojekten beschäftigten sich 15 dezidiert mit der Thematik „Linksextremismus“, drei Projekte waren zusätzlich sowohl im Handlungsfeld islamischer Extremismus als auch Linksextremismus aktiv.⁴ Des Weiteren wurden zwei wissenschaftliche Forschungsprojekte zum Themenkomplex „Linksextremismus“ gefördert.⁵ Grundsätzlich zeigte sich eine Skepsis vonseiten der Träger*innen, sich dem Thema „Linksextremismus“ zu widmen, was sich in der im Vergleich zu den anderen Themenfeldern geringen Träger*innenanzahl widerspiegelte. Dies stand im Kontrast zu den bereitgestellten finanziellen Mitteln und der vergleichsweise geringen Konkurrenz um ebenjene Fördermittel.

Doch vor welchen Problemen standen die präventiven Modellprojekte im Themenbereich Linksextremismus? Die Schwierigkeiten gründen vor allem darauf, so formuliert es auch der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zur IDS, dass es „Probleme bei der Suche nach (pädagogisch) bearbeitbaren und bearbeitungswürdigen Aspekten von Linksextremismus“⁶ gibt. Bearbeitungsprobleme, so wird auch dieser Artikel aufzeigen, entstehen durch fachliche Wissensdefizite und Schwierigkeiten, die jeweilige Zielgruppe zu erreichen. Doch bereits davor ist die Frage danach zu klären, was überhaupt im pädagogisch-präventiven Kontext bearbeitungswürdig ist. Anders als in den Themenfeldern Rechtsextremismus oder Islamismus hat man es mit einer thematischen Gemengelage zu tun, die im Sinne einer Demokratieförderung nicht nur negative, zu prävenierende Aspekte aufweist; erhebliche Teile einer sich als links ver-

netzung. Eine kurze Begriffseinordnung und -abgrenzung, 2012, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/Aufsatz_S._Johannson_REpraevention_final.pdf [eingesehen am 26.08.2019].

- 3 Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, in: www.dji.de, 2014, URL: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/1443_Abschlussbericht_IDS.pdf, S. 4 [eingesehen am 06.08.2019].
- 4 Siehe ebd., S. 10. Diese Zahlen enthalten auch Projekte, die nicht die gesamte Förderphase dauerten und/oder vorzeitig beendet wurden. Ein Beispiel dafür ist eine zwar organisierte, aber nicht durchgeführte Fahrt der Jungen Union Köln nach Berlin, die medial kritisch begleitet worden war; vgl. hierzu Schmidt, Wolf: Kaffeefahrt gegen Links abgesagt, in: www.taz.de, 16.12.2010, URL: <http://www.taz.de/!5130315/> [eingesehen am 04.08.2019].
- 5 Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 57.
- 6 Ebd., S. 35.

stehenden Szene setzen sich für mehr demokratische Beteiligung und Vielfalt ein, sind aktiv gegen Rassismus und andere Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Dies entspricht in weiten Teilen den Positionierungen des Bundesprogramms selbst. Eine klare Zieldefinition der pädagogischen Bearbeitung ist somit notwendig, um politisch-legitime Haltungen und Meinungen zuzulassen und problematische, extremistische Elemente im linken Spektrum, wie beispielsweise Gewaltlegitimation oder Dogmatismus, bearbeitbar zu machen.⁷

Das von der damaligen Familienministerin Kristina Schröder (CDU) initiierte Bundesprogramm IDS war – auch aufgrund seiner politischen Kontroversität – stellenweise massiver Kritik ausgesetzt. Diese entzündete sich u. a. an der thematischen Ausweitung auf den Bereich Linksextremismus und an der Nutzung des Begriffes „Linksextremismus“. Im Folgenden soll auf die Begriffsverwendung durch die Modellprojekte eingegangen werden, da dies strukturbezogene Erkenntnisse – nicht nur für das Bundesprogramm IDS, sondern auch für das Nachfolgeprogramm – liefern kann: War vom Bundesprogramm her der Begriff nicht definiert, bestand für die Modellprojekte die Herausforderung darin, das Konzept „Linksextremismus“, das aus der Extremismustheorie und Totalitarismusforschung stammt,⁸ „in die pädagogische Praxis zu übersetzen“⁹. Diese Übersetzungsprozesse waren relevant für die pädagogische Bearbeitung: Die Modellprojekte klärten dadurch für sich, welche Aspekte sie als pädagogisch bearbeitungswürdig ansahen und welche Zielgruppe(n) hierfür erreicht werden sollte(n).

Wie die wissenschaftliche Begleitung in ihrem Abschlussbericht festhielt, ließen sich drei unterschiedliche Übersetzungsstrategien nachvollziehen: Die Hälfte aller Projekte übernahmen akklamatorisch die extremismustheoretische Definition, teilten ebenso die Problemwahrnehmung und entwickelten darauf aufbauend wissensgenerierende oder aufklärungspädagogische Projekte. Ein Viertel der Projekte übernahm zwar den Programmgegenstand Linksextremismus, distanzierte sich jedoch vom extremismustheoretischen Modellgebilde und spezifizierte den Begriff und die Problembeschreibung für die eigene Nutzbar-

7 Vgl. hierzu Scherr, Albert: Herausforderungen und Grundsätze von Jugendarbeit und politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit Linksextremismus, in: Forum Jugendhilfe, Jg. 67 (2019), H. 2, S. 33–38; vgl. ebenfalls Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2015, S. 181–194.

8 Vgl. ebd., Kap. 2.

9 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 35.

machung durch wissenschaftliche Erkenntnisse und Lernerfahrungen, vor allem aus der eigenen Praxisarbeit. Diese Projekte nutzten Ansätze, die entweder kunstpädagogische Bildung mit politischer Bildung verbanden, die Zugänge zu linksaffinen Jugendlichen erschließen sollten oder Perspektivwechsel weg von Linksextremismusprävention hin zu Demokratieförderung vornahmen. Ein weiteres Viertel der Projekte agierte mit einem distanziert-relativierenden Verhältnis zum Linksextremismusbegriff und -bezug. Der Oberbegriff wurde abgelehnt, stattdessen wurde auf aus ihrer Sicht kritikwürdige Elemente linker Handlungspraxen fokussiert und so Projekte zum israelbezogenen Antisemitismus oder zur Arbeit mit ideologisierten Gewalttäter*innen initiiert. Somit fand eine Bearbeitung von Einzelphänomenen statt.¹⁰

Die Fokussierung auf Linksextremismus und die besonders in Teilen der Fachöffentlichkeit wahrgenommene Gleichsetzung der Phänomene Links- und Rechtsextremismus bereitete den Modellprojekten im Themenfeld Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten auf der Projektebene und in der fachlich-pädagogischen Umsetzung. Durch die oftmals kritische Außenbegleitung des Bundesprogramms und der Projekte selbst waren Zugänge zu möglichen Zielgruppen verstellt oder zumindest verkompliziert.¹¹ Die Vorwürfe waren dabei mannigfaltig und zielten hauptsächlich darauf ab, dass durch die Modellprojekte in diesem Feld gegen linke Ideen vorgegangen oder eine Spionagefunktion innerhalb der linken Szene eingenommen werde. Auch würde durch die Finanzierung innerhalb der IDS und die Fokussierung auf das Themenfeld Linksextremismus der Kampf gegen Rechtsextremismus geschwächt.¹²

Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im Jahr 2014 kam zu der Einschätzung, dass „der

10 Siehe ebd., S. 36–45.

11 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 50. Zudem Fuhrmann, Maximilian et al.: Kurzbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, in: www.dji.de, 2012, URL: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_14974_Kurzbericht_WB.pdf, S. 38 [eingesehen am 14.07.2019].

12 Ebd., S. 34f. Vgl. dazu auch den offenen Brief von Hafenecker, Beno et al.: „Fahrlässiges Signal an die extreme Rechte“, in: www.zeit.de, URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2009/11/27/fahrlaessiges-signal-an-die-extreme-rechte_1926 [eingesehen am 06.08.2019]. Auch der IDS-Abschlussbericht schreibt hierzu: „[...] war nicht automatisch von einem gesellschaftlich weitgehend geteilten Konsens der Notwendigkeit einer präventiven Bearbeitung dieser Themenfelder auszugehen – dies gilt wiederum im besonderem Maße für den Programmbereich Linksextremismus.“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 5.

Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter aktuell nicht gegeben ist“; jedoch wurden einige entwickelte Präventionsansätze mit „hohe[r] Themen- und/oder Zielgruppenspezifik“ hervorgehoben und deren Fortsetzung in anderen lokalen Gegebenheiten oder mit weiteren Zielgruppen angeregt.¹³ Um mit dem Begriff „Linksextremismus“ verbundenen Problemen entgegenzuwirken, wurde bei der Auflage des Folge-Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (DL!) mit der Laufzeit 2015–19¹⁴ eine Anpassung vorgenommen: Mit einer Begriffsverschiebung hin zu linker Militanz wurden andere Phänomenbereiche adressiert und somit Teilen der Kritik Rechnung getragen. „Linke Militanz“ findet sich nun im Programmbereich der „Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention“ gemeinsam mit „Rechtsextremen Orientierungen und Handlungen“ sowie „Islamistischen Orientierungen und Handlungen“.

Im Gegensatz zum Begriff „Linksextremismus“, welcher auf geschlossene Weltbilder und demokratiefeindliche Organisationen abzielt, entstammt der Begriff der linken Militanz der Bewegungs- und Protestforschung. Hiermit werden „Gruppenidentitäten und [die] Wechselwirkungen zwischen Protestgruppen und staatlichen Institutionen oder politischen Gegnern“¹⁵ in den Blick genommen. Gewalt als ein Kernelement der Extremismusprävention lässt sich somit „im Kontext gesellschaftlichen Protestgeschehens, der Jugendphase sowie als Teil von [...] Protestbewegungen [...] verorten“¹⁶.

Seit dem Start des Bundesprogramms 2015 und einer allgemeinen Erhöhung der Anzahl von Modellprojekten im Jahr 2017 finden sich im Phänomenbereich linke Militanz nun acht geförderte Modellprojekte von sieben Projektträger*innen; davon wurden lediglich zwei Träger bereits im Bundesprogramm IDS im Linksextremismusfeld gefördert und übertrugen überarbeitete und erweiterte Modellprojektideen in DL!. Die Beteiligungsprobleme von Träger*innenseite in diesem Themenbereich haben sich somit seit IDS erneut verschärft.

13 Ebd., S. 50.

14 Für „Demokratie Leben!“ ist von 2020–24 eine zweite Förderphase angesetzt. Interessierte Projektträger*innen müssen ein neues Interessensbekundungsverfahren durchlaufen und neue Modellprojektvorschläge einbringen, basierend auf neuen Zielstellungen aus den Förderaufrufen.

15 Greuel, Frank et al.: Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“, in: www.demokratie-leben.de, 2015, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Bundesprogramm/Programmevaluation_und_WB/Erster_Zwischenbericht_MP_2015__2_.pdf, S. 136 [eingesehen am 14.07.2019].

16 Ebd., S. 137.

Vor einer Betrachtung der Modellprojekte, Ansätze und Vorgehensweisen im Feld ist auf die zu Beginn von DL! durch die wissenschaftliche Begleitung hervorgerufenen und im Allgemeinen immer noch gültigen Herausforderungen für die Modellprojekte einzugehen. Diese beziehen sich auf Wissensdefizite, Zielgruppenerreichung, Heterogenität der Zielgruppe und Interventionsstrategien.¹⁷

Ein Blick auf die wissenschaftliche Bearbeitung des Themenkomplexes linke Militanz (und parallel dazu: Linksextremismus) zeigt, dass diese ungenügend und in geringem Umfang durchgeführt wird. Es fehlt an Studien zu ideologisch verfestigter Militanz ebenso wie zu Verläufen von Radikalisierungsprozessen und deren Vorbedingungen. Um Zugang zur designierten Zielgruppe zu erhalten und geeignete Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, ist ein belastbarer Erfahrungsstand über linke Gruppierungen, deren Ziele und Handlungsweisen sowie möglicher Konfliktlinien vonnöten. Besonders relevant für die Arbeit der Modellprojekte ist die bereits erwähnte fehlende Klärung auch aus wissenschaftlicher Sicht, „was konkret (pädagogisch) bearbeitbare und bearbeitungswürdige Aspekte“¹⁸ des Linksextremismus sind. Somit entsteht eine „Ungleichzeitigkeit zwischen der Arbeit an modellhaften Präventionskonzepten auf der einen und der dafür notwendigen, aber weithin noch fehlenden wissenschaftlichen Bearbeitung auf der anderen Seite“¹⁹.

Schwierigkeiten bereitet nach wie vor der konkrete Zugang zur Zielgruppe. Je nachdem, ob eine universelle, selektive oder indizierte Prävention angestrebt wird, ist die mögliche Zielgruppe sehr weit gefasst oder verdichtet sich zu einer sehr kleinen Gruppierung. Der Zugang zu radikalierungsgefährdeten Personen stellt dabei eine besondere Herausforderung dar: Da diese meist szeneintern vernetzt sind, ein starkes Interesse an Klandestinität und Anonymität besitzen und vielfach eine kritisch-ablehnende Position gegenüber staatlichen Stellen und Instrumentarien einnehmen, stehen sie den staatlich finanzierten Modellprojekten von DL! im Bereich der linken Militanz skeptisch gegenüber – auch, weil diese teilweise als ausforschendes Organ wahrgenommen werden. Überdies besteht die Gefahr, dass Modellprojekte ihre Zielgruppe nicht spezifisch genug definieren, um den Zielgruppenzugang zu erleichtern. Werden Projekte mit unauffälligen Jugendlichen durchgeführt, liegt eine Gefährdungsannahme zugrunde, dass Jugendliche und junge Erwachsene für radikale, militante Meinungen generell empfänglicher sind. Hier kann von einer Stigmatisierungsgefahr der weitgefass-

17 Ebd., S. 137f.

18 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 34.

19 Ebd.

ten Zielgruppe ausgegangen werden.²⁰ Auch wenn sich diese Erreichungsprobleme ebenfalls in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Islamismus finden lassen, sind sie *die* Kernprobleme der pädagogischen Bearbeitung von linker Militanz.

Die Suche nach der korrekten Zielgruppe entspringt auch der Problematik der Heterogenität der Zielgruppe in diesem Themenfeld, die sich in einem Spannungsfeld zwischen Patchworkideologien, jugendkultureller Beteiligung und verfestigten radikalen Ansichten befindet.²¹ Verbunden damit, dass eine Interventionsstrategie darauf reagieren muss, dass linke Militanz mitunter eher aus situativen Konfliktkonstellationen denn aus einer gefestigten Ideologie und Haltung heraus erfolgt, ist die Erprobung neuer Zugangsstrategien notwendig.²²

An dieser Stelle folgt nun eine Beschreibung der acht Modellprojekte, die im Themenfeld linke Militanz von DL! gefördert werden.²³ Für die Mehrheit dieser Projekte (sechs aus acht) sind Jugendliche und junge Erwachsene die anvisierte Hauptzielgruppe, mit der pädagogisch gearbeitet werden soll. Zwei Projekte wenden sich hauptsächlich an Multiplikator*innen und pädagogische Fachkräfte.

Die von DL! vorgegebene Programmleitlinie ermutigt die Modellprojekte zu „explorativ-experimentellen Projektdesigns“, innerhalb derer „konzeptionelle Pionierarbeit“ möglich ist – eine Reaktion auf die bisherige „Unerschlossenheit des Themenfelds“²⁴ linke Militanz. So verwenden und adaptieren die Modell-

-
- 20 Greuel et al., 2015, S. 138; vgl. auch Scherr, Albert: Zwischen legitimer Gesellschaftskritik und Extremismusstigmatisierung? Was müssen pädagogische Konzepte beachten?, in: Bundesfachstelle Linke Militanz (Hg.): Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis, 2018, www.linke-militanz.de, URL: <http://www.linke-militanz.de/data/akten/2019/03/bundesfachstelle-linke-militanz-praeventionsarbeit-deeskalationsstrategien-konferenzdokumentation-2018.pdf>, S. 5 [eingesehen am 05.08.2019].
- 21 Vgl. dazu Fuhrmann, Maximilian: Linksextremismus – kein Thema für die politische Bildung, in: Baron, Philip et al.: Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf 2018, S. 48–55, hier S. 50–53; vgl. auch Greuel et al., 2015, S. 137.
- 22 Siehe ebd., S. 136 ff.
- 23 Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Programmbereichs DL!-Radikalisierungsprävention am DJI arbeitet Themenfeldlogiken über den gesamten Programmbereich statt Einzelprojektlogiken heraus. Aus Anonymisierungsgründen wird auf eine namentliche Einordnung sowie einzelne Bewertungen dieser Projekte verzichtet. Die Projekte lassen sich auf der Website von DL! einsehen: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/radikalisierungspraevention.html#t-2> [eingesehen am 06.08.2019].
- 24 Greuel et al., 2015, S. 138 ff.

projekte eine Vielzahl verschiedener Ansätze. Darunter finden sich aufklärungs-, kunst- und medienpädagogische sowie demokratiefördernde Ansätze, Fortbildungs- und Beratungsstrukturen ebenso wie Konzepte der politischen und politisch-historischen Bildung. Die Ansatzvielfalt ist auch eine Reaktion auf die differente, pädagogisch zu bearbeitende Problemwahrnehmung und -konstruktion zwischen den Projekten: Während bei einem Projekt eine Vielzahl problematischer Haltungen und Gruppierungen in einem geschichtlichen Rückblick und in einem Blick auf die Gegenwart aufgezeigt werden, nehmen zwei weitere Projekte einen engen Zuschnitt auf Antisemitismus innerhalb linker Bewegungen vor, ein anderes fokussiert auf Identitätsfragen und -konflikte bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Bezogen auf die Zielgruppe lässt sich die bereits erwähnte Erreichungsproblematik feststellen. Die Nichterreichung radikalierungsgefährdeter Personen führt zu Umsteuerungen im Projektkonzept, wodurch stattdessen mit risikoarmen Zielgruppen gearbeitet wird.

Ebenso gibt es im Themenfeld Ansätze, die sich gegen eine getrennte pädagogische Radikalisierungsprävention innerhalb der einzelnen Themenbereiche linke Militanz, Islamismus oder Rechtsextremismus aussprechen. Durch die Ausdehnung auf *ideologisch motivierte Gewalt* ermöglichen sie eine themenfeldübergreifende Bearbeitung mit Fachkräften, bei der niedrigschwellig die Arbeit zu linker Militanz mit einbezogen werden kann. Dies erscheint bei Fachkräften besonders sinnvoll; denn auch wenn diese leichter erreichbar sind als gefährdete Jugendliche, sehen sie mehrheitlich keinen oder lediglich geringen Bedarf für Radikalisierungsprävention im Bereich linke Militanz.

Die eingangs erwähnte schwierige und folgenreiche Klärung, welche Aspekte relevant für die pädagogische Bearbeitung von Linksextremismus und linker Militanz sind, steht weiterhin weitestgehend aus. Während einige Modellprojekte von sich aus keine oder bloß geringe Bedarfe im Themenfeld sehen, wäre eine vereinte Anstrengung nötig: Eine angeregte Wissensproduktion zu den bereits skizzierten Forschungslücken wäre fachlich verwendbar für die pädagogisch-praktische Arbeit der Modellprojekte. Darauf aufbauend ist es Aufgabe der Modellprojekte, sich innovativer Ansätze und Zugangsstrategien zu bedienen und diese zu erproben. Dadurch würden verschiedene Möglichkeiten ausgelotet werden, um zu einer belastbaren, zielgerichteten selektiven und indizierten Prävention vorzudringen. Die kommende Förderphase von DL! wird zeigen, inwieweit dieser Fortschritt gelingen kann.

Pädagogische Perspektive

„Extrem demokratisch“ – Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung¹

Dieselbe Liga oder gar dasselbe Spiel? Muss politische Bildungsarbeit immer gleichzeitig gegen „rechts“ und „links“ aktiv werden? Ist das eine nur der Gegenpol des anderen? Oder ist es nicht mal dieselbe Sportart? Wer mit beiden Augen schaut, hat auch zwei Perspektiven.

Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) ist eine Institution der außerschulischen politischen Jugendbildung am Lernort Weimar. Das in der EJBW durchgeführte Modellprojekt trug den Titel „Auseinandersetzung mit antidemokratischen, gewaltbereiten, linksextremistischen Ideologien und Strömungen“ und wurde zwischen 2010 und 2013 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen der Initiative Demokratie Stärken (IDS) gefördert. Im internen Gebrauch setzte sich allerdings der Name „Deko-Projekt“ durch, da der Fokus auf der Vermittlung von demokratischen Kompetenzen lag.

Das Projekt setzte bei der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen an,² die im Rahmen der Stärkung der Demokratie sowie in der differenzierten und kritischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des „Linksextremis-

1 Dieser Artikel beruht auf Lohe, Christian-Friedrich et al.: Fokus (Links-)Extremismus und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“, in: Deutsche Jugend, Jg. 61 (2013), H. 6, S. 265–272.

2 Vgl. Reinhardt, Sybille: Demokratische Kompetenzen, in: Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms: „Demokratie lernen & leben“, in: www.pedocs.de, 2004, S. 2–22, URL: <https://www.pedocs.de/volltexte/2008/163/pdf/Reinhardt.pdf> [eingesehen am 08.08.2019].

mus³ von Bedeutung sind. Insbesondere letzterer Aspekt stand zum Zeitpunkt der Initiierung des Projekts aus guten Gründen in der (Fach-)Öffentlichkeit in der Kritik.⁴

Theoretische Grundlagen des Projektes

Grundsätzlich hielten wir schon früh im Projekt die Extremismustheorie für ein ungeeignetes Instrument, um antidemokratische, gewaltbereite sowie „linksextemistische“ Strömungen und Tendenzen einzuordnen. Die Gegenüberstellung von Rechts- und „Linksextemismus“ führt in der öffentlichen Debatte bis heute vielfach zu der Annahme, dass es sich um ähnliche Phänomene handle oder dass das eine das Gegenteil des anderen sei. Darüber hinaus sagt das Schema nichts über die zugrunde liegenden Welt- und Menschenbilder aus, sodass die dem Rechtsextemismus inhärente Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und die damit verbundene Ablehnung grundlegender Menschenrechte ggf. an Bedeutung verlieren.⁵

Unabhängig von Radikalisierungstendenzen, die es durchaus gibt und die auch im Projekt thematisiert wurden, bezog sich die Kritik nicht nur auf die Gefahr einer möglichen Gleichsetzung der beiden politischen Extreme, sondern auch auf die Eindimensionalität des Theoriemodells an sich. Die politische Realität in Deutschland ist wesentlich komplexer. Was rechts und was links ist, lässt sich nicht genau verorten. Schon der Soziologe Seymour Martin Lipset unterstrich, dass es mindestens zweier Dimensionen (sozialistisch-kapitalistisch und demokratisch-autoritär) bedarf, um politische Akteure einordnen zu können. Diesem Gedanken folgend, basiert das Projekt „DeKo“ auf einem mehrdimen-

3 Ich setze den Begriff „Linksextemismus“ und damit verwandte Begriffe generell in Anführungszeichen, um die Kritik am Extremismusmodell und fehlende sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse deutlich zu machen.

4 Vgl. Ballhausen, Ulrich: Darf sich die politische Jugendbildung am Linksextemismusprogramm des BMFSFJ beteiligen – und wenn ja, in welcher Form? Anmerkungen zur aktuellen Debatte, in: Journal für politische Bildung, H. 1/2011, S. 56–61.

5 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextemismus im Wandel, Berlin 2005, S. 19; Lazar, Monika et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen, Gewalt ächten, Scheindebatten vermeiden, in: www.b-b-e.de, 2010, S. 1–16, hier S. 8, URL: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/nl21_arguhilfe.pdf [eingesehen am 08.08.2019]; Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 16. Dies bestätigte auch Prof. Albert Scherr in seinem Input bei der Tagung der Bundesfachstelle Linke Militanz im September 2018.

sionalen Modell des Politikwissenschaftlers Richard Stöss, das den politischen Raum durch eine Fokussierung auf Wertekonflikte abbildet.⁶ Auf dieser Grundlage stehen sogenannte Extremismen nicht an den Rändern, sondern sind an mehreren Orten bzw. bei mehreren Gruppen zu verzeichnen.

Zudem wollte die EJBW den Blick für eine Korrelation zwischen der (mangelnden) Diskursfähigkeit junger Menschen und Multiplikator*innen sowie antidemokratischen, gewaltbereiten Tendenzen schärfen. Dabei wurde *Diskurs* im Sinne Foucaults verstanden als „komplexe Praxis“, die „soziale[n] und gesellschaftliche[n] Sinn generiert [...], indem verschiedenste Elemente zueinander in Beziehung gesetzt werden und damit als differente Elemente verstanden werden“.⁷ Nachdem sich Diskurse institutionalisiert haben und somit auf Regeln und Funktionsweisen beruhen, lassen sie sich als (soziale) Praktiken verstehen. Im vereinfachten Sinn sind diese Praktiken mit ihren inhärenten Wahrheiten Ausgangspunkt für (soziale) Ordnungen bzw. Ideologien.⁸ Falls der Diskurs, der sowohl verschiedene Elemente als auch Beziehungen dieser Elemente integriert, abbricht und sich Denksysteme nur in Rückbezug auf sich selbst gültige Wahrheiten erschließen, entsteht nach unserem Dafürhalten ein Potenzial, das antidemokratischen, gewaltbereiten Tendenzen Vorschub leistet.

Auf theoretischer Ebene ließen sich letztlich vier Thesen bzw. Ansprüche ableiten. Die EJBW sah durch das Projekt die Möglichkeit:

1. den Begriff „Linksextremismus“, der wegen seiner Eindimensionalität und Uneinheitlichkeit in der Kritik stand (und steht), einer genaueren Analyse zu unterziehen;
2. auf die Schwächen dieses Begriffs und die mit seiner Anwendung verbundenen Irritationen hinzuweisen sowie eine entsprechend konstruktive Praxis zu erarbeiten;
3. die Erfahrungen im Rahmen des Projektkontextes in die Debatte um die Definition, die Grenzen und die Anwendung des Begriffs „Linksextremismus“ einzubringen;

6 Siehe Stöss, 2005, S. 21.

7 Nonhoff, Martin: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld 2005, S. 23.

8 Vgl. Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, Frankfurt/M. 2009, S. 72–74; auch Bührmann, Andreas D./Schneider, Werner: Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld 2008, S. 9.

4. dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es in unserer Gesellschaft Irritationen innerhalb des linken politischen Spektrums gab (und gibt) – selbst wenn diese nicht unter dem Begriff des „Linksextremismus“ subsumierbar sind –, und diese anzusprechen.

Um eine mögliche Existenz antidemokratischer Einstellungsmuster und Einstellungen feststellen zu können, haben wir auf der Grundlage der Ursachenmechanismen von Menschenfeindlichkeit und Extremismen folgende Kriterien genutzt:⁹

- Gewaltbereitschaft,
- Theorie sozialer Identität/Abgrenzungsmechanismen,
- autoritäre Persönlichkeit,
- Individualisierung und Orientierungslosigkeit,
- soziale Desintegration,
- Ökonomisierung des Sozialen.

Ziele

Die pädagogische Prävention gegen „Linksextremismus“ der IDS stellte das Projekt gleich zu Beginn vor eine Herausforderung. Prävention wird häufig übersetzt mit der Vermeidung eines unerwünschten Ergebnisses durch gezielte Maßnahmen. So verstanden, intendiert Prävention einen gültigen Konsens über eine Problemlage und das Wissen um eine wirksame pädagogische Praxis.¹⁰ Im Bereich der sogenannten „Linksextremismus“-Prävention liegt das Pro-

9 Zu Gewaltbereitschaft vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaldforschung, Wiesbaden 2002; Tajfal, Henri: Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern 1982; zur autoritären Persönlichkeit vgl. Adorno, Theodor W. et al.: The authoritarian personality, New York 1950; zu Individualisierung und Orientierungslosigkeit vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986; Heitmeyer, Wilhelm et al. (Hg.): Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitsuche und gesellschaftlichen Reaktionen, Weinheim/Basel 2011; zu sozialer Desintegration vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: dies. (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim/München 2000, S. 17–75; zur Ökonomisierung des Sozialen vgl. Messner, Steven.F./Rosenfeld, Richard: An institutional-anomie theory of crime, in: Paternoster, Raymond/Bachman, Ronet (Hg.): Explaining criminals and crime. Essays in Contemporary Criminological Theorie, Los Angeles, S. 151–160.

10 Vgl. Lindner, Werner: Von allen guten Geistern verlassen? Anmerkungen zum Verhältnis von Innerer Sicherheit, Prävention und fachlichen Maximen der Kinder- und Jugendar-

blem darin, dass auf keine exakten Verweise zur Problemlage, keine belastbaren Forschungsergebnisse oder eine konkrete Praxis zurückgegriffen werden konnte (bzw. kann).¹¹ „DeKo“ – verstanden als lernendes Projekt – umging dies mit einem Präventionsansatz, der pro-demokratisch befähigen und nicht anti-„linksextrem“ aufklären will.¹² Das Projekt schuf ein Repertoire an Lerngelegenheiten und Orten des Nachdenkens über unsere Gesellschaft. Die intendierten Ziele des Projektes lassen sich wie folgt skizzieren:¹³

- a) Erarbeitung einer Problembeschreibung,
- b) Akquisition linksideologischer Zielgruppen,
- c) Arbeit mit allen jugendlichen Zielgruppen,
- d) Erarbeitung spezifischer, an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientierter Materialien und Methoden,
- e) Bereitstellung von Ermöglichungsräumen für demokratisches Handeln,
- f) Berücksichtigung von Grundlagen in Wissenschaft und Forschung, um einen hohen Reflexionsgrad zu gewährleisten,
- g) Beobachtung und Prüfung, welche Annahmen sich in der pädagogischen Praxis spiegeln (entsprechend der Verweise in den damaligen Verfassungsschutzberichten oder entsprechend der These des „Phantomschmerzes“),¹⁴
- h) Erkennung und Bearbeitung von Ursachenmechanismen von Extremismen, menschenfeindlichen Einstellungen und radikalem, gewaltbareitem Handeln.

Um diesen Zielen nachzukommen, strukturierte sich das Projekt in vier Säulen:

1. Im Vordergrund dieser ersten Säule stand Bildung. Zentral war die Durchführung von Seminartagen für Jugendliche bzw. Multiplikator*innen und die Zuschneidung der konkreten Inhalte der Kompetenzmodule auf die Ursachenmechanismen von Extremismen, menschenfeindlichen Einstellungen und

beit, in: Dahme, Jürgen et al. (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Sozialstaat, Op-laden 2003, S. 277–293.

11 Vgl. Fuhrmann, Maximilian: Linksextremismus — kein Thema für die politische Bildung, in: Baron, Philip et al. (Hg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf 2018, S. 48–56, hier S. 48 f.

12 Darüber hinaus „funktioniert“ (non-formale und informelle) Bildung nicht mechanistisch. Die Wirksamkeit non-formaler und informeller Bildung lässt sich – insbesondere in kurzzeitpädagogischen Settings – auch nicht auf einen „leicht messbaren“ Output reduzieren.

13 Die einzelnen Punkte stehen in keinem hierarchischen Verhältnis zueinander.

14 Vgl. Ballhausen, 2011, S. 57. Ballhausen verweist mit diesem Begriff auf die Diskrepanz zwischen der Einschätzung von Verfassungsschutzbehörden und den sozialwissenschaftlichen Daten zum Bedrohungspotenzial für die parlamentarische Demokratie von links.

radikalem Handeln. Diese wurden verstanden als ein transparenter, offener, systematischer und zielorientierter Prozess, bei dem alle Beteiligten auf der Basis gemeinsam erarbeiteter Qualitätsstandards die inhaltliche Arbeit und die Strukturen der Seminare kontinuierlich konstruierten, evaluierten und weiterentwickelten, um die Qualität mit Blick auf die Bedürfnisse der Nutzer*innen nachhaltig zu sichern und zu steigern.

2. Die zweite Säule bildete die Materialienentwicklung. Hier wurden Bildungsmaterialien für den formalen und non-formalen Bereich entwickelt. Dazu galt es, u. a. die einzelnen Seminarbausteine hinsichtlich Zielgruppenorientierung und Verwertbarkeit für eine nachhaltige Verwendung zu beurteilen, bisher erarbeitete Seminarunterlagen zu sichten, geeignete Vermittlungsmethoden auszuwählen und zu gestalten sowie schließlich Seminarmaterialien für spezifische Zielgruppen nach Anforderungsniveau zu differenzieren.

3. Die dritte Säule der Sensibilisierung erfolgte sowohl durch Veranstaltungen für Multiplikator*innen als auch durch Teilhabe an der Seminarentwicklung und -durchführung sowie an der Materialienentwicklung. In Form eines Beratungs- und Evaluationsprozesses konnten dadurch Projektressourcen gebündelt und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Eingebunden wurden unsere bundesweiten Kooperationspartner*innen vom Projektbeirat bis hin zum Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB). Diese Form der Einbindung ermöglichte fachliche Reflexionsgespräche und unterstützte den Umsetzungsprozess.

4. Die letzte Säule beschrieb den Transfer der Projektergebnisse sowie die Auseinandersetzung mit den Themenfeldern „Kompetenzentwicklung und Demokratie“. Höhepunkt war hier die Transferkonferenz mit dem an Hannah Arendt angelehnten Titel „Denken ohne Geländer. Die Entwicklung von Demokratiekompetenzen zwischen Politik und Praxis“ im Herbst 2013.

Geplante Inhalte – entstandene Module/Materialien

Im „DeKo-Projekt“ lag der Fokus zunächst auf der Vermittlung von sechs inhaltlichen Schlüsselkompetenzen:

- Historische Kompetenz,
- Differenzierungskompetenz,
- Verfassungskompetenz,
- Utopiekompetenz,
- Politik- und Diskurskompetenz,
- Engagement- und Partizipationskompetenz.

Insgesamt sollten jene Fähigkeiten angesprochen werden, welche „die Grundlage für die Verankerung einer demokratischen Gesamtkultur [...] schaffen“¹⁵. Demokratie wird als Lebensform verstanden, die einer ausgeprägten Empathie-, Reflexions-, Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit bedarf.¹⁶

Aus den oben beschriebenen Inhalten ließen sich im Projekt drei bzw. vier Seminarmodule mit entsprechenden Bildungsmaterialien umsetzen. Die Anzahl der Materialien reicht von einem Prototyp zum Modul *Ordnung* (Verfassungskompetenz) über die „WERTzeugtasche“ (Differenzierungskompetenz) als Kleinserie bis hin zu einer größeren Anzahl von Broschüren wie „Das 17. Bundesland“ zum Modul *Zukunft* (Utopiekompetenz). Die Entwicklung eines Moduls zur Historischen Kompetenz gelang innerhalb der Projektlaufzeit lediglich in einzelnen Bausteinen. Inhaltlich orientierten wir uns hier an den sozialen Verwerfungen im Laufe der Weimarer Republik.¹⁷ Gerade dieser Baustein unserer Arbeit erfuhr damals eine kaum zu erwartende Aktualität – zum einen durch die bundesweite Erinnerung an die Gründung der Weimarer Republik vor 100 Jahren und zum anderen durch das vor Kurzem eröffnete „Haus der Weimarer Republik“. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Module *Diskurs-* und *Partizipationskompetenz* die bereits realisierten Module als Querschnittsthemen durchziehen. Ein Modul soll an dieser Stelle näher vorgestellt werden:

*Die „WERTzeugtasche“ –
wertvolle Bildungsmaterialien für Jugendliche und Erwachsene*

Werte beeinflussen Einstellungen gegenüber Objekten, Situationen, anderen Menschen, Sachverhalten und gegenüber sich selbst. Sie motivieren zu einem bestimmten Verhalten und haben Einfluss auf Ideologien.¹⁸ So ist es der Zusam-

15 Ebd., S. 59.

16 Vgl. Himmelmann, Gerhard: Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu?, in: Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms: „Demokratie lernen & leben“, in: www.pedocs.de, 2004, S. 2–22, hier S. 7, URL: <https://www.pedocs.de/volltexte/2008/216/pdf/Himmelmann.pdf> [eingesehen am 07.08.2019]. An dieser Stelle wird sich nicht auf die Diskussion des Verhältnisses von Politischer Bildung und Demokratie-Lernen/-pädagogik bezogen; vielmehr wird auf eine Verbindung zwischen Persönlichkeitshaltung/-bildung und Demokratie gesetzt.

17 Vgl. dazu Greuel, Frank et al.: Pädagogische Strategien zur Demokratieförderung, in: DJI Impulse, H. 3/2013, S. 21–22, hier S. 22.

18 Siehe Iser, Julia Angela: Vorurteile: Zur Rolle von Persönlichkeit, Werten, generellen Einstellungen und Bedrohung. Die Theorie grundlegender menschlicher Werte, Autoritaris-

menhang von Werten und Identität, der im Modul erfahren und erprobt werden kann; denn „Werte [haben] immer etwas damit zu tun [...], wie wir uns als Person verstehen und welche Identität wir haben“¹⁹. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen den folgenden zwei Fragekomplexen, die in den verschiedenen Bausteinen des Moduls mit unterschiedlichen Methoden bearbeitet werden:

(1) Welche Werte spiegeln sich in der Gesellschaft und in uns selbst wider und wie beeinflussen diese wiederum die gesellschaftliche Ordnung?

(2) Was geschieht mit Werten, die sich neben dem „integrativen Mainstream“ entwickeln? Wird solchen Positionen Raum gegeben und was passiert, wenn sich die Gesellschaft dem verschließt?

Die einzelnen Bausteine verfolgen das Ziel, mit alltagsnahen und abwechslungsreichen Methoden diese komplexe Thematik für Jugendliche und junge Erwachsene zugänglich und erfahrbar zu machen. Es geht darum, Vorstellungen über Werte zu klären und innerhalb von reflexiven sowie diskursiven Prozessen die für eine Gesellschaft wichtigen Werte herauszuarbeiten. Gerade vor dem Hintergrund des in der politischen Bildung geltenden „Beutelsbacher Konsenses“ und des damit verbundenen „Indoktrinations- bzw. Überwältigungsverbots“ soll nicht das Ziel verfolgt werden, bestimmte Werte einer Zielgruppe „einzutrichtern“, sondern die Reflexions- und Urteilskompetenz zu erhöhen. Dabei wurde vor allem auf Werte und Wertvorstellungen der Teilnehmenden, die sie im Seminar äußerten, zurückgegriffen. Darüber hinaus dienen die an der Alltagswelt der Jugendlichen orientierten Methoden sowohl der Erweiterung der Konfliktfähigkeit als auch der Akzeptanz gemeinsamer demokratischer Grundwerte sowie der Anerkennung von Vielfalt als Notwendigkeit pluralistischer Gesellschaften. Einzelne Bausteine der „WERTzeugtasche“ gehören seit Projektabschluss weiterhin zum festen Bestandteil von Jugendseminaren und Multiplikator*innenfortbildungen der EJBW – von der frühkindlichen und formalen Bildung bis hin zur Verwaltung und Polizei.

mus und die Theorie der Sozialen Dominanz als Erklärungsansätze für Vorurteile: Ein integrativer Theorievergleich, Gießen 2007, S. 73.

19 Speth, Rudolf/Klein, Ansgar: Demokratische Grundwerte in der pluralisierten Gesellschaft, in: Breit, Gottfried/Schiele, Siegfried (Hg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2000, S. 30–55, hier S. 33.

Ergebnisse

Das Konzept des Projektes sah vor, spezifisch als „linksextrem“ kategorisierte Themen der damaligen Debatte sensibel und in Abhängigkeit von Situation und Gruppe einzubinden. Ähnlich, wie es auch Ergebnisse des bis Ende 2019 laufenden Projektes „Frontaldiskurs“ des Trägers Minor nahelegen, war es nicht einfach, als „linksorientiert“ erkennbare Zielgruppen zu gewinnen.²⁰ Zum einen hatte dies mit der bis heute anhaltenden Kritik von linken Anhänger*innen am Fördergeber zu tun – man wollte nicht offiziell mit dem Projekt in Verbindung gebracht werden. Im Projektzeitraum konnten auch wir lediglich einen Träger als Kooperationspartner gewinnen, der als politisch „links“ gelesen werden kann – sicherlich auch nur aufgrund der Geschehnisse im Rahmen der Anti-Nazi-Proteste in Dresden 2011 und der damit verbundenen politischen Markierung seitens des Freistaates Sachsen.²¹

Eine Existenz „linksextremer“ Einstellungsmuster und Einstellungen – zumindest in Form eines Rückgriffes auf geschlossene „linksextreme“ Welt- und Menschenbilder – ist anhand der Projekterfahrungen mit weit über 1.200 Teilnehmenden unterschiedlicher Altersgruppen nicht gegeben. Die EJBW sieht dieses Projektergebnis bis heute als eines der zentralsten an.

Im Vergleich dazu haben wir jedoch die Erfahrung gemacht, dass Dimensionen, die Ursachenmechanismen für Radikalisierungsprozesse befördern können, über alle Zielgruppen hinweg bis in die Mitte der Gesellschaft latent vorhanden sind. Dabei handelte es sich nicht (nur) um klassisch als rechtsextrem bezeichnetes Gedankengut wie Ungleichheitsvorstellungen, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus, sondern um Dimensionen als Versatzstücke, die aus ihren klassischen Kontexten herausgelöst sind. Vor allem folgende Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen spielten in der jugendlichen Realität aus Projektperspektive eine Rolle:

- antimuslimischer Rassismus,
- Homophobie,
- Sexismus,
- Sozialchauvinismus.

20 Vgl. Minor e.V.: Frontaldiskurs Abschlussbericht 2018, in: www.minor-kontor.de, o.J., hier S. 4f., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_Frontaldiskurs_Jahresbericht-2018_2019.pdf [eingesehen am 02.08.2019].

21 Vgl. Schneider, Alexander/Alexe, Thilo: Neue Dimension von Gewalt bei Dresdner Demos, in: www.roter-baum.de, 22.02.2011, URL: http://www.roter-baum.de/sz_22_02.pdf [eingesehen am 30.09.2019].

Anhand dessen – und das ist ein weiteres wesentliches Ergebnis – sehen wir Jugendliche in Deutschland in Bezug auf demokratisches Miteinander gefährdet. Demokratiekompetenzen bedürfen einer expliziten und kontinuierlichen Förderung.

Perspektiven

Die Bedrohungslage, wie sie in den Verfassungsschutzberichten zu einer politisch motivierten „linksextremistischen“ Gewalt nachgezeichnet wurde, ließ sich aus EJBW-Sicht nicht bestätigen. Bei einigen Teilnehmenden zeigte sich weniger ein konkret politisch motiviertes Gewaltpotenzial als eher ein antidemokratisch bzw. „anti-sozial“ motiviertes. Hier sei nur die Diskussion genannt, wo Gewalt anfängt und wo sie demokratiefeindlich ist und wird. Nach unserem Dafürhalten sollte der sozialwissenschaftlichen Bestimmung der Grenzlinie, z.B. der Wechselwirkung von Militanz und Gewalt, besondere und gezielte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darin sahen wir auch das Innovationspotenzial des Projektes. Und dies deckt sich sicherlich mit den Intentionen der Bundesfachstelle Linke Militanz. Diesbezüglich bleibt zu hoffen, dass die wissenschaftlichen Forschungsprojekte im Rahmen des aktuellen Bundesprogramms „Demokratie leben“, wie auch das in Göttingen angesiedelte, weitere Erkenntnisse liefern.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll und konsequent, das breite Aktionsfeld zur Auseinandersetzung mit den Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit weiter zu stärken, sich aber auch mit Verschwörungstheorien (z.B. Fake News) und den Erkenntnissen der Bewegungsforschung als Dreh- und Angelpunkt für antidemokratische Radikalisierungsprozesse genauso auseinanderzusetzen wie mit Postkolonialismus oder *critical whiteness*. So kann gelingen, Gefährdungen der Demokratie aufzudecken und eine gezielte pädagogische Praxis zu entwickeln, die – bevor sie präventiv wird – zunächst einmal selbstverständlicher Bestandteil einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist. Politische Bildung hat einen Selbstzweck und ist nicht per se Präventionsarbeit. Dennoch hat sie präventive Elemente, wie auch Prof. Benno Hafener auf einer Tagung in Weimar im Mai 2018 bestätigte.²² Die Ausein-

²² Prof. Benno Hafener beim Werkstattgespräch „Empowered by Democracy“ am 17./18.05.2018 in Weimar.

andersetzung mit Demokratie als Lebensform,²³ die Haltungen hinterfragt und Strukturen auch kritisch reflektiert, muss zu einem generellen Bestandteil der Bildungspolitik und vor allem der -praxis²⁴ werden.

23 Vgl. Himmelmann, 2004.

24 Hier lässt sich von zivilgesellschaftlicher Bildung sprechen. Der Begriff bezieht sich auf den „Thüringer Bildungsplan 0–18 Jahre“, der im Projektzeitraum (weiter-)entwickelt wurde; vgl. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hg.): Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre Bildungsansprüche von Kindern und Jugendlichen, Erfurt 2015.

Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“

Ansatz, Angebot und Einblick in die Praxis

Der Beitrag stellt die BBS „Annedore“ vor, die in Berlin zur Prävention politisch motivierter Militanz und zur Stärkung freiheitlich demokratischer Grundwerte arbeitet. Mit ihren Workshops und Beratungsangeboten stärkt sie pädagogische Fachkräfte, die mit Radikalisierungsphänomenen im Jugendalter konfrontiert sind.

Einleitung

In einer globalisierten Welt, in der es weniger denn je einfache Antworten auf die politischen, sozialen, ökonomischen und nicht zuletzt ökologischen Fragen gibt, stehen pädagogische Fachkräfte vor der besonderen Herausforderung, einen adäquaten Umgang mit Radikalisierungsprozessen junger Menschen zu finden. Die Problemstellungen, denen sich pädagogische Fachkräfte im Kontext von politischem Extremismus und Militanz¹ gegenübersehen, können komplex und vielfältig sein. Die divers vorhandenen radikalen und extremistischen Gruppen, Aktionsformen und Ideologien führen bei pädagogischen Fachkräften nicht selten zu einer Handlungsunsicherheit im Umgang mit jungen Menschen, denen ein abweichendes Verhalten in politischer oder religiöser Hinsicht zugeschrieben wird.²

1 Der Begriff „Militanz“ beinhalte laut Nils Schuhmacher eine Verengung des politischen Aktionismus auf den Aspekt der Gewalthandlung als Mittel zur Umsetzung politischer oder religiöser Ziele; vgl. Schuhmacher, Nils: „Linke Militanz“ – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmerschaft, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ (Hg.): Dokumentation. Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ im Bundesprogramm „Demokratie Leben“, Berlin 2016, S. 3.

2 Vgl. Milke, Ricarda: Politische Bildung und Radikalisierungsprävention in Zeiten des Rechtspopulismus. Von den 1990er-Jahren lernen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, H. 2/2018: Radikalisierung, S. 89–102, hier S. 92 ff.

Die BBS „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit

An dieser Stelle setzt die Arbeit der Beratungs- und Bildungsstelle (BBS) „Annedore“ ein. Sie bietet pädagogischen Fachkräften und Multiplikator*innen der politischen Bildung in den Bereichen Schule, Sozialarbeit und Sport konkrete, individuelle und auf die jeweiligen Bedarfe angepasste Unterstützung bei der Erweiterung und Stärkung ihrer Methoden und Handlungsoptionen im Umgang mit politisch motivierter Demokratiefeindlichkeit aller Phänomenbereiche (linker, rechter und religiös begründeter Extremismus) an.

Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, benannt nach der deutschen Widerstandskämpferin, Autorin und Politikerin Annedore Leber (1904–68), ist ein Bundesmodellprojekt, das seit 2015 vom Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Seitdem leistet die BBS „Annedore“ mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Prävention politisch motivierter Militanz und zur Stärkung freiheitlich demokratischer Grundwerte und Normen, indem sie unterschiedlichste Ausprägungen von Demokratiefeindlichkeit und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Rahmen von Workshops, Seminaren, Fortbildungen, Vorträgen, Beratungen und Beratungsprozessen thematisiert.

Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen die Entwicklung und die Erprobung von Handlungsstrategien zur Stärkung von Demokratiekompetenzen und Ambiguitätstoleranz als Schutzfaktoren gegen Extremismus und Militanz. Auf der Grundlage des *Empowerment*³-Konzepts werden pädagogische Fachkräfte und Multiplikator*innen der politischen Bildung aus Berlin zu den Themenbereichen Extremismusprävention und Demokratieförderung begleitet. Zudem fördert die Arbeit der BBS „Annedore“ einen erfolgreichen Wissenstransfer sowie eine nachhaltige und fachliche Vernetzung zwischen der politischen Bildungsarbeit und der konkreten pädagogischen (Sozial-)Arbeit.

Der Ansatz der BBS „Annedore“

Die BBS „Annedore“ hat dementsprechend einen interdisziplinären Arbeitsansatz entwickelt, der die komplexen Phänomene Radikalisierung und politisch

3 *Empowerment* bezeichnet für die BBS „Annedore“ eine kontextbezogene und positive Veränderung mittels Fokussierung auf und Entwicklung von individuellen oder umfeldnahen Ressourcen einer Person oder Gruppe.

motivierter Extremismus aus sozioökonomischen, soziokulturellen, gruppenspezifischen und individuellen Perspektiven betrachtet. Diese Herangehensweise beruht auf der Auffassung, dass erfolgreiche Extremismusprävention eines ganzheitlichen Ansatzes bedarf, der phänomenübergreifende Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Extremismen berücksichtigt, Radikalität als ein dem Jugendalter gemäßes Phänomen begreift und Stigmatisierungen junger Menschen vermeidet.

Die phänomenübergreifende Betrachtung von Erscheinungsformen des linken, rechten und religiös begründeten Extremismus ermöglicht die Identifikation sowohl von Gemeinsamkeiten als auch von Unterschieden pädagogischer Präventionsansätze und stellt die Grundlage für eine systematische Entwicklung sowie wirksame Umsetzung zielgruppenspezifischer Maßnahmen dar. Dies erweist sich besonders dann als sinnvoll, wenn man den Blick auf die Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Phänomenbereichen richtet. Bei allen findet sich eine hohe Identifikation mit der Peergroup, die Befürwortung von Gewalt, die Ablehnung individueller Freiheits- und demokratischer Mitbestimmungsrechte oder die Zurückweisung des Gleichwertigkeitsprinzips. Auch die Motivationen, sich radikalen oder extremen Kollektiven anzuschließen, sind vergleichbar – selbst wenn die politische Ausrichtung und Form oft von mehr oder weniger zufälligen Faktoren und Gelegenheiten wie etwa biografischen abhängt.⁴

Darüber hinaus ist eine differenzierte Betrachtung von Radikalisierungsprozessen nötig. Die Radikalisierung kann durchaus auf der Einstellungsebene verbleiben und führt nicht zwangsläufig zu der Übertretung von Gesetzen oder zu Gewalt.

„Eine Person, die ein tiefempfundenes Verlangen nach soziopolitischen Veränderungen verspürt, gilt als radikal, und Radikalisierung wird als eine wachsende Bereitschaft verstanden, weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft zu verfolgen und zu unterstützen, die mit der existierenden Ordnung in Konflikt stehen oder diese gefährden [...], gewaltsame Radikalisierung – [ist] ein Prozess, in dem radikale Ideen mit der Entwicklung zur Bereitschaft, gewaltsame Taten direkt zu unterstützen oder sie zu begehen, einhergeht.“⁵

4 Vgl. Plha, Winnie: Radikalisierung als Entlastungsversuch das Blickwechsel-Training für radikalierungsgefährdete und radikalisierte junge Menschen, in: www.ufuq.de, 04.06.2019, URL: <https://www.ufuq.de/radikalisierung-als-entlastungsversuch-ein-interview-mit-winnie-plha-von-der-denkzeit-gesellschaft-zum-blickwechsel-training-fuer-radikalisierungs-gefaehrdete-und-radikalisierte-junge-menschen/> [eingesehen am 13.09.2019].

5 Dalgaard-Nielsen, Anja: Violent Radicalization in Europe. What we know and what we do not know, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Jg. 33 (2010), H. 9, S. 797–814, hier S. 798.

Aufgrund der erläuterten fachlichen Annahmen arbeitet die BBS „Annedore“ mit einem selbst konzipierten Radikalisierungsmodell, das sich im Wesentlichen auf vier Hauptkomponenten im Radikalisierungsprozess bezieht: die Entwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter, die Unzufriedenheit mit dem bestehenden System, die Ideologisierung und die Mobilisierung.

In den Kontext der Pubertät gehört die Suche nach Identität und Zugehörigkeit ebenso wie die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins für empfundene globale und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Eine daraus entstehende Motivation, diese radikal anzugehen, also die Wurzel des Problems zu bearbeiten, ist für die Identifikation von Ursachen und die Umsetzung nachhaltiger Lösungen von zentraler Bedeutung.⁶ Dabei steht außer Frage, dass junge Menschen die politische und gesellschaftliche Zukunft aktiv mitgestalten wollen und einen treibenden Motor für den Anstoß gesellschaftlicher Veränderungsprozesse darstellen. Fridays For Future führt das eindrücklich vor Augen.

Radikalität kann Jugendliche also durchaus zu Selbstwirksamkeit und aktiver demokratischer Partizipation führen. Eine Radikalisierung kann eine Triebfeder für gewaltloses, politisches Handeln sein, das Missstände aufdeckt und positive Veränderungen in Politik und Gesellschaft bewirkt. Die definitorische Trennlinie zwischen demokratiefeindlichem Extremismus und einer gesellschaftskritischen radikalen Position liegt in den Augen der BBS „Annedore“ daher bei mehreren durch die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO) definierten Faktoren: Hinwendung zu Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, Ablehnung des Gewaltmonopols des Staates und Bekämpfung freiheitlich demokratischer Grundnormen (etwa Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung oder Presse- und Meinungsfreiheit).

Pädagogische Fachkräfte müssen sich klar positionieren, wenn Gewalt als politisches Mittel legitimiert wird. Sie müssen aktiv auf der Achtung der Menschenrechte, dem Gebot der Nichtdiskriminierung und weiteren Elementen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bestehen. Wann eine Intervention entschieden wird, hängt von pädagogischem und politischem Fachwissen und nicht zuletzt auch von Erfahrung und Fingerspitzengefühl ab – weil jede Radikalisierung ein komplexer, individueller und zumeist kleinschrittiger, schwer erkennbarer und non-linearer Prozess ist, der stets unterbrochen werden kann. Deshalb sollte statt auf überstürzte Maßnahmen zunächst auf Beob-

6 Vgl. Heinke, Daniel H./Persson, Mareike: Zur Bedeutung jugendspezifischer Faktoren bei der Radikalisierung islamistischer Gewalttäter, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, Jg. 26 (2015), H. 1, S. 48–53.

achtung, die Anerkennung individueller Belange, Dialog und Partizipation gesetzt werden.

Motivationale Aspekte spielen bei Kindern und Jugendlichen insbesondere in den Frühphasen der Radikalisierung eine zentrale Rolle. Die Empfindung von Ausgrenzung, Demütigung und Ungerechtigkeit in der Welt und das Verlangen, diesen Deprivations- und Exklusionsempfindungen entgegenzutreten, müssen gehört und ernst genommen werden.⁷ Ein wertschätzender, differenzierter Blick auf die *Coping*-Strategien junger Menschen verhindert zugleich Vorverurteilungen und betont die Relevanz eines Verständnisses für demokratische Prozesse und das Entstehen für eigene Interessen. *Coping*-Strategien bezeichnen hierbei den überwindenden Umgang mit einer als bedeutsam und schwierig empfunden Lebensphase bzw. Lebensereignis.⁸

Solch ein Vorgehen verlangt den pädagogischen Fachkräften sehr viel ab und bedarf einer intensiven, bedarfsgerechten, individuell angepassten Unterstützung, die sich an den jeweiligen beruflichen Rahmenbedingungen und Realitäten der Fachkräfte orientiert und die spezifischen Kontexte und Besonderheiten ihrer jeweiligen Zielgruppe berücksichtigt. Diese Unterstützung ist der wesentliche Arbeitsgegenstand der BBS „Annedore“.

Die Angebote der BBS „Annedore“

Die Bildungsangebote sind das Herzstück des Projekts. Sie sind nach einem Modulsystem aufgebaut, das die Grundlage zur individuellen Erarbeitung von spezifischen Themen bietet und dem Bedarf der Beratungsnehmer*innen angepasst, problemorientiert erweitert und zu speziellen Fragestellungen ergänzt werden kann. Folgende Themenbereiche werden hierbei phänomenübergreifend abgedeckt:

- Radikalität und Radikalisierungsprozesse,
- politisch und religiös motivierte/r Militanz/Extremismus,
- Demokratiefeindlichkeit und Freund-Feind-Denken,
- Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (u.a. Rassismus, Homophobie, Sexismus),

7 Vgl. Walther, Eva: Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitätsbezogener Radikalisierung, in: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, Jg. 9 (2014), H. 9, S. 393–401.

8 Vgl. Starke, Dagmar: Kognitive, emotionale und soziale Aspekte menschlicher Problembewältigung. Ein Beitrag zur aktuellen Stressforschung, Münster 2000, S. 67.

- Populismus,
- Antisemitismus,
- Verschwörungstheorien,
- Europafeindlichkeit, Anti-Amerikanismus und Anti-Pluralismus.

Die Arbeit der BBS „Annedore“ basiert auf vielfältigen Methoden der allgemeinen politischen Bildungsarbeit, setzt dabei jedoch einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit dem Anti-Bias-Ansatz und dem Betzavta-Konzept. Der Anti-Bias-Ansatz⁹ richtet sich gegen eine einseitige Betrachtung und Diskriminierung von Personen und Gruppen und folgt dabei einer vorurteilsbewussten und ganzheitlichen Selbst- und Praxisreflexion. Beim Betzavta-Konzept¹⁰ hingegen handelt es sich um ein der israelischen Friedensbewegung entstammendes Gruppentraining zur gemeinschaftlichen Aushandlung von Konflikten entlang der Begriffe „Freiheit“ und „Gleichheit“, das auf die Förderung der demokratischen Persönlichkeit und deren gewaltfreier Kommunikation abzielt.

Von vier- bis fünfstündigen Einstiegs- und Überblicksworkshops zu spezialisierten Themenschwerpunkten bis hin zu ganz- und mehrtägigen themenvertiefenden Workshops werden Problemlagen und Handlungsoptionen individuell sowie in Gruppenarbeit erörtert, thematisiert und bearbeitet. Mittels eigens entwickelter Übungen werden konkrete Situationen analysiert, diskutiert und reflektiert. Hierbei stehen oft bestimmte Fragen im Zentrum der gemeinsamen Arbeit:

- Was ist Radikalisierung? Wie verlaufen Radikalisierungsprozesse?
- Woran erkenne ich, ob sich ein junger Mensch radikalisiert?
- Was ist der Unterschied zwischen Radikalität und Extremismus?
- Welche Formen der Radikalität sind legitim? Ab wann existiert ein pädagogischer Handlungsbedarf?
- Wie kann ich jungen Menschen im Radikalisierungsprozess begegnen?
- Welche Methoden kann ich anwenden, um mit Jugendlichen zu Militanz, Extremismus und Radikalisierung konstruktive Gespräche zu führen?
- Wo finde ich Unterstützung für diese Arbeit?

9 Vgl. Joggerst, Karin/Thiemann, Anne: Der Anti-Bias-Ordner. Zum Einsatz an Schulen und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: www.fippev.de, o.D., URL: https://www.fippev.de/fileadmin/fippev/userdaten/PDF/Anti-Bias-Ordner/Einleitung_Anti-Bias-Ansatz-in-der-Schule.pdf [eingesehen am 13.09.2019].

10 Vgl. Maroshek-Klarman, Uki: Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta. Ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks „Miteinander“, in: www.cap-lmu.de, 1997, URL: https://www.cap-lmu.de/akademie/download/2001_Miteinander.pdf?m=1383667548& [eingesehen am 13.09.2019], S. 9f.

Durch die Vermittlung theoretischer Inhalte, die Durchführung kollegialer Fallberatungen und die gemeinsame Erarbeitung neuer Erkenntnisse schaffen die pädagogischen Fachkräfte und Multiplikator*innen der Bildungsarbeit alternative Lösungsansätze für die Berufspraxis.

Darüber hinaus bietet das Bundesmodellprojekt kurz-, mittel- oder langfristige Beratungsprozesse für Fachkräfte an. So individuell Radikalisierungsprozesse sind, so bedarfsgerecht zugeschnitten ist jede Beratungssituation. Gemeinsam mit den Beratungssuchenden erarbeitet und entwickelt die BBS „Annedore“ im Rahmen ihrer Beratungen konkrete Handlungsstrategien und auf die spezifischen Bedarfe der Beratungssuchenden zugeschnittene Lösungsansätze zur Prävention von demokratiegefährdenden Tendenzen. Dabei verfolgt die BBS „Annedore“ einen offen moderierenden Ansatz, der die Kompetenzen, Ressourcen und das Umfeld der pädagogischen Fachkräfte in den Mittelpunkt stellt.

Einblicke in die Arbeit

Einen Großteil der Arbeit der BBS „Annedore“ bildet die Durchführung von Workshops, Seminaren und Fortbildungen. Nach einem intensiven Austausch über die Wünsche und Bedarfe der an einer Fortbildung interessierten Pädagog*innen werden im Rahmen eines partizipativen Ansatzes gemeinsam Themen und Inhalte für die Veranstaltung festgelegt. Auch während der Workshop-Phase stehen die Praxiserfahrungen der Teilnehmenden im Mittelpunkt. Im Zuge kollegialer Fallberatungen wird der Erfahrungsaustausch der pädagogischen Fachkräfte ins Zentrum der Arbeit gestellt. Gemeinsam können anschließend unterschiedliche Perspektiven aufgezeigt, Ideen entworfen und Kritikpunkte debattiert werden. Die kumulierte Kompetenz der Teilnehmenden ermöglicht die konkrete Ausarbeitung kontextbezogener Handlungsoptionen und Lösungsansätze für ihr jeweils spezifisches Arbeitsfeld. Darüber hinaus wird im Zuge des Betzavta-Konzeptes durch gezielte Übungen die persönliche Demokratiekompetenz der Teilnehmenden gestärkt. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Demokratieverständnis ist hier von zentraler Bedeutung. Durch Anti-Bias-Übungen wird den Teilnehmenden ein differenzierter Blick auf das Thema Diskriminierung bei sich selbst, in ihrem Privatleben und im Rahmen ihres Arbeitsalltages ermöglicht. Begleitet wird diese praktische Arbeit von themenrelevanten Inputs und Diskussionen.

Im Workshop „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ – Gewalt linker Gruppierungen im öffentlichen Raum – wird das Thema „linke Militanz“ bearbeitet. Als Einstieg dient das Sammeln von Assoziationen zum Thema Militanz

und linksradikale Jugendliche. Im nächsten Schritt beschäftigen sich die Fachkräfte im Rahmen einer Selbstreflexionsübung mit den Funktionen von Vorurteilen. Anschließend werden gemeinsam die zu Beginn visualisierten Assoziationen problematisiert und diskutiert. Diese Methode dient zunächst dem Einstieg ins Thema und soll den Teilnehmenden verdeutlichen, dass jeder Mensch Bilder von anderen Menschen, Gruppen und Kollektiven hat. Die Erkenntnis, dass auch pädagogische Fachkräfte unbewusste Bilder und Vorurteile besitzen, die ihr Denken und ihr Handeln teils unbewusst beeinflussen, kann sie dazu befähigen, Blickwinkel zu erweitern und Situationen neu zu bewerten. Im Rahmen eines interaktiven Inputs zu Radikalisierungsprozessen, linken Ideologien und der Diversität des linksradikalen Spektrums werden Argumentationsstrategien als Ansätze für konstruktive Gespräche entwickelt und erprobt. Die anschließende kollegiale Fallberatung lenkt die Fokussierung auf das eigene Arbeitsfeld. Dabei können sich die Teilnehmenden mit eigenen Fällen einbringen oder sich mit fiktiven Radikalisierungsbiografien beschäftigen. In Einzelarbeit entwerfen sie dann Handlungsoptionen, diskutieren diese anschließend in Kleingruppen und erörtern die Lösungsansätze mithilfe der *Fishbowl*-Methode im Plenum. Diese dreistufige Arbeitsphase ermöglicht den Teilnehmenden, die eigens erarbeiteten Strategien mit neuen Impulsen zu verknüpfen und dadurch einen fachlichen Erkenntnisgewinn zu erzielen.

Beratungssuchende wenden sich meist aufgrund einer konkreten Problemlage im jeweiligen Arbeitskontext an die BBS „Annedore“. Ausgehend von der im Gespräch geschilderten Situation wird bei umfassenderen Fragestellungen ein Termin zum persönlichen Kennenlernen vereinbart, bei dem eine detaillierte Analyse der Situation vorgenommen wird. Basierend auf den Informationen und Zielvorstellungen der Beratungsnehmenden wird ein passgenaues Konzept für eine Beratung oder einen Beratungsprozess durch die BBS „Annedore“ entwickelt. Im Dialog werden Themenschwerpunkte herausgearbeitet, Ideen diskutiert und passgenaue Lösungsansätze ausgearbeitet.

Im Fall eines 18-monatigen Beratungsprozesses wandten sich die pädagogischen Mitarbeiter*innen eines Mädchenwohnprojekts mit der Bitte um Unterstützung im Zusammenhang mit einer radikalisierten jugendlichen Bewohnerin an die Beratungsstelle. Die Beratungsnehmenden wünschten sich eine längerfristige Begleitung, um auf zukünftige Fälle besser vorbereitet zu sein. Währenddessen kam es im Wohnprojekt weiterhin gelegentlich zu Radikalisierungstendenzen und kleineren Provokationen. Die Beratungsnehmenden beklagten zudem häufig den mangelnden Zusammenhalt der Wohngruppe. Die jährliche Gruppenfahrt bot eine gute Gelegenheit, ein mit der BBS „Annedore“

entwickeltes gemeinschaftsstiftendes Konzept anzuwenden. Im Ergebnis erkundeten die Jugendlichen während der Fahrt mit viel Enthusiasmus ihre Umgebung und die eigene Gruppe, erstellten Interviews, Filme sowie Fotos und trugen diese Materialien während eines Gruppenabends zusammen. In der Beratungsarbeit wurde so auch deutlich, wie stark eine gelingende Arbeit mit den Mädchen von gemeinsamen positiven Erfahrungen in der Gruppe, zugleich aber auch von einer ausgewogenen Arbeitssituation der Betreuenden abhängt. Der Wille zur gemeinsamen Entwicklung von Freiräumen und Ideen wie auch eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit Konflikten – sowohl unter den Betreuenden als auch den Bewohner*innen – ermöglichten Partizipation und Mitbestimmung und wirkten so den Radikalisierungstendenzen entgegen. Der Beratungsprozess wurde mit der Empfehlung weiterführender externer Teamentwicklung und regelmäßiger Supervision gemeinsam abgeschlossen.

Die BBS „Annedore“ war ebenfalls am Dialogprozess „Miteinander leben im Samariterkiez“ der Stiftung SPI Berlin beteiligt.¹¹ Hier engagierten sich die Mitarbeiter*innen im fortlaufenden Gestaltungs- und Veränderungsprozess des nördlichen Kiezes im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain. Der durch die Berliner Polizei zum Gefahrengbiet¹² deklarierte Nordkiez um die Rigaer Straße hat in den vergangenen Jahren bundesweit Schlagzeilen gemacht. Dort treffen Bürger*innen mit verschiedenen Weltanschauungen aufeinander: Neuberliner*innen auf Alteingesessene, Singles auf junge Familien. Bestrebungen der baulichen Erneuerung stehen den Interessen nach Erhaltung und Bewahrung gewachsener Strukturen gegenüber. Das Thema „Gentrifizierung“ ist allgegenwärtig, das Konfliktpotenzial hoch. Im Anschluss an eine durch die Stiftung SPI im Auftrag des

11 Vgl. Stiftung SPI: Miteinander leben im Samariterkiez, in: www.stiftung-spi.de, o.D., URL: <https://www.stiftung-spi.de/projekte/samariterkiez/> [eingesehen am 30.07.2019].

12 An kriminalitätsbelasteten Orten darf die Polizei verdachtsunabhängige Kontrollen und Durchsuchungen durchführen. Die Grundlage für das Einrichten des Gefahrengbiets „Samariterkiez“ ist die Einsatzkonzeption der Berliner Polizeidirektion 5 zur Bekämpfung „politisch motivierter Kriminalität – links“ im Bereich Rigaer Straße und ist nicht frei zugänglich. Vgl. Clearingstelle – Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz (Hg.): Infoblatt Nr. 31, Kriminalitätsbelastete Orte im Sinne des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) Berlin, URL: https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/clearingstelle_infoblatt_31.pdf [eingesehen am 30.07.2019] sowie Verwaltungsgericht Berlin: Rigaer Straße: Keine Auskunft über räumliche Ausdehnung des „kriminalitätsbelasteten Ortes“ (Nr. 25/2017), Pressemitteilung vom 05.07.2019, URL: <https://www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2017/pressemitteilung.609228.php> [eingesehen am 30.07.2019].

Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg durchgeführte Anwohnendenbefragung zu Schwerpunktthemen im Nordkiez (wie z.B. Wohnen, Verkehr, Sicherheit und Ordnung) führte die BBS „Annedore“ eine öffentliche Diskussion zum Thema „Gewalt im öffentlichen Raum“ durch. Dabei wurden die auftretenden Gewaltphänomene durch linke Gruppen, Wahrnehmungen der Anwohnenden zu Aspekten wie Polizeipräsenz im Kiez, konträren Lebensstilen, Sachbeschädigung und Verhalten im Kiez diskutiert. Angst vor Personenkontrollen und eventuellen Festnahmen, aber auch divergierende Vorstellungen von einem für alle zugänglichen öffentlichen Raum wurden sehr engagiert debattiert. In Zusammenarbeit mit dem als eines der Resultate des Beteiligungsprozesses im Herbst 2018 neu eingerichteten Kiezbüros – einer lokalen Anlaufstelle, die nachbarschaftliche Vernetzung und freiwilliges Engagement fördert – führt die BBS „Annedore“ auch weiterhin Veranstaltungen wie z.B. themenbezogene Filmvorführungen im Nordkiez durch. Ziel hierbei ist es, die Menschen auch zu politisch kontroversen Fragestellungen miteinander ins Gespräch zu bringen bzw. darin zu halten, um so Exklusion und eventuellen Radikalisierungstendenzen vorzubeugen.

Der Projektzeitraum des Modellprojekts Bildungs- und Beratungsstelle „Annedore“ endet 2019. Die Erkenntnisse der vergangenen fünf Jahre werden in einem Abschlussbericht zur Verfügung gestellt.

„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“

Ein Präventionsprojekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Das Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“ klärt Jugendliche in Seminaren über historische und aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen des gewaltförmigen Linksextremismus auf. Ein Erfahrungsbericht aus der Präventionspraxis.

Der historische Ort

Die seit 1994 existierende Gedenkstätte im ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in Berlin-Hohenschönhausen setzt sich mit dem Repressionsapparat der SED-Diktatur sowie aktuellen Erscheinungsformen des Linksextremismus auseinander. Jährlich besuchen etwa 450.000 Personen die Gedenkstätte (Besucherführungen und Ausstellungen), von denen mehr als die Hälfte Schülerinnen und Schüler sind. Für Jugendliche gibt es spezielle pädagogische Angebote, die Ideologie, Strukturen, Mechanismen und Folgen kommunistischer Herrschaft verdeutlichen. Seit Ende 2011 wurden vor Ort und bundesweit im Rahmen des Projekts „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ Seminare für Jugendliche angeboten.

Das Projekt

Das seit 2015 ebenfalls vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (DL) geförderte Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ erweitert diese Arbeit und unterstützt im Rahmen der antitotalitären Ausrichtung der Gedenkstätte eine kritische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Linksextremis-

mus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen.¹ Angestrebt wird eine Stärkung demokratischer Handlungs- und Argumentationskompetenzen von Jugendlichen, die sich mittels peerbasierter Distanzierung auch auf ihr soziales Umfeld auswirken soll. Jugendliche erlernen Werte, Regeln und Einstellungen nicht unwesentlich von Gleichaltrigen. Beim Ansatz peerbasierter Distanzierung geht es in diesem Fall darum, bei Jugendlichen eine Distanzierung von linksextremen Handlungsmustern zu fördern. Hauptzielgruppe der Aufklärungsarbeit sind junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren in der gymnasialen und beruflichen Oberstufe, in Berufsschulen und anderen Bildungseinrichtungen, die drohen, sich politisch zu radikalisieren, aber auch solche, deren demokratische Kompetenz gestärkt werden kann, um sie zu befähigen, Radikalisierungsprozessen aktiv entgegenzutreten. Die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer (TN), die sich heterogen zusammensetzen, sollen zur selbstständigen Auseinandersetzung mit Ideologie und Praxis Linker Militanz aktiviert und gegen demokratiefeindliche linksextreme Handlungskonzepte immunisiert werden. Dies erscheint auch aus dem Grund erforderlich, da Jugendliche durch vielfältige Mobilisierungsaktionen Rekrutierungsbestrebungen linksextremer Akteure im öffentlichen Raum ausgesetzt sind (Aufkleber, Internetauftritte, Soziale Medien).

Das aktuelle Präventionsprojekt entwickelt das ebenfalls vom BMFSFJ von 2011 bis 2014 geförderte Modellprojekt „Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“ bezüglich einer Fokussierung auf Linke Militanz und einer Aktualisierung der Seminarinhalte weiter. Entwickelt wurden neue Module, die vor allem zur Auseinandersetzung mit dem militanten Anti-Faschismus und dem militanten Anti-Kapitalismus anregen. Stärker wird auf eine Visualisierung und eine altersspezifische Gestaltung geachtet. Als neues Vermittlungsformat wurde ab 2017 eine Jugendbildungswoche veranstaltet, an der jährlich 25 bis 30 Personen teilnahmen. Das dreitägige Programm „Linksextremismus im Blick – wie wehrt sich die Demokratie?“ ermöglichte eine intensivere Auseinandersetzung mit der Problematik. Dabei wurden mehrere der Modul-Themen behandelt. Aufklärung und Wissensvermittlung wurden mit diskursiven und erlebnisorientierten Programmteilen kombiniert. Die TN besuchten den Deutschen Bundestag sowie Brennpunkte Linker Militanz im Berliner Stadtraum, setzten sich anhand vielfältiger Quellen eigenständig mit dem Phänomen „Linke Militanz“ auseinander, diskutierten mit Zeitzeugen sowie Expertinnen und Experten. Der Einsatz moderner Medien wie Tablets oder Virtual-Reality-Brillen

1 Weitere Informationen unter URL: <http://www.stiftung-hsh.de/index.php/paedagogik/linksextremismus-heute/>.

(VR-Brillen) trug zur Gewinnung der jugendlichen Zielgruppe bei. Das Projekt versteht sich als außerschulische Ergänzung und Vertiefung der Fächer Ethik, Geschichte, politische Bildung und Gemeinschaftskunde; es erprobt neue pädagogische Methoden, Formate und Inhalte unter dem Gesichtspunkt der Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Die TN der Workshops erarbeiten allgemeine Merkmale des politischen Extremismus und setzen sich selbstständig mit Ideologie und Praxis des Linksextremismus auseinander. Dabei verfolgt das Modellprojekt eine Präventions- und Deradikalisierungsstrategie, die linksextreme Deutungsmuster und entsprechende Handlungskonzepte problematisieren und entkräften will. Inhaltlich wird Linke Militanz thematisiert, also demokratiefeindliche Handlungskonzepte (in Form von Gewalt gegen Personen und Sachen), die von den Akteuren mittels linksradikaler Ideologien wie Marxismus-Leninismus oder Anarchismus gerechtfertigt werden. Linke Militanz ist häufig Ausdruck einer unversöhnlichen Systemopposition und Demokratiefeindschaft (Autonome).² Sie kann zudem Folge eskalierender Konflikte zwischen politischen Gruppen oder Folge einer situativen Eskalation in Zusammenhang mit Demonstrationen sein. Hinzu kommen Radikalisierungsprozesse, die sich aus der Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols und von Strafgesetzen speisen. Dabei kann zu Beginn eine jugendtypische Faszination von Grenzüberschreitungen gepaart mit Abenteuerlust stehen, wobei politische Ziele nachrangig sind.³

Dieser Präventionsansatz fördert im Besonderen:

- die Grundlagenvermittlung zum Komplex Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat und politische Mitbestimmung,
- die selbstständige kritische Auseinandersetzung mit Ideologie und Praxis linker Militanz sowie die Differenzierung zwischen demokratischen und extremistischen linken Positionen und Handlungsoptionen,
- die Problematisierung von Gewalt sowie die kritische Aufarbeitung demokratiefeindlicher Einstellungen und Handlungskonzepte,

2 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Autonome und Gewalt. Das Gefahrenpotenzial im Linksextremismus, in: www.bpb.de, 04.08.2017, URL: <http://www.bpb.de/apuz/253607/autonome-und-gewalt-das-gefahrenpotenzial-im-linksextremismus?p=all> [eingesehen am 18.07.2019].

3 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung, in: Freiheit und Recht, H. 2/2010, S. 16 f.; Glaser, Michaela: ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hg.): „Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle (Saale) 2013, S. 4–21, hier S. 12–16.

- gewaltfreie, demokratieorientierte Protestartikulation und Konfliktbearbeitung als demokratische Alternative zu militantem, extremistischem Agieren sowie
- eine pluralistische, weltoffene und tolerante Gesellschaft auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und verbrieften Menschenrechten.

Die Projektgenese

In der Entwicklungsphase des Modellprojekts wurden wesentliche Themenfelder des Linksextremismus in Geschichte und Gegenwart erschlossen, auf ihre Umsetzung bezüglich pädagogischer Intervention geprüft und zur Konzeptualisierung für das Bildungsangebot ausgewählt.

Entsprechende Materialien auf Tablets (Selbstzeugnisse linksextremer Akteure, Expertenaussagen, Statistiken in Form von Texten, Fotos, Audio- und Videobeiträgen) ermöglichten den TN, sich eigenständig mit linksextremen Handlungskonzepten auseinanderzusetzen. Die Vermittlung historischer und aktueller Fakten unterstützte die kritische Bewertung und Einordnung extremistischen Handelns.

Im Folgenden sollen zunächst aus der Extremismusforschung stammende theoretische Prämissen herausgearbeitet werden, an denen sich der Präventionsansatz des Modellprojekts weiterhin orientiert.⁴

Das Präventionsfeld

Politischer Extremismus

Politische Extremisten handeln verfassungswidrig, da sie den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat abschaffen wollen und zur Erreichung ihrer Ziele Mittel einsetzen, die nicht verfassungskonform sind. Eine wehrhafte Demokratie muss diese Tendenzen eindämmen.

4 Vgl. grundlegend Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt/M. 2015; Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Begriffsbestimmung – Kritik – Kritik der Kritik, Bonn 2014; van Hüllen, Rudolf: Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus, Teil 1, St. Augustin 2012; Dovermann, Ulrich (Hg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011; Jaschke, Hans-Gerd: Politischer Extremismus, Bonn 2007.

Links- und Rechtsextremismus sowie fundamentalistisch-religiös gestützter politischer Extremismus haben folgende wesentliche Merkmale miteinander gemein: (1.) Eine dogmatische, totalitäre *Ideologie* bzw. Weltdeutung mit *absolutem Wahrheitsanspruch*, aus der sich (2.) *Feindbilder* ableiten, was (3.) *Kompromissunfähigkeit* und häufig *Dialogverweigerung* impliziert; (4.) wird *Gewaltbereitschaft* bei der Durchsetzung politischer Ziele nicht ausgeschlossen.⁵ Zudem betreiben Extremisten einen aktiven *Geschichtsrevisionismus*. Linksextreme, vor allem solche mit marxistisch-leninistischer Prägung, leugnen etwa den Diktatur- und Unrechtscharakter des SED-Staats.⁶

Unterschieden wird zwischen demokratischem, radikalem und extremistischem Handeln. Radikale Meinungsäußerungen und Handlungsformen wie ziviler Ungehorsam, die nicht auf die Abschaffung der Demokratie zielen oder Strafgesetze verletzen, sind für sich betrachtet kein Extremismus. Dennoch können bestimmte Erscheinungsformen wie Sitzblockaden sanktioniert werden, wenn sie die Rechte Dritter einschränken oder gar verletzen. Radikale politische Auffassungen haben in einer Demokratie ihren Platz – solange die Grundprinzipien der Verfassung anerkannt werden und nicht gegen Strafgesetze verstoßen wird. Methoden und Mittel, welche die Demokratie und den Rechtsstaat beseitigen sollen, sind als extremistisch einzustufen:⁷ „Wer Mittel einsetzt, die ‚das Leben, die Freiheit und die Menschenrechte von anderen beeinträchtigen oder aufs Spiel setzen‘, der ist [...] ein Extremist – ganz egal, welche Ziele er oder sie damit verfolgt.“⁸ Umweltschutz ist ein erstrebenswertes Ziel, bei dem unterschiedliche Interessen abgewogen und Folgen abgeschätzt werden müssen. Wer dieses Ziel jedoch mit strafrechtlich relevanten Mitteln verfolgt – etwa durch Anschläge auf Industrieanlagen – handelt bereits extremistisch.⁹

5 Vgl. van Hüllen, 2012, S. 24 ff.

6 Vgl. Baron, Udo: Die DDR Im Spiegel des Linksextremismus. Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten, in: Hirscher, Gerhard (Hg.): Wandel und Kontinuität – Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?, in: www.hss.de, 2016, S. 25–32, hier S. 30 f., URL: https://www.hss.de/download/publications/AMZ_104_DDR.pdf [eingesehen am 28.06.2019].

7 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder, 2015.

8 Neumann, Peter: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 63 (2013), H. 29–31, S. 3–10, hier S. 4.

9 Ähnlich argumentiert Neumann, 2013, S. 4.

Linksextremismus

„Linksextremismus“ ist ein Sammelbegriff für politische Strömungen und Auffassungen mit dem gemeinsamen Ziel eines politischen Systems absoluter Gleichheit. Er zielt auf einen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systemwechsel, der durch einen revolutionären Umsturz erreicht werden soll. Gewaltanwendung sowie Unterdrückung und Einschränkung von Menschenrechten Andersdenkender werden dabei nicht ausgeschlossen. Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates sowie die als „Kapitalismus“ denunzierte Soziale Marktwirtschaft werden abgelehnt. Die Demokratie wird als nicht reformierbar betrachtet. Gewalt wird zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert, propagiert oder praktiziert und das staatliche Gewaltmonopol missachtet (Linke Militanz).¹⁰

Das spezifische Handeln von Linksextremisten leitet sich von zwei ideologischen Hauptströmungen ab: einerseits vom Marxismus-Leninismus, der auf eine absolut gesetzte Gleichheit zielt und eine gegen die freie Entfaltung des einzelnen Bürgers gerichtete gewaltsame soziale und ideologische Homogenisierung und Kollektivierung anstrebt.¹¹ Auch Troztkismus und Maoismus stehen in dieser Tradition und streben ebenfalls diese sozialistisch-kommunistische Utopie an. Andererseits leitet es sich vom Anarchismus mit seinem Ziel einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“, seiner Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates und seiner ausgeprägten Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ab.¹²

Das Seminarangebot

Das Seminarangebot besteht aus einem Grundlagenmodul und acht Modulen mit historischem oder aktuellem Bezug. Zudem werden die Themenfelder Demokratie, Rechtsstaat und politische Partizipation vermittelt bzw. rekapituliert.

10 Vgl. Pfahl-Traughber, 2014, S. 12 f.

11 Siehe ebd., S. 13 f.

12 Vgl. van Hüllen, Rudolf: Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?, in: www.kas.de, o.D., URL: <https://www.kas.de/web/linksextremismus/welche-ziele-verfolgen-linksextremisten-> [eingesehen am 28.06.2019]; Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Brühl 2014.

Grundlagenmodul

1. Linksextremismus – was ist das?

Module mit aktuellen Bezügen

2. „No capitalism!“ – mit allen Mitteln und ohne Diskussion?
3. „Antifa heißt Angriff“ – mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?
4. „Revolutionäre Gewalt“ – ein Weg zu einer besseren Gesellschaft?
5. „Bomben bauen, Waffen klauen“ – mit Musik gegen die Demokratie?
6. Linksextremismus heute – was berichten Zeitzeugen?

Module mit historischen Bezügen

7. Kommunismus – eine gute Idee?
8. Die SED-Diktatur– soziales Paradies oder Unrechtsstaat?
9. „Natürlich kann geschossen werden“ – was wollte die RAF?

Die verschiedenen Module können von den Interessierten – dies sind vor allem Lehrkräfte – individuell ausgewählt und miteinander kombiniert werden. Die Lehrkräfte sind angehalten, die Themenauswahl in enger Abstimmung mit den Jugendlichen vorzunehmen.

Ihre Antworten auf spezifische Fragestellungen präsentieren sie im Rahmen einer Gruppendiskussion oder eines Rollenspiels, wobei sie zu einem Perspektivwechsel aufgefordert werden und entsprechende Argumente entwickeln müssen.

Methoden

- Multimediale Workshops mit Originaltexten, Sekundärliteratur, Expertenstatements, Zeitzeugenaussagen, Filmen, Bildern, Objekten, überwiegend präsentiert auf Tablets;
- Gruppenarbeit, Vorträge, spielerische Ansätze, Rollenspiel, Film- und Bildanalyse;
- 360-Grad-Virtual-Reality-Film über demokratische Proteste und linksmitilante Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels 2017 in Hamburg;
- Diskussionen, Streitgespräche, Ideenfindung in der Gruppe;
- Zeitzeugengespräche mit Protagonisten und Betroffenen linker Gewalt (Aussteiger und Polizisten);
- Rundgänge durch die Gedenkstätte unter Einbeziehung der Dauerausstellung.

Didaktik

Beispielhaft für alle Module soll hier kurz der didaktische Aufbau des Grundlagenmoduls „Linksextremismus – was ist das?“ skizziert werden. Zunächst werden Vorwissen und Erfahrungen der TN zur Thematik „Linke Militanz“ und „Linksextremismus“ zusammengetragen. Es folgt das „Demokratiespiel Fünfunddreißig“,¹³ das Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat verdeutlicht.¹⁴ Die spielerische Erarbeitung der Merkmale der Demokratie dient der Vorbereitung, um im nächsten Schritt extremistische bzw. linksextremistische Denkmuster und Handlungen erkennbar zu machen und davon abgrenzen zu können.

Im dritten Teil folgt die Gruppenarbeitsphase mit Print- und Digitalquellen (Tablets). Hier kann in zwei Gruppen gearbeitet werden: Gruppe A arbeitet zum Begriff „Politischer Extremismus“ (Definition, Merkmale, Strömungen und Kritik), Gruppe B zum Begriff „Linksextremismus“ (Definition, Ziele, ideologische Strömungen und Aktionsfelder). In Kurzvorträgen und zumeist mittels Plakaten präsentieren die TN ihre Ergebnisse, die anschließend durch die Seminarleitung (SL) bei Bedarf ergänzt und in Bezug zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesetzt werden. Rollenspiele zu ausgewählten Konfliktfragen schließen sich an. Abschließend werden demokratische Handlungsoptionen erörtert.

Projektanalyse

Dank der vielfältigen und über die Jahre verstetigten Kontakte der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu Schulen und Jugendbildungseinrichtungen

-
- 13 Methode nach Thiagarajan, Sivasailam/van den Bergh, Samuel: Interaktive Trainingsmethoden. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen, Schwalbach/Ts. 2014, S. 53 ff.
 - 14 Dabei sollen die TN auf einer Karteikarte wesentliche Merkmale der Demokratie notieren und anschließend Karten und Einfälle anderer TN bewerten. Das Spiel „Fünfunddreißig“ kann genutzt werden, um Vorwissen der Schülerinnen und Schüler zu Demokratie und Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland zu aktivieren. Die Aktivität knüpft an bestehendes Wissen aus früheren Erfahrungen der TN an. Sie lernen im direkten Vergleich mit anderen ihr persönliches Wissen oder ihre Wissenslücken kennen und Aussagen zur Demokratie qualitativ zu beurteilen. Hauptziel des Spiels ist es, die Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik zu vermitteln: Volkssouveränität, Gewaltenteilung (Judikative – Exekutive – Legislative), Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip (Pluralismus), die Chancengleichheit aller politischen Parteien sowie das Recht auf verfassungsgemäße Ausübung einer Opposition.

konnte das Projekt einen unmittelbaren temporären Zugang zu Jugendlichen aufbauen. Unter diesen befanden sich auch solche, die extremistische Ideologien und ideologisierte Gewalt akzeptieren bzw. eine Affinität zu linksextremen Handlungsfeldern besitzen, sich also bereits in einem Radikalisierungsprozess¹⁵ befinden. Sie werden über die jeweiligen Bildungseinrichtungen sowie Pädagoginnen und Pädagogen erreicht (Klassenfahrten, Exkursionen mit Besuch der Gedenkstätte, aber auch Besuche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Teams in den jeweiligen Bildungseinrichtungen, z. B. im Rahmen eines Projekt-tages). Die Auswahl regionaler Beispiele für Linke Militanz ermöglichte einen intensiveren lebensweltlichen Bezug zur Zielgruppe. Dafür sammelte das Projektteam über die Jahre ca. 2.500 Links von Medien-Artikeln in der Internet-Datenbank „Diigo“ und verschlagwortete sie in diesem Weblink-Verzeichnis, das nun relevante Auszüge von aktuellen Medienberichten zum Thema „Linksextremismus“ für die Projektarbeit bereithält.

Eine quantitative Ausweitung bisheriger Aktivitäten wurde aufgrund einer erfreulich steigenden Nachfrage nötig. So erhöhte sich die Anzahl ab 2015 stetig: von 252 auf 370 absolvierte Seminare im Jahr 2018; 2019 nahmen weitere 6.816 Personen teil. Die Anzahl der TN verlief ebenfalls steigend: Waren es 2015 noch 3.621 TN, nahmen 2018 bereits 6.398 TN teil; 2019 werden nach bisherigem Stand weitere 4.181 Personen (brutto) teilgenommen haben.

Lehrkräfte haben zwar ein großes Interesse an diesem außerschulischen Angebot, allerdings selten Zeit für eine umfassende Vor- und Nachbereitung. Existiert im jeweiligen Bundesland ein Rahmenlehrplan, der auch die Thematisierung „Gegner der Demokratie“ bzw. „Diktatur und Demokratie“ vorsieht, so erweist sich dies als guter Anknüpfungspunkt für eine vertiefende Behandlung.¹⁶

Unterschiede bezüglich demokratischer Vorbildung zeigen sich hinsichtlich verschiedener Bildungseinrichtungen. Insbesondere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die entsprechende Leistungskurse belegen, sind erfahrungsge-

15 Vgl. Pfahl-Traugher, 2014; Neumann, 2013, S. 3–10.

16 Vgl. Rahmenvorgabe Politische Bildung, Schule in NRW Nr. 5000, 1. Aufl. 2001, S. 4. Kernlehrplan Politik/Wirtschaft für das Gymnasium – Sekundarstufe I (G8) in Nordrhein-Westfalen. Politik/Wirtschaft, 1. Aufl. 2007; Kompetenzentwicklung Geschichte, in: www.bildungsserver.berlin-brandenburg.de, o.D., URL: <https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/rfp-online/c-faecher/geschichte/kompetenzentwicklung/> [eingesehen am 28.06.2019]; Politikwissenschaft Q2 (PW-1), Teilaspekt 2: Gegner der Demokratie, in: www.bildungsserver.berlin-brandenburg.de, o.D., URL: https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/faecher/gesellschaftswissenschaften/sozialkunde/Q2-TA2-Gegner_der_Demokratie.pdf [eingesehen am 28.06.2019].

mäß interessierter und verfügen bereits häufig über gute Vorkenntnisse. Hier gilt es, mit verschiedenen alters- und vorbildungsspezifischen Angeboten zu reagieren, um eine Sensibilisierung für die Gefahren extremistischer Angebote zu erreichen. Lebensweltliche Bezüge (im lokalen Wohnumfeld, aber auch Debatten im Internet und in sozialen Medien) aufzugreifen, erweist sich als förderlich für die Debatte und Auseinandersetzung. Wesentlich ist auch eine offen gestaltete Debatte (es gibt keine „falschen“ Fragen und Antworten, vor allem keine Zensuren). Zuhören und Zuhören sind wesentliche Voraussetzungen für die Identifizierung und das Hinterfragen bereits vorhandener extremismusaffiner Einstellungsmuster durch die SL und andere TN. Nur eine offene Diskussionsatmosphäre erlaubt, dass Jugendliche aus der Peergroup Gegenargumente z.B. bezüglich einer Gewaltbefürwortung oder -akzeptanz finden können.

So kam es in den Diskussionen vor, dass Gewalt relativiert wird. Sie sei nötig, um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Oder aber Gewalt wird als „Gegengewalt“ gegenüber „Polizeigewalt“ zu legitimieren versucht. In der Gruppendiskussion zeigt sich aber fast immer, dass – ob rational oder emotional vorgebracht – Gewalt in der Peergroup ausnahmslos abgelehnt wird, was Gewalt akzeptierende TN zum Überdenken ihrer bisher unreflektierten Position veranlasst. Hinsichtlich zwar gewaltloser, aber radikaler Protestformen wie z.B. Demonstrationsblockaden ist der Befund ein anderer. Hier muss verdeutlicht werden, dass Menschen- und Bürgerrechte (z.B. Versammlungs- und Meinungsfreiheit) für alle gleichermaßen gelten – denn Blockaden genehmigter Demonstrationen greifen in das Demonstrationsrecht anderer ein.

Feedback und Evaluation zeigen, dass die TN in den Projektseminaren häufig erstmalig tiefgehende Informationen über Linksextremismus erhielten und sich mit dessen demokratiefeindlichen Implikationen auseinandersetzen konnten. Der Ansatz einer peerbasierten Distanzierung war hilfreich, da die TN vor allem gute Argumente gegen Gewalthandeln fanden, aber auch Gefahren durch Eskalationen nach konfrontativem Handeln – vor allem gegenüber Polizeibeamten – erkennen konnten. Anzunehmen ist, dass bei manchen Jugendlichen – auch wenn schwer messbar – ein „Ausstieg vor dem Einstieg“ in linksextremistische Szenen erreicht und Radikalisierungsprozesse minimiert werden konnten. TN bewerteten im Evaluationsbogen des Deutschen Jugendinstituts die Frage „Was würdest du einem Freund über den Projekttag erzählen?“ die Seminare wie folgt:

- „Sich mit diversen Ideologien auseinanderzusetzen, war sehr spannend.“
- „Tiefere Einblicke in ein Thema, welches man oft ignoriert.“
- „Ich fand spannend, dass man sich selber ein Bild von Extremismus machen

durfte und dies selber bearbeitet hat, und nicht nur einfach etwas erzählt bekommt.“

- „Es ist sehr informativ, aber trocken.“
- „Es ist wichtig zu wissen, was sich abgespielt hat in der Vergangenheit.“
- „Zeigt eine andere Perspektive, schulisch wird oft nur Rechtsextremismus behandelt.“
- „Äußerst interessanter Einblick in die Denkweise von (Links-)Extremisten. Spannende Idee, Sichtweisen einzunehmen, welche den eigenen widersprechen.“

TOM DAVID UHLIG

Kritik ohne Extremismusverdacht

Zur Problematisierung linkspolitischer Irrungen

Die Verfassungsschutzlogik samt Extremismusbegriff erweist sich für die politische Bildung als gänzlich unbrauchbar. Vor der Folie dieser Problemstellung werden die Erfahrungen diskutiert, die in der Bildungsstätte Anne Frank im Projekt „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“ gesammelt wurden.

Seit 2011 bietet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ein „Aussteigerprogramm für Linksextremisten“ an. Unter einer Rufnummer können sich Interessent*innen, „die sich dazu entschieden haben, sich aus dem Einflussbereich linksextremistischer Strukturen zu lösen, den Ausstieg jedoch aus eigener Kraft nicht schaffen“¹, von Mitarbeiter*innen des BfV beraten lassen, wie sie diesen Schritt bewerkstelligen könnten. Eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE)² ergab indes, dass die Hotline von 2014 bis zum Stand der Anfrage 2017 gerade einmal 28 Anrufe verzeichnete. Abzüglich dreier Scherzanrufe und fünf Anrufe aus anderen Gründen als der ‚Aussteigerbereitschaft‘ bleiben also über einen Zeitraum von drei Jahren zwanzig ernstzunehmende Anrufe. Aber selbst diese Kontaktaufnahmen lassen politische Gründe vermissen: Die Anrufer*innen gaben an, sich wegen psychischer oder sozialer Probleme zu melden. Erkenntnisse darüber, dass eine dieser Personen tatsächlich

-
- 1 Bundesamt für Verfassungsschutz: Aussteigerprogramm für Linksextremisten, in: www.verfassungsschutz.de, o.D., URL: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus> [eingesehen am 25.04.2019].
 - 2 Siehe Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE. Bilanz des „Aussteigerprogramms für Linksextremisten“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2014–2016, Bundestag–Drucksache 18/13164, in: www.taz.de, o.D., URL: http://www.taz.de/fileadmin/static/pdf/KA18_13164AussteigerLinks.pdf [eingesehen am 25.04.2019].

irgendwo ‚ausgestiegen‘ ist, liegen nicht vor – die Hotline ist bis heute rund um die Uhr erreichbar.

Aktivismus und Unkenntnis

Eine solche Farce schreckt offensichtlich kaum ab, ihr dennoch nachzueifern: Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU), rief 2018 einen Kampagnenwettbewerb für das landesweite Aussteigertelefon *left* aus, den ein aktiver Burschenschaftler gewann.³ Solcher Aktivismus gegen sogenannten Linksextremismus geht überdies einher mit offener Unkenntnis linksradikaler Politiken und Strategien, die aber bezeichnend sind für das gesamtgesellschaftliche Klima, in der die Extremismustheorie Konjunktur feiert: Um aus einer linken Szene ‚auszusteigen‘, genügt zumeist, nicht mehr beim Plenum aufzukreuzen oder andere Läden zu besuchen. Auch scheint vielen politischen Akteur*innen und Kommentator*innen nicht bewusst zu sein, dass der Schwarze Block, der oftmals an der Spitze linkspolitischer Demonstrationen mitläuft, keine feste Gruppe ist, die eigens zu diesem Zweck durch die Lande reist, sondern zufällige Demonstrationsteilnehmer*innen, die keine Lust haben, gefilmt oder fotografiert zu werden. Selbst bei Antifa-Gruppierungen scheint der Glaube weitverbreitet, es handele sich hier um einen bundesübergreifenden Verband und nicht vielmehr um meist lokal organisierte Initiativen. Begierig stürzte sich nicht zuletzt die rechtspolitische Öffentlichkeit auf einen satirischen Essay in der *taz*, dem zufolge der „Antifa e.V.“ Abrechnungsformulare für antifaschistische Proteste adressiert an die Bundesregierung zur Verfügung stelle.⁴ Der Witz wurde für bare Münze genommen, weil er dem eigenen Ressentiment zupasskam. Als sich ein Autor des *Tagesspiegel* bei der Antifa bedankte, weil sie es oftmals unter Einsatz der eigenen Gesundheit und unter Repressalien der Exekutive schaffe, die Straßen nicht den Nazis zu überlassen, rief das massiven Widerspruch hervor. Dabei brachte der Autor das Problem auf den Punkt:

3 Vgl. Weiermann, Sebastian: Mit Burschenschaffern gegen den „Linksextremismus“, in: www.neues-deutschland.de, 21.12.2018, URL: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1108614.aussteigerprogramm-left-mit-burschenschaffern-gegen-den-linksextremismus.html> [eingesehen am 25.04.2019].

4 Siehe Peter, Erik: Demogeld für Antifas, in: www.taz.de, 12.02.2015, URL: <http://www.taz.de/!5020381/> [eingesehen am 29.04.2019].

„Gegen Nazis protestieren ist gut, aber das kann man doch auch anders machen.“ Dieser Satz kommt meist aus dem Mund von Leuten, die überhaupt nichts gegen Nazis unternehmen. Oder Symbolpolitik machen, ohne irgendwas zu erreichen außer dem eigenen guten Gefühl.“⁵

Zur fatalen Wirkmacht des Hufeisens

Die Untätigkeit gegenüber dem grassierenden Faschismus auf der Straße und in den Parlamenten wird flankiert von Hufeisenmodellen, die den Unterschied zwischen linksradikalem Antifaschismus und Antikapitalismus sowie ‚Rechtsextremismus‘ oder ‚Islamismus‘ nivellieren. Wichtigster Exponent für diese so unterkomplexe wie eingängige Extremismustheorie ist wohl der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, in dessen mit seinem ehemaligen Doktoranden Tom Mannewitz 2018 herausgegebenen Handbuch „Extremismusforschung“ Jürgen P. Lang darlegt, was das Problem am Linksextremismus sein soll: „Wie alle Extremisten konstruieren linksextremistische Ideologien ein klares Feindbild. Der für ein freiheitliches Gemeinwesen entscheidende Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur spielt keine Rolle.“⁶ Und weiter:

„Der Kern linksextremistischen Denkens liegt in dem strikten und allumfassenden Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Während linke Demokraten mit ‚Kapitalismus‘ ein *Wirtschaftssystem* anprangern, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse, sehen linke Extremisten darin ein *Herrschaftssystem*, das es zu beseitigen gelte.“⁷

Dass ein Wirtschaftssystem zugleich ein Herrschaftssystem sein kann – und dass nicht erst seit dem Kapitalismus –, leuchtet dem Verfasser wohl nicht ein. Zu denjenigen, für die der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur *heute* keine Rolle spiele, zählt der Verfasser allerdings nicht offensichtlich problematische und von der überwältigenden Mehrzahl radikaler Linker isolierte Gruppen wie die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) oder den maoistischen Jugend-

5 Leber, Sebastian: Danke, liebe Antifa!, in: www.tagesspiegel.de, 14.01.2014, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/chaoten-oder-heilsbringer-danke-liebe-antifa/9382378.html> [eingesehen am 29.04.2019].

6 Lang, Jürgen P.: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Politik, Bonn 2018, S. 339–388, hier S. 339.

7 Ebd.

widerstand, sondern z. B. auch die Partei DIE LINKE, in deren Programm stehe, dass „es unter kapitalistischen Bedingungen keinen Raum für Demokratie gebe“⁸; Antideutsche, die doch tatsächlich die Bombardierung Dresdens rechtfertigen;⁹ oder auch Intellektuelle wie Adorno, Horkheimer und Marcuse, denen die liberale Demokratie als im „Kern repressiv“ gelte.¹⁰ Begleitet werden diese haarsträubenden Vereinfachungen geschichtsrevisionistischer Thesen: Die „KPD hatte ihren Anteil daran, dass die Nationalsozialisten die Weimarer Republik zu Grabe trugen.“¹¹ Noch deutlicher wird Jürgen W. Falter in seinem Beitrag im selben Buch:

„Die ständig zunehmende Gewalttätigkeit der politischen Auseinandersetzung vor allem zwischen den Kampfverbänden der extremen Linken und der extremen Rechten ließen den Glauben an die ordnende Kraft der Republik schwinden. Selbst wenn eine Machtübernahme von links unrealistisch war, spielten Bolschewismusfurcht und die Angst vor einem möglichen kommunistischen Umsturz der NSDAP in die Hände. So gesehen gehörte der politische Extremismus zu den Totengräbern der Weimarer Republik.“¹²

Ein Wort zum Schulterschluss der konservativen Kräfte mit den Nationalsozialist*innen, der dann tatsächlich zum Ende der Weimarer Republik geführt hat, sucht man vergebens. Wegbereiter*innen des Nationalsozialismus (NS) sind hier die Feinde des NS – eine Haltung, die sich hervorragend verträgt mit alltags-tauglichen Hufeisenmodellen, der Antifaschismus sei so schlimm, wenn nicht noch schlimmer als der Faschismus. Während Jesse in seinem Grundlagenkapitel die „Schieflage“ beklagt, Linksextremismusforschung stehe „vielfach im Verdacht, Ideologie zu betreiben“,¹³ wird sich im Handbuch alle Mühe gegeben,

8 Ebd.

9 Siehe ebd., S. 350. Interessanterweise folgt diese suggerierte Skandalisierung auf eine Ernennung Jürgen Elsässers zum früheren „Wortführer“ (!) der Antideutschen, ganz ohne zu erwähnen, wo Elsässer sich derzeit politisch befindet, nämlich im Milieu der völkischen Rechten. Das scheint dem Autor allerdings weniger problematisch zu sein als die „Rechtfertigung“ der Bombardierung Dresdens durch die Antideutschen – ganz so, als sei diese in Wahrheit „ungerechtfertigt“ gewesen.

10 Ebd., S. 374.

11 Ebd., S. 354.

12 Falter, Jürgen W.: Politischer Extremismus in der Weimarer Republik, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Politik, Bonn 2018, S. 547–589, hier S. 549.

13 Jesse, Eckhard: Grundlagen, in: ders./Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Politik, Bonn 2018, S. 23–58, hier S. 23.

diesen Verdacht zu erhärten. Schon im Klappentext der bpb-Ausgabe heißt es, Extremismus lehne „Verfassungsstaatlichkeit, Volkssouveränität, Pluralismus und grundlegende Menschenrechte direkt oder indirekt“ ab und das Handbuch beleuchte „politischen Extremismus in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und im Kommunismus“. ¹⁴ Wie vor dieser Folie ‚Links-‘ und ‚Rechts-‘ extremismus‘ miteinander vergleichbar gemacht werden sollen, erschließt sich auch nach der ermüdenden Lektüre nicht. Wer zudem ernsthaft nach „politischem Extremismus“ im NS fragt, sagt damit wenig mehr, als vom NS jeden Begriff verloren zu haben und ihn im konzeptionellen Einerlei zu verharmlosen.

Kurzum: Der Extremismusbegriff verschleiert mehr, als er erhellt; er macht vergleichbar, was nicht vergleichbar ist, und konstruiert darüber die befriedende Illusion einer gesellschaftlichen Mitte, an deren sozialen und politischen Rändern lediglich diejenigen Probleme auftauchen, mit denen man sich nicht mehr so genau befassen möchte. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc. sind aber keine Phänomene, die sich exklusiv in ‚Extremismen‘ verorten lassen, sondern gesamtgesellschaftliche Ideologien, deren Konstitutionsbedingungen nur versteht, wer sich von Gesellschaft einen Begriff macht – einer Gesellschaft, die kapitalistisch strukturiert auf der Subjektseite Angst und Unsicherheit erzeugt und eben auch jene pathetischen Projektionsangebote bereitstellt, die eigenen Widersprüche am Anderen zu verfolgen.

Wer bildungspolitisch Probleme innerhalb der politischen Linken kritisieren will – und von denen gab und gibt es viele –, sollte zunächst anerkennen, dass progressive linksradikale Politiken für eine Welt streiten wollen, in der sich nach einem Wort Adornos ohne Angst verschieden sein lässt. An diesem oder ähnlichen *Selbstansprüchen* kann die politisch-historische Bildung ansetzen, indem sie *immanente* Kritik leistet. Ansonsten muss sie sich – nicht ganz zu Unrecht, wie der skizzierte Exkurs zum Extremismusbegriff zeigen soll – der Skepsis aussetzen, linkspolitische Anliegen desavouieren zu wollen.

Die Debatte um Antisemitismus von links

Ein solches Projekt hat das Modellprojekt „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“ der Bildungsstätte Anne Frank verfolgt. Der Titel soll dabei bereits – in Anlehnung an den Schriftsteller Jean Améry – für die eigentümliche Dialektik linken Antisemitismus sensibilisieren, der eben einerseits wörtlich das Gegenteil von gut, also das Schlechte, ist und an-

¹⁴ Jesse/Mannewitz, 2018.

dererseits sprichwörtlich gut gemeint daherkommt. Améry notierte 1969: „Fest steht: der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israëlismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar.“¹⁵ Mit dieser „Ehrbarkeit“ ist in etwa gesagt, dass – vermittelt über die Chiffren Israel und Zionismus – Antisemitismus gesellschaftsfähig, mithin konsensuell werde. Hinzufügen lassen sich Verschwörungstheorien und verdinglichende, meist personalisierende Kapitalismuskritiken, die einen eingeschränkten sinisteren Personenkreis für alle Übel der Moderne verantwortlich machen. Wo sich in diesen so einfachen wie falschen Ausweg geflüchtet wird, verliert die Politik ihren progressiven Anspruch: Antisemitismus ist eine Denkform, die der richtigen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse im Weg steht, den Blick auf sie versperrt und damit auch deren Kritik verunmöglicht. Wo geglaubt wird, einige gierige Banker seien an der Malaise des Kapitalismus schuld und nicht das Kapitalverhältnis selbst, oder wo zwar für die Rechte von Frauen und *People of Color* gestritten werden soll, aber diese Rechte gleichzeitig Jüdinnen und Juden verwehrt werden, geht der Selbstanspruch von Gesellschaftskritik verloren: Eine halbe Aufklärung ist keine.

Im Klima der gegenwärtigen völkischen, neurechten und rechtspopulistischen Konjunktur, in der Antisemitismus ein konstitutiver Bestandteil ist,¹⁶ kann danach gefragt werden, warum denn ausgerechnet jetzt eine Ausstellung über Antisemitismus in der politischen Linken notwendig sein soll. Schwer wiegt der Verdacht, damit würde letztlich nur dieser Entwicklung entgegengearbeitet und linkspolitische Anliegen geschwächt werden. Bei der Ausstellungskonzeption war aber handlungsleitend, dass das Potenzial, sich selbst zu reflektieren, über Widersprüche zu streiten, nicht zugunsten einer fantasierten Homogenität über Differenzen hinwegzusehen, eine genuine Stärke linker Bewegungen sein kann. Nicht nur Gespräche mit Besucher*innen, auch die öffentliche Resonanz zeigt uns dabei bisher, dass dieser Ansatz offenbar erfolgreich ist. Im *Neuen Deutschland* schreibt ein Autor:

„Freude machen die Texte und Interviews [in der Ausstellung sind sieben Interviews zu sehen, Anm. d. A.] indes aus einem anderen Grund: Die Perspektive ist durchgängig eine innerlinke. Die Diskussionen innerhalb (radi-

15 Améry, Jean: Der ehrbare Antisemitismus. Werke. Bd. 7. Aufsätze zur Politik und Zeitgeschichte, Stuttgart 1969, S. 131–140, hier S. 133.

16 Vgl. etwa Uhlig, Tom D.: Bollwerk für Juden und Jüdinnen in Deutschland? Antisemitismus in der AfD, in: www.belltower.news, September 2018, URL: <https://www.belltower.news/bollwerk-fuer-juden-und-juedinnen-in-deutschland-antisemitismus-in-der-afd-49436/> [eingesehen am 02.05.2019].

kal) linker Gruppen werden als berechtigt und ergiebig gezeigt und die Kritik an Staat und Kapital als notwendig, und die sich dabei zeigenden antisemitischen Haltungen werden als Ergebnis einer fehlgelaufenen Aneignung komplexer Theorien verstanden und gerade nicht als notwendig ressentimentgeladener Output durchgedrehter und notorisch repressiv-autoritärer Kommunisten. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, in einer Ausstellung, die unter anderem vom Bundesfamilienministerium gefördert wird, Sätze zu lesen wie diesen: ‚Auch gerechte Bezahlung für Bauern ändert nicht grundsätzlich etwas an der Klassengesellschaft, und auch nachhaltig produzierte Waren erfüllen weiterhin eine marktwirtschaftliche Funktion.‘ Womit ein Beispiel für verkürzte Kapitalismuskritik gegeben wird.“¹⁷

Die Passage ist hier in umfassender Länge wiedergegeben, weil sie die Bedingungen beschreibt, unter denen politische Bildungsangebote für die Zielgruppe – in diesem Fall linkspolitisch orientierte junge Erwachsene – gelingen kann. Die Verwunderung, in einer von einem Bundesministerium geförderten Ausstellung etwas über das Kapitalverhältnis lesen zu können, spiegelt die vorsichtige Zurückhaltung, mit der wir zu Anfang des Projektes konfrontiert waren. Ohne eine gewisse Sympathie gegenüber auch linksradikalen Politiken – radikal hier verstanden im wörtlichen Sinne als an die Wurzel gesellschaftlicher Problemkonstellationen gehend – schließt sich das Reflexionsangebot für viele *a priori* ebenso aus wie durch die Drohung des Extremismusverdachts. Gerade Letzterer kann leicht zur Interpretationsschablone werden, mittels derer unliebsame politische Einstellungen dämonisiert werden, obwohl sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen. Beispielsweise weisen derzeit die Mietproteste „Deutsche Wohnen Enteignen“ darauf hin, dass ihre Forderungen vom Grundgesetz gedeckt sind, in dessen Artikel 15 es heißt:

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.“

17 Hagedorn, Nicolai: Schlimmer als Hitler, in: www.neues-deutschland.de, 27.04.2019, URL: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1117589.linker-antisemitismus-schlimmer-als-hitler.html> [eingesehen am 22.05.2019].

Eine Initiative von Ökonomen ließ sich nicht nehmen, den Protest als „linksextrem“ zu bezeichnen, um sogleich zu fordern, die *Soziale Marktwirtschaft* in die Verfassung aufzunehmen.¹⁸ Hier wird also auf vermeintlich extremistische Forderungen mit dem Vorschlag einer Verfassungsänderung reagiert: Die Rollen, *wer* hier verfassungsfeindlich agieren soll, sind demnach völlig auf den Kopf gestellt.

Grundannahmen, Aufbau und Ziele der Ausstellung „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“

Mit der Ausstellung wollen wir herausarbeiten, warum linksradikale Kritiken in Vergangenheit und Gegenwart notwendig waren und sind, aber eben auch aufzeigen, wo in diesen Kritiken Antisemitismus kolportiert wurde, als laute Einzelstimmen oder als Hintergrundrauschen. Die Kritik von Antisemitismus durch die Ausstellung erfolgt dabei ohne *pädagogisches Fragezeichen*. Zum Beispiel wird nicht danach gefragt, *ob* die antiisraelische Kampagne „Boycott-Divestment-Sanctions“ (BDS) antisemitische Zwecke verfolgt, sondern es wird dargelegt, *warum* diese Ziele antisemitisch sind. Dabei haben wir inhaltlich einige Engführungen vorgenommen: Zum einen wird die politische Linke in Deutschland *seit 1968* behandelt. Dieser zeitliche Rahmen wurde gewählt, da wir annehmen, dass prominente Formen linkspolitisch motivierten Antisemitismus, die auch gegenwärtig äußerst relevant sind, sich zu dieser Zeit entwickelt haben. Gemeint ist hier natürlich der israelbezogene Antisemitismus, der im Zuge des sogenannten Sechstagekrieges zu einem Wandel der Position gegenüber Israel geführt hat. War die radikale Linke vormals eher solidarisch mit dem Staat der Shoah-Überlebenden, ist die Stimmung nach 1967 rasch gekippt. Wie der Historiker Moïse Postone schreibt, war keine europäische Linke vor 1967 so pro- und danach

18 Siehe Plickert, Philip: „Kevin Kühnert schadet der SPD“, in: www.faz.net, 02.05.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kritik-von-oekonomen-kevin-kuehnert-schadet-der-spd-16167135.html> [eingesehen am 02.05.2019]. In dem Artikel steht: „Eine Reihe prominenter Ökonomen wollen indes der Sozialen Marktwirtschaft Verfassungsrang verschaffen. Sie habe ‚sich eindeutig als die beste aller in der Realität vorkommenden Wirtschaftsordnungen erwiesen‘, heißt es in einem Positionspapier des Volkswirtschafts-Professors Ulrich van Suntum von der Universität Münster, welches der F.A.Z. vorliegt. Dennoch drohe in Deutschland ‚das Bewusstsein allmählich zu verblassen, in welchem Maße Wohlstand und Freiheit von der Sozialen Marktwirtschaft geprägt wurden‘. Deshalb solle das Wirtschaftssystem ins Grundgesetz aufgenommen werden – da steht sie nämlich bislang nicht drin.“

so antiisraelisch eingestellt.¹⁹ Israel als Staat zu erleben, der seiner eigenen Vernichtung trotzen kann, also nicht mit der ihm zugedachten Opferposition übereinstimmt, scheint die vormals positive Identifikation gebrochen zu haben, was darauf hindeutet, dass die frühere Solidarität mit Israel instrumentellen Charakter hatte. Natürlich haben Formen regressiver Kapitalismuskritik oder von Verschwörungstheorien eine längere Geschichte; aber aufgrund dieser Besonderheit schien uns angebracht, mit 1968 zu beginnen. Zum anderen fokussiert die Ausstellung linksradikale Politiken im oben angerissenen Begriffsverständnis. Linksliberale oder sozialdemokratische Positionen werden seltener angesprochen – etwa im Zuge des Grass-Gedichtes „Was gesagt werden muss“ – obwohl es auch in diesen Bereichen Wesentliches zu besprechen gäbe. Nicht zuletzt richtet sich der Blick nur nach Westdeutschland – die Geschichte des Antisemitismus in der DDR hätte schlichtweg den Rahmen gesprengt.²⁰

Auch wenn die Ausstellung einen dezidiert historischen Ansatz verfolgt, behandelt sie die beschriebenen Phänomene doch nicht als abgeschlossen, sondern fragt danach, welche Bedeutung die geschichtlichen Ereignisse für die Gegenwart haben, welche Kontinuitäten sich tradierten. Um die erhoffte Reflexion anzustoßen, haben wir einen möglichst lebensweltlich orientierten Zugang gewählt. Schließlich schlägt sich politische Identität nicht nur an der Wahlurne oder in dezidiert politischen Diskussionen nieder, sondern oft in ganz alltäglichen Dingen und Praxen, an die anzuknüpfen wir versucht haben. Die Ausstellung folgt mithin einer Topografie von Räumen in und an denen linkspolitische Kritiken geübt wurden: die Straße, die Wohnung, der Supermarkt, die Universität, die Bühne und der Kiosk.

Um die Arbeitsweise zu illustrieren, sei hier auf einen Raum kurz näher eingegangen: Auf der Straße werden linksradikale Politiken vielleicht am deutlichsten sichtbar. Das Handgemenge, in welchem hier Kritik geäußert wird, erfordert, diese stark zu vereinfachen, wodurch sie Gefahr läuft, antisemitische Denkformen zu reproduzieren. Kapitalismus ist ein abstraktes Beziehungsgefüge, an dem alle jeden Tag ihren Anteil haben. Er hat keine Adresse, bei der man klingeln und sich beschweren kann. Dennoch suchen sich (große) Demonstrationen gerne symbolträchtige Institutionen oder Einzelpersonen heraus, an welche die Kritik adressiert werden soll. Diese Vereinfachung ist oftmals anschlussfähig an die antisemitische Chiffre, wonach ein kleiner Personenkreis verantwortlich für die

19 Vgl. Postone, Moishe: Deutschland, die Linke und der Holocaust, Freiburg 2005, S. 174.

20 Vgl. hierzu etwa Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Schattenseiten des Kapitalismus sei. Ein abstraktes Problem wird personalisiert und die Schuld einigen wenigen zugeschrieben. Auch wenn es natürlich Akteur*innen gibt, die man kritisieren muss, sind diese doch nicht für den Kapitalismus verantwortlich.

Wir haben dafür die Formel gefunden, dass sich regressive Kapitalismuskritik daran erkennen lässt, dass lediglich eine oder zwei Variablen ausgemacht werden, ohne die der Kapitalismus nicht mehr so belastend wäre: die Banker, die Zinsen, die Gier oder die Rothschilds; oder daran, dass die Kritik dann einen selbst ausklammert, man also sich selbst nicht mehr als Teil des kritisierten Gesamtzusammenhangs erkennt. Zu den Einzeldaten, die in dieser Station verhandelt werden, gehört etwa das Symbol der Krake, das etwa bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt oder den Anti-G20-Demonstrationen in Hamburg zu sehen war. Mit der Krake wird suggeriert, es gebe ein Zentrum der Macht, von dem aus der Kapitalismus gelenkt werde. Unschwer ist darin eine antisemitische Bildsprache zu erkennen, die sich tradiert hat, wenn auch in weniger deutlicher Form: Während in der Bildverwendung vor 1945 oft noch expliziert wurde, wer mit der Krake gemeint ist – etwa durch einen Davidstern, der über ihrem Kopf schwebt –, muss heute der antisemitische Gehalt über die historische Tradition bzw. die psychosoziale Funktion, die das Bild erfüllt, herausgearbeitet werden.

Was tun, was lassen? – Politische Bildungsarbeit links

Die Ausstellung wird von dem Zielpublikum rezipiert, da sie sich explizit in einer *innerlinken* Debatte positioniert, ohne linke Politik- und Lebensentwürfe zu stigmatisieren. Im Vorfeld ist uns aber auch die Befürchtung begegnet, mit der Thematisierung von Antisemitismus in der Linken ohnehin schon unter Beschuss stehende Bewegungen und Gegenpolitiken zu schwächen. Rudi Dutschke konstatierte einmal:

„Wenn wir das anfangen, verlieren wir unsere ganze Kraft. Eine solche Kampagne ist von unserer Generation nicht zu verkraften, aus dieser Geschichte kommen wir nicht wieder raus. Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen. Wir müssen erst einmal was Positives gegen diese Vergangenheit setzen.“²¹

21 Zitiert nach Aly, Goetz: Unser Kampf. 1968 – Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt 2012, S. XIV.

So häufig einem dieser Argumentationsgang auch begegnet, so falsch ist er u.E. doch. Die (Selbst-)Kritik von Antisemitismus und nationalsozialistischen Gefühlserbschaften ist eine notwendige Voraussetzung von Gesellschaftskritik. Gegen „diese Vergangenheit“ lässt sich nichts Positives setzen, stattdessen müssen ihre Nachwirkungen, ihre Kontinuitäten in der Gegenwart aufgezeigt und bekämpft werden – auch in den ‚eigenen Reihen‘.

Dabei muss sich politische Bildungsarbeit, die sich in dieser Absicht an linke Aktivist*innen richtet, die Frage stellen, was sie eigentlich möchte: Geht es ihr darum, die Zielgruppe zur Abkehr von einem vermeintlichen Irrweg zu erziehen? Oder darum, linke und rechte Politiken zu nivellieren, wie etwa in der klassisch gewordenen Gleichsetzung von Gewalt gegen Menschen, weil sie eine andere Hautfarbe oder Religion haben, mit der ‚Gewalt‘ gegen Fensterscheiben? Falls das die Ziele sind, wird sie notwendig scheitern, mit ihrer Zielgruppe überhaupt erst ins Gespräch zu kommen. Probleme in der politischen Linken anzusprechen – die es so als homogenen Block natürlich sowieso nicht gibt –, verlangt nach der Anerkennung ihrer Legitimität. Plakativ gesprochen: Man sollte ernsthaft erst einmal „Danke, Antifa!“ sagen, anstatt sie dem Extremismusverdacht auszusetzen, wenn man sich im Weiteren etwaig autoritären oder sexistischen Gruppenstrukturen widmen möchte.

Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz

KAST e.V. ist seit 2018 im Projekt „Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz“ tätig. Die langjährige Arbeit mit auffällig und/oder straffällig gewordenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Erfahrungen im Justizkontext sind ausschlaggebend für die Inhalte und Rahmenbedingungen des Projekts.

Die Arbeit des KAST

Das Kieler Antigewalt- und Sozial-Training e.V. (KAST) fungiert seit 2018 als landesweite Kontaktstelle für Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, ehrenamtlich Tätige und weitere Interessierte, die Fragen zum Themenbereich Linke Militanz haben. Das Projekt „Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert; es ist Bestandteil der Beratungsstrukturen des Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ). Bereits seit 2005 befassen sich die Mitarbeiter*innen von KAST mit verschiedenen Facetten von Gewalt. Die Adressat*innen der intervenierenden Arbeit des Teams sind in der Regel Jugendliche oder Heranwachsende, aber auch Erwachsene, die Gewalt ausgeübt haben und sich deswegen vor Gericht dafür verantworten mussten. Über 95 Prozent der Teilnehmer*innen hatten daher eine gerichtliche Auflage zur Teilnahme an einem Antigewalttraining (AGT). Im Mittelpunkt der konkreten Arbeit mit Täter*innen steht die Betrachtung verschiedener Aspekte von Gewalt und ihrer Legitimation.

Viele Jahre lag der Fokus von KAST dabei vor allem auf dem rechten Spektrum. Infolgedessen entwickelte das KAST auf Grundlage des klassischen AGTs weitere Trainingsangebote für verschiedene Zielgruppen. Das klassische AGT ist darauf ausgerichtet, erneute Gewaltanwendung zu verhindern und gewaltfreie Verhaltensalternativen zu offerieren, wobei im Gegensatz zu anderen Trainings-

methoden hier vermehrt auf Methoden der konfrontativen Pädagogik zurückgegriffen wird. Die einzelnen Schritte der destruktiven Gewalt lassen sich nämlich, da sie eine Gewalttat ideologiefrei und die Auswirkungen auf Opfer genauer betrachten, auch auf andere Zielgruppen übertragen (z.B. auch auf „linke“ Gewalttäter*innen). Die Präventions- bzw. Ausstiegsarbeit im Bereich Linke Militanz stellt daher ein neues Arbeitsfeld für KAST dar, das von den Vorerfahrungen des Trägers profitiert.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit mit Gewalttäter*innen ist das Aufbrechen der Legitimationsstrategien. Die Teilnehmer*innen befassen sich bereits in der Zeit der Vorbereitung auf die Gespräche und während der Einzelgespräche mit den Nachteilen des eigenen Problemverhaltens und befinden sich dabei in der Phase der „Contemplation“¹. Erst dadurch wird die Nachhaltigkeit der Wirkung psychoedukativer Elemente gewährleistet und neu erlernte sowie diskutierte Inhalte können in eigene Verhaltensmodelle übertragen werden. Während der Treffen werden die Inhalte immer wieder aufgegriffen, wiederholt und in Beispielen eingeübt. Die in den kognitivverhaltenstherapeutischen Elementen vermittelten Inhalte sind wichtige Bestandteile der Beratung, da ein Abweichen davon das Risiko für eine erneute Straffälligkeit besonders erhöht. Das Risiko besteht z.B. im Falle rigider kognitiver Schemata, besonders gefestigter Legitimations- und Bagatellisierungsstrategien oder des Fehlens zwischenmenschlicher und sozialer Kompetenzen.²

Ein anderer Fokus der Arbeit liegt darauf, eine individuelle Definition des problematischen Verhaltens jeder*s Teilnehmers*in zu entwickeln und als Resultat ein Veränderungsziel zu benennen. Dieses Ziel sollte möglichst im Zusammenhang mit dem Gewaltproblem der*des Teilnehmers*in stehen. Im Vordergrund der Erarbeitung des Anliegens steht, dass eine Verhaltensänderung nur dann stattfinden kann, wenn eine authentische und intrinsische Veränderungsmotivation vorliegt. Die differenzierte Analyse individueller Problemsituationen wird daher unter der konstruktivistischen Grundhaltung des systemischen Ansatzes³ vorgenommen. Sie geht von der Annahme aus, dass jede Wirklichkeit

1 Prochaska, Janice et al.: A Transtheoretical Approach to Changing Organizations, in: Administration and Policy in Mental Health and Mental Health Service Research, Jg. 28 (2001), S. 247–261, hier S. 248. Die Phase der *Contemplation* ist eine Bewusstwerdung des eigenen Fehlverhaltens, evoziert durch persönliche Misserfolge oder die Reaktion anderer Menschen.

2 Vgl. Elsner, Klaus: Psychotherapie im Dialog, Stuttgart/New York 2004, S. 37.

3 Autoren zu diesem Thema sind u.a. Oswald, Gerhard/Müllensiefen, Dietmar: Psycho-soziale Familienberatung, Freiburg i. Br. 1985; Goldbrunner, Hans: Arbeit mit Problemfami-

von dem Betrachtenden selbst abhängt. Unter Würdigung der konstruktiven Selbstorganisation wird ein Perspektivenwechsel geübt und es wird versucht, Verständnis sowie Respekt für unterschiedliche Perspektiven zu entwickeln.

Grundlagen und Bedeutung der präventiven Arbeit des KAST e.V.

„Politisch motivierte“ Täter*innen aus dem rechten Spektrum galt es lange Zeit zu erreichen oder gar zu therapieren. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Nazi-Ideologien haben keinen Platz in unserer pluralistischen Gesellschaft. Dabei verhielt es sich so, dass Menschen aus der linken Szene, die sich aktiv gegen „rechts“ einsetzten, eine (vermeintliche) Rechtfertigung für Gewalt hatten. Dass dabei jedoch häufig auch unbeteiligte Menschen oder Polizist*innen zu erheblichen Schäden kamen und zudem große Sachschäden verursacht wurden, galt in der „linksmilitanten Szene“ oftmals als Kollateralschaden. Dies zeigt besonders prägnant das Bekennerschreiben „Unsere Nächte brauchen keine Sterne mehr um zu leuchten“ der linksmilitanten Szene des G20-Gipfels in Hamburg.⁴ Spätestens seit jenem Gipfel hat sich die Wahrnehmung linker Militanz in der Gesellschaft verändert. Die Ausschreitungen wurden als das gesehen, was sie letztlich auch waren: nämlich massive Gewalttaten an Privateigentum und Einsatzkräften. Erst der darauffolgende Diskurs ermöglichte die Unterscheidung zwischen politischem Handeln und Gewalt als Selbstzweck. Solch eine von politischer Ideologie zunächst losgelöste Betrachtungsweise ermöglicht überhaupt erst einen Zugang zu der Arbeit mit Täter*innen.

Kriminelles und gewalttätiges Verhalten ist gleichwohl ein wichtiges Thema in jeder Gesellschaft. Es betrifft stets sowohl Opfer als auch Täter*innen. Die negativen Folgen einer Gewalttat haben in der Regel nicht nur Auswirkungen auf das unmittelbare Opfer, sondern auch auf eine große Anzahl indirekt Betroffener aus dem sozialen Umfeld von Opfer und Täter*innen. Für die*den Täter*in hat eine Gewaltstraftat ebenfalls negative Langzeitfolgen im sozialen, familiären und beruflichen Bereich. Solche Straftaten gehen mit einer entsprechend hohen Zahl direkter und einer noch höheren Zahl indirekter Opfer einher.

lien. Systemische Perspektiven für Familientherapie und Soziale Arbeit, Mainz 1989; Ritscher, Wolf (Hg.): Systemische Kinder- und Jugendhilfe, Anregungen für die Praxis, Heidelberg 2005; Kleve, Heiko: Konstruktivismus und Soziale Arbeit, Einführung in die Grundlagen der systemisch-konstruktivistischen Theorie und Praxis, 4. Aufl., Wiesbaden 2010.

4 Siehe Imaginäre Partei – Li.Ke.: Unsere Nächte brauchen keine Sterne mehr um zu leuchten, in: www.indymedia.org, 23.09.2017, URL: <https://de.indymedia.org/node/14038> [eingesehen am 09.07.2019].

Gewaltdelinquenz entwickelt sich in der Regel unter kritischen sozialen Bedingungen: Gewaltstraftäter*innen legitimieren ihre gewalttätigen Strategien mit akuten oder anhaltenden belastenden Zuständen, mit Perspektivlosigkeit, gesellschaftlicher Ungerechtigkeit etc. Gewalttaten können zudem in enger Beziehung zu eigenen Gewalterfahrungen stehen. Der Umgang mit Gewalt innerhalb der Gesellschaft ist in der Regel eher ein sanktionierender. Aus der Verlaufsforschung ist bekannt, dass ohne Interventionen gerade bei der Deliktategorie Körperverletzung mit zahlreichen Rezidivdelikten zu rechnen ist. Eine rein strafrechtliche Sanktionierung durch Inhaftierung hingegen hat oft keinen Effekt auf die Täter*innen. Eine intensive Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Menschen entspricht also einem aktiven Opferschutz. Dabei ist das höchste Ziel der Betreuung, zukünftige Straftaten zu vermeiden.⁵

Eine der zurzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Fragen in Bezug auf das Phänomen Gewalt ist diejenige nach der Kausalität, nach dem „Warum“. Welche Funktion hat die Ausübung von Gewalt für den*die Täter*in? Gewalt wird entweder als dem Menschen inhärent interpretiert, als integraler Bestandteil seines Wesens und damit als im Grunde unauslöschlich, oder sie wird als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse gewertet und erscheint dadurch kontrollierbar. Indem man die ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse ändert, verliert sie aus diesem Blickwinkel ihren Nährboden und verflüchtigt sich. Das führt zu Entweder-oder-Fragen, die diese Ambiguität widerspiegeln.⁶

„Is violence an outrage or a necessity? An enemy of freedom and social order or their indispensable foundation? [...] Is it the outcome of perverted learning or a normal, instinctual need? Is violence a pathological or a voluntary form of behavior for which agents bear full responsibility? Can societies prevent its occurrence or must they resign themselves to an order including it?“⁷

Gelten diese Prämissen aber auch für Gewalt, die von „links“ ausgeht? Wozu bedarf es überhaupt einer solchen fokussierten Betrachtung der Szene? Galt doch

5 Vgl. Drenkhahn, Kirstin: Sozialtherapeutischer Strafvollzug in Deutschland, Godesberg 2007, S. 34.

6 Vgl. Imbusch, Peter: Der Gewaltbegriff, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Opladen 2002, S. 27 f.

7 Imbusch, Peter: The Concept of Violence, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagen, John (Hg.): International Handbook of Violence Research, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London 2003, S. 13–39, hier S. 14.

„linke Gewalt“ lange Jahre gemeinhin als „gute Gewalt“ oder bot augenscheinlich ausreichend Legitimation.

Destruktive Gewalt

„Destruktiv“ bedeutet zerstörerisch. Die ausgeübte Gewalt hat das Ziel, das Gegenüber zum Schweigen zu bringen – es fertigzumachen. Das kann verbal (beispielsweise durch Drohen oder Anschreien) oder auf körperlicher Ebene erfolgen. Schwere physische Gewalt ist immer destruktive Gewalt. Sie tritt besonders häufig dort auf, wo das Miteinanderreden fast unmöglich geworden ist oder gar nicht erst versucht wird und wo die Angst, alles zu verlieren, besonders ausgeprägt ist.⁸ Bei der Anwendung von destruktiver Gewalt durch den*die Täter*in handelt es sich um eine Strategie des Kleinmachens.

Diese Strategie besteht aus zehn Teilen.⁹ Nicht jede*r Täter*in wendet alle Schritte an oder beherrscht sie, aber jeder einzelne Schritt stellt destruktive Gewalt dar. Der Grund für das Vorgehen und Verhalten ist immer eine gewisse Feindseligkeit. Das Opfer trifft keine Schuld, denn es weiß nichts über die Absicht und Gefühle der*des Täters*in. Der Vorteil der Betrachtung von destruktiver Gewalt gemeinsam mit Täter*innen liegt darin, dass ideologische Diskussionen sich erübrigen. Zum einen geht es um das Ziel oder die Absicht, die mit der Tat verfolgt wurde, zum anderen um die Auswirkungen auf die verschiedenen Opfer.

Schritt 1	Das Selbstbestimmungsrecht wegnehmen
Schritt 2	Überlegenheitsgefühl herstellen
Schritt 3	Kompensation (eine Schwäche ausgleichen wollen)
Schritt 4	Körperliches Durchsetzungsvermögen (körperliche Fitness)
Schritt 5	Das Erleben, den Anderen zum OPFER zu machen
Schritt 6	Einseitige Beziehung
Schritt 7	Legitimationsstrategien
Schritt 8	Öffentlichkeit
Schritt 9	Kontrasterlebnis
Schritt 10	Abwehrarbeit

⁸ Vgl. Stefan Werner: Konfrontative Gewaltprävention, Pädagogische Formen der Gewaltbehandlung, Weinheim/Basel 2014, S. 18–24.

⁹ Vgl. Heilemann, Michael/Fischwasser von Proeck, Gabriele: Gewalt wandeln. Das Anti-Aggressivitäts-Training AAT, Lengerich 2001, S. 18f.

Präventive Fortbildungen im Kontext Linker Militanz

Im Jahr 2019 wurden zwei Fortbildungen im Rahmen der Beratungsmaßnahmen und Distanzierungsunterstützung Linker Militanz im Bereich der Justiz durchgeführt. Ein erster Themenschwerpunkt bestand im kurdischen Ultranationalismus und in der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê). Diese Arbeit stellt zugleich auch die erste Säule der Präventionsarbeit im Kontext eines Fortbildungsangebotes der Justiz dar. Jede Fortbildung umfasste zwei Termine und richtete sich an interessierte Teilnehmer*innen aus den Bereichen Vollzug und Bewährungshilfe. Das Angebot wendet sich zusätzlich auch an die jeweiligen Extremismusansprechpartner*innen der Justizvollzugsanstalten (JVA), die bei Fragen sowohl für Externe als auch für Mitarbeiter*innen des Vollzugs und der Bewährungshilfe in den Bereichen Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Linksextremismus Ansprechpartner*innen sind.

Im Mittelpunkt der Arbeit des KAST steht, aufzuzeigen, dass ideologisch begründete Gewalt auch in der Gegenwart vielerorts eine Legitimation erfährt. Dabei rücken die Opfer ideologischer Gewalttaten (die Betroffene sind – gleich, welcher Ideologie sie zum Opfer fallen) in den Vordergrund, um die Legitimation von ideologischer Gewalt zu verhindern. Es soll ein Bewusstsein der Präsenz von Ideologie legitimierender Einstellung in der Gesellschaft geschaffen werden, um mit dem Vorurteil zu brechen, ideologische Einstellungen seien ein zu vernachlässigendes Problem der extremen Ränder. Denn Opfer und Täter*innen gibt es in allen soziokulturellen Milieus.

Welche Vorteile bietet der Vollzug bzw. die Bewährungshilfe für unsere Arbeit?

Eine Inhaftierung bedeutet für das Individuum, dass es abrupt aus seinem gewohnten Umfeld gerissen wird. Im Gefängnis besteht eine vorgegebene Tagesstruktur, von der abzuweichen nicht geduldet wird. Ebenso bedeutet die Inhaftierung, die Möglichkeit einen Menschen einem schädlichen Umfeld zu entziehen. Damit ist auch gemeint, dass in der Haft Hilfestellung geleistet werden kann, z.B. beim Drogenentzug oder beim Ausstieg aus kriminellen Strukturen. Viele der Inhaftierten kommen nicht aus der organisierten Kriminalität, sondern bewegen sich lediglich in einem kleinkriminellen, oftmals strukturlosen Milieu, das illegale Handlungen fördert. In der Haft kommt es durch die massive Entschleunigung geradezu zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung mit sich selbst sowie zur Reflexion der Gründe der eigenen Inhaftierung. Gerade die erstmali-

ge Inhaftierung kann dazu führen, dass die*der Inhaftierte sich selbst und ihre*seine bisherige Biografie radikal infrage stellt. Zuweilen kommt es auch zur Reflexion der eigenen extremistischen Haltung – sei es im Rechtsextremismus oder im religiös-begründeten Extremismus – und zur Frage, ob diese möglicherweise die Ursache der Inhaftierung darstellt. Für das linke Spektrum liegen zurzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse und praktische Erfahrungen in der Ausstiegsarbeit vor. Wenn sich dazu das Gefühl einstellt, von der eigenen Szene im Stich gelassen worden zu sein, kann dies einen Anknüpfungspunkt für die Ausstiegsarbeit bieten. Stellt eine Person die eigenen bisherigen Ansichten radikal infrage, geschieht das nicht ausschließlich offensichtlich. Im Bereich der Ausstiegsarbeit Rechtsextremismus gibt es einige Indikatoren, die eine beginnende Irritation der Weltanschauung sichtbar machen, die sich auf die Arbeit im Bereich Linker Militanz übertragen lassen und zugleich auch einen Teil der Fortbildungen darstellen. Vom KAST auf der Basis von Erfahrungen aufgestellte Indikatoren für einen Ausstiegswillen können beispielsweise folgende sein:

- Es besteht kein absoluter Wahrheitsanspruch mehr;
- die Musikauswahl verändert sich;
- Poster/Plakate und Fotos verändern sich;
- Tattoos werden freiwillig überklebt;
- es wird danach gefragt, ob eine Tattoo-Entfernung möglich sei;
- Neugier in Bezug auf bisher unbekannte/andere Thematiken entsteht;
- ungeschickt erscheinende Gesprächsversuche können ein Hinweis sein;
- eine Veränderung in der Auswahl von Büchern und Zeitschriften tritt ein;
- Veränderungen hinsichtlich der Bezugspersonen treten ein.

Im Bereich des Rechtsextremismus zeigt sich, dass rechtsextreme Inhaftierte und Proband*innen teilweise bereit sind, das Unterstützungsangebot der Infragestellung ihrer bisherigen Weltanschauung anzunehmen. Gelegentlich zeigen sich aber auch Menschen, die den Ausstieg allein mit sich ausmachen. Bei ihnen besteht das Risiko, dass der nicht-professionell begleitete Ausstiegsprozess nicht abgeschlossen wird, sodass die Inhaftierten und Proband*innen Gefahr laufen, sich in schwierigen Lebenssituationen den alten Strukturen erneut anzunähern.

Im Falle einer Unterstützung muss, nach Auffassung der Mitarbeiter*innen des KAST e.V., stets präsent sein, dass die*der Ausstiegswillige in diesem Prozess eine Vielzahl identitätsfestigender Momente hinter sich lässt, was häufig zu psychosozialer Fragilität führt. Denn letztendlich dient die extremistische Ideologie, der Erfahrung der Mitarbeiter*innen des KAST e.V. gemäß, zur Sicherung der eigenen Persönlichkeit und stellt immer auch eine Aufwertung der eigenen Person dar. Dabei handelt es sich eben nicht „nur“ um das Aufgeben extremisti-

scher Ansichten, sondern auch um das Aufgeben einer klaren Orientierung und einer richtungsweisenden Unterteilung der Welt in Schwarz und Weiß bzw. Gut und Böse.

Das KAST-Team kennt die Gefangenen und Proband*innen nicht: Im Gegensatz dazu erleben die JVA-Beamte*innen und Bewährungshelfer*innen die Gefangenen und Proband*innen tagtäglich, sodass bestimmte Indikatoren lediglich von den JVA-Mitarbeiter*innen erkannt werden können. Sie können am ehesten eine Veränderung und ggf. Reflexionsvorgänge beobachten sowie einen Kontakt zur Ausstiegsberatung herstellen, damit sich anschließend Möglichkeiten eines individuell gestalteten Unterstützungsangebotes erörtern lassen. Aus diesen Gründen ist eine umfassende Fortbildung der Mitarbeiter*innen elementar.

Konzeption von Fortbildungen des KAST

In den Fortbildungen soll ein Verständnis für die Thematik Linke Militanz geschaffen werden. Dies geschieht in einem Drei-Stufen-Kontext:

Erkennen → Verstehen → Handeln

Das *Erkennen* wird durch die Vermittlung von Merkmalen linker Ideologie anhand von Symbolen, Parteien sowie Gruppierungen erleichtert. Hierbei soll auch die alltägliche Präsenz von Szene-Symbolen (z.B. Graffitis, Sticker) und damit der Bezug zur sogenannten Mitte der Gesellschaft offengelegt werden. Im Fokus steht die lokale Szene Schleswig-Holsteins.

Durch das *Verstehen* soll den Teilnehmer*innen vermittelt werden, was die linksmilitante (extreme) Szene so attraktiv macht. Hier sind insbesondere die Erlebniswelt linksmilitanter Personengruppen und die historische Dimension von Bedeutung. Es soll aufgezeigt werden, wie sich die Szene in Deutschland entwickelt hat und was davon bis in die Gegenwart tradiert worden ist.

Das *Handeln* stellt die konkrete Einzelfallhilfe in den Mittelpunkt. Hierbei geht es vor allem darum, als Ansprechpartner*innen wahrgenommen zu werden.

Gleichfalls sollen die Fortbildungen einen Raum für Diskussionen bieten – besonders vor dem Hintergrund, dass der Diskurs „Linke Militanz“ sich in der Mehrheitsgesellschaft erst noch entwickelt. Auffällig ist in der Diskussion, dass den Teilnehmer*innen schwerfällt, zwischen linksdemokratischen und linksmilitanten Aussagen zu unterscheiden. Diese Schwierigkeit mag darin begründet sein, dass die offensichtliche Abwertung und Diskriminierung bestimmter Personengruppen durch „Linksmilitantismus“ nicht in der gleichen Form stattfin-

det wie beim Rechtsextremismus – vor allem da die Maximen u. a. Gleichberechtigung lauten. Doch als Strategien zur Bekämpfung des politischen Gegners werden „Nazi“-Outings, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen innerhalb der Szene als legitime Handlungen betrachtet, durch die jedoch Personen und Personengruppen abgewertet und diskriminiert werden. Zugleich finden linksmilitante Aktionsfelder wie z. B. Antikapitalismus oder Antiimperialismus große Zustimmung unter den Teilnehmer*innen, wodurch evident wird, dass es in diesem Bereich Bildungsarbeit bedarf, um zwischen linksmilitanten und links-demokratischen Inhalten zu unterscheiden.

Fortbildungen zum kurdischen Ultrationalismus

Eine zweite Säule des Fortbildungsangebots richtet sich an Personen, die mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen arbeiten, sowie an Lehramtsstudenten*innen und Lehrer*innen. Den Teilnehmer*innen wird vermittelt, dass auch Familien, deren Lebensmittelpunkt mit einem kurdischen oder türkischen Bezug in Deutschland liegt, trotzdem in linksmilitante Konflikte verwickelt sein können. Deswegen werden in Fortbildungen Themen wie die „Kurdenfrage“, die historische Dimension des Konfliktes in der Türkei oder verschiedene extremistische Gruppierungen, die es geschafft haben, das Ringen nach einem menschenwürdigen Leben für sich zu instrumentalisieren, erörtert. Insbesondere die PKK, die kaum (mehr) als eine potenzielle Gefahr wahrgenommen wird, und ihre Aktionen, Verbündeten und Gliederungen in Deutschland werden intensiv beleuchtet. Solche Veranstaltungen werden oft in Kooperation mit der türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein durchgeführt, die für den Bereich des türkischen Ultrationalismus in Schleswig-Holstein zuständig ist. Präventionsarbeit im Bereich der Fortbildungen soll also dazu beitragen, ein Verständnis von linksmilitanten Strukturen in der Gesellschaft und von der Erlebniswelt linksmilitanter Personengruppen zu bewirken.

Des Weiteren werden in allen Fortbildungsangeboten grundlegende Erkennungsmerkmale dieses Bereiches aufgezeigt, um JVA-Mitarbeiter*innen, Bewährungshelfer*innen, Gerichtshilfen und externen Mitarbeitenden der Justiz sowie Lehrer*innen Indikatoren an die Hand zu geben.

Fazit

Das Aufbrechen der Legitimationsstrategien von Täter*innen und die dadurch eventuell herbeigeführte Verhaltensänderung bilden die grundlegende Aufgabe der Arbeit im Kontext Linker Militanz. Es geht darum, zukünftige Opfer und Straftaten zu vermeiden. In der konkreten Fallarbeit geschieht dies im Rahmen eines AGTs und von Beratungsmaßnahmen. Auf struktureller Ebene sensibilisiert Bildungsarbeit in Form von Fortbildungen die Bezugspersonen. Ziel der Präventionsarbeit ist es, gewalttätigem Handeln – sei es ideologisch begründet oder nicht – den Nährboden zu entziehen und dadurch zum Schutz Betroffener beizutragen.

Theaterpädagogische Perspektive

ANNE-KATHRIN MEINHARDT

Politisches Theater im Allgemeinen

Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik begeistern kann

Theater als Methode der politischen Bildung – entweder im Rahmen eines Theaterbesuches oder eigenständigen (szenischen) Spielens – ermöglicht den Lernenden einen Zugang zu politischen Themen, der von Perspektivwechsel, Ausbildung eigener Urteilskraft und Reflexion geprägt ist. Grundkompetenzen für den Zugang zu politischen Themen lassen sich damit auf eine andere Art einüben.

Einleitung

„Jungen Menschen muss aufgezeigt werden, dass eine Beteiligung an der Demokratie möglich ist.“¹ Einen Weg dieses von Thomas Krüger, Leiter der Bundeszentrale für Politische Bildung, formulierte Ziel zu erreichen, besteht im Theater als Methode der politischen Bildung. Mit den behandelten Themen und der Öffentlichkeitswirkung ist Theater oftmals politisch bzw. betrachtet sich als politisch. Für *Politik* bzw. *politisch* wird dabei eine weite Definition verwendet, bei der das soziale Zusammenleben samt beispielsweise dessen Aushandlungsprozessen und der Aufstellung von Regeln als politisch verstanden wird. Auch die Tatsache, dass Theaterpädagogik politische Merkmale aufweist, ist nicht neu. Dass aber – umgekehrt – in der politischen Bildung Theater als Methode verwendet wird, ist in der Theorie und vielmehr noch in der Praxis durchaus innovativ. Gleichwohl wächst der Anspruch zu dieser Form des didaktischen Zu-

1 Zitiert nach Linder, Eva: „Gewalttätige Übergriffe sollten im Lehrplan thematisiert werden“, Interview mit Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für Politische Bildung, in: Die Welt, 28.10.2011.

gangs in der politischen Bildung. Doch welcher Mehrwert verbindet sich damit? Und welche Schwierigkeiten können dabei auftreten? Dieser Artikel soll einen Überblick über die Theatermethode im außerschulischen politischen Bildungskontext bei Jugendlichen bzw. im schulischen Bereich bei Schülerinnen und Schülern geben.

„Das kulturelle System des Theaters setzt [...] zwei Konstituenten voraus, auf [die] es [nicht] verzichten kann, wenn es denn Theater sein will: den Schauspieler und den Zuschauer.“² Zum einen kann Theater mit seinem sogenannten Subjektbezug biografische Arbeit leisten, indem sowohl die Spielenden als auch die Zuschauenden sich selbst erforschen können. Zum anderen enthält es einen Sozial- und Realbezug, da Themen bzw. Ideen durch gesellschaftliche Entwicklungen geprägt sind.³ Theater als Methode im Unterricht bedeutet einen anderen, oftmals neuen pädagogischen Zugang zu gesellschaftspolitischen Themen, sodass diese durch die Lernenden praktisch sowie emotional erlebt und thematisiert werden. Theater „ist indirekt Produkt *der* Wirklichkeit und aufgrund seiner realitätsthobenen Visionen immer auch eine Aussage *über* Wirklichkeit.“⁴

Pädagogik des Theaters

Die Theaterpädagogik in der heutigen Form ist eine relativ junge Fachdisziplin, die sich erst in den 1960er bzw. 1970er Jahren aus verschiedenen Strömungen entwickelt hat. Wie der Name verdeutlicht, ist es die Verbindung von Theater und Pädagogik, was bedeutet, dass Theater und Bildung miteinander verknüpft werden und sich gegenseitig befruchten. „Theaterpädagogik versteht sich als Theaterarbeit im sozialen Feld, vor allem in Schule und Freizeit. Im Vordergrund steht das Spielen mit und für einzelne soziale Gruppen [...]. [...] Das Spielen soll im Lebensumfeld einen gesellschaftlichen Integrationsprozess in Gang setzen.“⁵ Schülerinnen und Schüler erhalten durch Theaterarbeit die Möglichkeit, Themen auf eine andere Art und Weise zu besprechen und einen Zugang zu ihnen zu finden. Der Perspektivwechsel ist dabei essenziell: Durch die Übernahme von Rollen lernen sie deren jeweilige Sichtweise kennen, diese

-
- 2 Fischer-Lichte, Erika: Semiotik des Theaters. Eine Einführung, Bd. 1, Das System der theatralischen Zeichen, Tübingen 2007, S. 16.
 - 3 Vgl. Weintz, Jürgen: Theaterpädagogik und Schauspielkunst. Ästhetische und psychosoziale Erfahrung durch Rollenarbeit, Uckerland 2008, S. 173 f.
 - 4 Ebd., S. 161, Herv. i. Org.
 - 5 Rellstab, Felix: Handbuch Theaterspielen, Bd. 4, Theaterpädagogik, Wädenswill 2000, S. 31.

zu spielen und nachzuvollziehen. Sie können damit in Situationen einen neuen Blickwinkel einnehmen. „Theaterspielen bedeutet, Aspekte von sich aufzugeben. Theaterspielen bedeutet aber auch, Aspekte von sich neu zu entdecken.“⁶ Das Ziel dabei ist „eine prozessorientierte, ganzheitlich verstandene ‚Theaterarbeit‘“⁷. Zwar geht es dabei um reale Szenarien, doch gleichzeitig ist das Spiel eine Illusion – wenngleich sie originär sein soll/ist.⁸ Ingo Scheller sei laut Bidlo der Ansicht:

„Intention ist daher Lernenden durch das szenische Spiel die Möglichkeit zu offerieren, in der Rolle einer fremden Figur, deren Habitus, Geste, Mimik, Verhalten, Meinung sowie die dortigen sozialen, historischen und kulturellen Gegebenheiten zu erforschen. Dies geschieht mit Rückgriff auf die Wahrnehmung der eigenen Gefühls- und Erfahrungswelt und evoziert eine distanzierte Betrachtung zu sich selbst. Genau darum geht es: In der Konfrontation der fremden Figur wird die Selbst- und Fremdwahrnehmung gefördert.“⁹

Ziel ist es, Themen auf einer emotionalen Ebene anzusprechen, Perspektivübernahme zu üben und im Anschluss das Erlebte zu reflektieren. Dabei handelt es sich stets um produktorientiertes Arbeiten, bei dem die Reflexion eine zentrale Position einnimmt – ist sie doch ein bedeutsamer Aspekt innerhalb der Methode zur Verständnissicherung. Die Reflexion dient auf der Metaebene dazu, die Produktionsprozesse und dementsprechend das behandelte Thema zu durchdenken.

Jugendlichen ist die Theaterwelt oft unbekannt,¹⁰ weswegen ihnen ein spezifischer Zugang (ohne notwendiges Vorwissen) geboten werden sollte, z.B. Erklärung von Codes, Bedeutungen und Interpretationsmöglichkeiten. Sie werden als „fremde Zuschauer“¹¹ bezeichnet, da sie die Theaterkonventionen nicht kennen. Ziel ist die Entwicklung vom „Objekt der Vermittlung“ hin zum „Subjekt

6 Bidlo, Tanja: Theaterpädagogik. Einführung, Essen 2006, S. 22.

7 Denk, Rudolf/Möbius, Thomas: Dramen- und Theaterdidaktik. Eine Einführung, Freiburg 2005, S. 90, Herv. i. Org.

8 Vgl. Bidlo, 2006, S. 44.

9 Ebd., S. 95.

10 Vgl. Steiner, Anne: Der ‚fremde‘ Zuschauer. Überlegungen zur Theaterrezeption Jugendlicher, in: Barz, André/Paule, Gabriela (Hg.): Der Zuschauer. Analysen einer Konstruktion im theaterpädagogischen Kontext, Berlin 2013, S. 217–233, hier S. 217.

11 Ebd.

der Aneignung“,¹² um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sich die Jugendlichen „selbst als ein an gesellschaftlichen [...] Prozessen partizipierendes Individuum [...] begreifen“¹³ können. Die Jugendlichen sollen erfahren, dass sie durch ihre aktive Teilhabe am Theater etwas bewirken und beeinflussen können.

„Theater kann also auch für den Amateurspieler ein Ort der echten Herausforderung, der Überschreitung von Grenzen und der Bewältigung von Unbekanntem oder Verdrängtem sein. Allerdings sind [...] gewisse *Grenzen* gesetzt, die – auch aus pädagogischem Blickwinkel – beachtet werden müssen.“¹⁴

Damit Theaterpädagogik in der politischen Bildung wirksam eingesetzt werden kann, sind das angesprochene Vorwissen und bestimmte Kompetenzen notwendig – entweder gilt es, diese mit der Theaterarbeit zu erwerben, oder sie sollten bereits vorhanden sein. Schwierigkeiten stellen auch Außenfaktoren wie Räumlichkeiten und Zeitbegrenzungen dar. Schließlich sollte zudem die Überwindung der Schülerinnen und Schüler, theaterpädagogisch zu arbeiten, nicht unterschätzt werden. Theaterpädagogik kann somit keinesfalls die herkömmliche politische Bildung ersetzen. Wird Theaterpädagogik jedoch als Ergänzung bzw. Erweiterung bestehender Konzepte der Politikdidaktik verstanden, können sich beide hervorragend ergänzen. Die genaue Umsetzung wird daher im Folgenden skizziert.

Theaterpädagogik in der Umsetzung

Zu unterscheiden ist, ob eigenständig geschauspielert oder ein Theaterstück besucht wird. Ein Theaterstück zu besuchen und es vor- und/oder nachzubereiten, kann zeitlich weniger aufwendig sein und fördert vor allem eine externe Betrachtung sowie Reflexion. „Theater fordert die volle Aufmerksamkeit. Im besten Falle ist man gefangen von der Präsenz der Protagonisten. Im besten Falle ist man beeindruckt vom Gehalt des Gezeigten.“¹⁵ Die eigene Entwicklung eines Stücks

12 Barz, André/Paule, Gabriela: Zuschauer und Zuschauen im theaterpädagogischen Kontext, in: dies. (Hg.): Der Zuschauer. Analysen einer Konstruktion im theaterpädagogischen Kontext, Berlin 2013, S. 7.

13 Ebd.

14 Weintz, 2008, S. 348, Herv. i. Org.

15 Schneider, Wolfgang/Loewe, Felicitas: Das Klassenzimmer als Bühne. Wie das Kinder- und Jugendtheater eine neue Spielstätte entdeckt, in: ders. (Hg.): Theater im Klassenzimmer. Wenn die Schule zur Bühne wird, S. 1–4, hier S. 1.

dagegen ist zwar zeit- und arbeitsintensiver, bietet aber einen tiefgreifenden Zugang zum Inhalt und unterscheidet sich besonders stark von klassischen Lernmethoden in der politischen Bildung wie beispielsweise der Textarbeit.

Bereits häufig angewandte Methoden der Theaterpädagogik sind das *Szenische Spiel* und das *Rollenspiel*.¹⁶ Bei der ersten Methode besteht der Schwerpunkt in der Konfrontation und ihrer Reflexion mit einer fremden Person. Letztere verdeutlicht hauptsächlich den Rollentausch, um einen Perspektivwechsel einzunehmen. Neben diesen beiden Ansätzen gibt es noch weitere theaterpädagogische Methoden, bei denen nicht notwendig ist, ein ganzes Stück selbst zu spielen¹⁷ – beispielsweise ein Standbild, das auch als Vorbereitung für ein eigenes Schauspiel verwendet werden kann. Diese kurzweiligen Formen der Theaterpädagogik können in vielfältiger Weise eingesetzt werden.¹⁸

Theater in der politischen Bildung

Wo besteht nun die Verknüpfung des Politischen mit der Theatermethode? Politische Bildung „in einem weiten Sinne ist ein Sammelbegriff, der alle Prozesse umfasst, die auf jeden Menschen als Mitglied einer sozialen und politischen Ordnung über unterschiedliche Gruppen, Organisationen, Institutionen und Medien politisch prägend einwirken“¹⁹. Diese Prozesse und insbesondere politische Teilhabe werden mit der Methode Theater für die Lernenden erfahrbar. Sie können handlungsorientiert Rollen- und Perspektivwechsel vornehmen sowie Situationen erleben, in denen unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen, Konflikte entstehen und ausgetragen werden und so die Pluralität der Demokratie erfahren wird. Politisch handeln muss die Gruppe von Beginn an, denn: „Je-

16 Vgl. Zentrum Polis – Politik Lernen in der Schule (Hg.): Methoden der Politischen Bildung. Film, Theater, Schauspiel, Polis aktuell, 2007, S. 10, URL: [http://www.politik-lernen.at/dl/qolkjMJJKoLLN\]qx4KJK/](http://www.politik-lernen.at/dl/qolkjMJJKoLLN]qx4KJK/) [eingesehen am 02.05.2018].

17 Vgl. Lange, Dirk: Szenisches Spiel als Methode und Inhalt politischer Bildung, in: www.bpb.de, 18.07.2011, URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/60250/szenisches-spiel-und-politik> [eingesehen am 09.07.2018].

18 Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Arbeitsmaterialien für die Theaterpädagogik in der politischen Bildung entworfen; siehe Bundeszentrale für politische Bildung: Theater probieren, Politik entdecken, Bonn 2011.

19 Massing, Peter: Politische Bildung, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 7., akt. Aufl., Heidelberg 2013, URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung?p=all> [eingesehen am 06.07.2018].

de Gruppe, die Theater spielen will, muss sich zudem erst einmal Regeln des Miteinanders schaffen.“²⁰ Der Theaterpädagoge Hruschka führt dies weiter aus:

„Das ‚Politische‘ der Theaterpädagogik erschöpft sich nicht im Inhaltlichen, in der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen. [...] Vor allem aber kann der Produktionsprozess selbst als politische Praxis begriffen werden: Wie sich eine Gruppe zusammensetzt oder zusammengesetzt wird, wie sie das gemeinsame Thema findet und entwickelt, wie sehr die Entscheidung für bestimmte ästhetische Lösungen von Einzelnen oder vom Kollektiv bestimmt ist“²¹.

In curricularen Vorgaben findet sich oftmals die Förderung dieser Reflexion des (eigenen) Handelns und der politischen Urteilskraft. Auch in Bezug auf den Beutelsbacher Konsens als Grundlage der politischen Bildung eignet sich die Theatermethode für den Politikunterricht:

„In solchen Theaterformen [...] wird [...] auf die Kritikfähigkeit des Zuschauers vertraut, der widerstreitende Positionen nachvollzieht und abwägt. Was im Übrigen einer Prämisse der demokratischen Bildung auch über die Kunstszene hinaus entspricht, die nach dem Beutelsbacher Konsens von 1976 auf Kontroversität und Indoktrinationsverbot setzt.“²²

Den Anfang der politischen Theaterpädagogik in den 1930er Jahren machte Bertolt Brecht, der Erfinder des epischen Theaters, dessen Lehrstücke als Avantgarden gelten können. Brechts Pädagogik stellte drei Dimensionen dar: eine Sozial-Pädagogik, eine politische bzw. sozialistische Pädagogik und eine ästheti-

20 Martens, Gitta: Kulturelle Bildung. Im besonderen Theaterpädagogik, und ihr Verhältnis zur politischen Bildung, 2012, S. 53, URL: http://kulturellebildung.de/fa/user/Fachbereiche/Theater/Publicationen/Martens_2012_Kulturelle_Bilung_im_besonderen_Theaterpaedagogik_und_ihr_verhaeltnis_zur_politischen_Bildung.pdf [eingesehen am 02.05.2018].

21 Hruschka, Ole: Theater machen – Eine Einführung in die theaterpädagogische Praxis, Paderborn 2016, S. 23 f., nach Bundeszentrale für Politische Bildung: Theater probieren. Politik entdecken. Themen- und Materialband, Bonn 2011, S. 9–11.

22 Rakow, Christian: Auf zweiter Stufe: Theater und politische Bildung – geht das überhaupt zusammen?, in: Heinrich-Böll-Stiftung. Schriften zu Bildung und Kultur (Hg.): Moralische Anstalt 2.0. Über Theater und politische Bildung, Bd. 13, 2019, S. 12–15, hier S. 14 f.

sche Erziehung.²³ „Ein Lehrstückversuch ist also gleichbedeutend mit einem Forschungsprozess, den die Spielenden für sich selbst unternehmen.“²⁴ Ihre Aktivierung in der Gesellschaft ist das Ziel.

Im Gegensatz zu Brechts Theater, das versucht, die (An-)Teilnahme der Zuschauenden zum zentralen Aspekt werden zu lassen, bezieht der brasilianische Regisseur und Entwickler der Theaterformen *Theater der Unterdrückten* und *Forumtheater*, Augusto Boal, seit den 1950er Jahren die Zusehenden direkt mit in das Stück ein. Beim interaktiven *Forumtheater* erhalten die Zuschauenden Rollen. Sie haben die Möglichkeit, aktiv in die gespielten Szenen einzugreifen, indem die Bühne gewissermaßen aufgehoben wird und sie mitspielen sowie die Szene „verbessern“²⁵. Hierbei handelt es sich um eine Form von Boals *Theater der Unterdrückten*, welches eine Reihe an partizipativen Theaterformen darstellt. Damit soll geschult werden, Lösungswege zu suchen und auch zu finden.²⁶ Konflikte sollen so von der Gruppe gemeinsam behoben werden.²⁷ Denkbar dabei ist aber auch das Statuen- und Bildtheater, bei welchem Szenen experimentell dargestellt werden. „Dies ist der erste Schritt der Suche nach gegenseitigem Verständnis und einem gemeinsamen Bild unserer gesellschaftlichen und politischen Realität“²⁸ und kann als Vorbereitung auf das Forumtheater gesehen werden.

Thematisch kann zwar prinzipiell jedes Anliegen theaterpädagogisch bearbeitet werden, vor allem aber ist soziales Zusammenleben in „handlungsmäßig-erfahrbar[n]“²⁹ Formen schauspielerisch thematisierbar. Diese Selbstbetätigung kann einstellungs- und verhaltensmäßige Aneignung hervorrufen. Indem die Schülerinnen und Schüler eigenständig wählen, wie sie einem Thema begegnen wollen, können sie mitgestalten. Damit erlaubt die Theaterpädagogik in der

-
- 23 Vgl. Koch, Gerd: Lernen mit Bert Brecht. Bertolt Brechts politisch-kulturelle Pädagogik, Frankfurt/M. 1988, S. 214.
- 24 Steinweg, Reiner et al.: Weil wir ohne Waffen sind. Ein theaterpädagogisches Forschungsprojekt zur Politischen Bildung, Frankfurt/M. 1986, S. 28.
- 25 Odierna, Simone: Politik auf dem Theater, in: dies./Letsch, Fritz (Hg.): Forumtheater nach Augusto Boal. Ein Werkstattbuch, Neu-Ulm 2006, S. 9–13, hier S. 10.
- 26 Vgl. Letsch, Fritz/Balby, Vivi: Wie alles anfangt, in: Odierna, Simone/Letsch, Fritz (Hg.): Forumtheater nach Augusto Boal. Ein Werkstattbuch, Neu-Ulm 2006, S. 14–21, hier S. 16.
- 27 Vgl. Dirnstorfer, Anne: Forumtheater als Raum diskursiver Konfliktbearbeitung. Eine kritische Betrachtung der emanzipativen Potenziale, in: Odierna, Simone/Letsch, Fritz (Hg.): Forumtheater nach Augusto Boal. Ein Werkstattbuch, Neu-Ulm 2006, S. 23–29, hier S. 23.
- 28 Letsch/Balby 2006, S. 18.
- 29 Hruschka, 2016, S. 115 f.

Schule ein sensibles, aber auch emotionales Vorgehen beim Lernen. Emotionen in der politischen Bildung erhalten neuerdings mehr Beachtung: Einerseits können und sollen sie zum Gegenstand des Politikunterrichts werden, andererseits soll mithilfe von geweckten Emotionen ein Zugang zu politischen Themen hergestellt werden. Theater in der politischen Bildung knüpft dabei insbesondere bei letzterem Aspekt an, indem durch das eigene Spielen oder Zusehen Gefühlsregungen entstehen.

„Die Anbahnung der politischen Urteilsfähigkeit wird im Theater respektive in Theaterstücken nicht alleine durch eine rational-analytische Auseinandersetzung ermöglicht, wie dies in der konventionellen politischen Bildung in der Regel mittels der Beschäftigung mit Sachtexten vonstatten geht. Das Theater ermöglicht vielmehr auch einen emotionalen Zugang zum Geschehen und den Beweggründen der Handelnden [...]. Die durch das Theater angebahnte politische Urteilsbildung der Zuschauerinnen und Zuschauer wird mithin durch eine Reflexion ermöglicht, die emotional und rational-analytisch geleistet werden kann.“³⁰

Die Methoden der Theaterpädagogik in der politischen Bildung bieten sich für jede Zielgruppe an, wobei hier der Fokus auf der Bildungsarbeit mit Jugendlichen – in der Schule oder in anderen Bildungseinrichtungen – liegt. Die Methode stellt daher einen ergänzenden Zugang zum klassischen Lernen dar (auditiv, visuell, haptisch). Im Gegensatz zum herkömmlichen Lernen auf Basis von Fakten und Abstraktion erleichtert daher ein theaterpädagogischer Zugang manchen Lernenden das Verständnis der behandelten Thematik. Ganzheitliches Lernen mit Rollenwahl sowie zwischenmenschlichem Umgang wird verstärkt und kann nicht nur das Verständnis für viele Probleme erleichtern, sondern auch ein größeres Interesse an der Thematik ermöglichen. (Politische) Inhalte werden mit dieser Methode in der Regel intensiver behandelt, da einerseits über einen längeren Zeitraum dazu gearbeitet wird und sich andererseits ein Sachverhalt unter verschiedenen Perspektiven beleuchtet angeeignet wird. Dabei werden oftmals (inhaltliche) Probleme deutlich, die bei einem anderen Zugang versteckt bleiben würden. Für diese Probleme eine Lösung zu finden, führt in der Regel dazu, dass das Thema detaillierter und tiefergehend besprochen und diskutiert wird.

30 Juchler, Ingo: Politische Bildung im Theater, in: ders./Lechner-Amante, Alexandra (Hg.): Politische Bildung im Theater, Wiesbaden 2016, S. 7–15, S. 14 f.

Menschliches Handeln wird hier schließlich als politisches Handeln verstanden. Dies kann an die Lebensnähe demokratischer Prozesse, von welcher der Pädagoge John Dewey spricht, anknüpfen: Demokratisches Handeln im Nahraum steht dabei im Zentrum.

Fazit

Die Schwierigkeiten vor allem der praktischen Umsetzung von Theaterpädagogik in der politischen Bildung gilt es nicht kleinzureden; sie können aber bewusst minimiert werden, sodass die Vorteile überwiegen. Dieser Artikel sollte ihren Mehrwert verdeutlicht haben: Theater und politische Bildung werden zusammengedacht – besitzen sie doch viele Überschneidungspunkte, die für die pädagogische Arbeit genutzt werden können. Insbesondere der mögliche Perspektivwechsel, das Reflexionspotenzial und das ganzheitliche Lernen werden mithilfe des Theaters in der politischen Bildung eingeübt. Außerdem können sämtliche Themen bedient werden. Der gesamte Spielprozess ist ein Gemeinschaftsprozess, sodass (politische) Regeln und Verhaltensweisen einer Gruppe oder Gesellschaft verwendet werden (müssen) und somit bereits Politik im weiten Sinne praktiziert wird. Gleichzeitig ermöglicht dieser Prozess einen anderen Zugang zu Themen und offeriert weitere Möglichkeiten für den politischen Bildungsprozess, beispielsweise die künstlerische Komponente als Teilnahme an gesellschaftspolitischen Aspekten oder die gruppenspezifischen Handlungsweisen. Neu ist nicht die Theaterpädagogik an sich, sondern ihre Verwendung als Methode der politischen Bildung.

„Dieses versiffte links-grüne 68er-Deutschland“

Ein Interview mit dem Regisseur Peter Schanz zu seinem Theaterstück „GÖ 68 ff.“

Ein Interview über das Faszinierende an '68 – vor allem aus heutiger Sicht –, über seine positiven und negativen Seiten und wie sich diese theatral darstellen lassen. Was ist das Politische am Theater und welche Werte kann und möchte ein Regisseur mit seinem Ansatz der „regionalen Dramaturgie“ dem Publikum vermitteln?

*Seit April 2018 hat das Junge Theater Göttingen das Stück „GÖ 68 ff. Ein Heimatabend zum 50. Geburtstag von 1968“ auf dem Spielplan. Wie kam es dazu, dass Sie als Nicht-Göttinger sich diesem Thema gewidmet haben, und was hat Ihr Interesse geweckt?*¹

Das eine ist, dass es einfach mein Beruf ist, für das Theater Stücke zu entwickeln, zu schreiben, vielleicht auch umzusetzen. Das andere ist, dass meine Nische in der zeitgenössischen Dramatik mit einer regionalen Dramaturgie liegt. Das heißt, dass ich für Städte, für Theater und mit den Theatern Themen finde, benenne oder aussuche, die mit der Gegend, Stadt oder Region zu tun haben, in der sich das Theater befindet. So ist es zum einen bei meiner Arbeit für Göttingen zu dem Stück „Der größte Zwerg“ über Georg Christoph Lichtenberg und zum anderen zu dem Stück „GÖ 68 ff.“ gekommen. Natürlich fragt man bei Spielplanüberlegungen: Was sind die Themen im nächsten Jahr? Dann kommt man ja an diesen merkwürdigen Jubiläen und Geburtstagsfeiern nicht vorbei. Insofern ist es auch nicht besonders originell, sich 2018 mit 1968 zu beschäftigen.

Dann gibt es bei mir persönlich noch einen weiteren Grund: Von meiner Sozialisation her begreife ich mich als ein Spät-68er. Ich bin zwar immer der kleine Bruder gewesen, weil ich 1957 geboren bin und 1968 dementsprechend erst elf Jahre alt war; aber ich bin ein bisschen politisiert worden über meinen

1 Das Interview wurde geführt am 11.12.2018.

großen Bruder. Geboren und aufgewachsen bin ich in Bamberg, in Oberfranken, und dort in der Nähe gab es 1969 das sogenannte Knastcamp in Ebrach.² Die JVA-Ebrach war eine Jugendstrafanstalt und da gab es den ersten noch nicht volljährigen studentischen Gefangenen aus München, Reinhard Wetter, der im APO³-Zusammenhang eingesperrt worden war. Deswegen haben die einschlägigen Kreise aus Berlin und München eine Aktion verabredet: das sogenannte Knastcamp. Es war eigentlich nicht klar, was man wirklich wollte, man kam ein bisschen „Woodstock-mäßig“ dort zusammen und wollte Aktionen machen in diesem kleinen Ort. Die Aktion ist kolossal gescheitert, weil unter anderem der Landrat, der zuständig für die Gegend war, einen Erlass herausgebracht hat, der das Campen auf diesem Gebiet einfach verboten hat. In diesem Zusammenhang ist ein Franz-Josef-Strauß-Zitat entstanden: „Diese Personen nützen nicht nur alle Lücken der Paragraphen eines Rechtsstaates aus, sondern benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist ...“ (*über eine Protestaktion der APO in Bamberg, 1969*).⁴ Er hat dort entsprechend die Schützenhilfe gegeben, was dann hinterher auch zu einer Politisierung, nicht nur in der Bürgerschaft oder in der Jurisprudenz, geführt hat. Da ist den Leuten Strauß zu weit gegangen, sodass es eine gewisse Sympathie mit den Linken gab. In Bamberg kam es noch zu einem für Bamberg berühmten Sturm des Landratsamtes. Die Aktionsgruppe ist eigentlich ziemlich beklüfft nach Bamberg gefahren, ein bisschen unter der Leitung von Dieter Kunzelmann, der ein Bamberger ist oder gewesen ist, und hat da ein wenig Randalie gemacht. Also der Landrat war nicht da, aber sie haben irgendwie Akten aus dem Fenster geworfen und dann kam die Polizei, vorübergehend waren alle im Gefängnis in Bamberg. Was ich übrigens eine sehr interessante Sache finde, ist, wie sehr dieser ganze Aktionismus etwas mit Performance zu tun hatte – aber das ist eine extra Kiste. Neben diesem persönlichen Hintergrund interessierte mich aber auch, wie sich jetzt die Veteranen von '68 feiern.

Ich finde es ja schon interessant. Je älter ich wurde, desto mehr hat mich natürlich auch dieser Umgang mit dem Gewaltbegriff interessiert. Ich habe da meine eigene persönliche Sympathie in jungen Jahren auch gerne nochmal auf den Prüfstein gelegt und in gewisser Weise ist das eine Beschäftigung mit den eigenen Wurzeln.

2 Siehe Gerstenberg, Günther: Knast-Camp Ebrach, Materialien 1969, in: www.protest-muenchen.sub-bavaria.de, 1969, URL: <http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/1787> [eingesehen am 27.05.2019].

3 APO steht für *Außerparlamentarische Opposition*.

4 O. V.: Worte des Kandidaten Franz Josef Strauß, in: *Die Zeit*, 06.07.1979.

Mit Göttingen hatte ich in dieser Zeit konkret nichts zu tun, ich bin allenfalls mal durchgefahren. Ich habe aber in den Wochen, die ich hier zu Lichtenberg gearbeitet habe, Göttingen irgendwie lieben gelernt. Weil es ja wirklich – das kommt auch im Stück vor – genau dieses versiffte links-grün-alt-68-Deutschland ist. Wenn man durch die Stadt geht, da fühle ich mich kiezhaft zu Hause. Es ist im Stück so schön, da schinden wir auch diesen billigen Zuschauerapplaus, wenn am Ende im letzten Bild die Kollegin Agnes Giese sagt: „Wir hier in Göttingen sind genau dieses ganze ‚versiffte links-grüne 68er-Deutschland‘, das der AfD⁵ so viel Schaum vor den Mund treibt.“ Und dann weiter: „Und da kann man doch eigentlich stolz drauf sein, oder?“ Und dann gibt es natürlich von unten den Applaus. Und es geht weiter: „Schade eigentlich. Ich hatte gehofft, wir könnten hier mal zwei Stunden verbringen, ohne dass der Name AfD fällt.“ Aber ich mag das. Ich denke auch, man kann das an manchen Stellen des Stückes merken, dass ich dieses versiffte links-grüne Göttingen mag. Man muss ja nur über diesen Markt gehen, mit all diesem Bio-Käse und den Schlangen vor der guten Wurst.

Wer spricht denn diesen AfD-Satz? Sprechen Sie oder ein Zeitzeuge?

Naja, also da kann ich sowohl-als-auch sagen. Zum einen ist es ja nun dieser AfD-Satz oder der AfD-Wortbaukasten; ich glaube, das hat dieser Meuthen gesagt. Aber ich habe die Haltung bei den Zeitzeugen so empfunden, insofern ist es auch ein Zeitzeugensatz und vom Autor gewollt ist diese Aussage: „Ja, ihr könnt darauf stolz sein, aber bitte nicht jetzt gleich wieder selbstgerecht und nicht wieder gleich diesen AfD-Popanz hinterher.“ Jetzt kann man wieder sagen, dass sich der Autor herauswindet und sich nicht klar positioniert – aber das ist auch meine Aufgabe: Nicht so viel Sicherheitsgefühl aufkommen zu lassen! Das finde ich auch eine wichtige Haltung. Ich halte es für interessanter, Fragen zu stellen, als Antworten zu geben. Das ist auch wichtig im Theater: Sich fragend in Bewegung zu halten oder am Denken zu halten. Alles zu hinterfragen ist jetzt natürlich ein 68er-Reflex, aber das ist ja nicht verkehrt, solange es nicht in die Untätigkeit oder in die Apathie führt und man vor lauter Hinterfragen nicht mehr zum Arbeiten kommt.

Das Stück trägt ja den Titel „GÖ 68ff.“. War Ihnen von vornherein klar, dass es ein „ff.“ tragen wird? Oder ist Ihnen das erst bei der Recherche deutlich geworden? Wo beginnt und wo endet '68 für Sie?

Okay, also das „ff.“ war von vornherein klar, weil „'68“ jetzt nur als „'68“ einfach zu wenig und zu kurz ist. Wir haben das im Stück ein bisschen vorher terminiert;

5 AfD steht für *Alternative für Deutschland*.

die Göttinger Tradition der Proteste fing ja in den 1950er Jahren an,⁶ wo es gegen die Wiederbewaffnung, gegen Atombewaffnung und gegen diesen Veit-Harlan-Film ging. Es gibt hier ein paar Vorkommnisse, bei denen dann auch egal ist, ob die jetzt '67, '68 oder '69 waren. Wir haben es ja nicht erfunden, die Bewegung oder die Zeiterscheinung „68“ zu nennen, und insofern fängt '68 irgendwann vorher an. Um eben für Göttingen auch eine relevantere Zeitzeugenbegegnung erleben zu können und um den Komplex wirklich mindestens bis '80 oder bis zur bleiernen Zeit des deutschen Herbsts weiterzuführen und in Göttingen auch bis Mescalero⁷ zu gehen, steht das „ff“. Dann kann man auch mit Trittin⁸ reden, als Urgöttinger, und in gewisser Weise auch mit Oppermann,⁹ der – wenn auch weniger auf den Barrikaden – ebenfalls hier studiert hat. Vom zeitlichen Ablauf habe ich es bis zum Beginn der Hausbesetzungen gezogen, also in Göttingen prominent die Besetzung der Augenklinik – ich glaube das war '80 oder '81 –, und '80 war ja auch die Gründung der Grünenpartei; und das ist für mich so der Bogen, der dann erstmal so ein Paket bündelt.

Natürlich kann man sagen, es ist bis heute nicht vorbei und der Kraushaar¹⁰ hat ja mit seinem Team, ich glaube, 1.500 68er-Lebensläufe erhoben – und viele von denen sind promoviert bzw. habilitiert. Was man natürlich an dem Schaum vorm Mund der AfD sieht, ist, dass '68 auf einmal als zu bekämpfender Popanz von den Rechten in den Raum gestellt wird, das ist ja ungeheuerlich. Ungeheuerlich, mit welchen Mitteln die AfD arbeitet, und die Rechten kommen auch im Stück vor, denn das ist ja so ein bisschen auch eine linke lebenswerte Empörung der Zeitzeugen, dass die Rechten heutzutage die alten Kampftechniken der Linken kopieren – stimmt natürlich auch.

An mich direkt gefragt: Wann hört „68“ auf? Es hat nicht aufgehört.

-
- 6 Mehr dazu z.B. Lorenz, Robert: Göttingens Tradition der Nonkonformisten, in: www.demokratie-goettingen.de, 19.10.2012, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/gottingens-tradition-der-nonkonformisten> [eingesehen am 30.10.2019].
 - 7 Mehr zur Mescalero-Affäre z.B. bei Paul, Reimar: Nur vier Zeilen zitiert, in: www.taz.de, 24.04.2017, URL: <https://taz.de/Goettinger-Buback-Nachruf-vor-40-Jahren/!5404214/> [eingesehen am 11.09.2019].
 - 8 Jürgen Trittin ist Bundestagsabgeordneter des Bündnis 90/Die Grünen, geboren 1954. Trittin studierte in Göttingen und lebt auch dort.
 - 9 Thomas Oppermann, geboren 1954, ist ein deutscher Politiker der SPD und seit 2017 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Er stammt aus der Nähe von Göttingen, wo er studiert hat und lebt.
 - 10 Wolfgang Kraushaar, deutscher Politikwissenschaftler, hat diverse Werke zu „1968“ veröffentlicht; siehe auch URL: <http://www.wolfgang-kraushaar.com> [eingesehen am 11.09.2019].

Gleich zu Beginn des Stücks heißt es: „Lasst nur die Finger von dem Thema, da könnt ihr euch nur in die Nesseln setzen“. Was ist Ihnen bei der Recherche begegnet? Denn die Herangehensweise, die Sie gewählt haben, erscheint zumindest für mich als Außenstehende eher untypisch, da Sie ja neben klassischer Recherche auch Zeitzeugen einbezogen haben. Vielleicht können Sie uns ein bisschen mehr über die Recherche zu dem Stück erzählen?

Naja, also wie Sie schon sagen, klassische Recherche und Zeitzeugen: Ich finde das einen gerade kreatürlich-natürlichen Mix. Ich finde es spannend, mit Leuten zu reden und mir etwas erzählen zu lassen. Denn durch die Zeitzeugen hat man im Grunde schon eine Figur und uns ging es jetzt ja auch weniger um irgendwelche *Lookalikes* oder *Soundalikes* dieser tatsächlichen Zeitzeugen. Wobei wir am Ende im Stück an manchen Stellen sagen: „sagt Trittin“ oder „sagt Oppermann“; das sind die Einzigsten, wo es direkt zitiert wird, das wird auch fast ein bisschen ironisierend benutzt, weil es wichtig ist, in diesem Zusammenhang dem Publikum klarzumachen, was bei Trittin wichtiger ist als bei Oppermann. Ich finde es schön, mit den Zeitzeugentexten einfach auf der Bühne umzugehen und die auch zu mixen. Ich als Theatermensch darf mir ja die Freiheit der Kunst zunutze machen; das ist herrlich, eben montieren, jonglieren und sampeln zu können. Dann kommt noch die klassische Recherche hinzu im Sinne von Dokumenten aller Art: Flugblättern, Schriften, aus diesen vielen Selbstverlagen, billig kopierten Vergewisserungs-Verständigungstexten. Natürlich bin ich sehr schnell am Manipulieren, durch Streichungen, durch kleine minimale Verschärfungen; aber im Großen und Ganzen ist das ja alles etwas, was ich vorgefunden habe. Im Stück ist die Dutschke-Rede drin und wir haben das berühmte Kaufhausbrandstifter-Flugblatt von der K1 drin, es sind diese Texte der K2, über Kindesmissbrauch, diese Wohngemeinschafts-Versuchsserie und es wimmelt ja vor Zitaten. Was ich erlebt habe bei den Zeitzeugen, ist schon so eine ganz witzige Gockelhaftigkeit alter Männer und das nutzen wir auch genüsslich aus: Am Ende des Prologs, wo sich alle Schauspieler die Bärte umschnallen, dann also der lange Marsch, der lange Bart der Revolte beginnt und alle sagen:

„Wenn Sie unbedingt mit dem sprechen wollen – ich kann Ihnen das ja schlecht verbieten. Der ist doch völlig überschätzt, vor allem von sich selbst. Er hatte aber nichts zu sagen. Und bitte grüßen Sie ihn ganz lieb – Sie müssen ihn ja nicht daran erinnern, wie ich ihm sehr viel später einmal locker sein Mandat abgenommen habe.“

Diese Dreckseitelkeit der alten Säcke – also natürlich nicht alle –, die fand ich einfach witzig.

Sie machen sich als Autor die unterschiedlichen Sichtweisen zunutze, indem Sie daraus Collagen erstellen. Zudem haben Sie als Regisseur die Aufgabe, die Fäden zu sortieren. Wie gehen Sie mit den Perspektiven um, auf die Sie getroffen sind, und was machen Sie mit Meinungen, die vielleicht nicht Ihrer eigenen entsprechen?

Ich halte es für ganz richtig, in einem Stück möglichst viele Sichtweisen vorzustellen bzw. das Auditorium damit zu konfrontieren. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, was ich damit mache. Also man kann – da habe ich es am Theater natürlich auch leichter – einfach ironisieren, aus der Figur heraus. Da kann die Schauspielerin oder der Schauspieler einen Text so vortragen, dass die Figur schon automatisch kritisiert wird, indem sie eben ironisiert wird oder indem sie unangenehm ist. Dann habe ich die Möglichkeit, jetzt von unserer gewählten dramatischen Form aus, dass wir immer wieder auf eine reflektierende oder kommentierende Ebene zurückgehen. Außerdem habe ich das Schauspielensemble mit unterschiedlichem Alter – jetzt als ein Beispiel, wenn die jungen Schauspieler zur älteren sagen: „Ey, das ist fünfzig Jahre alt und das habt ihr damals alles schon gewusst“. Dieses: „Das habt ihr damals nicht nur alles schon erkannt, sondern auch gesagt, und ihr habt es laut gesagt und wir müssen uns immer noch mit #metoo rumärgern“, also diese Möglichkeit haben wir auch. Das wäre jetzt in einer klassischen oder linear narrativen Geschichte schwerer möglich. Aber die extrem offene Form des Theaters hat natürlich auch wieder was mit „68“ zu tun. Da kann ich ja auch Straßentheater oder AG-Broch-Theater oder *Festa de l'Unità* zitieren oder singen lassen.

Manchmal habe ich auch Spaß dran, das ein bisschen auszureizen. Beispielsweise ist es langweilig, wenn ein Charakter vorgestellt wird, welcher gleich als Arschloch eingeführt wird. Oft ist es schön, zu gucken: Wie weit kann man mit dem Publikum gehen? Natürlich ist das Publikum im Jungen Theater eher eines des linken Einverständnisses. Bei denen will ja ein Stachel gelockert werden: Mal schauen, wie lange halten die das denn aus, wenn da oben eigentlich von einem Sympathieträger geradezu die Gegenseite geäußert wird?

Welche Funktionen kann denn so ein Stück, wie Sie es jetzt gemacht haben, für eine Stadt haben? Was, glauben Sie, macht dieses Stück mit Göttingen?

Das kann ich nicht genau sagen; es ist ja nicht so, dass ganz Göttingen ins Theater geht. Was ich mir wünsche ist, dass das Theater die Stadt anregt, sich mit sich selber zu beschäftigen. Aber nicht in Form einer Nabelschau, sondern durchaus in einer (selbst-)kritischen Art, dass sie Spaß daran gewinnt, sich zu erinnern, sich Gedanken zu machen oder vielleicht auch ins Gespräch zu kommen. Das finde ich, ist der Sinn dieser regionalen Dramaturgie: Es ist nochmal eine

andere Gemeinschaftserfahrung für die Publika, denn die Besucher können sich in einer überdurchschnittlichen Art und Weise angesprochen fühlen von ihrem Theater. Es geht jetzt aber nicht darum, einen Spielplan völlig herunterzubrechen auf die unmittelbare Umgebung; aber ich finde das richtig und eigentlich auch angemessen, das Lokale zu betrachten. Auch ist es schön, dass die Theater sich der Stadt, in der sie leben und arbeiten, auch mehr öffnen, sich mit dem beschäftigten und nicht nur die austauschbaren Dinge spielen, die es in jeder Stadt gibt. Ich finde, in der Regelmäßigkeit da hinzugucken, das gibt den Menschen auch – wenn's denn funktioniert – ein besonderes Gemeinschaftsgefühl oder Theatererlebnis. Das ist manchmal ganz banal: Wenn ich von der Bühne meinen Straßennamen höre, dann berührt mich das anders. Und ja, mein Wunsch wäre, dass die Zuschauer angeregt werden, sich ihrer auch politischen, gesellschaftlichen Heimat zu vergewissern, das zu hinterfragen oder darüber ins Gespräch zu kommen.

Hat Theater für Sie eine politische und gesellschaftliche Aufgabe?

Also, ich als Post-68er bin natürlich entsprechend sozialisiert, dass Theater politisch sein muss – was immer das damals schon heißen sollte. Ich merke, dass ich mein Pathos von früher, so im Laufe der Jahre, relativiert habe. Ich halte natürlich Theater jetzt an sich schon für was Politisches, weil Theater ja nur in Gemeinschaft funktionieren kann: Theater ohne Leute, ohne Zuschauer, funktioniert nicht. Theater als Monolog funktioniert nur mit Zuschauern. Natürlich gibt es großartige monologartige Theaterarten, aber eigentlich ist der dramatische Vorgang einer, der mindestens zwei Menschen umfasst; noch besser wird es bei dreien, denn da fängt es dann doch spätestens mit Konflikten an, die dann entweder ausgefochten oder abgetragen werden. Da sich das Ganze aber gezwungenermaßen nur in Gesellschaft ereignen kann, wenn Menschen unten sitzen und wenn ein gemeinsames Erleben im Raum ist, ein gemeinsames Atmen und jedes Husten, jedes Luftanhalten, jedes Lachen oder jedes Seufzen ist ja sofort Gemeinschaft, und dann fängt das Politische da schon an!

Dann ist die nächste Frage: Was sind die Stoffe, die zu verhandeln wären? Ich persönlich bin ja auch so ein bisschen zwiegespalten: Ich kann auch so ein richtiger Hardcore-Unterhalter sein als Regisseur, also ich arbeite auch viel mit Rock 'n' Rollern zusammen oder mit Musikern eher aus dem populärmusikalischen Bereich. Es tut mir sehr gut, wenn ich theatrale Formate erarbeite, die 20.000 Zuschauer ziehen. Als Freiberufler lebe ich eher nicht, beiseite gesprochen, von der Ausübung meines Berufes am Jungen Theater, aber ich bin sehr glücklich mit meinem Mix. Denn ich habe schon immer eine besondere Freude

gehabt, wenn ich mich auch noch mit wesentlicheren Themen beschäftigen kann.

Aber es wäre jetzt ein bisschen eine Übertreibung, mich dahin als politischen Regisseur oder Theaterautor zu stilisieren. Ich habe auch ein Rechercheprojekt über Adolf Eichmanns Jahre zwischen Celle und Bergen-Belsen gemacht, also als der Eichmann unter falschem Namen dort als Holzfäller und Hühnerzüchter unterwegs war. Dieser Theaterabend, der hat wirklich was bewirkt in dieser kleinen Stadt. Da war ein sehr widerständiges Interesse, auch untereinander, also von wegen „lass doch die alte Scheiße endlich liegen“ und „es war nicht alles schlecht“ und dieses „um Gottes Willen“ und „warum“, also bis in die Familie herein: „Warum wurde das totgeschwiegen?“, „Habt ihr wirklich nichts gewusst?“. Schon bei der Anfangsmatinee war das Theater voll und die Leute, die blieben auch danach und fingen an zu diskutieren, auch im Treppenhäus. Manchmal gelingt einem so etwas und dann kann Theater wirklich einen ganz direkten politischen oder gesellschaftlich relevanten Beitrag leisten.

Wenn wir nochmal zurück auf „GÖ 68ff.“ kommen: Darin geht es ja um den Umgang mit der NS-Vergangenheit, um antiautoritäre Erziehung, um das Thema Pädophilie. Haben Sie das Gefühl, dass man etwas aus dem Stück lernen kann?

Ich bin vorsichtig mit diesem „etwas lernen“. Das führt dann auch zu Lernzielkontrolle und so. Es ist ja selten, dass man mit einem schnell abhakenden „Ah ja“ aus einem Kunsterlebnis herausgeht. Ich glaube, man kann natürlich jetzt irgendwie was lernen im Sinne von: „Aha, da gab es das und da war das“. Es gibt schon so Werte, die ich immer für vermittelenswert halte. Zum Beispiel, dass Ausgrenzung scheiße ist, dass man ins Gespräch kommen sollte, dass man im Gespräch bleiben sollte, dass man sein Gegenüber achtet, dass man jedem Anfang und jedem Keim von Ausgrenzung aller Art tunlichst einen Riegel vorschiebt. Das klingt jetzt schon wieder so martialisch, aber dass es dazu erst gar nicht kommen sollte.

Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs

Ein phänomenübergreifender Ansatz¹

Protest als phänomenübergreifendes Thema, das alle politischen Richtungen umfasst, mit Schüler*innen konkret zum Gesprächsthema zu machen und so Diskussionen über Gewalt im Kontext unterschiedlicher Protestformen zu ermöglichen, war Ziel eines von der Bundesfachstelle Linke Militanz durchgeführten Workshops in Klassen der Jahrgangsstufe 11 in Niedersachsen.

Im Jahr 2019 entwickelte die Bundesfachstelle Linke Militanz, angesiedelt am Göttinger Institut für Demokratieforschung und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, ein Workshop-Konzept für Jugendliche. Ziel im pädagogischen Bereich der Bundesfachstelle war es, politische Bildungsarbeit zu leisten, die für das Phänomen Linke Militanz² sensibilisiert.³ Es galt,

-
- 1 Als *phänomenübergreifenden Ansatz* verstehen wir einen Ansatz, der über die verschiedenen politischen Strömungen hinweg Themen aufgreift und behandelt, die in jedem politischen Lager auftreten und relevant sind. Angelehnt ist dies an die Arbeit des Projekts „Gesellschaft Extrem“, das in dem Kapitel „Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention“ des vorliegenden Sammelbandes dargestellt wird. Auch Gereon Flümman stärkt diesen Ansatz in seinem Kommentar „Linke Militanz und politische Bildung“ im vorliegenden Sammelband. Zudem findet sich eine ausführliche Hintergrunddarstellung unserer Idee in der Einleitung zu diesem Sammelband.
 - 2 Zur Verwendung des Begriffs in der Bundesfachstelle Linke Militanz siehe die Einleitung in diesem Sammelband.
 - 3 Vorrangig ist für uns dabei, Aspekte und Themenfelder aus dem Bereich Linke Militanz – aber auch phänomenübergreifend aus allen politischen Bereichen – den Lernenden (im Falle des Workshops den Schüler*innen) näherzubringen, indem darüber nachgedacht, diskutiert und reflektiert wird. Wichtig dabei ist, dass es uns nicht um Prävention im Be-

zur Bearbeitung des Phänomens Linke Militanz pädagogische Kleinkonzepte zu entwickeln, diese mit Jugendlichen durchzuführen und zugleich Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Jugendliche zu linksmilitanten Positionen und Praktiken stehen, welches Wissen abrufbar ist und welche Assoziationen geweckt werden.

Mit unserem Workshop-Konzept möchten wir das Thema des politischen Protests gemeinsam mit den Schüler*innen bearbeiten. Protest ist zum einen elementar mit dem Phänomen Linke Militanz verbunden, stellt zum anderen aber gleichzeitig eine im gesamten politischen Spektrum anzutreffende informelle Praxis politischer Partizipation dar. Zudem sollte parallel dazu eine Befragung der Lehrkräfte ihre Perspektive auf den Workshop einfangen.⁴ Diese Befragung soll nicht nur dazu dienen, das Workshop-Konzept zu verbessern, sondern auch ermöglichen, erste empirische Daten zu sammeln, die aufzeigen, aus welchen Gründen und mit welchen Erwartungen dieses Angebot angenommen wurde. Auch soll sie zeigen, wie die Lehrkräfte zu dem angesprochenen Themenkomplex stehen, welche Erfahrungen sie damit im schulischen Kontext gemacht haben und ob das Thema für die Schüler*innen interessant ist. All das soll als Grundlage für pädagogische Forschung und weitere Workshop-Angebote im Bildungsbereich linker Protest dienen und einen Ansatz der politischen Bildung darstellen.

Der Workshop wurde als *In-House-Workshop* für Schulen konzipiert: neunzig Minuten für Schüler*innen des elften Jahrgangs im Politik/Wirtschaft-Unterricht in Niedersachsen.⁵ Mit dem Titel „Die 68er-Bewegung aus heutiger

reich links geht – wäre dabei doch die Frage, was überhaupt vorgebeugt werden soll. Vielmehr sollen die Anliegen zunächst angesprochen und ihnen ein Raum gegeben werden; denn gemeinhin ist dies bisher nicht geschehen. Indem in einem ersten Schritt darauf aufmerksam gemacht wird, findet eine Sensibilisierung im Hinblick auf das Thema statt. 2017 verfasste die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) eine Stellungnahme zur Politischen Bildung, in der sie grundsätzlich deren Notwendigkeit und insbesondere den Transfer zwischen Forschung und Praxis betonte. Unsere Themenauswahl basiert dabei nicht auf subjektiven Präferenzen, sondern orientiert sich an den Erkenntnissen aus Forschung und Praxis (vgl. bspw. den Artikel „Politische Orientierungen und das Verhältnis zu Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen“ von Wolfgang Kühnel und Helmut Willems in diesem Sammelband).

- 4 Bei dem Workshop handelt es sich um ein Modellprojekt, sodass wir zugunsten einer einfacheren Umsetzung zunächst nur die Lehrkräfte befragt haben, in einem nächsten Schritt aber auch die Schüler*innen befragen wollen, um detailliertere Einblicke in deren Denkweisen, Vorwissen und Erfahrungen zu erhalten.
- 5 Aufgrund des Standorts der Bundesfachstelle in Göttingen wurde sich an dem Lehrplan für Niedersachsen orientiert. Da das Angebot aber bundesweit gelten soll, ist eine Anpas-

Sicht“ wurde der Workshop offiziell angekündigt. Hinter dem Konzept verbirgt sich der Anspruch, von einem konkreten historischen Beispiel ausgehend politischen Protest grundsätzlich zu behandeln.

Vorüberlegungen

Unterschiedliche Spielarten von politischem Protest,⁶ mannigfache Ziele, zugrunde liegende politische Ideologien, Akteur*innen und Rahmenbedingungen verdeutlichen die Vielschichtigkeit dieser politischen Praxis.⁷ Gerade weil Protest in all seinen Dimensionen so schwierig zu fassen ist, ist es umso wichtiger, ihn zum Inhalt politischer Bildung zu machen. Als Unterrichtsgegenstand stellt er Pädagog*innen allerdings vor enorme Herausforderungen in Bezug auf die didaktische Reduktion.

Protest kann aus vielen Teilen der Gesellschaft, von Jung und Alt, aber eben auch von links kommen. Zahlreiche historische, vor allem auch aktuelle Beispiele rufen politischen Protest immer wieder in das Bewusstsein der Menschen und führen, ja zwingen geradezu, zu persönlichen Positionierungen: Sind die Forderungen der Protestierenden zu befürworten? Sind die gewählten Mittel legitim? Protest ist folglich ein phänomenübergreifendes Thema, d.h. ein Gegenstand, der unabhängig von unterschiedlichen politischen Strömungen existiert, sodass politisch heterogene Gruppen – wie etwa Schulklassen – ihn betrachten können.

Insbesondere, weil Protest eine polarisierende und emotionalisierende Wirkung haben kann, wurde bewusst nicht der zurzeit aktuelle und für die Schüler*innen womöglich naheliegende Protest, nämlich *Fridays For Future* (FFF), angesprochen. Unsere Befürchtung war, dass wir mit diesem Beispiel zu viele Emotionen und Konflikte innerhalb der Klasse ansprechen würden. Wir wollten keine Schüler*innen durch das Thema stigmatisieren oder in Rechtsfertigungspositionen drängen.⁸ Deshalb fiel die Wahl auf ein historisches Beispiel – die

sung an die jeweiligen Rahmenbedingungen der Bundesländer notwendig und sinnvoll. So kann dieser Workshop beispielsweise auch im Sozialkunde-Unterricht angesiedelt werden.

- 6 Proteste werden hier verstanden als „Ausdruck für die Unzufriedenheit mit politischen Institutionen, ihren Entscheidungen sowie gesellschaftlichen und sozialen Missständen“; Öztürk, Asiye: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Protest und Bewegung, 11.06.2012, URL: <https://www.bpb.de/apuz/138273/editorial> [eingesehen am 16.09.2019].
- 7 Vgl. Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft – Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018, hier v.a. S. 26.
- 8 Diese Vorüberlegung wurde bestätigt, da die Meinungen zu FFF in den besuchten Schulklassen sehr stark divergierten.

68er-Bewegung. Dieses stellt eine anfängliche Distanz her, die eine Verringerung emotionaler Reaktionen erwarten lässt. Dadurch wiederum dürfte sich Protest als Praktik der politischen Partizipation objektiver ausleuchten lassen.

Der entwickelte Workshop ist in erster Linie für die weiterführende Schule, insbesondere das Gymnasium, angelegt. In der gymnasialen elften Klasse finden sich in den Kerncurricula in Niedersachsen Anknüpfungspunkte an das Thema.⁹ In einem ersten Schritt haben wir die Workshops selbst durchgeführt – auch um sie auszuprobieren und zu verbessern. Diese Modellhaftigkeit soll aber letztendlich dazu führen, dass der Workshop von einer Lehrkraft im Unterricht mithilfe des von uns im weiteren Verlauf erstellten Unterrichtsmaterials selbst angeleitet werden kann – schließlich steht die praktikable Umsetzung und Durchführung an erster Stelle einer erfolgreichen Konzeption. Auf inhaltlicher Ebene soll im Workshop Protest als gesellschaftspolitisches Thema behandelt werden, das für die Jugendlichen von lebensweltlicher Relevanz ist und Kontroversen bietet, ohne dass es ein einfaches „Richtig“ und „Falsch“ bei der Beantwortung der im Workshop aufkommenden Fragen beispielsweise zur Anwendung von Protest gibt. Wichtig ist dabei auch, dass die politischen Themen nicht innerhalb des politischen Spektrums leicht einordbar sind. Auf methodischer Ebene sollen entsprechend dem Charakter eines Workshops alternative Lernwege besprochen werden, wofür sich die Methode des szenischen Spiels anbietet.

Theaterpädagogische Methoden gewinnen in der politischen Bildung zunehmend an Bedeutung. Viele Vorteile dieser Methoden¹⁰ bestätigen diesen Trend – kann doch so auf eine andere Art und Weise gelernt werden. Aufgrund des Workshop-Inhalts wurde deutlich, dass – insbesondere bei einer Thematik, die polarisieren, emotionalisieren und Betroffenheit hervorrufen kann – theaterpädagogische Elemente hilfreich sein können, um eine intensive Auseinandersetzung zu bewirken und andere Standpunkte kennenzulernen.

9 Vgl. Niedersächsisches Kultusministerium: Kerncurriculum für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, das Abendgymnasium, das Kolleg: Politik-Wirtschaft, in: www.nibis.de, 2018, URL: https://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/pw_go_druck_2018.pdf [eingesehen am 10.09.2019] sowie Niedersächsisches Kultusministerium: Kerncurriculum für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, das Abendgymnasium, das Kolleg: Geschichte, in: www.nibis.de, 2017, URL: https://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/ge_go_kc_druck_2017.pdf [eingesehen am 10.09.2019].

10 Siehe Kapitel „Politisches Theater im Allgemeinen. Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik begeistern kann“ in diesem Sammelband.

Konzept des Workshops

Das Hauptziel der Workshops besteht darin, dass die Schüler*innen unterschiedliche Protestformen und Perspektiven darauf kennenlernen, um Protest einordnen und bewerten zu können. Dazu sollen sie zunächst mit allgemeinen Fragen zur politischen Partizipation aktiviert werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass sie kaum Wissen über Protest haben – wird dieser doch laut Curriculum bislang nicht im Schulunterricht behandelt.

Mit der Frage, ob die Schüler*innen bereits einmal von der 68er-Bewegung gehört hätten, wird der Einstieg in ebendieses Thema gestaltet. Im Anschluss an die Einstiegsfrage bringt ein Kurzfilm alle Schüler*innen auf einen ähnlichen Wissensstand. Danach sollen sie benennen, wofür die 68er gekämpft haben, und mithilfe eines Bingo-Spiels deren „Kampfmittel“ herausarbeiten.

Die erste Erarbeitung erfolgt durch ein szenisches Spielen einzelner Protestformen (z.B. Demonstration) in Kleingruppenarbeit, wobei eine der Gruppen für die Beobachtung des szenischen Spiels der anderen zuständig ist und zu diesem Zweck vorab unterschiedliche politische Beteiligungsformen zusammenträgt. In dieser Phase des Workshops werden Charakteristika unterschiedlicher Protestformen vertieft und Protest im Spektrum politischer Partizipation eingeordnet. In der anschließenden Sicherung führen die Schüler*innen die szenischen Spiele auf, beschreiben diese und füllen die Protestbegriffe mit Bedeutung. Abschließend sollte hier der Begriff „Protest“ als übergreifende Bezeichnung herausgearbeitet werden.

Daran schließt sich eine zweite Erarbeitungsphase an, in der unter Einsatz eines Koordinatensystems/Rasters die von den Schüler*innen vorgestellten Protestformen zunächst in Einzelarbeit und danach im Plenum reflektiert und diskutiert werden. Das Raster besteht auf der y-Achse aus einer Skala von friedlich bis konfrontativ sowie auf der x-Achse aus einer Skala von individuell bis kollektiv. Damit lassen sich die unterschiedlichen Protestformen charakterisieren, ohne den Gewaltbegriff bereits vorzugeben, da die Schüler*innen diesen von sich aus ansprechen sollen. Abschließend werden die Kriterien der Einordnung im Plenum gesammelt, um unterschiedliche Perspektiven der Beurteilung zu verdeutlichen. So kann gezeigt werden, dass es möglich ist, Protestformen an verschiedenen Orten im Koordinatensystem einzuordnen – je nach individueller Interpretation. Die persönliche Einschätzung von politischem Protest durch die einzelnen Schüler*innen wird zum Schluss gesichert, indem individuell schriftlich definiert wird, wann Protest für jede*n Schüler*in in Ordnung ist und welche Form von Protest selbst verwendet wird/werden würde. Dies wird im Ple-

num ebenso noch einmal kurz gemeinsam diskutiert, zudem eventuelle Verständnisfragen geklärt.

Workshop-Ablauf: Die 68er-Bewegung aus heutiger Sicht		
Dauer	Phase	Inhalt
10 min	Begrüßung Aktivierung	Begrüßung, Vorstellung der Workshop-Leitung Aktivierung durch Fragen mit der Bitte, bei „Ja“ aufzustehen, z. B.: • Wer war schon mal auf einer Demonstration? Kurze mündliche Einleitung zum Thema „68er“
15 min	Einstieg	Einstieg in das geschichtliche Thema mit einem Film: https://www.youtube.com/watch?v=OO_9TwmAul0 (bei 2:50 beenden/schneiden) Hör-/Sehauftrag für das erste Mal Film gucken: <i>Wofür haben die 68er gekämpft?</i> Spielauftrag für das zweite Mal Film anschauen und Bingo zur Frage: <i>Mit welchen Mitteln haben sie gekämpft?</i>
10 min	Erarbeitung I	In Kleingruppen werden Protestformen szenisch gespielt, z. B. • Demonstrationen, • Besetzungen Eine Beobachtergruppe, die während der Vorbereitung die Frage bearbeitet: <i>Wie kann Meinungsäußerung bzw. pol. Beteiligung aussehen?</i>
15 min	Sicherung I	Sehauftrag für alle: Was bzw. welche Begriffe wurden vorgespielt? Gruppen führen ihr szenisches Spiel nacheinander auf, Beobachtergruppe beschreibt und benennt einzelne szenische Spiele. <u>Reflexionsfragen an alle:</u> Welche Gefühle wurden bei Euch durch die Aufführungen ausgelöst? Könnte es einen übergeordneten Begriff für das geben, was Ihr vorgespielt habt? (Protestformen) Beteiligungsformen der Beobachtergruppe sammeln
25 min	Erarbeitung II	Protest-Koordinatensystem/Raster installieren (x-Achse: individuell/kollektiv, y-Achse: friedlich/konfrontativ) Begriffe des Rasters klären („individuell“ etc.), Anhand eines Beispiels die Einordnung erklären (z. B. mit „Hungerstreik“) Einzelarbeit: Einordnen der Begriffe in das Raster-Arbeitsblatt, Betrachtung der unterschiedlichen Einordnungen mit Begründung der Schüler*innen, Vergleich und Diskussion über Einordnung Kriterien zur Einordnung sammeln
10 min	Sicherung II	Persönlich: Schüler*innen definieren für sich in Einzelarbeit auf einem DIN-A5-Blatt: „Für mich ist Protest okay, wenn ...“
5 min	Abschluss	Betrachtung der entstandenen Antworten, Nachfragen und Gespräch, Dank und Verabschiedung

Erfahrungen aus der Pilotphase

Zur Erprobung und Optimierung des Workshops fand vor den niedersächsischen Sommerschulferien 2019 eine Pilotphase statt, in der Mitarbeiterinnen der Bundesfachstelle Linke Militanz neun elfte Klassen in Göttingen und dem Göttinger Umland mit dem Workshop besuchten.

Beworben wurden die Workshops mithilfe von E-Mails an alle Politik-Lehrkräfte oder ggf. Schulsekretariate von Gymnasien in Göttingen und Umgebung. Darin wurde der Workshop kurz beschrieben, die Rahmenbedingungen (nicht zuletzt, dass der Workshop kostenfrei ist) genannt und die letzten zwei Schulwochen vor den Ferien als Zeitraum angegeben, für den ein Termin seitens der Lehrkräfte vorgeschlagen werden sollte. Erfahrungsgemäß werden die Schulen mit außerschulischen Bildungsangeboten überhäuft, sodass lediglich ein geringer Rücklauf erwartet wurde – zumal ein voller Lehrplan für Zeitmangel sorgt. Das Interesse an diesem Workshop war jedoch wesentlich größer als erwartet: Nachdem wir Lehrkräfte aus 15 Schulen angeschrieben hatten, erhielten wir innerhalb weniger Tage neun Interessenbekundungen, sodass unser Zeitbudget ausgereizt war und wir spätere Nachfragen leider nicht mehr berücksichtigen konnten.

Pro Tag konnten wir einen Workshop durchführen: Sowohl Gymnasien als auch integrierte und kooperative Gesamtschulen nahmen daran teil. Die Klassengröße variierte von neun bis 27 Schüler*innen. In der Regel fand der Workshop in einem Klassenraum während des Politik-/Wirtschaft-Unterrichts statt. Die Absprachen mit den Lehrkräften waren zufriedenstellend; allein die zuweilen bescheidene technische Ausstattung einiger Schulen sorgte für Herausforderungen.

Erste Ergebnisse aus den Evaluationsgesprächen mit den Lehrkräften

Um auch die Perspektive der Lehrkräfte in die Workshop-Auswertung einfließen zu lassen, wurden diesen im Anschluss an den Workshop einige Reflexionsfragen im Rahmen einer von der Landesschulbehörde Niedersachsen genehmigten Evaluationsbefragung gestellt, die bereits teilweise ausgewertet wurde. Die mündliche Befragung von max. dreißig Minuten erfolgte durch die Workshop-Leiterinnen in Form eines persönlichen Gesprächs in einer Pause oder Freistunde der Lehrkraft. Die Teilnahme der Lehrkräfte an dieser Befragung war freiwillig und ihnen stand frei, einzelne Fragen nicht zu beantworten. Die Gespräche wurden aufgezeichnet und transkribiert.

Diese Auswertung verfolgt zwei Ziele: Sie dient einerseits der Verbesserung des Workshops. So können praktische Hinweise der Lehrkräfte aus dem Unter-

richtsalltag – wie beispielsweise das Vorwissen der Schüler*innen – einbezogen werden. Die Auswertung der Befragung erhöht folglich die Qualität der Workshops und dient damit der besseren Verwendbarkeit und Zielerreichung des Workshops. Zudem soll die Befragung andererseits eine Art *Pretest* für die weitere Forschung im pädagogischen Bereich zum Thema Linke Militanz darstellen: Das Workshop-Format wurde erprobt, um weitere Workshops dieser Art zu anderen Themen zu konzipieren; erste Erkenntnisse zum Vorwissen der Schüler*innen wurden deutlich. Ebenso wurden die Motivation der Lehrkräfte für die Teilnahme am Workshop und ihr thematisches Vorwissen erfragt.

Als ganz profaner Grund der Teilnahme wurde wiederholt genannt, dass der günstige Zeitpunkt des Angebots, kurz vor den Sommerferien, den Workshop attraktiv gemacht habe. Inhaltlich sei hingegen ausschlaggebend gewesen, dass Protest für Schüler*innen nicht zuletzt angesichts der FFF-Proteste eine aktuelle und auch persönlich relevante Partizipationsform darstelle. Hinzu kommt, dass Protest im Allgemeinen und die 68er-Bewegung im Besonderen im Politikunterricht kaum thematisiert würden. Zudem wurde uns mehrfach berichtet, dass externe Akteur*innen der politischen Bildung immer gern im Unterricht gesehen seien. Obgleich der Zeitpunkt vor den Sommerferien vielen gelegen kam, betonte die Mehrheit der befragten Lehrkräfte, sich dafür einsetzen zu wollen, den Workshop auch zu einem anderen Zeitpunkt im Schuljahr durchführen zu können und ihn ggf. auf vier bis sechs Schulstunden zu erweitern, um tiefergehend arbeiten zu können.

Vor allem die vielen unterschiedlichen Protestformen, die es gibt und die sich immer in einem Spannungsfeld zwischen den Kriterien, nach denen jemand Protest als legitim bewertet oder nicht (siehe Koordinatensystem/Raster), befinden, hätten die Schüler*innen kennengelernt. Sie seien erfolgreich angeregt worden, über deren Einordnung nachzudenken und zu diskutieren. Schließlich sei, so berichteten die Lehrkräfte unisono, Vorwissen zum Themenblock der Protestformen bloß marginal vorhanden: Demonstrationen, Flugblätter und Petitionen würden die Schüler*innen kennen, vereinzelt hätten sie auch aus den Medien die Berichte zu den G20-Protesten gehört. Im Unterricht gehe es in erster Linie um „Mitwirkung im demokratischen Leben“¹¹, innerhalb institutionalisierter Partizipationsformen, allerdings selten explizit um das Thema Protest. Das niedersächsische Curriculum für das Fach Politik/Wirtschaft lasse dies leider nicht zu. Gleichzeitig werde es in der Lehramtsaus- und Fortbildung auch nur selten bis gar nicht angesprochen. Indes seien viele Lehrkräfte während ihres Studiums privat im universitätsnahen Umfeld in Berührung mit linkem Protest gekommen.

11 Interview mit Lehrkraft C.

Ähnlich äußerten sich die meisten Lehrkräfte in Bezug auf die 68er-Bewegung: Im Politikunterricht würde sie nicht behandelt und im Geschichtsunterricht sei sie frühestens im Jahrgang 12 ein Thema – abhängig von den Abitur-schwerpunkten. Insofern sei die 68er-Bewegung „völlig unbekannt“¹², „diffuser als gedacht“¹³ und „das Vorwissen der Schüler nicht besonders groß“¹⁴.

Trotz dieses geringen Vorwissens könne politischer Protest jedoch die Schüler*innen vereinzelt emotional ergreifen: Insbesondere bei denjenigen, die selbst an Protestaktionen teilgenommen haben, könnten Emotionen geweckt werden, aufgrund der dem Thema inhärenten „emotionale[n], psychoemotionale[n] oder individuelle[n] Komponente“¹⁵. Allerdings sei die Thematik oftmals im Politikunterricht nicht „abbildbar“, da „klassisch linke Protestformen [...] häufig in ihren Forderungen so komplex“¹⁶ seien, dass selbst linke Gruppierungen sie nicht richtig erklären könnten – wie sollten dies dann erst die Schüler*innen können?

Diese emotionale Komponente wird mithilfe der Theaterpädagogik angesprochen – auch bei Themen, die nicht von vornherein für die Lerngruppe emotional konnotiert waren. Danach gefragt, ob mit Methoden aus diesem Bereich wie etwa dem szenischen Spiel gearbeitet und die Methode als sinnvoll erachtet werde, berichteten die meisten Lehrkräfte, dass sie derartige Ansätze nicht im Politikunterricht verwendeten – wohl aber oftmals im Fach Deutsch, sofern es sich um das Zweitfach der befragten Lehrkraft handelte. Diskussionen, Rollenspiele oder Planspiele würden weitaus häufiger eingesetzt. Unbestreitbar handle es sich jedoch um eine sinnvolle Methode zur multiperspektivischen Ausleuchtung kontroverser Unterrichtsgegenstände, die aber auch aufwendig in Vorbereitung und Durchführung sei.

Insgesamt wurde der Workshop von den Lehrkräften sehr positiv bewertet – auch wenn sie teilweise unzutreffende Erwartungen hatten. So führte die Titelwahl vereinzelt zu Verwirrungen, hatten viele Lehrkräfte doch mit einem verstärkten Fokus auf der 68er-Bewegung gerechnet. Inhaltlich aber sei der Workshop „total gut“¹⁷ gewesen, „sehr rund gemacht“¹⁸ und „lohnt auf jeden Fall“¹⁹. Auch die methodische Vielfalt sowie die Schüler*innen-Aktivierung wurden po-

12 Interview mit Lehrkraft D.

13 Interview mit Lehrkraft E.

14 Interview mit Lehrkraft C.

15 Interview mit Lehrkraft A.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Interview mit Lehrkraft D.

19 Interview mit Lehrkraft E.

sitiv hervorgehoben. Allerdings gab es auch Verbesserungsvorschläge, die jedoch so unterschiedlich ausfielen, dass an dieser Stelle lediglich einige zentrale Aspekte vorgestellt werden können. Vielfach wurde Unverständnis darüber geäußert, warum die 68er-Bewegung als Einstieg verwendet wurde – habe das historische Beispiel für die Schüler*innen doch bloß einen geringen Lebensweltbezug. Klärten wir im Anschluss über die konzeptuellen Gründe auf – also darüber, dass ebendiese Distanz gewünscht war, um eine aktuelle Positionierung der Lernenden nicht zu erzwingen –, konnte diese Überlegung in der Regel nachvollzogen werden. Auch fehlte einigen Lehrkräften die inhaltliche Tiefe, die für einen elften Jahrgang angemessen wäre. Mehr theoretischer Input zu der Rolle von Protesten in der Gesellschaft beispielsweise in Form eines Textes, Beurteilungskriterien oder die Thematisierung schwieriger Begriffe wie etwa „ziviler Ungehorsam“ wurden vorgeschlagen. Schließlich empfahlen einige eine stärkere Sicherung der Diskussion, auf deren Grundlage sich im Anschluss an den Workshop im Unterricht weiterarbeiten ließe.

Trotz der Kritik würden die Lehrkräfte den Workshop – teilweise nach einer Anpassung – weiterempfehlen. Um den Ansprüchen der Lehrkräfte gerecht zu werden, soll das Workshop-Konzept nun überarbeitet werden. Geplant ist, ein alternatives Einstiegsthema zu erarbeiten und Vertiefungselemente zu erstellen, welche die Lehrenden nach Belieben und Notwendigkeit verwenden können, sowie eine stärkere Sicherung der Diskussion zu entwickeln.

Ausblick

Im Anschluss an Konzipierung, Pilotphase und Evaluierung des Workshops soll eine Handreichung für Lehrkräfte erstellt werden, die Konzept, Hintergrundinformationen, Materialien und Handlungsanweisungen für die selbstständige Durchführung des Workshops durch Lehrkräfte enthält. Die Broschüre wird kostenfrei als PDF-Dokument zum Download bereitgestellt, damit das Workshop-Konzept nicht nur lokal in und um Göttingen, sondern bundesweit durchgeführt werden kann. Auch plant die Bundesfachstelle Linke Militanz aufgrund der positiven Resonanz des Workshops weitere Workshop-Konzepte, bei denen ähnliche Gegenstände behandelt werden sollen.

Autorinnen und Autoren

LAURA ADRIAN ist als pädagogische Mitarbeiterin für KAST e.V. in Neumünster tätig. Sie arbeitet im Projekt „Kick-off“ an verschiedenen Jugendvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein im Bereich der Extremismusprävention und -distanzierung im Phänomenbereich Rechtsextremismus. Seit 2018 arbeitet sie im dortigen Projekt linke Militanz und gibt Fortbildungen für Justizbedienstete und Lehrer*innen.

UDO BEHRENDES ist Leitender Polizeidirektor a.D., war 1972–2015 Polizeibeamter des Landes NRW und greift auf Erfahrungen mit hunderten Demonstrationseinsätzen zurück. Mitte der 1990er Jahre war er Mitbegründer des „Bonner Forums BürgerInnen und Polizei“ e.V., eines Dialogexperiments zwischen Vertretern „linker“ Protestbewegungen und Angehörigen der Polizei.

BERATUNGS- UND BILDUNGSSTELLE (BBS) „ANNEDORE“. Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ Berlin verfolgt als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin das Ziel, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Seit 2015 agiert sie als Träger des Bundesmodellprojektes Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit.

DR. GEREON FLÜMANN arbeitet als Referent im Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung und ist Lehrbeauftragter am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Schwerpunkte sind Extremismusforschung, streitbare Demokratie und Prävention von politischem Extremismus.

PROF. DR. NAIKA FOROUTAN ist Professorin für „Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik“, Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) sowie Leiterin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin.

DAVID GARBERS absolvierte den B. A. (Fachergänzung Philosophie und Deutsch) an der CAU zu Kiel; ergänzend belegte er u.a. Allgemeine Pädagogik und Grundlagen der Kommunikation. Gegenwärtig ist er Mitarbeiter für KAST e.V. im Modellprojekt „Kick-off“, MOB-Rex (Mobile Ausstiegsbegleitung rechts) und Ex-Lex (Ausstieg links).

UDO GERIGK ist bei KAST e.V. zuständig für das deliktorientierte Sozialtraining und das Modellprojekt „Weltwege“, Demokratiebildung und Medienkompetenz gegen religiös begründeten Extremismus. Er studierte Sozialpädagogik/soziale Arbeit. Gerigk beschäftigt sich mit gewalttätigem Handeln, ist Antigewalt- und (Lehr-)Trainer für Professionelles Deeskalationsmanagement.

LAURA-ROMINA GOEDE ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. und arbeitet im BMBF-geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“. Im Rahmen dieses Projektes promoviert sie über „Radikalisierungsprozesse bei jungen Frauen“.

DANIEL GRUNOW ist wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Dort evaluiert und begleitet er Modellprojekte der Radikalisierungsprävention des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Fokus auf den Phänomenbereich linke Militanz. Weitere Interessenschwerpunkte: Antisemitismusforschung und -aufklärung, israelische Staatsgeschichte.

GEROLD HILDEBRAND ist diplomierter Sozialwissenschaftler und seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, aktuell im Präventionsprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“.

PROF. DR. WOLFGANG KÜHNEL ist Soziologe und Kriminologe an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; er forscht u.a. zu Protest, Gewalt und Extremismus.

DR. LENA LEHMANN ist Projektleiterin und Verbundkoordinatorin des vom BMBF geförderten Projekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Sie forscht u.a. zur Polizei und zu Themen der Radikalisierung.

CHRISTIAN-FRIEDRICH LOHE ist Bildungsreferent für den Bereich Gesellschaftspolitische Bildung an der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). Er leitet Seminare in den Themenbereichen „Demokratie und Diversität“, „Wertekommunikation“ und „Soziale Gerechtigkeit“.

DIPL. PÄD. SASKIA LÜTZINGER ist als Lehrende an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung tätig, wo sie am Fachbereich Kriminalpolizei/Kriminalwissenschaften unterrichtet. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen politisch motivierte Kriminalität sowie Kriminalprävention.

DAVID MEIERING studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Université Lumière Lyon 2. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich für Politische Soziologie und Sozialpolitik der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort arbeitet er zu vergleichender Radikalisierungsforschung mit besonderem Fokus auf die „Neue Rechte“.

ANNE-KATHRIN MEINHARDT hat Politik/Wirtschaft und Französisch für das gymnasiale Lehramt studiert und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Sie forscht u. a. zur politischen Bildung und zu pädagogischen Konzepten im Bereich Linker Militanz.

DR. ANDREA PRAUSE war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“. Zurzeit arbeitet sie als Fachlehrerin für Geschichte und Politische Bildung an einem Privatschulhaus.

BIRGIT REDLICH ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Sie arbeitet in der Bundesfachstelle vor allem zu pädagogischen Konzepten im Bereich Linker Militanz und forscht zur politischen Bildung im Allgemeinen, mit Fokus auf dem Grundschulalter, worüber sie auch promoviert.

PETER SCHANZ ist freier Autor, Dramaturg und Regisseur. Er studierte Germanistik, Geschichte sowie Politologie und arbeitet für verschiedene Theater sowie den Hörfunk. Seine Engagements führen ihn durch ganz Deutschland. Schanz inszeniert vielfältige Stücke teilweise mit regionalem und geschichtlichem Kontext sowie musikalische Stücke.

PROF. DR. HABIL. ALBERT SCHERR ist Direktor des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Seine Forschung umfasst Analysen gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken sowie die sozialwissenschaftliche Analyse von Theorien und Konzepten der politischen Bildung sowie von Präventionskonzepten.

CARL PHILIPP SCHRÖDER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Er forscht u.a. im BMBF-geförderten Projekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen.

TOM DAVID UHLIG ist Mitarbeiter der Bildungsstätte Anne Frank, wo er das Modellprojekt „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“ leitet. Er ist Mitherausgeber von *Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* sowie der *Psychologie & Gesellschaftskritik*.

TANJA WEHR gründete 2014 ihr Label „Sketchnotelovers“. Sie begleitet in ganz Europa Events als Graphic Recorderin, hat Lehraufträge an mehreren Universitäten, illustriert mit Sketchnotes wissenschaftliche Themen, ist Bestsellerautorin von Visualisierungsbüchern und organisiert das deutsche Sketchnote-Barcamp.

PROF. DR. PHIL. HABIL. HELMUT WILLEMS ist Soziologe und Jugendforscher an der Universität Luxemburg und forscht u.a. zu politischem Engagement, politischer Gewalt und Extremismus.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Politischer Extremismus

Tom Mannewitz, Hermann Ruch,
Tom Thieme, Thorsten Winkelmann

Was ist politischer Extremismus?

**Grundlagen, Erscheinungsformen,
Interventionsansätze**

Obwohl in Gesellschaft und politischer Bildung weithin Konsens bei der Anerkennung und Verteidigung der Demokratie besteht, entzünden sich an kaum einem Thema derart scharfe Kritiken wie an dem des politischen Extremismus. Der Band führt kompakt in diese Debatte ein und klärt in Teil I einschlägige Begriffe und historische Entwicklungslinien. Teil II analysiert die antidemokratischen Strömungen der Gegenwart in Deutschland: Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus, Teil III weitet den Blick auf das Thema im europäischen Zusammenhang und Teil IV widmet sich dem Demokratieschutz und geeigneten Interventionsansätzen.

Das Handbuch für die politische Bildungsarbeit sensibilisiert für die Gefährdungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und fasst die Ergebnisse der politik- und sozialwissenschaftlichen Extremismusforschung zusammen.



ISBN 978-3-7344-0641-6, 256 S., € 28,80

E-Book ISBN 978-3-7344-0642-3,
€ 22,99 (PDF)





**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Tina Dürr, Reiner Becker (Hg.)

Leerstelle Rassismus?

Analysen und Handlungsmöglichkeiten
nach dem NSU

Der Umgang mit den rassistischen Gewalttaten des NSU ist ein Lehrstück dafür, wie Rassismus von Menschen ausgeblendet werden kann, die davon nicht betroffen sind. In diesem Band wird der Frage nachgegangen, welche gesellschaftlichen Mechanismen auch heute dazu beitragen, dass Rassismus oftmals nicht wahrgenommen wird, gleichwohl aber Wirkung für die Betroffenen entfaltet. Handlungsfelder wie Schule, Medien, Sicherheitsbehörden oder Formen des öffentlichen Erinnerens werden auf „Leerstellen“ mit Blick auf Rassismus beleuchtet.

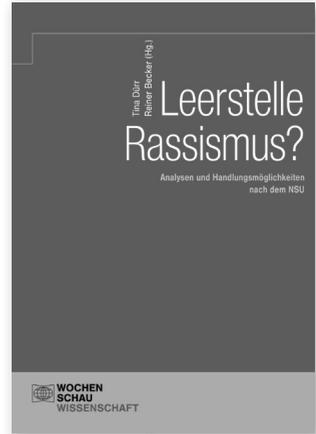
Reiner Becker, Sophie Schmitt (Hg.)

Beratung im Kontext Rechtsextremismus

Felder – Methoden – Positionen

Vorfälle mit extrem rechtem oder menschenfeindlichem Hintergrund gehören mancherorts zum Alltag und machen viele Menschen ratlos. Auf der Suche nach Hilfe und Beratung können sie sich seit den 1990er Jahren deutschlandweit an die Mobile Beratung wenden. Der Band dokumentiert den aktuellen Wissensstand und die diskursiven Positionen dieser noch jungen Profession.

Wissenschaft



ISBN 978-3-7344-0609-6, 176 S., € 22,90
E-Book ISBN 978-3-7344-0610-2 (PDF),
€ 17,99



ISBN 978-3-7344-0607-2, 368 S., € 39,90
E-Book ISBN 978-3-7344-0608-9 (PDF),
€ 31,99

www.wochenschau-verlag.de



[www.facebook.com/
wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)



[@wochenschau-ver](https://twitter.com/wochenschau-ver)

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Schwerpunkt Rassismus

Britta Schellenberg

Training Antidiskriminierung

Den Menschen im Blick

Dieses Training macht fit für das Leben und Arbeiten im pluralen Deutschland. Die Übungen stärken sowohl sozial als auch emotional und kognitiv. Sie sensibilisieren, regen zur (Selbst-)Reflexion an und sind handlungsorientiert. Besondere Schwerpunkte liegen auf der Thematik rassistischer Diskriminierung sowie auf institutionellen Problemen und Bearbeitungsmöglichkeiten. Die Trainings können zielgruppenspezifisch zusammengestellt werden. Unter ihnen finden sich Einstiegs- und Grundlagenübungen, Follow-ups sowie Vertiefungs- und abschließende Übungen. Methodische, didaktische und fachliche Schlaglichter markieren Herausforderungen und stellen Hintergrundinformationen bereit.



ISBN 978-3-7344-0890-8, 224 S.,
€ 24,90

PDF: ISBN 978-3-7344-0891-5,

E-PUB: 978-3-7344-0892-2, je € 19,99

Die Autorin

Dr. Britta Schellenberg hat das Framing-Konzept entwickelt. Sie lehrt am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften an der LMU München und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Bildungspraxis und Politik. Sie ist Autorin und Herausgeberin verschiedener Fachbücher, zahlreicher wissenschaftlicher und publizistischer Artikel sowie diverser Bildungsmodule und von Schulungsmaterial zu den Themenfeldern: Vorurteile, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Radikalisierung, Demokratie und Menschenrechte.



Inhalt

Linke Militanz wird in Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Es gibt kaum weitreichende Forschungsprojekte auf diesem Gebiet und bisher wurden nur wenige praktische Projekte initiiert, die sich des Themas annehmen. Wie kann vor einem solchen Hintergrund eine pädagogische Arbeit in diesem umstrittenen und wenig beleuchteten Bereich aussehen? Der Sammelband widmet sich der Thematik aus wissenschaftlicher, pädagogischer und schließlich aus theaterpädagogischer Perspektive.

Die Herausgeberinnen

Anne-Kathrin Meinhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Sie forscht u. a. zur politischen Bildung und zu pädagogischen Konzepten im Bereich Linker Militanz.

Birgit Redlich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am selben Institut. Sie arbeitet in der Bundesfachstelle Linke Militanz vor allem zu pädagogischen Konzepten und forscht zur politischen Bildung im Allgemeinen, mit Fokus auf dem Grundschulalter.

ISBN 978-3-7344-0923-3



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT